



Zwerg Unwissend

**Ein Blog
von Klaus Henseler**

**Begonnen am 25. Juli 2016
und fortgeführt mit täglichen Ergänzungen**

Zur Einführung in diesen Blog

Heute ist Montag, 25. Juli 2016. Heute beginne ich in regelmäßig-unregelmäßigen Abständen in diesem Blog Fragen zu stellen. Man kann ja nicht alles wissen. Ich werde aber in diesem Blog zu dem einen oder anderen Thema auch eine Meinung schreiben. Wollen mal sehen, wie sich das entwickelt.

Der Name des blogs: In den 1950er Jahren gab es im Berliner Rundfunk RIAS (und später auch in anderen Sendegebieten) eine Ratesendung, die von Hans (Hänschen) Rosenthal moderiert wurde. Zwei Kandidatengruppen standen sich gegenüber und mußten Fragen beantworten, die von einem „Zwerg Allwissend“ aus dem Off gestellt wurden. Auch die Antworten kamen aus dem Off von diesem allwissenden Zwerg. Heute ist die Welt noch viel komplizierter geworden. Man konnte damals nicht alles wissen und heute erst recht nicht. Aber die versammelte Gemeinde der Internet-Nutzer werden mir die in diesem Blog gestellten Fragen hoffentlich und sicherlich beantworten. Ich bin „Zwerg Unwissend“ in Erinnerung an die Ratesendung.

Im übrigen: für mich ist es inzwischen und altersbedingt egal, ob ich meine Rente auf dem Golfplatz verjuble (haha) oder wenige Euro für meine homepage bzw. für diesen blog zahle.

Das Bild am oberen Rand dieser Seite soll mich (und Sie, verehrter Leser) daran erinnern, wie relativ alles in Anbetracht der unendlichen Weiten des Weltraums ist.

Wo bleibt das Positive ...

ist am Schluß des ersten Blog-Jahres zu fragen. Gute Frage, Herr Erich Kästner – weiß der Teufel, wo das bleibt. Aber soll ich in diesem Blog schreiben, daß ich Trump (wegen seiner Einstellung zu Frauen), Erdogan (wegen der willkürlichen Verhaftungen), die polnische Regierung unter Kaczynski (wegen ihres Kampfes gegen eine unabhängige Justiz) oder Ungarn (wegen seiner Flüchtlingspolitik) oder Griechenland (wegen seiner „linken“ Schwätzerregierung) toll, SUPERTOLL, in ECHT GEIL, finde? Soll ich die AfD und ihre „versifften“ Vormänner (in diesem Sinne sind auch Frau Petry und Adele ein Mann, Pardon: zwei Mann) loben oder den „Hype“ um Martin mit dem Mantel aus Würselen (die zeitweilige Begeisterung erinnerte mich daran, wie das war, als Beckenbauer das Sommermärchen organisierte) oder die Lindner-Partei (...) beloben? Nein, das will ich und wollte ich nicht. Außerdem: es gab auch Beiträge, in denen Zwerg Unwissend keine Fragen stellte (wie Pu der Bär mit dem geringen Verstand) oder in dem der Blog-Beitrag nur von positiven Gedanken getragen wurde, zum Beispiel ... – mir fällt gerade keiner ein. Ich habe mir aber vorgenommen, im zweiten Jahr mehr positive Beiträge zu schreiben wie zum Beispiel bei Einführung der Todesstrafe in der Türkei (dann ist hoffentlich das Thema Mitgliedschaft in der EU erledigt, was ich positiv vermerken werde) oder wenn die Mexikaner (umfangreichste Menschen von Welt) bei den „Meso-amerikanischen Gewichtheber-Meisterschaften“ alle Wettbewerbe gewinnen, weil es ihnen gelang, 60 Pfund schwere Säcke mit Drogen über eine 7 (sieben!) Meter hohe Mauer zu werfen (was ich auch positiv kommentieren werde) und zwar ohne, daß US-amerikanische Bürger verletzt wurden (die Mafia hatte die Stelle großräumig abgesperrt). Obwohl und andererseits: im September (also im „Zweiten Blog-Jahr“) sind Bundestagswahlen, und ob ich darüber und über den vorhergehenden Wahlkampf nur Positives beschreiben werde, wage ich nicht zuzusagen. Aber: ich werde mich bemühen, positiver zu werden (das soll ja lebensverlängernd sein). (25.7.2017)

Unglaublich, aber wahr.

Bekanntlich ist im Südsudan immer noch Bürgerkrieg. Es geht um Öl. Um Pfründe. Um Geld für die Familie und Freunde. Um Krieg und Vertreibung, um das alles abzusichern. In der Zeitung, hinter der stets ein kluger Kopf (kann auch weiblich sein) steckt, lese ich, daß unter Idi Amin Bürger aus Uganda in den Sudan (vor den Ölfunden noch ein Land) flohen und dort freundlich aufgenommen wurden. Nun fliehen Südsudanesen nach Uganda und werden dort freundlich aufgenommen. Das geht wohl nach dem Motto „wie du mir so ich dir.“ Die ugandische Regierung in Kampala hat Robert Baryamwesiga (den Namen merken Sie sich bitte!) beauftragt, die Flüchtlingsproblematik an der Grenze zum Sudan zu managen. Und der sagte – laut FAZ: „Genau 48 Stunden“ dauere es, die Flüchtlinge an der ugandischen Grenze zu identifizieren, zu registrieren und mit Bussen in die Dörfer (des Flüchtlingslagers Bidi-Bidi mit 272.000 Flüchtlingen) zu bringen, wo sie ein neues Leben beginnen können. Ha, 48 Stunden! Achtundvierzig Stunden, nicht Wochen! Stunden! Was sucht der Mann eigentlich im Norden Ugandas? Warum überträgt man ihm nicht die Leitung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) oder zumindest die Leitung des Lageso (Landesamtes für Gesundheit und Soziales) in Berlin? Warum nicht? Na, weil: der Weiße Mann ist doch viel klüger als ein Schwarzer Mann aus Uganda. (24.7.2017)

Dritter Nationalpark in Bayern.

Das war ein Irrtum meinerseits, das mit dem Nationalpark im Spessart. Die dortige indigene Bevölkerung hat – vertreten durch die Waldbesitzer und durch die Mais- und Rapsbauern – protestiert. Was folgte? In der bayerischen Präsidialdemokratie ist Horst Seehofer über den Main (an Lohr vorbei) und auf dem Main-Donau-Kanal persönlich zurückgerudert und will jetzt den Horst-Seehofer-Nationalpark nördlich von Ingolstadt einrichten. Auch gut. (24.7.2017)

Nein! Ich esse meine Suppe nicht!

Nein, mein Nutella ess' ich nicht! Ich habe heute ein neues Wort gelernt: „Lebensmittelrassismus“. Einige westeuropäische Hersteller von Lebensmitteln haben für ihre Kunden in Osteuropa eigene Rezepturen entwickelt. So soll Nutella weniger Schokolade enthalten als im österreichischen Brotaufstrich zu finden ist. Die Ungarn meinen, das sei „Lebensmittelrassismus“. Gerade die, deren Paprika in dreierlei Farben schillert – Ampelgemüse! Kann man die besondere Rezeptur vielleicht auch anders sehen? Kann man vielleicht davon ausgehen, daß der geringere Schokoladenanteil gesünder ist als das westeuropäische Pendant? Es schadet doch auch nicht, wenn billigere Rohstoffe die Preise in Westdeutschland auf einem niedrigeren Niveau stabilisieren – oder? Der Frankfurter Doktor und Gesundheitsapostel Heinrich Hoffmann hatte schon 1844 im „Suppenkaspar“ die richtige Antwort für die dicklichen Magyarenkinder: „Esse kein Nutella.“ Und das in der Slowakei das Nutella-Glas kleiner ist und die Menge auch, dafür aber teurer, dient auch nur der Volksgesundheit. Und kleine Gläser können auch viel besser aufgeschraubt werden. Das ist ein Vorteil. Über den niemand gern spricht. Ich befürchte jetzt, daß das Rezept des Leibniz-Keks' von Bahlsen, der angeblich auch „rassistisch“ ist, wie Nutella dem polnischen Niveau angepaßt wird. Das ist die wahre Gefahr, die uns droht. Aus dem Näheren Osten wie zum Beispiel aus Kaczykistan in den eurasischen Steppen. Das muß auch einmal gesagt werden. Die Angst geht um. Wählt Lindner, der wird für die Marktwirtschaft ein Gutes Wort einlegen. Den Herren Bahlsen und Ferrero sei geraten: Laßt ja die Finger vom Leibniz-Keks und von Nutella. Ein Wort zum Schluß: ostische Fischstäbchen enthalten weniger Fisch als westeuropäische, so wird gesagt. Mag sein: dafür aber mehr schmackhafte Panade, Kinder wollen keinen Fisch, sondern krosse Panade. Das ist ein erster Vorteil. Ein zweiter nicht zu unterschätzender Vorzug bei Fischstäbchen für Osteuropa ist, daß die Osteuropäer damit weniger Schwermetalle in ihren Körpern ablagern. Und dann meckern sie? Immer unzufrieden, die Polen und Ungarn! (24.7.2017)

Libyen bekommt keine rote Gummiboote.

Gute Idee. Die EU-Außenminister wollen den Export von Gummibooten nach Libyen beschränken. Hervorragende Idee. GANZ TOLL. Erfolgversprechend. Ich habe schon immer beklagt, daß die Schlepper einen Bogen um Tunesien machen würden und immer aus libyschen Häfen starten. Aber jetzt kommt Tunesien doch noch ins Spiel: Händler im Souk von Tunis haben „für den Tourismus“ 2.000 Gummiboote und einige Außenbordmotoren bei westeuropäischen Firmen geordert. Die natürlich geliefert werden, denn business as usual. Eine Endverbrauchs Klausel wie bei Turbinen von Siemens oder Waffen für Saudi-Arabien ist nicht vorgesehen. Es ist sichergestellt, daß am Schlepperunwesen nur europäische Firmen profitieren. Das schafft Arbeitsplätze, denn in Tunesien können keine Gummiboote hergestellt werden – Alfons Müller-Wipperfürth sei's geklagt. Es ist aber ein Gerücht (oder nicht), daß die bestellten Gummiboote alle rot seien. In Erinnerung an Wencke Myhre, die 1970 davon sang, daß ihr Schlepper ein knallrotes Gummiboot hätte. (22.7.2017)

Herr Schäuble, da irren Sie sich.

Sie vergleichen die Türkei mit der DDR. Das ist ein unzutreffender Vergleich. Die DDR war ein Rechtsstaat mit Unrechtstaten, ein Rechtsstaat, in dem die Bürger von ihrer Obrigkeit drangsaliiert wurden, in dem Margot und Erich sich in der Schorfheide – so wird behauptet – Pornofilme ansahen, während draußen vor der Tür Rehe, Schafe und Ziegen herumliefen, frei von jeglicher Angst, in unsittliche Handlungen verwickelt zu werden. Verhafteten in der DDR wurden zwar auch obskure Taten vorgeworfen, aber es gab immerhin eine wenn auch fragwürdige Begründung für eine individuelle Verhaftung. In der Türkei dagegen werden Bürger willkürlich inhaftiert, ohne zu erfahren, welche Tat sie denn (vielleicht) begangen hätten, unter Erdogan werden Ausländer als Geiseln festgesetzt, am Bosphorus werden ganze Bevölkerungsgruppen unter den absurdesten Behauptungen bekämpft und ganz sicher, in der DDR gab es – anders als in diesem vorderasiatischen Land – keinen Bombenkrieg gegen die eigenen Leute. Deshalb, Herr Schäuble, ist die DDR nicht mit der Türkei zu vergleichen. Ich verstehe Ihren Ansatz, aber er ist so nicht richtig. (21.7.2017)

Solange sie fließt, wird Polen nicht verloren sein.

Es fließt die Weichsel durch polnisches Land. Doch es gibt leider Bestrebungen der Regierung unter Jaroslaw Kaczynski, diesen Fluß zu regulieren und die Demokratie den Wahnvorstellungen des Präses der Regierungspartei PiS anzupassen. Auch ohne Regulierung der Weichsel bemüht sich die Regierung in diesem EU-Land, den Rechtsstaat einzuschränken durch immer mehr Eingriffe in die Grundrechte. Das ging (auch für uns Nicht-Polen erkennbar) mit Verleumdungen und abstrusen Vorwürfen gegen andere politische Parteien los, bei den Medien (übrigens wie in der Türkei) weiter und ist jetzt bei der unabhängigen Justiz angekommen. Die polnische Regierung setzt ihr Land in die Grütze. Da ist die Regierung in Ungarn ja noch „zimperlich“ im Umgang mit politischen Gegnern und zurückhaltend in ihrem Kampf gegen Andersdenkende. So habe ich mir die Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union nicht vorgestellt. (21.7.2017)

Es war ein Fehler.

Es war ein ganz, ganz großer Fehler, die öffentlichen Verkehrsmittel wie Busse und Bahnen in Deutschland zu privatisieren bzw. in privatrechtlich geführte Gesellschaften zu überführen. Es gibt mehrere Gründe, warum ich dies als Fehler ansehe. Ich möchte jetzt nicht über eine Verpflichtung zur Daseinsfürsorge schreiben: Gas, Wasser, Müll- und Drecktransport sind ja auch entstaatlicht worden. Ich denke, es war auch aus anderen Gründen ein Fehler, den insbesondere die FDP als sog. Marktwirtschaftler zu verantworten hat. Weil, nehmen Sie doch einmal die Türkei als Beispiel. Dort ist das nicht geschehen. Wenn also Erdogan eine Großveranstaltung anordnet, dann kann er zugleich befehlen, daß alle Fahrten mit Verkehrsmitteln zum Ort dieser Massenkundgebung ohne den Aufwand eines Fahrscheinkaufs durch den freudig erregten Teilnehmer stattzufinden hat. Würde in Deutschland nicht funktionieren. Hier müßte eine Frau Bundeskanzlerin, so sie solche Jubelfeiern haben möchte (unvorstellbar!), vorher mit den Besitzern der Beförderungsmittel solche Freifahrten aushandeln, widrigenfalls müßten die Verluste an Fahrgeldeinnahmen nachträglich wie beispielsweise die Gewinnminderung der atomenergiebetreibenden Unternehmen ausgeglichen werden. Das sind alles keine Probleme in der Türkei. Da können die Jubeltürken kostenlos fahren. Kostenlos ja, aber nicht folgenlos. (20.7.2017)

Ja, irgendwann ist genug wirklich genug.

Präsident Erdogan läßt also Bundestagsabgeordnete auch nicht auf den NATO-Stützpunkt Konya. Der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir schlägt deshalb vor, mit Abgeordneten anderer Länder gemeinsam den Stützpunkt zu besuchen; da könne man ja sehen, was dann passiert. Özdemir hat einen guten Vorschlag gemacht, der aber von der Bundesregierung – soweit ersichtlich – nicht vorangetrieben wird. Noch besser wäre, wenn Frau von der Leyen in ihrer Eigenschaft als Bundestagsabgeordnete Konya besuchen würde/will. Und: wo kämen wir denn dahin, wenn gute Vorschläge der Opposition realisiert werden – da machen wir lieber Wahlkampf an der Ostsee und in Großposemuckel. Desweiteren läßt der Sultan am Bosphorus mit aberwitzigen Behauptungen Deutsche inhaftieren. Da schweigt die Bundesregierung nicht, aber wen kümmert das „Geschwätz“, und ob der Botschafter „einbestellt“ oder „zitiert“ wird oder zum Teetrinken kommt oder in der Türkei ein Sack mit Tomaten umkippt – das wird die Politik von Erdogan nicht beeinflussen. Mir scheint, daß der türkische Präsident auch ziemlich ungebildet ist; er müßte doch wissen, daß die Bundesregierung nie und nimmer und unter keinen Umständen Asylsuchende im Austausch mit Deutsch-Inhaftierten austauscht. Ich bewundere wieder einmal den Mut der Deutschen, wenn sie Urlaub in der Türkei machen. Ahnen diese Touristen nicht, daß ihnen vielleicht wegen des Aufhebens eines Steines ein Prozeß wegen Diebstahl antiker Kunstschatze gemacht werden kann. Wer heutzutage noch in die Türkei reist, ist meines Erachtens genauso leichtfertig wie es bei einem Besuch bei Kim Jong-un wäre. Und sage mir keiner, diese Republik sei wie die Türkei ein Rechtsstaat, nur weil da von Zeit zu Zeit Wahlen stattfinden. (20.7.2017)

Ein dritter Nationalpark muß her.

Ein löbliches Unterfangen, was die CSU in ihrem „Bayernplan“ vorstellt. Wir haben zwar eine Bundestagswahl und keine Bayernwahl, aber ich will hier nicht granteln. Dieser dritte Nationalpark (nach Bayerischem Wald und Berchtesgadener Alpen) soll der Spreewald, Pardon, der Spessart werden (verwechsele ich häufig). Spessart ist mir durch das Wirtshaus in Erinnerung (Spreewald durch Gurken). Nicht durch das Märchen von Wilhelm Hauffs „Maerchenalmanach für Söhne und Töchter gebildeter Stände auf das Jahr 1828“, sondern durch Liselotte Pulver (insbesondere die), Hans Clarin und Carlos Thompson aus dem Jahr 1958. Dann gibt es noch das Autokennzeichen „MSP“, was ich immer als Mispelheim identifiziere – tatsächlich heißt das Wasserschloß in einem versteckten Spessarttal aber Mespelbrunn und in der nordischen Sagenwelt wird von Muspellsheim fabuliert und meint ein feuriges Gebiet, das im Süden liegt und wo das Urfeuer lodert. Sei’s drum. Ein dritter Nationalpark, teilweise eingegrenzt vom Limes, der Bayern vom guten Deutschland trennt (oder umgekehrt), ist eine gute Idee. Ach so: „MSP“ meint den im Norden Bayerns liegenden Landkreis Main-Spessart. In der DDR würde man diesen Kreis als „Zipfelkreis“ bezeichnen – am Rande der bewohnbaren Welt. Das ist dann auch eine Obergrenze. (18.7.2017)

Herkunft und Alter zählen zuweilen doch.

Thomas Lutze ist Mitglied des Deutschen Bundestags und gehört dortselbst zu den „Linken“. Er ist 1969 geboren und stammt aus Eberswalde im Osten Brandenburgs. Er fordert, unterstützt von dem Grünen-Sprecher Markus Tressel (1977 geboren, aus Saarlouis), daß die Benutzung der Toiletten in den Autobahn-Raststätten kostenfrei sein soll. „Die Linke“ hat sogar einen Antrag zur „unentgeltlichen Nutzung der WC-Anlagen“ im Bundestag vorgelegt. Herr Lutze ist in der DDR erwachsen geworden (vielleicht) und hat in dieser Zeit, behaupte ich, Autobahntoiletten nicht kennengelernt, und als er selbige kennenlernte, entsprachen sie auf den neuen Autobahnen in etwa dem heutigen Standard. Ich bin älter und war früher in ganz West-Deutschland sehr häufig unterwegs. Kein westdeutscher älterer Autobahnnutzer wird mir widersprechen, wenn ich sage: Erst seit der Privatisierung der Autobahntoiletten kann man dort pinkeln gehen! Und die Behauptung dieses ostdeutschen Dummerjan, für den Klobesuch seien 70 Cent (von denen 50 Cent beim Kaffee angerechnet werden) oftmals eine hohe Hürde, bringt mich zu meinem Lateinspruch: „Ceterum censeo murum esse constructio-nem.“ 20 Pfennig sparen wollen, dicken Daimler fahren, an der (teuren) Autobahn-Tanke einkaufen und dann Wildpinkeln wie irgendein August – das sind mir die richtigen. Und der Grünensprecher Markus Tressel? Ist noch grün hinter den Ohren, kennt die „alten“ Autobahntoiletten auch nicht und kommt aus dem Saarland. Das bringt mich dazu, die Bundesrepublik in den Grenzen von 1955 zurückzufordern. Und noch ein abschließender Punkt, Herr Lutze: Haben Sie einmal an die Arbeitsplätze der Klofrauen gedacht? Die werden bei der kostenfreien Nutzung wieder abgeschafft. Und der Vergleich mit Flugplatztoiletten geht gar nicht. (18.7.2017)

Was ist los mit der ARD?

Am Montag, dem 17. Juli 2017, übertrag das deutsche Fernsehen, vertreten durch ARD, Frauenfußball: Deutschland (die Immerguten) gegen Schweden. Zur besten Sendezeit – 20.00 Uhr. Das ist – manchmal trägt auch die (meine) Erinnerung – noch nie vorgekommen. Zur besten Sendezeit. Keine Wiederholung eines Tatorts. Sondern Frauenfußball. 22 Frauen, die versuchen, hinter den Fußball zu kommen und das Runde ins Eckige zu schießen. Frauenfußball. Ich bin völlig am Tütteln (mhd). Frauenfußball im deutschen Fernsehen zur besten Sendezeit. Alle Achtung. Ist das nun der Niedergang oder der Aufstieg der deutschen Fernsehkultur? Zum Schluß ein bon mot oder ein mauvais mot (wie Sie wollen) des Kommentators des Spiels Deutschland–Schweden (0:0) Bernd Schmelzer: „Gar nicht ist manchmal sehr wenig. (17.7.2017)

In Spanien darf man nicht mehr ins Wasser pinkeln. Ola.

Also, das ist bei uns vor Cuxhaven ganz anders. Hier darf man das. Zumindest wenn das Wasser hüfthoch wellt, was aber selten oder nur weit draußen ist. Ein solches Verbot im Naturschutzgebiet Wattenmeer wäre ja auch wirklich bek(n)ackt. Wir haben nicht als einziges Kurbad in Deutschland Pferdewagen, die zur Hamburger Insel Neuwerk zotteln. Und auch sonst sind wir reiterfreundlich. Dummerweise geht hinter Pferd und Wagen keine „Schietgang“, die die Hinterlassenschaften aufräumt und zum städtischen Gartenbauamt bringt. Ein Pinkelverbot wäre deshalb höchstalbern. Und außerdem: Unser Nationalgericht ist Grünkohl mit Pinkel. (17.7.2017)

Die Bundesbahn steht vor einem Quantensprung.

Ronald P'ofalla ist Vorstandsmitglied der Bundesbahn und zuständig für die Infrastruktur. In dieser Eigenschaft hat er jetzt angekündigt, die Pünktlichkeit der Züge jährlich um einen Prozentpunkt zu steigern. P'ofalla nannte diese Verbesserung der Pünktlichkeit einen „Quantensprung“. Ich wußte: irgendwie war an dieser Aussage etwas falsch, also habe ich geogogelt. Quantensprung ist der Wechsel eines Elektrons von einer Bohrschen Bahn um den Atomkern auf eine andere Bahn. Dieser rein zufällig erfolgende Vorgang führt dazu, daß verschwindend kleine Energiebeträge ausgetauscht werden. Heutige Experimentiertechnik kann den Quantensprung in Attosekunden auflösen; eine Attosekunde ist das Millardstel einer Millardstel Sekunde. Meint Herr P'ofalla mit dem bevorstehenden Quantensprung, daß die Verbesserung der Pünktlichkeit in Attosekunden gemessen wird und im übrigen dem Zufall unterliegt? Wenn er das meinte, dann hätte er doch besser geschwiegen. P'ofalla behauptet, daß 2021 eine Pünktlichkeitsquote von 85 Prozent erreicht wird – wie das gehen soll, wenn es doch nur Verbesserungen um Attosekunden geben wird, weiß vermutlich nicht einmal der restliche Bahnvorstand. Seine ehemalige Chefin, die in ihrer vorpolitischen Zeit Physikerin war, wird leicht verwundert auf die Spree blicken. (15.7.2017)

Früher war ein Präsident der USA der Führer der „freien“ Welt

Einer von ihnen rief am 12. Juni 1987 am Brandenburger Tor: „Mr. Gorbachev, open this gate. Mr. Gorbachev, tear down this wall!“ (Herr Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor. Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder!). Fast auf den Tag 30 Jahre später fabuliert ein anderer POTUS auch über eine Mauer – zu Mexiko: „One of the things with the wall is, you need transparency. You have to be able to see through it. In other words, if you can't see through the wall – so it could be a steel wall with openings, but you have to have openings because you have to see what's on the other side of the wall. And I'll give you an example. As horrible as it sounds, when they throw the large sacks of drugs over, and if you have people on the other side of the wall, you don't see them – they hit you in the head with 60 pounds of stuff? It's over. As crazy as that sounds, you need transparency through that wall.“ Also, seine Mauer soll Löcher haben. Und transparent sein. Damit man sehen kann, was auf der andere Seite der Wand ist. Und, weil die im Flugzeug nach Paris mitreisenden Journalisten ein wenig begriffsstutzig sind (und Trump sich auch an seinen eigenen Worten berauscht), gibt er noch ein für jeden verständliches Beispiel: „So schrecklich wie es klingt, wenn sie die großen Säcke Drogen hinüberwerfen, und wenn du Leute auf der anderen Seite der Wand hast, siehst du sie nicht – sie schlagen dich mit 60 Pfund in den Kopf?“ Was fehlt: „TERRIBLE!“ Auf die Idee einer transparenten Mauer hätte auch Erich H. kommen können – dann hätten die Eingeschlossenen von West-Berlin die blühenden Landschaften hinter der Mauer sehen. (15.7.2017)

Katja Kipping bei Maybritt Illner.

„Ich sage heute, das Wort ‚marodieren‘ ist analytisch falsch, deswegen bedaure ich es auch sehr“, sagte Kipping und begründete ihre Entschuldigung weiter: „Weil mir persönlich die sachliche und sehr genaue analytische Aufarbeitung wichtig ist, will ich bei mir selber anfangen.“ Sie relativierte ihre Kritik an der Polizei: „Wenn ich die Einsatzleitung für ihre Eskalation kritisiere, ist das in keiner Weise eine Rechtfertigung für Krawalle und Straftaten. Dafür gibt es keine Rechtfertigung.“ Was soll ich als Zwerg-Unwissend dazu sagen? Daß Frau Kipping zu oft im Theater am Schiffbauerdamm war und „Mutter Courage“ sah und deshalb „marodieren“ nur als Ausdruck auf der Bühne kennt, und sie weiß, Theater ist nur Theater. Und ganz klar: Frau Kipping hat auch keinen Fernseher in ihrer Wohnung oder so. Denn dann hätte sie gesehen, wer in Hamburg plündert. Sie müßte doch auch wissen: Fernsehen bildet. Und nix da: Ich lehne es ab, ihre Entschuldigung zu akzeptieren. Gesagt ist gesagt. (15.7.2017)

Zuweilen frage ich mich,

ob Donald Trump, derzeitiger Beruf POTUS, in seiner Jugend das Geheimnis von Messer und Gabel kennenlernte. Oder eine sog. „gute Kinderstube“ von innen gesehen hat. Bei seinem Besuch in Paris im Juli 2017 versteckte er sich nicht hinter 140 Zeichen, sondern war direkt – zu Frau Brigitte Macron: „You know, you’re in such good shape.“ und zum französischen Präsidenten: „She’s in such good physical shape. Wonderful.“ Das ist ganz, ganz weit unten. Nicht nur, weil es sich um seine Gastgeberin handelte. Sondern generell. Unterhalb des Benehmens der sog. Unterschichten. (14.7.2017)

Eine neue Sau wird durch's Dorf getrieben.

Wir lesen in einer Studie der Bertelsmann-Stiftung, daß wir irgendwann in der Zukunft viel zu viel Kinder haben, gemessen an den Stühlen und Bänken in den Schulen. Und deshalb fehlen Lehrer. Darf ich erinnern, daß in einem noch nicht lange vergangenen Zeitraum „festgestellt“ wurde, daß Deutschland ausstirbt; selbst jährlich 100.000 Zuwanderer (auf manche von ihnen würde ich gern verzichten: Rußlanddeutsche, Polen und Georgier und Libanesen) würden nicht ausreichen, zu verhindern, daß die Bevölkerung in Deutschland auf etwa 65 Millionen absinkt. Die Folgen, so wurde es geschildert, seien dramatisch, hochdramatisch, höchstdramatisch. Zum Beispiel würde es keine Parkplatznot mehr in den Städten geben. Wohnraum in der gesamten Republik würde frei stehen. Die Infrastruktur würde zusammenbrechen. Lehrer würden darum betteln, die wenigen Kinder zu unterrichten (Herr Schröder: von wegen faule Säcke). Ja, und die Renten wären unzahlbar: auf jeden Erwerbstätigen kämen sieben oder acht Rentner (so genau weiß ich die Zahlen nicht mehr). Deshalb hat der damalige Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) gesagt: entweder wird das Renteneintrittsalter müsse unverzüglich auf 67 Jahre herausgesetzt werden oder die Rentner müßten in den Einkaufsstraßen Balaleika spielen. Und nun? Nun werden wir Kinder ohne Ende haben (der alte Adenauer wußte es: Kinder werden die Leute immer haben). Das ist ein Mist. Da haben wir uns schon auf die lautmalerisch begleiteten Besuche in den Shopping Malls gefreut, und nun müssen wir Rentner den Rollerskate-fahrenden Buben und Mädels Platz machen. Prognosen sind halt sehr schwierig, besonders, wenn sie die Zukunft betreffen. (13.7.2017)

Olympische Spiele.

Da konnte das Internationale Olympische Komitee (IOC) unter seinem Präsidenten Bach nur noch zwischen zwei Städten für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspüle 2024 und 2028 wählen: Paris und Los Angeles. Eene meene muh und raus bist du. Der Rest der Welt will diese zuschauererfordernden Veranstaltungen nicht mehr ausrichten (*Rio de Janeiro* erbittet jetzt Hilfgelder vom IOC, weil der Staat vorher zugesagte Centavos nicht zahlen kann oder will). Richtiger gesagt: Wenn Bürgerbefragungen stattfinden, lehnt das Volk in aller Regel und in Deutschland insbesondere ab, sich dafür krumm zu biegen (Die Regierenden sehen das natürlich gaanz anders!). Das wäre auch ein Modell für die FIFA: Festlegungen von Austragungsorten von Weltmeisterschaften und Regionalwettkämpfen für mehrere Jahre im Voraus. Damit wäre vielleicht, vielleicht, die Korruption in dieser Sportart ein wenig gedämpft. Aber wer will das schon? (12.7.2017)

Bitte entsorgen Sie.

Da lese ich auf der Packung eines wohlschmeckenden Produkts „Sei gut! Bitte die Glasschale und die Verpackung entsorgen.“ Das finde ich grandios: Man soll also die Umverpackung aus Karton (das ist Papier mit einem Gewicht zwischen 150 und 600 Gramm) nicht auf dem Tisch liegenlassen und das Glas, in dem das Köstliche war, auch nicht. Ich vermute, daß der Hersteller sich bei dieser Aufforderung (mutmaßlich abgeleitet von unserem Goethe „Edel *sei* der Mensch, hilfreich und gut) an die besonders Dummen wenden will: Wer käme sonst kommt auf die Idee, Glas und Verpackung auf dem Tisch liegen zu lassen oder – noch arger – unter den Tisch zu kehren. (12.7.2017)

Hamburg war wüst und leer.

Um den Anfang eines berühmten Buches zu variieren: „Hamburg war wüst und leer / Anarchismus lag über dem Straßenpflaster / und Bakunins Geist schwebte über der Elbe.“ In Hamburg haben Vertreter der Randalierer für die verhafteten Straftäter eine „Gefangenenbetreuung“ eingeführt. Die Wortwahl steht kurz vor dem Begriff „Kriegsgefangene“, für die dann nicht die „Rote Flora“, sondern das „Rote Kreuz“ zuständig wäre. Jetzt fehlt nur noch Indiana Jones auf der Jagd nach dem verlorenen Schatz, der bei Budni geklaut wurde. In der DDR nannten wir diese Typen „negative Jugend“. Im Westen waren damit pubertierende „Halbstarke“ gemeint. Wer diese Leute als „Gefangene“ bezeichnet, müßte dann auch konsequent von (uniformierten) „Kombattanten“ sprechen, die man standrechtlich mit Wasserwerfern bespritzen darf. Und nicht darüber jammern. Im übrigen: Wenn diese Rowdys wieder zu Hause sind, können sie sich ja an ein Tagebuch machen, damit auch ihre Enkel erfahren, wie toll es war, auf Polizisten Molotowcocktails zu schleudern. Vom Häuserdach Steine schmeißen, ist Heimtücke und Feigheit vor dem Freund und Helfer. (11.7.2017)

Was ist Demokratie?

Im Zusammenhang mit den Straftaten in Hamburg beim G20-Gipfel sagte einer der „Vertreter“ oder „Sprecher“ oder weiß die Möwe was für Funktion der hatte und dessen Name ich vergessen habe, die Demonstrationen seien auch ein Ausdruck von Demokratie. Das bringt mich wieder zu eines meiner Lieblingsthemen: Ist Indien die größte Demokratie („der Welt“) unter allen Staaten? An diesem Beispiel, ich könnte auch noch etliche andere nennen, will ich doch einmal fragen: Ist ein Staat demokratisch, weil in regelmäßigen Abständen Wahlen stattfinden, bei denen praktisch jeder Bürger wählen darf und bei denen theoretisch jeder kandidieren kann? Also, jeder Inder darf wählen? Ja, das darf er. Also, jeder Inder kann gewählt werden? Natürlich nicht – wo kämen wir denn da hin, wenn jeder Bauer in (z.B.) Hinterindien die Frechheit besäße, Abgeordneter werden zu wollen? In den USA kann auch jeder Präsident werden? Natürlich, ja, wenn er ein paar Millionen Dollar für seinen Wahlkampf organisieren kann. In Deutschland kann auch jeder Abgeordneter werden? Ja natürlich, wenn er den richtigen persönlichen und politischen Hintergrund hat, und bei den parteiinternen Nominierungen nicht gegen einen amtierenden Abgeordneten der eigenen Partei, der wieder ins Amt will, antritt. Schließlich wurde Wolfgang Schäuble schon Abgeordneter als das Grundgesetz verabschiedet wurde (oder jedenfalls kurz danach). Da muß man gar nicht erst antreten als Gegenkandidat. Aber so funktioniert das, was gemeinhin als Demokratie bezeichnet wird. Ich habe zwei nicht verwirklichte Ideen: Erstens darf jeder Abgeordneter nur zwei- oder dreimal in das Parlament gewählt werden analog der Wahl des Potus (Rotationsprinzip), und zweitens verweise ich auf das venezianische System der Dogen-Wahl, das ist spannender als die üblichen Wahlverfahren, aber nicht kurz zu beschreiben (deshalb: Florian Felix Weyh: „Die letzte Wahl“, Andere Bibliothek Band 272; Seite 229 ff.). Die Abwesenheit von Wahlbeschränkungen ist kein Beweis für Demokratie. Zu einer solchen gehört a bisserl mehr als nur hin und wieder, wenn auch regelmäßig, einen sonntäglichen Spaziergang zur Urne zu machen. Da könnte man auch in den Friedwald gehen. Im übrigen: Bürgerbeteiligung als Demokratieeinübung kann man auch machen wie in Wuppertal. (11.7.2017)

Gerechtigkeitsmarsch in der Türkei.

In der Türkei fand ein Marsch nach Istanbul statt. Das Motto des ursprünglich von der „sozialdemokratischen“ und kemalistischen „Cumhuriyet Halk Partisi“ (Republikanische Volkspartei, CHP) organisierten Marsches ist „Gerechtigkeit“. Auslöser war die Verurteilung des CHP-Abgeordneten Enis Berberoğlu wegen eines Artikels über eine geheime Waffenlieferung der Türkei an islamistische Rebellen in Syrien zu 25 Jahren Haft. Nach 3 Wochen und 425 Kilometern waren die Teilnehmer des „Marschs der Gerechtigkeit“ am 9. Juli 2017 am Ziel: Istanbul. Der türkische Oppositionsführer Kılıçdaroğlu beendete den Protestzug, an dem sich Zehntausende auf dem Weg von Ankara zu Fuß beteiligten, mit einer Großkundgebung in Istanbul, an der mehrere hunderttausend Menschen teilnahmen. Erstmals seit in der Mitte des 15. Jahrhundert vor den Truppen Sultans Mehmed II. flüchtende Christen auf die Frage, „wohin des Wegs“ εἰς τὰν πόλιν antworteten, trifft die Namensbedeutung „in die Stadt“ für Istanbul wieder zu. Wäre es nicht wünschenswert, daß in der Türkei wieder rechtsstaatliche Verhältnisse einkehren würden. Es geht doch nicht nur um Menschen in herausgehobenen Positionen, sondern auch um den „einfachen“ Bürger, der jederzeit damit rechnen muß, unter völlig unzutreffenden Behauptungen inhaftiert zu werden. So ein Land hat wirklich nichts in der Europäischen Union zu suchen (was übrigens auch für Polen gilt!) (9.7.2017)

Wer hat denn nun recht?

Sahra Wagenknecht aus dem Sahraland meint gegenüber der BILD, daß die G20-Gewalttäter in Hamburg keine Linken seien: „Leute, die durch Straßen marodieren, Autos anzünden, Anwohner angreifen und Polizisten verletzen, sind keine Linken, sondern kriminelle Gewalttäter.“ Da kann man ihr nur zustimmen. Die Parteivorsitzende der Linken Katja Kipping schreibt in Facebook: „Die Polizeiführung lässt ihre Hundertschaften mit schwerem Gerät durch die Straßen der Hansestadt marodieren und schikaniert Menschen, die es wagen, Bier zu trinken oder im Zelt zu schlafen.“ Eine dieser Äußerungen scheint mir ein Fake zu sein, wahrscheinlich die Äußerung von Kipping. Die hat ja schließlich Abitur und u.a. Öffentliches Recht studiert. Fake ist, daß sie gesagt hat: „Das wäre unter Erich Honecker nicht passiert.“ Ich glaube jedoch, daß sie so denkt. Dann gibt es noch den Rechtsanwalt Andreas Beuth: „Wir als Autonome und ich als Sprecher der Autonomen haben gewisse Sympathien für solche Aktionen, aber doch nicht im eigenen Viertel wo wir wohnen. Also warum nicht irgendwie in Pöseldorf oder Blankenese? Also da gibt's auch bei und großes Unverständnis, dass man im Schanzenviertel die eigenen Geschäfte zerlegt. Die Geschäfte wo wir selbst, weil wir da wohnen, auch einkaufen.“ Beuth gilt als Anwalt der „linken Szene“. Dem, was der gesagt hat, ist wirklich, ehrlich, ohne Flunkern und hinterm Rücken gekreuzten Fingern, zuzustimmen. Im eigenen Viertel zu marodieren – das schlägt ja wirklich dem Faß den Boden aus. Ich habe jetzt schon drei Parteien, die ich keinesfalls wählen werde. Die AfD (das wissen Sie ja schon), die Grünen (u.a. wegen Künast, darauf habe ich auch schon mehrmals hingewiesen) und die Linken (nicht nur wegen Katja Kipping). Pardon, ich habe die Spaßpartei vergessen – die wähle ich auch nicht, nie und nimmer. (9.7.2017)

Das gesunde Volksempfinden.

In Düsseldorf kam bei einem Autorennen (Anfang 2016) eine 19 Jahre alte Studentin ums Leben. Die beiden Raser (nie fehlt der Hinweis „illegales“ Autorennen) wurden Monate später wegen fahrlässiger Tötung zu Bewährungsstrafen verurteilt (eine Strafe muß doch auf dem Fuße folgen!). Ich fand das Urteil gegen die Raser unangemessen niedrig. Der Bundesgerichtshof (BGH) hat nun das Urteil aufgehoben und an das Landgericht Köln zurückverwiesen. Die Begründung stellt mich jedoch nicht zufrieden. Der BGH meint, das Landgericht habe nicht ausreichend erörtert, „wie sich unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung der Rechtsordnung eine Strafaussetzung zur Bewährung auf das allgemeine Rechtsempfinden und das Vertrauen der Bevölkerung in die Unverbrüchlichkeit des Rechts auswirken würde.“ Da möchte ich erstens darauf hinweisen, daß ich schon im August 2016 darauf hingewiesen habe, daß man bei bestimmten Taten ja auch den Schniepelwurz abschneiden könne (die Männern können ja dann gendern), einmal abgesehen vom lebenslangen Führerscheinentzug (öffentliche Verkehrsmittel häufiger zu nutzen, ist sowieso vernünftiger) – analog der Sicherungsverwahrung. Zweitens: Vielleicht erinnern Sie sich an die lautstarken Forderungen in den 1970er Jahren, als Taxifahrer für Mordtaten gegen ihre Kollegen die Todesstrafe forderten. Als die Bundesregierung unter Helmut Schmidt anordnete, daß in den Taxis zwischen Fahrer und Passagieren sehr, sehr lästige Trennscheiben mit erheblichen Kosten eingebaut werden mußten, damit die Mordbuben den Taxifahrer nicht ermorden konnten, hörte das Geschrei der Taxifahrer auf. Ich fand/finde die Schmidtsche Vorschrift gegen das „allgemeine Rechtsempfinden“ genial. Mit der Argumentation des BGH öffnet das Gericht die Tür zum „gesunden“ Volksempfinden. Das ist nicht gut. Da freuen sich Bernd Höcke und Adele von der AfD, wenn – auch etwas verklausuliert und auf einem Umweg – das Volksempfinden in der Rechtsprechung wieder eingeführt wird. (7.7.2017)

Gewalt beim G20 in Hamburg.

Der sogenannte Schwarze Block, das sind die verummumten Gewalttätigen, die sich als „links“ bezeichnen, weil sie Autos anzünden und Fensterscheiben einwerfen, sind genauso antipolitisch und antisozial wie die muslimischen Terroristen antireligiös sind. Ich würde die Anhänger der Gewalt sogar als asozial bezeichnen (wie es üblicherweise nur Säuglinge sind). Die Teilnehmer der G20-Horrorveranstaltung sollten sich das Inferno in Erinnerung rufen: Laut dem danteschen Weltbild liegt die Hölle im Inneren der nördlichen Halbkugel, also bei Hamburg. Wäre es da nicht klüger, die G20-Treffen zukünftig bei der UNO in New York zu veranstalten, wie unser Außenminister Gabriel vorschlug, oder auf einem noch zu bauenden deutschen Flugzeugträger (wie ein Unbekannter anregte) oder, meine Idee, auf Helgoland. Das widerspricht, zugegeben etwas meinen früheren Überlegungen, Helgoland wieder mit Sansibar zu tauschen. Alternativ, diese Idee finde ich gloriös, hätte das G20-Treffen auch auf Neuwerk stattfinden können (gehört ja auch zu Hamburg): da hätte mangels Hotel Erdogan mit Merkel im Heu kuscheln und Trump mit Theresa können. Das würde alles ein wenig entkrampfen. (7.7.2017)

Der Europäische Gerichtshof müßte sich als zuständig erklären.

Der Europäische Menschenrechtshof hat die Klage eines Türken wegen Verletzung seiner Menschenrechte abgewiesen. Formell ist das korrekt, denn eine Regelung für die Anrufung des Luxemburger Gerichts ist, daß erst der Rechtsweg im Herkunftsland des Klägers ausgeschöpft sein muß. Doch ich als Pu der Bär mit dem etwas geringeren Verstande verstehe das nicht: wenn ein Land wie die Türkei (oder auch Polen) sich über an sich geltende Rechtsnormen hinwegsetzt, dann hat ein Kläger ja gar nicht die Möglichkeit, den Rechtsweg auszuschöpfen – es gibt ja keinen Rechtsweg. Müßte nicht genau in diesen Fällen der EuGH tätig werden – das ist doch der Sinn dieses Gerichts: wenn ein Betroffener eben nicht sein Recht in seinem Heimatland bekommt oder bekommen kann. Müßten die Luxemburger Richter nicht in solchen Fällen eine Interpretation ihrer Regelungen vornehmen und die Klage eines Türken (oder Polen) dennoch zur Be- und Verhandlung annehmen? Und andererseits: in Deutschland ist die letzte und oberste Instanz das Bundesverfassungsgericht, die das Grundgesetz auslegt (und sich, zugegeben, auch irren kann). Da wäre doch im Falle der Klage eines einzelnen Bürgers der EuGH überhaupt nicht zuständig. Oder sind die Luxemburger Richter ein Über-das-Bundesverfassungsgericht-stehendes-Gericht? Habe ich bei den von mir besuchten Vorlesungen über Verfassungsrecht (wieder) nicht richtig hingehört? Verstehe ich irgendetwas nicht richtig? (6.7.2017)

Rettungsgasse.

Autobahnfahrer kennen die großen Schilder am Rande der Fahrbahn, auf denen darauf hingewiesen wird, daß man angeschnallt fahren, das Handy nicht nutzen und die Geschwindigkeit einhalten soll. Was mir fehlt, sind Schilder, die zeigen, wie Autofahrer eine Rettungsgasse bilden sollen und können. Es ist doch nicht so, daß unsereiner „häufig“ in die Situation kommt, einen Rettungswagen durch- und vorbeifahren zu lassen. Da wäre doch eine Plakatierung als Erinnerung dessen, was man doch weiß, hilfreich. (6.7.2017)

Immer feste druff.

Als Niedersachsen bin ich nicht nur sturmfest und erdverwachsen (was immer das sein mag). Ich kann sogar die ununterbrochene Nörgelei von CDU und und FDP ertragen. Was meine ich damit? Was immer die SPD-Grüne-Landesregierung tut oder nicht tut, macht oder unterläßt, es wird von CDU und FDP bemängelt. Mal ist es zu wenig, was von der Regierung gemacht wird, mal falsch, mal nicht richtig, mal zu viel des Falschen, mal Quatsch, auch blödsinnig. Es spielt keine Rolle, nie, niemals sagt diese Opposition, daß die Regierung richtig gehandelt habe. Das ist Strategie. In Nordrhein-Westfalen war diese Strategie erfolgreich, die SPD-geführte Regierung wurde abgelöst. Man muß nur immer feste druffhauen. Irgendein Dreckfleck bleibt haften. Und so wird die nächste Regierung in Niedersachsen wohl auch von der CDU und der FDP geführt. Weil die Sozis einer solchen perfiden Strategie nichts entgegensetzen können oder wollen. (5.7.2017)

Rechtes Gedankengut wird salonfähig.

Der „Verband Österr. Philatelistenvereine“ gibt eine Monatsschrift unter dem Titel „Die Briefmarke“ heraus. Im Impressum heißt es: „Namentlich gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.“ Nicht unbedingt, aber a bisserl scho. In der Juli/August-Ausgabe 2017 ist ein namentlich gekennzeichnete Artikel „150 Jahre Dr. Hans Kloepfer“ veröffentlicht. Ich zitiere aus dem Artikel: „Es ist ein schwieriges Erbe, welches Dr. Hans Kloepfer hinterlassen hat. Denn der Heimatdichter war auch ein glühender Verehrer des Nationalsozialismus. Faktum ist, dass Hitler und Goebbels Kränze schicken ließen, als er 1944 verstorben ist. 1955 wurde jedoch auch in Wien eine Straße nach ihm benannt, nachdem dies zuvor in zahlreichen steirischen Orten geschehen war. Die Namen blieben bis heute bestehen. Auch seine Ehrenbürgerschaft in Graz ist bis dato aufrecht.“ Das finde ich schon schlimm genug. Aber immerhin muß der Artikelschreiber klagen: „Es ist bedauerlich, dass sich die Österreichische Post AG auch nach Initiative des Philatelistenvereins Deutschlandsberg entschieden hat, keine Briefmarke anlässlich seines 150. Geburtstags zu veröffentlichen.“ Dazu hat dieser Verein einen Brief mit eingedruckter Marke des Heimatdichters drucken lassen, auf dem Kloepfer als „Arzt, Doktor, Mensch“ gekennzeichnet wird. Hat doch was, nicht war; ich wiederhole es deshalb: „Arzt, Doktor, Mensch“. Es ist aber ein böses Gerücht, daß der Autor des Artikels, Manfred Kronawetter, der Österreichischen Post AG vorgeschlagen haben soll, im Jahr 2019 aus Anlaß des 130. Geburtstag des Enkels der Maria Anna Schicklgruber eine Sonderbriefmarke herauszugeben. (5.7.2017)

G20 in Hamburg.

Über Sinn und Unsinn solcher Veranstaltung möchte ich hier nicht rechten; wenn aber die Regierungschefs mit einem Gefolge von teilweise mehr als 100 Beratern („Ich will auch mal eine Dienstreise nach Hamburg haben!!!“) und Journalisten in einer Anzahl von über 4.000 aus etwa 50 Ländern anreisen, dann kann man schon zweifeln. Gegen diese Veranstaltung wird demonstriert. Auch hierüber will ich nicht sonderlich rechten, doch gehe ich davon aus, daß sehr wahrscheinlich einige völlig unbeteiligte Bürger geschädigt werden, weil sog. Autonome Autos anstecken und Scheiben zertrümmern werden (nach dem Motto: „Machen wir immer, sonst merkt ja keiner, daß wir auf der Verliererstraße sind“). Wenn aber einer der selbsternannten bzw. von der Journaille ernannten Sprecher der Demonstranten klagt, die Veranstaltung fände mit Ausnahme von Südafrika ohne afrikanische Vertreter statt und der fragende Reporter nicht fragt: Wen denn aus den vielen korrupten und kaputten afrikanischen Ländern? wen hätten Sie denn gern dabei? dann ist das für mich wieder ein Punkt, der mich an der Qualität der öffentlich-rechtlichen Journalisten zweifeln läßt. Ich hätte übrigens einen Vertreter aus Botswana empfohlen. Na ja, sei's drum. Eine Abschlußbemerkung zu dieser Mammut-Veranstaltung: Diese Elefantenähnlichen sind ausgestorben. (4.7.2017)

Griechenland.

Nach neuesten Zahlen beträgt die Jugend-Arbeitslosigkeit(darunter sind junge Leute bis zum Alter von 25 Jahren zu verstehen) in Griechenland über 45 Prozent. In Spanien sind die Zahlen in dieser Altersgruppe nicht ganz so hoch, aber dennoch ... Ein Unterschied zwischen Spanien und Griechenland besteht: Von einer sog. rechten Regierung wie in Spanien unter Rajoy habe ich sowieso nicht erwartet, daß sie ein solches Problem ernsthaft angeht. Die spanischen Konservativen sind ja immer noch dabei, ihre Beutel zu füllen. Aber Griechenland: Da tritt eine erklärtermaßen links ausgerichtete Regierung mit einem jungen vermeintlich dynamischen Ministerpräsidenten an, und schafft nichts, absolut nichts, außer Jammern. Ich habe natürlich auch keine Rezept zur Verbesserung der Lage der jungen Leute, aber sicher ist, die Schwätzer in Griechenland haben auch keins. Und wenn sie eins hätten (was ja sein kann), dann wenden sie es nicht an. Auf die sog. linke Regierung in Venezuela will ich hier nur verweisen. (4.7.2017)

Ich will mich nicht verpartnern,

aber ich dürfte dieses als heterosexueller Mann auch nicht. Ja, heiraten darf ich, aber verpartnern ist mir in Deutschland nicht gestattet. Ich bin mir sicher, daß es „Heteros“ gibt, die statt einer „Ehe“ eine fast gleichrangige „Verpartnerung“ wählen würden, wenn sie denn dürften. Niemand setzt sich für die „Verpartnerung“ (schlimmes Wort für eine gute Sache) der Heterosexuellen ein. Herr Kauder, übernehmen Sie, Herr Maas, wo bleibt ihr Gerechtigkeitssinn? (3.7.2017)

Ich bin konservativer Bücherleser.

Ich bin jedes Mal verwirrt, wenn ich von einem „katholischen“ Verlag (z.B. Herder in Freiburg) oder einer „evangelischen“ Buchhandlung (z.B. in Hamburg) lese; so etwas gibt es auch mit Verweis auf die „jüdische“ bzw. „islamische“ Religion. Verstehen Sie, was ich meine? „Große“ oder „kleine“ Geschäfte gibt es, aber „evangelische“? oder „grüne“? Merkwürdige Sprachverwirrung. Aber es gibt jetzt auch eine großes Dreierlei-S „ß“ (ALT + 7838). Das ist auch sehr sonderbar, denn noch vor wenigen Jahren sollten die Umlaute „ä“, „ö“ und „ü“ und auch das „ß“ abgeschafft werden, weil auf nichtdeutschen Tastaturen diese Buchstaben nicht vorhanden sind (das gilt auch für nichtspanische Tastaturen hinsichtlich des „ñ“ und für nichtisländische wegen des „þ“ – und ich könnte noch einige mehr aufzählen). Bekommen wir jetzt auch wieder die Rückkehr zum Faß, dass (haha) wir jetzt mit Doppel-S schreiben müssen? (2.7.2017)

Kommet zu Hauf (lieber nicht).

Cuxhaven ist eine bedeutende Seestadt. Die Stadt weist für weltbummelnde Touristen nur wenige Attraktionen auf. Das ist gut so. Man stelle sich vor: zweimal wöchentlich würde ein Schiff mit – sagen wir – „nur“ 2.000 Touristen an Bord die Stadt stürmen. Riesige Schlangen betteln um Einlaß bei „Elbe 1“, ins „Schloß“, ins Ringelnatz-Museum und in die „Windstärke 10“. Das wird dann schlimmer als Dubrovnik, Malta und Venedig zusammen. Bevor uns ein solches widerfährt, wäre es hilfreich, in Duhnen den Verkehr an hohen Feiertagen zu reglementieren. (28.6.2017)

Diese Partei ist verfassungsfeindlich.

Das Bundesverfassungsgericht hat im Urteil über das Verbot der NPD gemeint, daß die Partei zu unbedeutend sei, um verboten zu werden. Ich halte dieses Urteil für fehlerhaft, denn auf die Größe (Mitglieder oder Wählerstimmen) kann es juristisch nicht ankommen. Mit dieser Begründung könnte man keine kriminelle Vereinigung, weil sie bundesdeutsch gedacht ja unbedeutend ist (den Libanesen erfreut die Begründung), verbieten. Es ist auch sachlich falsch, weil es wie bei der Marktmacht von Handelshäusern auf die Region ankommen müßte (siehe den Fall Tengelmann/Edeka). Nun muß sich Pu der Bär fragen, ab wann eine verfassungsfeindliche Partei verfassungsfeindlich und im Sinne des Bundesverfassungsgerichts bedeutend ist. Beispiel AfD. Es ist ja unstrittig, daß in dieser Partei Gedankengut propagiert wird, das mit dem Grundgesetz nur deshalb kompatibel ist, weil die „Alt“-Parteien sich schon nicht mehr zutrauen, die Frage der Verfassungsfeindlichkeit zu stellen. In der AfD versammeln sich die Rechtgläubigen, die sich von Springerstiefeln, Bomberjacken und Glatzen nicht angesprochen fühlten. Jetzt kann man sich versammeln ohne diese „Unterschicht“ und kann sich mit Professoren schmücken. Hat doch was. Das offizielle Parteiprogramm der AfD ist grundgesetzkonform, die Äußerungen führender Politiker dieser Partei jedoch nicht. Warum als stellt sich nicht die Verfassungsfrage? Weil diese Partei inzwischen zu bedeutend ist, daß man es nicht mehr wagt? Weil man auf die Linguisten wartet, die „Deutschland den Deutschen“ richtig interpretieren – so wie zum Beispiel Herr Gauland? (28.6.2017)

Großbritannien ist doch noch in der EU.

Oder? Ich verstehe da Einiges nicht. Großbritannien hat beschlossen, die Mitgliedschaft in der EU zu kündigen. Realisiert wird der Austritt EU-vertragsgemäß nach einer Frist von 2 Jahren nach Eingang des Kündigungsschreibens. In der Zwischenzeit soll vertraglich geregelt werden, wie die Verhältnisse zwischen Großbritannien und den EU-Ländern gestaltet werden. Wenn ich das alles richtig verstehe, ist Großbritannien derzeit also noch Mitglied in der EU. Jetzt kommt mein Problem (Pu der Bär mit dem geringen Verstand): Wenn Großbritannien heute (Juni 2017) noch Mitglied der EU ist, warum werden die Vertreter des Königreichs von Treffen der anderen Länder ausgeschlossen? Daß es nicht klug wäre, Ihrer Majestät Prime Minister (oder gar Boris Johnson oder David Davis) bei den Beratungen über die Ziele und Taktik der Verhandlungen auf EU-Seite anwesend zu haben, verstehe ich, aber sonst? Merkwürdig ist dieses Europa. Oder bin ich nur begriffsstutzig? (25.6.2017)

Kulturhauptstadt in Europa.

In diesem Jahr 2017 ist die zweitgrößte dänische Stadt Aarhus Kulturhauptstadt Europas. Wer in diesem Sommer noch ein paar Tage in einem hyggeligen Land verbringen will, sollte in die „Burg am Fluß“ fahren. Besonders sehenswert „Dokk1“, ausgesprochen „Dokkeen“, und ins „Aros“ gehen. Die Neubausiedlung mit den angeblich an Eisberge erinnernden Hochhäusern (einige wenige in dieser Hochhaus-Einöde) sind nicht unbedingt besuchenswert. Weit und breit kein Lebensmittelgeschäft: Die Bewohner müssen also jung und kräftig sein und sollten ein Automobil besitzen (in der Nähe der Innenstadt gibt es auch nur einen Penny). Für die Alten bleibt der Bus – was sich besonders gut beim Transport der Ølkästen macht (haha) und des wöchentlichen Einkaufs von 5 Kilogramm kartoffler macht. Mit dem zypriotischen Paphos, ebenfalls Kulturhauptstadt 2017, wird die wahrlich gute Idee *einer* „Kulturhauptstadt Europas“ zerstört. Ist das der Beginn eines Massenphänomens: warum nicht drei, vier, viele Kulturhauptstädte? Warum nicht auch Cuxhaven? Hier sind die „Windstärke 10“, ein Ringelnetz-Museum und der Wattwurm als Kulturträger. Mehr geht nicht. (22.6.2017)

Die anlaßlose Befristung.

Der Kandidat aus Würselen will die sog. „anlaßlose Befristung“ abschaffen. Das ist eine der bedeutenderen Forderungen der SPD im Bundestagswahlkampf 2017. Da paßt es gut, daß das von Andrea SPD-Nahles (früher auch einmal Gewerkschaftsangestellte) geleiteten Arbeitsministerium solche Befristungen um 26 Prozent gestiegen sind. Auch Frau Manuela Schwesig hätte in „ihrem“ Familienministerium auf einen Zuwachs von mehr als 35 Prozent verweisen können. Da gibt es sicherlich gute Gründe für. Aber das gilt doch vielleicht auch für Befristungen außerhalb der staatlichen Bürokratie? Als ich noch werktätig war, mußten alle Befristungen begründet sein. Die Umgehung des Kündigungsschutzes wie heute war kein sachlicher Grund. Manchmal sollte man das Rad der Geschichte zurückdrehen. Oder nicht? (22.6.2017)

Ein wahrlich kluger Schachzug.

Der Hafentreiber „Hamburger Hafen und Logistik AG“ (HHLA) hat sich als Aufsichtsrats-Vorsitzenden Rüdiger „Bahnchef“ Grube geholt. Als Aufsichtsratsmitglied der HHLA ist Grube qua Gesetz verpflichtet, Schaden von „seiner“ Firma abzuwenden. Der würde aber entstehen, wenn der viel besser für Groß-Containerschiffe (Post-Panamax und größer) geeignete Tiefwasserhafen im Jadedeich (Wilhelmshaven) mit der Eisenbahn besser ans Hinterland angebunden sein würde. Jetzt fehlt der Hamburger Hafenwirtschaft, vertreten durch die HHLA, im Aufsichtsrat nur noch ein Vertreter aus dem Bundeswasserstraßen-Business; den werden die Hamburger auch noch finden. Dann wird in der Elbe gebaggert, gebaggert, gebaggert – brechen auch die Deiche! Soll doch der Wasserschierling sterben! Sollen doch die Stinte woanders hinziehen! Ist doch egal, oder nicht oder doch? (22.6.2017)

Washington soll nicht brennen.

Können Sie sich noch an „Quo vadis“ erinnern, diesen Monumentalschinken aus dem Jahr 1954? Gut, der Film verfälscht ein wenig die historischen Fakten – alles in Farbe! Und auf einer breiten Leinwand. Genialer Kassenerfolg ohne Oscar. Aber mit Peter Ustinov. Dessen Darstellung als Nero war allein der Film wert: „Man reiche mir eine Tränenvase“ ist ein geflügeltes Wort geworden, wenn ich über Trump lese. Kürzlich war es wieder so weit. Der Präsident versammelt erstmals in Anwesenheit ausgewählter Presseleute seine Minister an einen Tisch und fordert sie auf, sich vorzustellen und sich zu ihrer Arbeit zu äußern. Vizepräsident Mike Pence gibt mit größtmöglicher Münze die Richtung vor: „It is the greatest privilege of my life to serve as vice president.“ Die anderen Minister finden auch alles ganz toll. Erika Fuchs würde hier onomatopoetisch schreiben: schleim, schleim (für uns Erwachsene: würg, würg oder so ähnlich). Schon muß ich in die Küche rennen und die Vase (die große diesmal) holen. So ungefähr muß es am Hofe Neros auch zugegangen sein. Shakespeares König Lear läßt ebenfalls grüßen. Die filmische Geschichtsklitterung geht davon aus, daß Rom von Nero angesteckt wurde, damit er sein neuestes Lied vortragen kann: „Flammen, verzehrt es, wie im Feuerofen!“ Ich will hoffen, daß Trump nicht beabsichtigt, zur Leier zu greifen (Attorney-General Jeff Sessions über seine Beamten: „They are so thrilled that we have new ideas and that we support them.“): „Make Washington greater“. Das ist doch eine berechtigte Sorge, nicht wahr? Verehrte Leser, verzeihen Sie mir, daß ich doch wieder über den Blondnen mit dem großen Ego schreibe. (14.6.2017)

Unsterblichkeit oder zumindest Langlebigkeit.

Wenn ich sehr alt werde, dann könnte und müßte ich noch erleben, wie sich das Zusammenleben von Christen und Muslime weiterentwickelt. Dann könnte oder müßte ich erleben, wie alle in Europa (und in Nordamerika) lebende Muselmanen wegen vermeintlicher oder tatsächlicher Terrorgefahr in die Wüste (im Wort- wie im übertragenen Sinne) vertrieben werden. Das wird nicht friedlich gehen, denn die islamische Welt wird sich wehren mit den Waffen, die wir ihnen vorher verkauft haben. Das wird ein Hauen und Stechen geben. Wie sagte schon James T. Kirk: „Das wird sicher ein Spaß“. Nicht für jeden. (10.6.2017)

Satiresendung „Extra 3“ im NDR

Adele hat ihre Beschwerde gegen die Entscheidung des Hamburger Landgerichts, in der die Bezeichnung „Nazi-Schlampe“ als zulässig bewertet wurde, zurückgezogen. Das muß mit der Berliner Luft zusammenhängen, die Adele nach ihrem Umzug aus der Schweiz jetzt schnuppert. Ich bedaure die Prenzl-Schwaben, die jetzt solche Nachbarin ertragen müssen. Jetzt sollte Adele einmal auf Insulaner oder Teufelsberg gehen. Beide Hügel sind entstanden, weil politische Korrektheit auf den Müllhaufen der Geschichte landete. (10.6.2017)

Gewißheiten sind selten geworden.

Eine Gewißheit ist, daß Drogen schädlich sind. Für die Gesundheit. Eine andere Gewißheit ist, daß der Drogenhandel „big business“ ist. Gewißheit ist auch, daß der Drogenhandel in der Hand von Kriminellen ist (der Journalist Dagobert Lindlau empfahl, diese Verbrecher nicht als Mafia zu bezeichnen, sondern zusammenfassend als „mob“, denn nicht alle sind Italiener, und heute schon gar nicht mehr). Gewißheit ist, daß manche Staaten oder Teile eines Staates in der Hand der Drogenhersteller sind (Afghanistan, Mexiko, Kolumbien). Gewißlich ist, daß Gesetze und Strafen weder gegen Hersteller noch Händler oder Konsumenten helfen. Ungewiß ist, was dagegen zu tun ist. Wenn die Vergangenheit zeigt, daß Gesetze und Strafen nicht helfen (siehe Alkoholverbote in den 1920er/30er Jahre), dann sollte man das Übel vielleicht dadurch bekämpfen, daß man den Drogenhandel jeder Art zuläßt. Natürlich ist das eine Katastrophe für die Hersteller und Händler aller Größen, für die Kriminellen aller Art, für die Rechtsanwälte und Sozialarbeiter. Da bricht einem das Geschäft weg. Das Geld, was man für die Strafverfolgung usw. einspart, könnte man in die Bildung stecken oder in die Aufklärung. Doch wollen „wir“ wirklich, daß mit der Zerstörung der Mohnfelder in Afghanistan die Taliban ihre Finanzierungsquelle verlieren, wollen „wir“ tatsächlich, daß in Mexiko die Drogenkartelle an Macht und Geld verlieren und wollen „wir“ wirklich eine anständige Zukunft für die Kinder? Dann sollten wir – vielleicht – nicht nur den „Libanesen“ und den „Afghanen“ legalisieren. (6.6.2017)

Nordost-Passage für Trumpisten.

Im frühen 13. Jahrhundert ordnete der schlesische Herzog Heinrich der Bärtige an, daß anstelle der bis dahin von den Untertanen gelieferten Eichhörnchenfelle Getreide zu liefern sei. Es war nämlich eine klimatische Warmzeit angesagt. Doch am Ende dieses Jahrhunderts war diese Phase vorbei – die Winter wurden wieder strenger, und nun mußten die Bauern wieder Felle an den herzoglichen Hof bringen. Warum schreibe ich das? Weil ich gerade erfahren habe, daß der sog. Berliner Kreis, bestehend aus konservativen (was für eine falsche Bezeichnung!) CDU-Politikern, meint, daß es Zeit sei, statt Eichhörnchenfelle Ananas und Bananen aus Alaska (Franz Josef Strauß läßt grüßen) an ihre Tafel zu liefern. Diese CDUler bestreiten nicht, daß es wärmer wird, sondern nur die anthropogene Beteiligung an diesem Temperaturanstieg. WIE PEINLICH, GANZ PEINLICH. Diese Trumpisten sehen, daß nun die berühmte Nordost-Passage dauerhaft eisfrei wird und damit Bananen und Ananas nicht über die Neue Seidenstraße gebracht werden müssen („Ich sage nur: Kina, Kina“). Das mit der Ananasbanane aus Alaska hängt natürlich auch damit zusammen, daß einige karibische Inseln untergegangen sind und Tuvalu und Tonga und Fiji und Nauru unter Wasser liegen und nicht mehr liefern können. Das kann natürlich auch daran liegen, daß die Erde nicht rund (wir würden ja sonst runterfallen), sondern eine Scheibe ist, denn wie sagte schon im 3. Jahrhundert der Kirchenlehrer Lactantius, um im christlichen Weltbild dieser CDU-Mitglieder zu bleiben: „Die Menschen haben ihre Füße höher als den Kopf.“ Für Wilhelmshaven im Jade-Busen (!) als erster erreichbarer kontinentaleuropäischer Hafen würde sich die dauerhafte Befahrbarkeit durch die Nordostpassage sehr positiv auswirken. Hat doch auch was, nicht wahr? (6.6.2017)

LSBTTIQ.

Irgendwie ist es albern, wenn jetzt der Genderismus so kompliziert wird, daß ich als Vielleser nicht mehr durchblicke. Sie auch nicht? Was bedeutet LSBTTIQ? Sie wissen's nicht? Hier der Versuch einer Aufklärung: L = Lesben, S = Schwule (im englischen steht hier „G“ für Gay), B = Bisexuelle, T bedeutet Transgender (will ich gar nicht so genau wissen), das zweite T heißt übersetzt Transsexuelle (was ist das dennn?), I sind Intersexuelle und schließlich bleibt noch das Q, was laut wikipedia auf queere Menschen verweist. Nun, will ich zu dem künstlich gemachten Wirrwarr um die sexuelle Orientierung noch einen weiteren Begriff hinzufügen: „keçi herif“ (auf die deutsche Erklärung mag ich hier verzichten). Neue Zusammenstellung ist also „LSBTTIQK“. Kann man sich nicht merken, aber wäre auf jeder After-work-Party ein Brüller. Einen Kritikpunkt habe ich: das deutsche Nachmittagsfernsehen (vom Abendprogramm ganz zu schweigen) bietet ja immer wieder Ein- und Draufblicke deutschen Sexverhaltens von sog. Heteros (jetzt fällt mir auf, die werden ja gar nicht erwähnt!). Es fehlen auch die Blumenliebhaber („Männer, die Blumen lieben, haben meistens nichts mit Frauen im Sinn“). Da werde ich wohl im September Grün-Doof wählen, damit alles seine Ordnung hat. (3.6.2017)

Frau Nahles wird auch Vorträger(in).

Anfang Juni 2017 haben Bundestag und Bundesrat ein Gesetz auf den Weg gebracht, daß über Tarifverträge Betriebsrenten neu regelt. Prinzipiell und grundsätzlich ist das sehr löblich. Auch die Finanzierung und die Vorschriften hinsichtlich der Arbeitgeberbeteiligung sind hinnehmbar. Weil die heutige Zero-Zins-Politik nicht mehr „automatisch“ einen Zuwachs der eingezahlten Beiträge ermöglicht, heißt das Ding jetzt „Zielrente“ (die Riester-Rente hieß anfänglich auch nicht Riester-Rente – Frau Nahles kann also noch hoffen). Mehr oder weniger deutlich wird davon ausgegangen, daß die Zins-Politik der EZB auch für den heute 20jährigen lebenslang so bleiben wird. Das kann ich mir nicht vorstellen; irgendwann werden die Länder nördlich der Alpen und der Pyrenäen merken, daß die südeuropäischen Länder (ich sage nur Griechenland und Monti dei Paschi) anders ticken und weiterhin in ihren Verhältnissen leben (wollen) und deshalb wieder „normale“ Verhältnisse durchsetzen. Na gut, schön. Etwas beunruhigt bin ich jedoch wegen der Beteiligung der Gewerkschaften an der Verwaltung der noch zu bildenden Fonds, in denen das Geld fließt. Da fällt mir doch ein, daß die Frage „Können Gewerkschaften mit Geld umgehen?“ nicht immer zu Unrecht gestellt wurde (Anmerkung: auch Arbeitgeber und Freiberufler können nicht immer mit Geld umgehen). Stellen Sie sich vor, daß in den Geschäftsführungen solcher Fonds ein Gewerkschafter wie Bernd Otto sitzt; was, Sie kennen Bernd Otto nicht? Das ist der Mann, der wegen Manipulationen zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt wurde und davor Vorstandler der Coop war und diesen Handelskonzern „in die Grütze“ fuhr. Oder denken Sie an Franz Steinkühler von der IG Metall: wegen Insidergeschäfte davongejagt. Noch ein Beispiel: Günter Döding, Vorsitzender der Gewerkschaft NGG und (u.a.) stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Coop – hat zugesehen. Von dem großen Firmengeflecht der Gewerkschaften ist nichts übriggeblieben. Wollen wir hoffen, daß die Nahles-Rente den Einzählern erhalten bleibt. Wir werde im nächsten Jahr von Frau Nahles wieder hören, wenn sie als vortragende Rentenberaterin durch die Lande tingelt – gegen Honorar natürlich. Hat Walter Riester vorgemacht. (3.6.2017)

War ich gut, Baby?

Truman Capote beschreibt 1965 in „In Cold Blood“ den Fall zweier jugendlicher Verbrecher, die eine vierköpfige Farmerfamilie überfallen und ermorden. In dem Film „Kaltblütig“ nach diesem Tatsachenbericht kommt eine Szene vor, wo einer der wartenden Verbrecher in einem Lieferfahrzeug seine Freundin fragt „War ich gut, Baby?“ (worauf es keine Antwort gibt). So ungefähr müssen US-Vizepräsident Mike Pence nach seiner Rede, die eine Einleitung zu Trumps Klima-Rede am 1. Juni 2017 war, und Scott Pruitt, von Trump ernannter „Administrator“ (Direktor) der „Environmental Protection Agency“ (Umweltbehörde der USA), der nach Trumps Klima-Rede eine kurze Ansprache hielt, ihre Frauen nach der Rückkehr an den heimischen Herd auch gefragt haben. Ob sie eine Antwort erhielten, ist nicht überliefert – vermutlich nicht. Was schlimmer war, das Präsidentengewirr oder die Elogen vor und nach dessen Rede, habe ich für mich entschieden: Trump war wie stets etwas konfus und selbstbeweihräuchernd, Pence und Pruitt haben dazu beigetragen, daß die Zuhörer im Rosengarten des Weißen Hauses fast ertrunken wären – im Schleim, den sie absonderten. Und es stank, als wenn der Teufel von Boston (siehe meinen Eintrag „Das Weiße Haus“ vom 21. Mai 2017) unterwegs war. Ich frage mich auch: wer war bei dieser Ansprache verwirrter: der Redenschreiber oder der Präsident? Allein der Vergleich von Pittsburgh mit Paris (mit dem Hinweis „Frankreich“) war SUPER GRANDIOS: beide Städte fangen mit „P“, darauf muß man erst einmal kommen. Die Reden (in einfacher Sprache Englisch und präsidentengerecht) können Sie nachlesen im Anhang zu diesem ersten Jahr.

PS: Ich will nicht dauernd über diesen Präsidenten schreiben. (2.6.2017)

Haben Sie es auch gemerkt?

Die heutigen Deutschen sind im Durchschnitt größer (damit meine ich höher) als die der vorigen Generation, die auch schon größer war als die Kriegs- und Nachkriegsgeneration. Ich finde, daß auch die Menschen in anderen europäischen Ländern größer geworden sind, selbst die ehemals als „mickrig“ bezeichneten Italiener (dank bunga bunga?) und die Kellner in den sog. griechischen und jugoslawischen Restaurants haben eine Größe erreicht, die sich im Rahmen der allgemeinen europäischen Menschheitsgröße bewegt. Doch, mir ist etwas aufgefallen, was ich mir anfangs nicht erklären konnte (und diesmal hängt es nicht mit Pu dem Bären und dessen geringen Verstand zusammen): auf den Fotos, die ich von US-Amerikanern sehe, sind diese neben Westeuropäern erkennbar kleiner. Dann fiel mir (ein Gedankenblitz!) auf, daß auf Fotos von Amerikanern und aus den USA die Menschen nie mit Füßen oder neben irgendwelchen (bekannten) Gegenständen (Tisch, Stühle und so) gezeigt werden. SEHR SEHR MERKWÜRDIG. Dann sprach ich mit einer Verwandten, die in den USA lebt und erzählte ihr so nebenbei, was ich da sehe, und daß ich glaube, daß ich wohl altersbedingt einer Sinnestäuschung unterläge. Sie druckste ein wenig herum. Dann sagte sie, die US-Amerikaner seien nicht kleiner geworden, sondern wie alle gutgenährten Menschen größer (und leider auch so dick wie Mexikaner). Die Fotos, die veröffentlicht werden, verbergen jedoch die Wahrheit – es sei Fakephotography. „Wir leiden unter unseren Präsidenten so sehr, daß wir vor Scham in den Boden versinken.“ Das sei der Grund, warum die US-Amerikaner so klein wirken. In Europa, meinte sie, sähe ihr Präsident auch sehr groß aus, aber er sei wie Tur Tur nur ein Scheinriese, je näher man ihm ist, desto kleiner werde er. Jetzt bin ich beruhigt, wenn ich kleine Amerikaner und tänzelnde Präsidenten (ein Fake oder in Echt?) sehe. Können Sie sich noch an den schulischen Geschichtsunterricht erinnern? Der Soldatenkönig von Preußen kaufte in ganz Europa seine „Lange Kerls“ (aus waffentechnischen Gründen) ein, in den USA werden im Präsidenten-Oval vorwiegend Minderwüchsige beschäftigt – dann wirkt der Schreibtisch größer. (31.5.2017)

Ich will kein Opfer werden.

Immer wieder lese ich, daß alte Leute von Betrügern um Hab und Gut geprellt werden. Das funktioniert häufig mit dem sog. Enkeltrick, aber Kriminelle haben sicherlich auch noch andere schlechte Ideen. Da rege ich doch an: wenn eine ältere Person zur Sparkasse oder zu einer Bank geht und völlig überraschend Bargeld von ihrem Konto in einer Menge abhebt, die über den normalen Bedarf für die Lebenshaltung, Medizin oder Artikel aus der Drogerie und auch über die üblichen Abhebungen hinausgeht, daß dann der Mitarbeiter am Geldschalter doch vor der Auszahlung darüber nachdenkt, ob hier alles mit rechten Dingen zugeht. Wäre doch auch ein Service, der nichts kostet: Fragen – so heißt es ja immer – kostet ja nichts. Oder doch? Die Firmen wollen ja sonst alles von uns wissen. (31.5.2017)

Schade, schade, schade.

Bei dem G7-Treffen in Taormina hätten die für das Schulwesen verantwortlichen Landesminister anwesend sein müssen. Dann hätten sie gelernt, was Inklusion mit geistig Behinderten bedeutet: Nicht heile Welt und „jeder hat das Recht auf Integration“. Denn unter den Regierungschefs war einer (nicht nur in Taormina), den ich – wenn ich Lehrer gewesen wäre – nicht in meiner Klasse hätte haben wollen. Wer will schon solche Typen? Früher (ich bin etwas älter) wurde solche Kinder vom Lehrer in die Ecke gestellt und durften in der Schulstunde weder Mi noch au sagen. Sonst hätten sie draußen vor der Tür die Stunde verbringen und sich vom Hausmeister und von anderen Schülern ob der Schande befragen lassen müssen. Wenn der Etna ausgebrochen wäre und Taormina mit Asche zugedeckt hätte, dann wäre unser Twitterer sicherlich geneigt gewesen, zu sagen: America first. Würde ich in seinem Fall auch sagen! Mehr will ich unter dieser Überschrift nicht schreiben. (28.5.2017)

Narziß und Goldhaar.

Anders als Goldmund bei Hermann Hesse erfährt unser Goldhaar keine große Liebschaften, sondern erntet nur Spott und Hohn, wenn er in die Welt hinauszieht (und auch, wenn er zu Hause bleibt). Nach mancherlei Wirren kehrt Hesses Goldmund ins Kloster seiner Kindheit zurück, wo sein Jugendfreund Narziß inzwischen als Abt amtiert. Goldmund wird Künstler, geht von Zeit zu Zeit auf Wanderschaft, fällt irgendwann dabei vom Pferd, bricht sich die Rippen, kehrt ins Kloster zurück und stirbt in den Armen seines Freundes. Anders ist es bei unserem goldhaarigen Narziß. Es ist eine Person, die auch in die Welt hinauszieht, die sie vorher nur vom Blick auf den Central Park oder von Golfplätzen aus kannte; Goldhaar-Narziß merkt, daß ihn keiner liebt, was er auf die größte Hexenjagd in Amerikas Geschichte zurückführt. Doch wir wissen aus der Psychiatrie, daß auch der böseste Deutsche (The Germans are bad, really bad) und jeder twitternde Amerikaner geliebt werden will. Auch unser Narziß ist verliebt in sich (“My IQ is one of the highest — and you all know it.” und “My fingers are long and beautiful, as, it has been well been documented, are various other parts of my body.”) Er will sich ähnlich wie Narziß in der griechischen Sagenwelt im Wasser spiegeln, erkennt jedoch nur einen goldfarbenen Schopf. Der Narziß will’s genauer sehen, beugt sich weiter vor: sieht sich jedoch nur sehr verschwommen. Zu eitel, eine Brille zu tragen? Er beugt sich noch weiter vor (Make Trump great again!) – und plumps: „Hoppe, hoppe, Twitterer, fällt er in den Potomac, versaut er sich den ganzen Tag“. Wer hat Schuld? The Washington Post, who has already murdered a President! So einfach gestrickt ist das Weltbild vom Goldhaar. (28.5.2017)

Wieder einmal etwas gelernt.

Heute (26. Mai 2017) lese ich wieder einmal einen Satz, den ich nicht ganz verstehe (Ich erinnere: Pu der Bär mit dem geringen Verstand!): „Die Märkte kümmern sich bisher nicht darum.“ Wer und wo – zum Heiligen Mammon – ist die Familie, die „Märkte“ heißt? Oder meint der Journalist, in diesem Fall die schlampige Journaille, damit diese jungen dynamischen Typen, die alles besser wissen und an Bildschirmen irgendwelche Zahlen eingeben und dann zu After-work-Parties gehen? (26.5.2017)

Klarstellung in einfacher Sprache.

Trump behauptet, die USA zahlt zuviel für die NATO. Andere NATO-Mitglieder zahlen zu wenig. Das kann sein, aber ich kann das nicht beurteilen. Ein großer Teil der Militärkosten der USA sind jedoch von genau dieser USA verursacht worden. Soldaten sind im Nahen Osten, weil ein US-Präsident Saddam Hussein mit Krieg überzog. Danach war das Land politisch und wirtschaftlich zerstört. Schiiten unterdrückten Sunniten oder umgekehrt. Ohne die Zerstörung des Iraks wäre der Islamische Staat nicht entstanden. Die ersten Talibanführer kamen aus Saudi-Arabien. Das ist kein Freund demokratischer Strukturen. Ein zweiter Krieg ist auch nicht von westeuropäischen Staaten begonnen worden: Afghanistan. Beide Kriege führen zu erheblichen Kosten, die von Westeuropa getragen werden müssen. Und Libyen? Natürlich war Gaddafi ein böser Mensch, aber die Zerstörung der staatlichen Strukturen führte dazu, daß jetzt Clanführer regieren, die im Geschäft mit der Verschiffung von Flüchtlingen nach Europa ihr Geld verdienen. Auch das haben wir den USA zu verdanken. Flüchtlinge aus allen Weltgegenden suchen Zuflucht in Europa. Die islamischen Terroristen sind auch in Nordafrika tätig. Darauf kann die USA auch nicht stolz sein. Wenn Trump mehr Geld für die NATO fordert, dann sollten die anderen Staaten die Flüchtlingskosten und die zusätzlichen Sicherheitskosten gegenrechnen. Und dann sieht das Bild ganz anders aus. Das muß man dem Präsidenten der USA verdeutlichen. Oder nicht? (26.5.2017)

Shame yourself.

Ein Freund meinte einmal scherzhaft: Man könne sich seine Eltern nicht aussuchen, wohl aber die Schwiegereltern. Na ja, soo stimmt es natürlich nicht, denn wenn man eine Frau in der Besenammer näher kennenlernt, fragt man ja auch nicht, ob die Großmutter noch auf Balmoral wohnt. Wenn ich der Schwiegersohn des Präsidenten und jüdischen Glaubens wäre, dann würde ich mich wie meine Vorfahren im Jahr 74 auf Masada ins Schwert stürzen. Donald Trump am 22. Mai 2017 in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem: „It is a great honor to be here with all of my friends. So amazing + will Never Forget.“ (Es ist eine Ehre, mit all meinen Freunden hier zu sein. So fantastisch + werde nie vergessen.). Selbst für Amerikaner, die sich vielfach seltsam verhalten, hat der überhaupt keinen Anstand. Yair Rosenberg: „Trump’s note at the Yad Vashem Holocaust memorial in Israel is basically just what teenagers write in each other’s high school yearbooks.“ Ein anderer Kommentar: „So was schreibt man, wenn man auf der Zugspitze steht.“ Zur Abgrenzung ein anderer Präsident, der sich 2008 ins Buch der Gedenkstätte Yad Vashem eintrug. Barack Obama: „Ich bin Yad Vashem dankbar und allen, die für diese bemerkenswerte Einrichtung verantwortlich sind. In einer Zeit großer Gefahr und großer Versprechen, des Krieges und des Streits, sind wir gesegnet mit einer so mächtigen Erinnerung an das Potential des Menschen, Böses zu tun, aber auch an unsere Fähigkeit aus der Tragödie aufzusteigen und unsere Welt zu erneuern. Lasst unsere Kinder hierher kommen, auf daß sie die Geschichte kennen und mit ihrer Stimme in den Schwur ‘Nie wieder!’ einstimmen. Und mögen wir uns an jene, die zugrunde gingen, nicht als Opfer erinnern, sondern als Individuen, die wie wir gehofft, geliebt und geträumt haben, und die zu Symbolen des menschlichen Geistes geworden sind.“ (25.5.2017)

Polen-Zigaretten.

Der Zigarettenkonsum geht zurück. Was einerseits gut ist – gesundheitsmäßig und so. Und andererseits nicht so gut – tabaksteuermäßig und so. Über das Steuerproblem will ich einmal lamentieren. In Berlin soll mehr als die Hälfte der konsumierten Zigaretten aus Polen stammen. Ich schreibe hier nicht über die einzelne Stange Zigaretten, die ein Usedom-Tourist nach dem Besuch des Polenmarkts (kurz hinter der Grenze) mit nach Hause nimmt. Ich meine den gewerbsmäßigen Handel mit Zigaretten aus Polen, der – so habe ich gelesen – fest in der Hand von ehemaligen Kontraktarbeitern aus Vietnam liegt. Das in Deutschland die rechtsfreien Räume immer größer werden (und der Berliner Zigarettenmarkt gehört dazu), lohnt nicht der Beschwerde. Aber, zu behaupten, man wüßte nicht, wer in Polen die Zigaretten herstellt, und deshalb könne man nichts dagegen tun, grenzt schon an staatlich gebilligten Betrug. Wahrscheinlich mit der Begründung, wenn wir den Zigarettenhandel unterdrücken, dann, ja dann werden diese Kriminellen in ein anderes verbrecherisches Gewerbe einsteigen, was aber gelogen ist, denn da sind ja schon die Albaner oder die Libanesen oder die Russen – für Vietnam bleibt da nichts übrig. Also, zurück zu den Zigaretten. Wenn man es unterbinden wollte, könnte man doch die polnische Regierung bitten, doch strenge Kontrollen an der Quelle der Zigaretten, auch Tabakwarenfabrik genannt, durchzuführen. Das was an Tabak in die Fabrik geliefert wurde, ist verarbeitet worden, und wo blieb das Produkt? Ist zu einfach gedacht? Ja, dachte ich mir. Wahrscheinlich ist der Berliner rechtsfreie Tabakraum die Möglichkeit für Kevin und Chantal, rauchen zu können ohne Reue und hohe Kosten. Und dann noch die Freude zu haben, den Staat, den sie ja nicht lieben, zu betrügen. Ja, so wird es sein. (25.5.2017)

Warum starben die Dinosaurier aus?

Ich interessiere mich für alle möglichen Dinge – so ist das als Rentner. Zumeist ist das nutzloses Wissen, was ich anhäufte und (mein Hohes Alter!) auch wieder vergesse. Ein dieser für Erwerbszwecke völlig nutzloses Wissen ist die Frage, warum starben die Dinosaurier nach mehr als 50 Millionen Herrschaft auf der Erde aus und überließen diese den kleinen hoppelnden Tierchen, aus denen sich später Handy-Nutzer entwickelten. Natürlich weiß ich von dem Meteoriten, der (vermutlich) im Golf von Mexiko einschlug (und schließlich zur Öl-Katastrophe bei BP führte). Mich erstaunt mehr die Naivität, mit der Wissenschaftler sagen: oh, mein Gott, die starben ja schon nach 60 Millionen Jahr aus! Glauben Sie, verehrter Leser, daß die Erben der Dinosaurier eine so lange Existenz haben werden? Und das wird nicht am Handy liegen, sondern an dem schlimmen Umgang mit unseren Ressourcen und auch nicht an einem Meteor! Und schon taucht bei mir eine neue Frage auf: werden die Insekten, die nach uns die Erde bevölkern, lesen lernen? Man wird ja wohl noch fragen dürfen? (24.5.2017)

Das ist ja ein Aufreger.

Der Präsident läuft über den Roten Teppich und die Frau Gemahlin auch (mit einem Füßchen neben dem Teppich – weggedrängt!?). Um zu verhindern, daß sie stolpert, greift er zu ihrer Hand, doch – wir haben den Film gesehen – sie lehnt diese seine Hand brüsk ab: Was mag sie sich gedacht haben? „Dragi spotaknil na preprogi, kot je treba, da tačko tega?“ (Lieber auf dem Teppich stolpern, als sich von dem betatschen zu lassen?) Oder: „Nicht schon wieder diese Schweißhände an meinem Modelkörper, und ich kann doch meine Hände nicht an meinem Couturierkleid abwischen?“ Oder hat sie gedacht: „Če sem mimo roko, je verjetno želi še več – napake ponavljam ne!“ (Wenn ich dem die Hand reiche, will er wahrscheinlich noch mehr – den Fehler wiederhole ich nicht!) Kann auch sein, daß sie sich an die Inaugurationveranstaltung erinnert: „Ker me je na tla. (Da hat er mich runtergemacht) Lachen ja jetzt schon alle, daß ich als First Lady nur die Dritte von rechts bin.“ „Wenn er unbedingt Händchen halten will, kann er sich ja bei Bibi unterhaken.“ Das ist vielleicht ein Aufreger. Weltweit. Ich sehe es noch kommen: Der Präsident wird der BUNTEN ein Interview geben, natürlich auf Augenhöhe. (24.5.2017)

Die hart arbeitende Mitte.

Dazu gehöre ich: ich bin seit mehr als 20 Jahren Rentner und muß – gezwungen von einer Frau, die Gartenarbeit liebt – immer wieder in Flur und Garagenauffahrt Gras und andere Gewächse zupfen. Das, verehrte SPD-Vorständler, das ist harte Arbeit. Aber mich meint Ihr gar nie nicht. Ihr meint nur Mitbürgerinnen und Mitbürger, die am Fließband stehen oder an der Kasse vom Discounter sitzen. An mich (und meinesgleichen) denkt Ihr überhaupt nicht. Schon am Frühstückstisch wird einem der Tag vergällt: heute machen wir aber die Auffahrt – „wir“ bin ich!. Wie ich das hasse! Und selbst die SPD steht nicht auf meiner Seite (wo sie – wenn man in der Geschichte zurückgeht – eigentlich auch nie stand). Denken Sie nur an die Steuergesetze: Seit 1891 habe ich progressiv steigende Steuern zahlen müssen (von 0,9 Prozent bis zu sogar 4 Prozent), nach Selbsteinschätzung. Der Mann, der dies einführt, ist sogar durch eine Allee (in Frankfurt) geehrt worden. Dessen Steuersystem müßten die Sozis abschaffen. Das wäre eine Überlegung, die den Schweiß der hart arbeitenden Mitte wert wäre. *Mehr* Zeit für Gerechtigkeit braucht man dafür nicht. Nur einen Bierdeckel. (23.5.2017)

Nun ist es angekommen.

Verschiedentlich fragt sich der eine oder andere Deutsche, warum die Redewendungen des US-Präsidenten, die doch für dessen Wahlkampf und dem nachfolgenden ganz großen Sieg über Hillary Clinton entscheidend waren, noch nicht so richtig bei uns angekommen sind. Das ist ein falscher, ganz falscher Eindruck und zeugt von der größten Hexenverdrängung aller Zeiten. Nun fragen Sie sich – was soll das denn? Der schreibt ja jetzt auch schon Fake-News! Wir haben mit Horst Seehofer einen deutschen Trump. Ein entsprechender Beweis, auch „Quatsch mit Soße“ genannt, ist in der Abschlußrede auf der Klausurtagung der CSU in Schwarzenfeld am 19. Mai 2017 nachzulesen. „Mit uns wird es eine kräftige Entlastung der Bürger geben. Darauf können sich die Bürger verlassen“. Das ist noch normales Geschwätz aller Wahlkämpfer (könnte auch von Herrn Lindner stammen). Aber dann kommt es: Da spricht der CSU-Chef von einer „großen, wuchtigen“ Steuerreform. Big Deal ist angesagt, jobs, jobs, jobs, Bayern first and great again. Groß, wuchtig – drunter geht's nicht. Unser Horst hat's gelernt, der ja. Da wird sich der Messias aus Würselen aber noch anstrengen müssen, wenn er Wahlkampf macht. Herr des Himmels: es mu doch „große“, „einmalige“, „glückliche“ Gerechtigkeit heißen, einfache Gerechtigkeit kann der Wähler auch bei der FDP kriegen. (22.5.2017)

Kunst und Norddeutscher Rundfunk.

Der NDR ist der Radio- und Fernsehsender der Bundesländer Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern mit Sitz in Hamburg. Da es von den deutschen Nutzern- und Nichtnutzern Geld ohne Ende gibt, können sich die Oberen dieser Anstalt öffentlichen Rechts jeden Luxus leisten, den man sich vorstellen kann. Dazu zähle ich u.a. drei Orchester und einen Chor. Früher gab's wahrscheinlich noch das Fernseh-Ballett. Zum NDR gehört auch eine Kunstsammlung, also Bilder und so. Die lagen nicht im Keller (jedenfalls nicht zur Gänze), sondern werden auch öffentlich gezeigt. Nicht im Fernsehen, sondern in gesondert organisierten Ausstellungen. Nun kommt wieder Pu der Bär (Sie wissen: derselbige mit dem geringen Verstand) zu Worte: warum, zum Deifi, müssen Gebührengelder für eine Kunstsammlung mit Gemälden verwendet werden? Als unverkäufliche Geldanlage (wo doch ein ungebremster Gebührenstrom fließt)? Zur Beschäftigung von Kunstsachverständigen, die auf dem sonstigen Arbeitsmarkt keine Aus- und Einkommen finden? Als Angeberei der Intendanten? (22.5.2017)

Das Weiße Haus.

Donald Trump ärgert sich auf die Einsetzung eines Sonderermittlers in der Rußland-Affäre und schrieb am 18. Mai 2017, 13.52 Uhr, über Twitter: "This is the single greatest witch hunt of a politician in American history!" Ich glaube nicht, daß dies die größte Hexenjagd (oder Treibjagd) in der Geschichte ist. Congressman Seth Moulton aus Salem/Massachusetts) widerspricht dem Präsidenten (I can confirm that this is false); man denke auch an Lion Feuchtwangers „Wahn oder der Teufel von Boston“. Und wie heißt es auf einer homepage der Trump-Hotels: „Join *the* Trump Lifestyle“ (im Original auch Kursiv). Im übrigen ist doch bei ihm alles GROSS: da kann man doch nicht mit einer Zwergenarmee kommen! Ich glaube, dieser Präsident trumpelt tags und nachts durchs Weiße Haus und denkt sich neue Tweets aus. (21.5.2017)

Die Grünen werden seltsam.

Ich bin ja immer für Vergleiche mit früher (als alles besser war). Wenn sich alte Leute nicht mehr an alles erinnerten, vergeblich wurden oder sich sonstwie ungewöhnlich verhielten, meinten die Jüngeren, daß die Alten immer „seltsamer“ wurden. Damals galt es nur für die Alten, heute gilt es auch für Grünen. Da beklagt sich im Mai 2017 Frau Renate Künast in ihrer Eigenschaft als Bundestagsabgeordnete, daß die SPD-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf in die Gesetzesmaschinerie eingebracht hatte (es ging um den Unflat im Netz bei Facebook und Co.). Künast meinte damit, daß Gesetze doch gefälligst von der Regierung eingebracht werden müßten. Dank Frau Künast weiß ich jetzt, daß die Sozis mit ihrer Gesetzesinitiative unsittlich handelten. Zweitens: Trittin in einer Talkrunde: „Ich freue mich, daß es der jetzige (Berliner) Senat geschafft hat, die Berliner Polizei mit neuen und anständigen Schußwaffen auszustatten.“ Das kommentiere ich nicht! Eine dritte Seltsamkeit der Grünen: die beabsichtigte Grundgesetzänderung zur Streichung von Staatsgeldern an die NPD wird von den Grünen als nicht durchdacht kritisiert. Sie sind gegen die Änderungen – zumindest legen sie keinen Gegenentwurf vor. Die Grünen sind die FDP mit einer anderen Partefarbe. Über die Spitzen von Partei, Fraktion und Kandidaturen schweige ich still. Die Grünen sind seltsam geworden, oder irre ich mich? (20.5.2017)

Auch Luther gibt es nicht für umme.

Um an den unzähligen Veranstaltungen aus Anlaß des Reformationsjubiläums teilnehmen zu dürfen, muß der ungläubige Thomas wie auch der Christenmensch 98 Euro (in Worten achtunneunzig) zahlen. Dafür wird garantiert, daß der durch eine Taube symbolisierte Heilige Geist einem auf dem Berliner Gendarmenmarkt nicht bekleckert (ist auch wichtig!). Warum zahle ich eigentlich Kirchensteuer, wenn ich zum Gottesdienst oder zu den Erinnerungsfeiern zum Reformationsjubiläum auch noch Eintritt zahlen muß? Das ist ja wie mit der Maut-Gebühr, die laut Thomas Oppermann aus Steuergeldern erbaut wurde und demnächst auch Einfahrgeld erfordert. Herr Oppermann (im Nebenberuf niedersächsischer Schwätzer) macht jetzt den Anti-Dobrindt. (20.5.2017)

Gestern wollte ich mir eine Eistüte leisten.

Mit drei Kugeln, Sahnehäubchen und Schokostreusel. Hätte gekostet 4 Euro und 50 Cent. Ich bin altdeutsch. Damit meine ich, daß ich immer noch Euro in Deutschmark umrechne. Kein Gelatieri oder keine Gelateria hätte es gewagt, eine Eistüte für 9 Mark anzubieten. Als ich jung war (zugegeben: ganz jung) gab es eine Muschel, voll gestrichen mit Erdbeer- oder Schokoeis, für 20 oder 25 Pfennig. Und das war Eiskrem aus Milche und Sahne, nicht aus Palmöl!!! Waren das noch Zeiten? Ja, waren es! Die Zeiten waren viel besser oder nur anders? (20.5.2017)

Fahrradfahrer sind auch Fahrradraudies.

Heute vormittag war ich das Getränk mit der Schwimmblase bzw. mit Polyvinylpolypyrrolidon VPPP holen (mich kann man nach dem Verzehr von *pulled pork* oder Weißwurst aus Bayern doch nicht wegen etwas Chemie oder getrockneten toten Fisch schrecken, mich nicht!). Da ich in meinem Auto einen Tempomat habe und ihn auch nutze, kann ich mich mehr auf den Verkehr konzentrieren. Dummerweise bin ich in meiner Stadt einer der wenigen, der Zahlen im roten Kreis interpretieren kann: wo „50“ draufsteht“ ist nicht unbedingt „50“ drin. Der zweite Punkt, der mich zuweilen ärgert, nein fast immer, zu etwa 87 Prozent, sind Radfahrer. Die kennen überhaupt keine Verkehrsregeln. Deshalb habe ich mir eine neue Lebensregel zugelegt: Vertraue keinem Radfahrer – weder auf dem Hochrad noch auf dem Kinderfahrrad, weder sitzend, stehend oder liegend; weder jungen noch alten (erst recht nicht Senioren mit Elektroantrieb im Faradayschen Käfig!). (18.5.2017)

Was ist denn nun richtig?

Ist es Taktik von den „Gnomen in Zürich“ (so Harold Wilson über schweizer Banker), normale Bürger wie ich es bin, zu verunsichern? Da wird einerseits gesagt, Schuldenabbau ist in Anbetracht der höchstwahrscheinlich nicht auf diesem niedrigen Niveau bleibenden Zinsen wichtig, wichtig. Denn wenn die Zinsen für die staatlichen Schulden steigen, hat dieser keinen Spielraum für Investitionen, die weil die Banken das Geld bekommen (es ist ja nicht weg, nur woanders). Andererseits wird gesagt: Leute, gebt das Geld aus, nur so ist die Konjunktur in Griechenland oder Italien zu retten. Ich stehe da wie Burians Esel und werde wohl verhungern. Denn es kommt ja neben dem Staatsdilemma (Schuldenabbau versus Investitionen) hinzu, daß der Bürger (also einer wie ich) für die Zukunft vorsorgen soll – weil, das die Rente nicht sicher ist und Altersarmut nicht nur droht (könnte man tapfer darüber hinwegsehen), sondern ja schon an der Wohnungstür anklopft (früher hieß es in West-Berlin: der Kommunismus steht vor der Tür). Will ich nun Grille sein (in der Jugend nach Malle, im Alter nach Marzahn) oder Ameise (in der Jugend das Sparbuch füttern, im Alter auch nichts haben)? Und dann glaube ich ja immer noch an die Weisheit der Wirtschaftswissenschaftler (das ist schon fast Ironie), denn wenn sie nichts Vernünftiges und Richtiges zu sagen hätten, würden sie doch das Maul halten. Unglücklicherweise widersprechen sich dieselbigen und sind sich nur in einem Punkt einig: Wir sollen ihnen vertrauen, ihnen und den Politikern. Ist doch so? (18.5.2017)

Besucht London. Visit London.

Vor einigen Jahren war ich in London. Unvermeidlich geht man als Tourist auch an der Themse entlang. Meine Begleitung sollte auch einmal andere *crown jewels* sehen. Prime Minister Theresa May soll nun vorgeschlagen haben – in Anbetracht der engen sog. unverbrüchlichen Verbundenheit zur USA und seinem Präsidenten – den dortigen Turm, von dem man früher die Raben fütterte, in „Trump-Tower“ umzubenennen („It is a great great tower with a very very good story.“). Ich fürchte, das wird dem Präsidenten trotzdem nicht gefallen. Schon Shakespeare erwähnt in der Tragödie über Richard III. die Ermordung des Herzogs von Clarence im Tower: der Bruder des Königs wird in einem Weinflaß Malvasier („Take him over the costard with the hilts of thy / sword, and then we will chop him in the malmsey-butt / in the next room.“). Das könnte auch als Aufforderung zum Präsidentenmord verstanden werden. Oh, I beg your pardon, die Geschichte vom zweiten Trump-Tower ist ein Fake, das ich nicht erst morgen zurücknehme, sondern jetzt und hier und sofort; die Geschichte mit den sieben Raben stimmt übrigens auch nicht. Sorry. Obwohl: Raben sind doch auch Galgenvögel? Oder hat Theresa (bedeutet: „die vom Brexit Gejagte“) May es doch vor? Heutzutage schmeißt sich ja jeder rechtzeitig zu Boden – nicht nur vor Sultaninen, Emiren, Kalifen und anderen Osmanen. (17.5.2017)

Veganes Bier aus Irland.

Mein Vetter, der sein ganzes Berufsleben mit b(B)ayerischem Bier verbunden war, erzählte bei den Familientreffen stets, Bier mache nicht dick (meine Frau meinte neulich, als sie mich so von der Seite betrachtete, daß mein Vetter aus Bayern lüge). Dann erzählte der Vetter noch, daß bei der Bierherstellung ein geniales Verfahren angewendet werde: nur ein einziges Mal müsse das „Bierwasser“ gepumpt werden (nach oben), dann laufe es über die verschiedenen Herstellungsstufen immer abwärts in den Keller, wo es in Flaschen und Fässern abgefüllt werde; das Bierwasser würde ja auch bei ihm oben reingegossen und käme unten – leicht verändert – wieder raus (haha). Und dann erzählte er außerdem gern und ausführlich, daß Bier nur aus Hopfen, Malz, Hefe und Wasser bestünde. Wird ja überall erzählt. Muß also stimmen. Klang für die Frauen in der Familie immer glaubhaft. Mein Einwand, das sei doch nur ein gut gelungener Marketing-Gag aus den 1920er Jahren, wurde von ihm mit Mißachtung gestraft. Nun habe ich ihn aber am Zwickel erwischt. In der Zeitung, hinter der stets ein kluger Kopf steckt, stand am 17. Mai 2017 ein Artikel mit der Überschrift „Guinness verbannt den Fisch aus dem Bier“. Nun habe ich dieses irische Gebräu sowieso nicht gemocht. Aber, ich las den Artikel trotzdem. Zweimal. Weil ich nicht glaubte, was ich las. Die Guinness-Brauerei verwendete bislang ein traditionelles Verfahren, bei dem Gelatine aus getrockneten Schwimmbblasen von Fischen eingesetzt wird, um das dunkle Bier von Treibstoffen zu befreien. (Und ich dachte, Gelatine wird nur für Gummibärchen genommen.) Wie gesagt, Guinness mochte ich nie. Aber, jetzt kommt's: die deutschen Brauereien setzen ein anderes Verfahren ein. Sie verwenden Polyvinylpolypyrrolidon (PVPP) als Klärungsmittel, um die Schwebstoffe zu binden. Gut, es wird mit einem feinen Sieb wieder rausgefiltriert. Aber ist der Einsatz von PVPP rein im Sinne des Reinheitsgebots? Sieb hin, Filter her? Ist das auch Old-Fake? (17.5.2017)

Jetzt rede ich nicht mehr.

Da trifft ein Permanent-Twitterer auf einen Verschwiegenen, der mich stets an den immeramtierenden früheren sowjetischen Außenminister Gromyko erinnert. Am Tag nach diesem historischen konnte vermutlich Sergei Lawrow (Sie erinnern sich: das war der Mann, der „unsere Lisa“ aus deutschen Hurenhäusern rettete und damit unsere Bundeskanzlerin als eine Art Bordellmutter darstellte) seinem Chef mitteilen „Towarischtsch Wladimir, er hat mir wirklich gesagt, welche US-Agenten uns ausspionieren. Towarischtsch Sergei ist Zeuge gewesen. Und außerdem noch zwei Diplomaten aus dem State Department. Sie müssen nicht den Dementis glauben. Das ist doch normal, daß der Präsident was sagt, seine Minister und Stäbe dies dementieren, und er dann twittert „As President I wanted to share with Russia (at an openly scheduled W.H. meeting) which I have the absolute right to do, facts pertaining...“ Kann man denn heutzutage noch Geheimnisse mit dem Twitterer in Washington teilen? Nee, kann man nicht – man weiß ja nicht, wem er ein solches weitersagt. (16.5.2017)

Noch kann ich mir Bücher leisten.

Gestern habe ich für meine Frau ein Buch gekauft (der Trend zum Drittbuch nimmt ja überall zu!). Anders als Frau Albig ist meine Frau intellektuell ja auf Augenhöhe mit mir (körperlich, ha!, muß sie aber wegen ihrer 160 Zentimeter Höhe aufblicken). Also, das gestrige Buch im Format von 11x18 cm mit einem Umfang von rund 380 Seiten wird gemeinhin zur Belletristik gezählt. Wie alle älteren Deutschen rechne ich immer noch Euro in DM um (ist ja auch einfach: Euro mal 2 und man hat den ungefähren Preis). Im Fall des Buches sind es 48 Mark (tatsächlich und genau „nur“ 46,94 Mark). Das ist schon ein heftig-deftiger Preis. Ist auch nur zu vertreten, weil alle wirtschaftswissenschaftlichen Ausländer (ich sage nur Lagarde, Lagarde!) meinen, daß die Deutschen mehr konsumieren und mehr im Ausland einkaufen müssen (das Buch ist von einem Schweizer Verlag!). Noch vor Jahren hatten wir uns für den Konsum verschuldet. Dann fing eine Diskussion an, die da lautete: Altersarmut. Die Deutschen müßten mehr sparen, damit sie die Miete in München oder Hamburg zahlen können. Und damit wir uns noch das Sonntagsbrötchen kaufen können (für fast eine Mark! – das Stück!). Die Renten sind nicht sicher – wurde gesagt (Norbert Blüm sah das noch ganz anders). Was ja auch nicht falsch ist: die Renten wurden schließlich halbiert! Und jetzt wird das Gegenteil gefordert. Weg mit dem zurückgelegten Geld, das unter der Matratze liegt. Wissen Sie, was richtig ist? Noch ein Buch kaufen (jetzt aus Frankreich und keinesfalls von der Insel)? Aufs deutsche Brötchen verzichten und dafür griechischen Schafskäse runterwürgen? (10.5.2017)

Torsten Albig ist Gottseidank weg.

Torsten Albig ist von den schleswig-holsteinischen Wählern zu recht davongejagt worden: Seit Scharpings Planschbeckenspielerei hätte er wissen müssen, daß eine sog. homestory in der BUNTEN unglücklich enden kann. Da gibt doch der SPD-Spitzenkandidat (womit gemeint ist: Erster auf der Liste) mitten in der heißen Phase des Wahlkampfes ein Bild von sich, daß ihn unwählbar macht – für immer und ewig: Er lebte rund 27 Jahren mit einer Frau zusammen, mit der „nur noch ganz wenige Momente (hatte), in denen wir uns auf Augenhöhe ausgetauscht haben.“ Nach 27 Jahren Eheleben, meinerwegen auch schon zwei-drei Jahre vorher, stellt er fest, sie ist nicht auf seiner Augenhöhe – intellektuell oder so. So lange hat er dazu gebraucht, um das (unterstellt, er hat recht, was ich nicht beurteilen kann und will) festzustellen: das zeugt (abgesehen von dümmlicher Arroganz) von mangelnder Urteilskraft. Jetzt kann man auch verstehen, warum seine Regierung einige landespolitische Dinge in die Grütze fuhr. Er gehört in die Gruppe, deren, die – wie James Dean – nicht wissen, was sie tun. Weg mit diesem arroganten Hohlkopf – weg mit Freude. Ach, noch eine abschließende Bemerkung: Albig war Sprecher des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück; dessen Urteilsvermögen ist auch anzuzweifeln, wenn er solche Menschen in seinem Umfeld beschäftigt. Aber Steinbrück ist ja auch weg. (9.5.2017)

Die Misère hat wieder zugeschlagen.

In der BILD äußerte sich der sächsische Bundestagsabgeordnete (ich glaube, da verbreitet sich Unsinn stärker als im Rest der Republik) über die Deutsche Leitkultur (s'ist ein Eigenname wie Europäische Gemeinschaft). Unter den plakativen Begriffen befindet sich „Wir sagen unseren Namen. Wir geben uns zur Begrüßung die Hand.“ Aus Platzmangel hat die BILD (aus der nicht mehr so viel Blut fließt wie früher) einige Punkte der vorgestellten Leitkultur weggelassen als da sind: „Wir zahlen deutsch.“ (was bedeutet, daß man für die neue Freundin nicht zahlt.) „Wir fahren auf der Autobahn links.“ (was bedeutet, daß wir andere Verkehrsteilnehmer mit der Lichthupe auch erziehen.) „Wir drängeln uns an der Kasse vor.“ (was bedeutet, daß wir mit dem Einkaufswagen auch einmal einer Rentnerin über den Fuß fahren [Blöde Kuh].) „Wir sagen zu allen Ausländern Kanaken.“ (was bedeutet, daß auch Polen unabhängig von der Hautfarbe so bezeichnet werden.) „Wir waschen uns die Hände.“ (wenn wir den Reifen gewechselt haben, nicht jedoch nach dem Besuch einer Autobahn-Raststätte). „Wir sagen unseren Namen.“ (was bedeutet, daß man daran erkennen kann, wo wir herkommen: Chantalle ist immer Sachsen, Maik ist stets aus Marzahn, Joseph (Sepp) Maria ist südlicher, Adolf immer Vorpommern, Bogdan kommt aus dem Ruhrgebiet.) „Wir sagen unseren Namen“ (was bedeutet, daß Hadschi Halef Omar Ben Hadschi Abul Abbas Ibn Hadschi Dawuhd al Gossarah aus Ernstthal bei Radebeul in Sachsen stammt und Karl Deutsch aus Dschunet.) Wollen doch mal sehen, was dem Herrn Thomas de Maizière, dessen Ahnen aus Metz (ab 1552 zu Austrasien [Ostasien] und bis 1648 zum Bistum Trier gehörend) nach Brandenburg flüchteten, noch einfällt. (8.5.2017)

Adele Weidel will nicht politisch korrekt sein.

Muß ich also auch nicht politisch korrekt sein. Adele entwickelt sich zu meinem Leitbild. Sie hat auf dem Parteitag der „Schande für Deutschland“ in Köln gesagt: Politische Korrektheit gehört auf den Müllhaufen der Geschichte. Kann man so sehen. Sie ist eine Lesbe, die in der steuerschonenden Schweiz ihren Neigungen nachgeht. Adele Weidel lebt also für uns deutsche Gutbürger in doppelter Schande: AfD und Lesbe – so macht man Karriere! Das ist ja wohl wirklich iigitt. Daß ihr nicht der Prozeß wegen Unzucht gemacht werden kann, hat sie übrigens den Sozis zu verdanken. Sie lebt nicht das Bild der deutschen Familie mit demnächst fünf Kindern (siehe Frauke Petry). Während Petry vermutlich das Mutterkreuz von Bernd erhalten wird, lebt Adele Weidel in Deutschland als Single-Lesbe und in der Schweiz als Familienmutter (oder so ähnlich). Frage: Seit wann sind Schweizer bio-deutsch? Ist ja ekelhaft! Mit einer Schweizerin! Die Frau Adele hat ja überhaupt kein deutsches Leitbild. Ich wollte auch einmal politisch nicht korrekt sein. So hat die AfD mit ihrer Politik auch mich schon infiziert. Ist ja so schlimm wie starker Toback. (7.5.2017)

Arbeiten lernen.

Neulich wurde im Fernsehen über eine Helfer-Gruppe für Flüchtlinge berichtet – aus einem Ort, dessen Name ich vergessen habe. Eine Bemerkung ist mir in Erinnerung geblieben; es sei nicht einfach, die syrischen Flüchtlinge an geregelte Arbeit zu gewöhnen, wurde gesagt. Da fällt mir doch ein: es war ja auch nicht einfach, die aus der Zone (Sie wissen, ich liebe diese Bezeichnung) 1989/1990 einreisenden Deutschen daran zu gewöhnen, daß, wenn die Palette mit den Verpackungsmaterialien abgearbeitet war, daß dann nicht Feierabend ist, sondern eine neue und volle Palette geholt wurde. Und nix da mit zwischendurch Einkaufen. Acht Stunden sind ein Arbeitstag. Aber wir Wessies haben die Ossas und Ossies erfolgreich trainiert (hat lange gedauert und ist noch nicht ganz abgeschlossen): da werden wir doch mit gutwilligeren Syrern (usw.) erst recht fertig. (7.5.2017)

Frauen sind anders als Männer.

Ich will jetzt nicht übers Einparken der Frauen schreiben. Ich habe einen weiteren Unterschied festgestellt. Den will ich hier schildern. Ich bin etwas über einsfüanzig groß (Sie wissen ja, die Mitglieder der Kriegsgeneration sind alle etwas kleiner als die Generation ihrer im Überfluß großgewordenen Enkel; dafür können wir aber Kopfrechnen und schreiben nicht wie wir's hören. Verzeihen Sie die Abschweifung.) Wenn ich mit meiner Frau hier im Dorf die beim Discounter vergessenen Dinge einkaufen gehe, dann trage ich, charmant-charmant, die Stofftasche. Diese weist, jedenfalls für mich, zu lange Henkel auf, die ich, damit die Tasche nicht auf den Boden schleift, dadurch verkürze, daß ich die Henkel um mein Handgelenk „wickele“. Dann warte ich. Ich warte darauf, daß meine Frau (wie immer) mich darauf hinweist, daß man das Schleifen auf dem Boden auch dadurch vermeiden kann, wenn man den Arm anwinkelt und die Henkel über dem angewinkelten Arm legt. Wenn ich ehrlich bin: ich warte (begierig) auf diese Belehrung – als Zeichen, daß ich be(ob)achtet werde. Wirklich, Frauen tragen Taschen mit Henkel immer über dem angewinkelten Arm. Geht gar nicht anders. Männer nie! Achten Sie einmal darauf. Frauen tragen nie die Henkel einer Tasche in der Hand. Das muß gentechnisch begründet sein. Wie das Plapper-Gen. (1.5.2017)

Links- und Rechtswissenschaftler.

Nach dem Ersten Weltkrieg mußten die Einwohner im Elsaß nachweisen, daß bereits ihre Großeltern vor 1871 eingewandert waren. Wer dies nicht nachweisen konnte, wurde nach Deutschland ausgewiesen. Ralph Weber, Mitglied des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern und Professor in Greifswald, plädiert dafür, daß Deutschland den Deutschen gehören müsse. Bio-Deutscher ist nach Weber nur derjenige, der von vier deutschen Großeltern abstammt. Nebenbei: Die Abstammungsfrage hatte ja auch die Lutheriden umgetrieben mit dem Ergebnis, daß einige ihre Familienangehörigen eine Verwandtschaft mit Martin Luther genetisch jedenfalls nicht erklären konnten. Natürlich ist Herr Weber da ganz dicht bei den Alt-Nazis, aber das weiß er, und da will er vermutlich auch sein. Und ob jeder Biodeutscher wirklich Biodeutscher ist, wissen wir erst, wenn alle eine Speichelprobe abgegeben haben. Wenn solche Leute wie Weber wieder Oberwasser haben und mehr oder weniger ungestraft Nazi-Forderungen erheben (die Meinungsfreiheit wird sicherlich abgeschafft, wenn Weber und Genossen die Macht ergreifen?), dann muß ich doch wieder meine geliebte Forderung erheben: Laßt uns eine Mauer bauen (Ceterum censeo murum esse constructionem) und Grenzschutz-tuppen einsetzen, damit er ja da drüben bleibt (er kommt aus Bad Mergentheim) und nur ostdeutsche Menschen mit solchen „Figuren“ (ich zitiere seinen Professor-Kollegen und AfD-Funzionär Jörg Meuthen) leben müssen. Adele Weidel und Alexander Gauland haben sich zu Webers Forderung bisher nicht geäußert. Schweigen, so heißt es ja, bedeutet Zustimmung. (28.04.2017)

Noch einmal zur Krawallpartei.

Die AfD hat sich ja festgelegt, daß mit „diesen Figuren“, damit sind Vertreter von in den Bundestag gewählten Parteien gemeint, keine Zusammenarbeit möglich ist. Im Klartext: erst wenn die AfD die Mehrheit in einem Parlament hat, würde sie auch Politik machen wollen. Bis dahin wird/will sie nicht an der Gestaltung der Gesellschaft mitwirken. Es ist deshalb nicht anzunehmen, daß selbst bei einem Krawall-Potential von 30 Prozent (das ist hochgegriffen) die AfD jemals gestalterisch tätig wird. Wenn sie das erklärtermaßen nicht will, geht es also nur um den Dienstwagen und die Diäten. Warum solche Leute wählen, die – wie die Spitzenkandidatin Adele Weidel – erklären, daß „die politische Korrektheit auf den Müllhaufen den Geschichte“ landen soll? Ich will jetzt auch mal politisch unkorrekt sein: in Württemberg, da kommt Weidel her, wirbt die Partei damit, daß sie gegen die „volksezerzieherische Überhöhung von nicht heterosexuellen Menschen“ sei: Hallo, Herr Gauland, was soll das denn? (27.4.2017)

Kriminelle Ausländer müssen ... was, ja was eigentlich?

Meine Dorfzeitung berichtete am 25. April 2017 über ein Gerichtsverfahren in Hameln. Beteiligt ist eine sog. Großfamilie aus dem Libanon. Dem Zeitungsbericht zufolge werden Mitglieder dieser Familie u.a. Bedrohung, Körperverletzung, Beleidigung und Landfriedensbruch vorgeworfen. Einem Mitglied werden insgesamt 6, seiner Mutter 12 Straftaten vorgeworfen. Ein Mitglied dieser Familie besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit, bei einem weiteren Mitglied ist die Staatsangehörigkeit ungeklärt, der Rest der Familie sind Libanesen. Es handelt sich um Kriminelle. Pu der Bär (der mit dem geringen Verstand) fragt sich: warum weist man diese Kriminellen nicht aus? Warum fördert die niedersächsische Landesregierung, bestehend aus SPD und Grünen, die AfD (das sozialdemokratische Wegducken und Nichtstun fördert doch bekanntlich den Fremdenhaß). (27.4.2017)

AfD und Krawall wählen.

Ein ungeheurer Unterhaltungswert bietet diese Partei. Er erinnert an die Krawall-Sendungen im Privat-Fernsehen wie die berühmten Gerichtssendungen, in denen sich die Darsteller „ungewöhnlich“ verhielten. Gefördert wurde das auch mit dem beliebten Tatort-Schimanski. Die AfD bietet in der öffentlichen Wahrnehmung ein Bild, das sich an die Krawallsendungen orientiert. Wie finden Sie die politische Zielsetzung: „Weg vom links-rot-versiffen 68er Deutschland“? Das ist Krawall-Sendung pur. Und die Wähler wissen, diese Partei wird auf absehbarer Zeit, auch durch eigene Erklärung, keine Politik in Deutschland bestimmen. Sie wird nur Krawall verursachen. Und Abgeordneten-Diäten kassieren. Da ist einer direkt vom Lehrstuhl als Volkswirt in den Abfalleimer gelandet – oder? Da macht der Professor aus Kehl auf seriös, aber ist er das wirklich? Lesen Sie seine Rede auf dem Kölner Parteitag: <http://charismatismus.wordpress.com/2017/04/23/ansprache-von-prof-dr-joerg-meuthen-auf-dem-afd-bundesparteitag-in-koeln/> Sie sollen später nicht sagen dürfen: Wenn wir das gewußt hätten ... Und die Rede von Adele Weidel, Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl 2017, ist eher noch schlimmer. (25.4.2017)

Ich mag es, mich zu erhitzen.

Es passiert leider regelmäßig, daß ich mich echauffieren muß. Wieder einmal ist der Grund ein Artikel in „my beloved newspaper“. Da wird in der Sonntagszeitung vom 23. April 2017 eine Gegenüberstellung der Steuerbelastung von Singles und Ehepaaren gemacht. Was kann ich da lesen: die Steuerbelastung beträgt bei einem Ehepaar mit 100.000 Euro Jahreseinkommen exakt 26.504 Euro. Wer immer diese Tabelle erstellte, er muß (nicht nur sollte!) noch einmal einen Kursus machen über Grundkenntnisse des Steuerrechts und der Steuerberechnung. Denn die Zahlen sind falsch, abgrundtief falsch. Das läßt sich nur erklären, wenn man davon ausgeht, daß der Autor vorher Blutwein getrunken und Gagh gegessen haben muß (und zwar zu viel). Nun kommt es: Vor wenigen Jahren erklärte mir ein Bekannter, seine Steuer betrage über 50 Prozent. Mein Hinweis, wenn der Spitzensteuersatz 42 Prozent ausmache, könne sein Steuersatz nicht 50 Prozent (über Alles) betragen. Logo? Logo! Unbelehrbar. Daraufhin empfahl ich meinem Bekannten (um den Streit nicht eskalieren zu lassen), eine ehrliche Liste über seine gesamten Brutto-Einkünfte (wie ich es mache) aufzustellen, dann die vom Finanzamt bestätigten und anerkannten Ausgaben (Freibeträge für dieses und jenes, Sozialversicherungsbeiträge, Spenden, Handwerkerrechnungen usw.) gleichfalls aufzulisten, schließlich das vom Finanzamt festgesetzte steuerpflichtige Einkommen und dann (Trommelwirbel) den darauf entfallenden Steuerbetrag dagegen zu rechnen (Steuerbetrag durch Bruttoeinkommen mal 100 ergibt einen Prozentsatz). Wie gesagt: ich mache das seit einigen Jahren und stelle immer wieder fest, daß ich in einer Republik lebe, die von den als Tatsachen behaupteten Tax-Fakes weit entfernt bin. Leider, leider. (23.4.2017)

Ich bin Niedersachsen. Manchmal.

Das meint, nur nicht so kompliziert und um Gottes willen keine Änderungen, die mich beunruhigen könnten. Deshalb verstehe ich, daß die Oppositionsparteien im Niedersächsischen Landtag (CDU und FDP) die Politik fortsetzen, die sie in früheren Jahren als Regierungspartei auch schon nicht machten. Was immer die jetzigen Regierungsparteien SPD und Grüne machen, CDU und (noch schlimmer) FDP wissen alles besser und würden alles besser machen. Nur, so frage ich mich als „Zwerg Unwissend“ und Pu der Bär (mit dem geringen Verstand): warum haben CDU und FDP in den Jahren 2003 bis 2013 (10 lange Jahre) unter Christian Wulff und David McAllister nicht das gemacht, was die Regierung Weil jetzt angeblich versäumt. Haben Sie schon einmal bemerkt, daß Abgewählte (nicht nur in Niedersachsen) ihre Versäumnisse stets ihren Nachfolgern vorwerfen. Ich finde: in Niedersachsen ist das besonders schlimm; dagegen hatte sich die CDU in Baden-Württemberg nach der Abwahl von Stefan Mappus und Co. viel, viel vernünftiger und einsichtiger verhalten. Ist Ihnen das auch schon aufgefallen? (22.4.2017)

Kartoffelsuppe und Veggie-Day.

Diese Woche hat uns meine Frau Kartoffelsuppe gekocht, die bekanntlich immer erst am zweiten Tag schmeckt (mein Vorschlag, den ersten Tag wegzulassen, stößt bei meiner Frau leider auf Unverständnis). Donnerstag war Tag Zwei. Da fiel mir ein: Die „Grünen“ schrieben in ihr Bundestags-Wahlprogramm 2013, daß sie nach der Wahl jeden Donnerstag zum „Veggie Day“ machen würden (so wurde es übelmeinend interpretiert). „Man muß nicht jeden Tag zwei Burger essen“, hatte Göring-Eckardt gesagt. So ganz verabschiedet haben sich die „Grünen“ von der Veggie-Day-Idee heuer noch nicht. Da ich nicht jeden Vorschlag einer Partei ernst nehme, gab es bei uns sowohl an Tag Eins wie auch am Tag Zwei Bockwurst in der Kartoffelsuppe. Meine Frau sagt „muß sein“. Manchmal irrlichtern meine Gedanken: Mir fällt ein, daß die Nazis den jeweils ersten Sonntag im Monat für den Genuß (?) von fleischlosen Eintöpfen vorsahen; es gibt ein nettes Bild im Internet, auf dem Berliner 1937 unter dem Transparent „Berlin ißt heute sein Eintopfgericht“ Suppe fassen. Wer sich erinnern mag: zu den Gründern der „Grünen“ gehörten auch Leute, die dem Blut und dem Boden nahestanden. Wenn's donnerstags fleischlos ist, wie soll ich denn noch Kraft zum Arbeiten haben. Freitags kann ich auch nicht arbeiten, weil ich Dienst in der Moschee habe. Der Sonnabend ist schon seit langer, langer Zeit für Arbeiten in der Synagoge reserviert und sonntags bin ich nach dem Kirchgang vom Weihrauch berauscht und nicht mehr für intelligentes Handeln geeignet. (21.4.2017)

Einführung der Mehrwertsteuer in Indien.

Was schert mich das Steuersystem in Indien? Nichts. Aber einen Punkt finde ich interessant und nachahmenswert: Auf Alkohol, Limonaden und Tabak wird zusätzlich zur „normalen“ Mehrwertsteuer (die jetzt eingeführt werden soll) eine zusätzliche Steuer von 15 Prozent fällig. Begründung: der Genuß dieser Genußmittel würde die Gesellschaft mit zusätzlichen Kosten belasten. Da fällt mir eine meiner Lieblingsfragen ein: haben Sie schon jemals gehört/gelesen, daß ein alkoholisierter Mann seine Frau schlägt? Sagen Sie nicht nein! Haben Sie schon jemals gehört, daß ein Raucher, weil er raucht, seine Frau schlägt? Sagen Sie, wenn Sie mutig sind: Ja. Deshalb wird in Deutschland und anderswo in der Welt der Tabakkonsum bekämpft. Deshalb wird weltweit der Alkoholkonsum bekämpft. Ach, das letztere stimmt nicht? Weil „Saufen“ zur gesellschaftlichen Etikette gehört? Galt für Zigaretten auch einmal. (20.4.2017)

Australien ändert Einreisebestimmungen.

Nur ganz kurz: Australien ändert die Vergabe von Einreisevisa. Davon betroffen sind u.a. Piloten, Stewardessen, Fernseh-Moderatoren und ... Ziegenzüchter. Warum die letztere Berufsgruppe überhaupt und jemals bevorzugt behandelt wurde, ist für mich nicht nachvollziehbar, wird aber schon seinen guten Grund haben. Nach der Wahl in der Türkei werden jetzt also die Ziegenzüchter nicht mehr bevorzugt. Auch gut. (19.4.2017)

Das Volkstum soll sich ausbreiten dürfen.

Albanien wird jetzt in die NATO aufgenommen. Der nächste Schritt ist die Aufnahme in die EU. offizieller Beitrittskandidat sind sie schon seit 2009 (die Brüsseler EU- und NATO-Bürokratie schreckt vor nichts zurück!). Wir haben in Deutschland endlich begriffen, daß „Ehrenmord“ an Türkinnen schlicht und mindestens Totschlag ist (Mord kann es nicht sein, weil das Opfer ja wußte, daß es wegen ihres Verhaltens totgeschlagen wird! und daher keine Heimtücke vorliegt). Aber jahrelang galten solche Taten als schützenswertes Kulturgut. Nun kommen die Albaner. Von denen ist bekannt, daß selbst Enver Hoxha die Blutrache nicht abschaffen konnte. Ist auch Volksgut. In den albanischen Bergen. So wie Sirtaki, Schuhplattler, Bördeboote, französische Käsesorten, Rheinischer Karneval usw. (sehen Sie sich die Liste einmal an: aber nur sitzend, weil wir Deutschen so ungewöhnliche Kulturgüter haben (andere Länder, übrigens, auch): Bundesweites_Verzeichnis_des_immateriellen_Kulturerbes. Zurück zu den Albanern: wollen wir diese Leute wirklich freizügig durch die Bahnhofsviertel ziehen lassen? (19.4.2017)

Nie lernt man aus.

Heute (18. April 2017) war in der FAZ ein Foto abgebildet, daß den Vizepräsidenten der USA mit seinen Töchtern (vermutlich) auf dem Aussichtsturm an der Grenze von Nord- und Südkorea zeigt. Da ja nicht bekannt war, wer da mit einer Hundertschaft von Sicherheitsbeamten in gepanzerten Autos und im Beisein hochrangigen Militärs vorgefahren wurde, trug der Vizepräsident eine Jacke mit einem Namensschild: „Vice President Mike Pence“. Das finde ich toll. Jetzt weiß auch der (einzige) dicke und wohlgenährte Nordkoreaner mit dem merkwürdigen Haarschnitt, wer da an der Grenze war (ich gehe davon aus, daß die südlichen Koreaner und die US-Generäle wußten, wen sie begleiteten). Was ich auf dem Foto nicht erkennen konnte, war: wie heißen die Töchter? Früher, als die Zukunft noch rosig war, wurden in Zschopau im sächsischen Erzgebirge Plaste und Elaste hergestellt, aus denen auch (vielleicht) wasserfeste Bekleidungsstücke produziert wurden. So sieht auch die Jacke aus, die der „Vice President“ trägt. Um Theobald Tigers alten Fontane zu zitieren: „Gott, ist die Gegend runtergekommen.“ Das ist auch auf die kulturelle Unter- oder Überlegenheit der USA anzuwenden. Eine Jacke aus dem Erzgebirge für Mike, der „Michael“ heißt! Nie lernt man aus. PS. In der Zone (ich bleibe dabei) hätte es aber „Maik“ geheißen. Ich vice jetzt mehr. (18.4.2017)

Lange nichts zu Griechenland geschrieben.

Götz Aly zitiert in seinem letzten Buch (2011) einen Absatz aus Siegfried Lichtenstaedters (1865–1942) „Zukunft der Türkei“, erschienen im Jahr 1898. Das ist insofern bemerkenswert, weil sich nicht viel geändert hat im sog. Geburtsland der Demokratie (mit Sklavenhaltung, Knabenvergewaltigungen, fehlenden Rechten für Frauen und andere Griechen, massenhaften Totschlagereignissen, in umfangreichen Epen verherrlichten Diebstahl und andere Räubereien, nackten Männern bei regelmäßigen Sportveranstaltungen, Mehrklassenwahlrecht usw.). Ich zitiere: „Wenn die Griechen während der nächsten drei bis fünf Jahre darauf verzichten werden, ihre Gläubiger aufs Neue zu betrügen (was nicht gerade sehr wahrscheinlich, aber doch auch nicht unmöglich ist), so wird Europa ihnen abermals, und stärker als zuvor, seine Liebe zuwenden – natürlich auf Kosten der Türkei.“ Na ja, wir wenden den Griechen nicht unsere Liebe zu, aber unser Geld. Ist doch auch was? Und: Die Türkei, die Türkei, ist mir inzwischen EUnerlei. (17.4.2017)

Rigoros bedeutet „hart“, „unerbittlich“ oder „unbeugsam“.

In diesem Sinne, denke ich, sollte man dem Osmanen entgegentreten. Da schließe ich seine Landsleute mit ein, obwohl ich weiß, daß etwa die Hälfte von ihnen unschuldig an der Politik Erdogans ist. Er hält mit unglaublichen Begründungen mindestens 19 Deutsche in seinem Land fest (ich habe gestern schon darauf verwiesen). Es wäre also angebracht, Gegenmaßnahmen einzuleiten als da sind: erstens: das Außenministerium spricht eine Reisewarnung aus, was hoffentlich dazu führt, daß der Tourismusstrom aus Deutschland versiegt; zweitens: Türken erhalten bis zur Freilassung der 19 (daraus könnte man eine Kampagne machen) kein Visa zur Einreise nach Deutschland und drittens: alle Imame, die von der Ditib bezahlt werden und keinen deutschen Paß besitzen, werden aufgefordert, binnen einer Woche unser Land zu verlassen und erhalten zudem ein Wiedereinreisegebot. Das trifft vermutlich und bedauerlicherweise auch die in Deutschland verbleibenden Muslime. Aber mir scheinen diese drei Vorschläge realisierbar, zumutbar und nicht unbillig. Oder nicht? (16.4.2017)

Gefangen in der Dunkelheit.

Der Herr Staatspräsident Erdogan hält in seinem neu-osmanischen Reich nicht nur den Journalisten Deniz Yüzel, sondern weitere Deutsch-Türken und andere Deutschländer fest; von fast 20 dieser unserer Landsleute wissen wir. Erdogan erklärte, er würde diese erst dann enthaften und ausreisen lassen, wenn die Bundesrepublik ihrerseits die von ihm verfolgten Gülen-Anhänger an ihn ausliefere. Unglücklicherweise ist die Tatsache des Festhaltens deutscher Staatsbürger in Osmanien der Bundesregierung nicht bekannt, so daß diese wohl in einem anatolischen Gefängnis „vergessen“ werden. Man macht Wahlkampf in Deutschland, da kann man sich nicht um Gefangene weit hinten in der Türkei kümmern. Woher ich weiß, daß der Bundesregierung nichts von den Gefangenen bekannt ist? Na ja, wenn Frau Merkel, Herr Gabriel und andere in der Bundesregierung wüßten, würden sie doch wohl massiv und deutlich für deren Freilassung kämpfen. Samthandschuhe sind für diesen Osmanen nicht angebracht. Neville Chamberlain (Sie erinnern sich?) hat auch gedacht, daß man mit Appeasement-Politik Hitler befrieden könne. Das hat 1938 nicht funktioniert und wird jetzt auch nicht funktionieren. Die Bundesregierung hat ja nicht einmal eine Reisewarnung ausgesprochen. Im übrigen gilt: Verteiler von Flugblättern werden in der Türkei flugs verhaftet. Eine kleine Anmerkung: Die Abstimmung über die neue Verfassung wurde auf den Oster-Sonntag festgesetzt. Das ist kein sunnitischer Feiertag. Deshalb. (15.4.2017)

Leistungsbilanzüberschuß.

Die Trump-Regierung behauptet, Deutschland würde mit unzulässigen Mitteln den Leistungsbilanzüberschuß mit der USA erwirtschaften. Kann es sein (ich bin weder Statistiker noch Volkswirt), daß hier Pfirsiche mit Pflaumen verglichen werden? Ich meine damit: viele US-amerikanische Firmen machen Gewinne in Deutschland, doch diese Gewinne werden nicht in die USA transferiert, sondern gehen von Deutschland (und anderen europäischen Ländern) in Steueroasen (welch' harmloses Wort für Steuerverschiebung). Wenn diese Gelder in die USA fließen würden, zur Muttergesellschaft (nicht nur die üblichen Verdächtigen wie Starbuck, Facebook, Google, Windows), dann würde vermutlich der Leistungsbilanzüberschuß anders aussehen. Im übrigen: Chevrolet sollte bessere Autos bauen, dann würden sie hier auch gekauft werden. Wo Gabriel recht hat, hat er recht. (13.4.2017)

Kreuztragende Beamte.

In Berlin wurde eine Lehrerin aufgefordert, den Schulunterricht ohne ein christliches und sichtbares Kreuz zu leisten. Diese Aufforderung ihrer Vorgesetzten ist konsequent und in sich stimmig, wenn man gleichzeitig muslimischen Lehrerinnen mit Kopftuch den Unterricht untersagt. Was mich interessiert, ist, ob Ministerinnen der Bundesregierung sichtbar ein Kreuz tragen dürfen. Ich meine die Sozialministerin Andrea Nahles, die ihren Katholizismus mit dem Kreuz (in verschiedenen Ausführungen) um den Hals zur Schau trägt. Wenn die das darf, dann müßte doch ein Lehrer sein Bekenntnis auch zeigen dürfen, nicht wahr? (13.4.2017)

Unsere arme Mädchen und Frauen.

Es ist ja gerade wieder festgestellt worden, daß Deutschland geteilt ist in Arme und Reiche; der Gini-Koeffizient ist von 0,78 auf 0,76 gesunken (1 würde absolute Gleichheit bedeuten). An diesem Fakt ändert auch nichts, daß die nächste Generation über 1 Billion Euro erben wird. Wir reden über Heute. Wenn ich durch die Stadt gehe oder durch das hiesige Bankenviertel (auf dem zur Zeit nur Touristen sitzen) schlendere, dann sehe ich immer wieder Mädchen und junge Frauen, die Jeans tragen, die nicht nur am Knie aufgerissen sind. Ich komme dann immer in Versuchung, in meine Tasche zu greifen und („haste 'mal 'nen Euro“) diesen Hosenträgern eine Spende zu geben. Denn mit zerrissenen Hosen rumzulaufen, zeugte in meiner Kindheit von fauler Mutter (Nähen konnten damals alle Frauen). Meine Frau sagt aber, wenn sie sieht, daß ich den Spenden-Euro suche, laß das, das muß so sein. Ich bin zu alt, so etwas zu verstehen. Das soll modisch sein. (12.4.2017)

Nichts zu verlieren als ihre Armut.

So lange Europa die Möglichkeit bietet, ein friedlicheres Leben zu führen und einen zumindest geringen Wohlstand zu erlangen, so lange werden die Verhältnisse in den Ländern, aus denen die Flüchtlinge kommen, sich nicht ändern. So lange europäische Regierungen die afrikanischen Regierungen in unterschiedlicher Form direkt oder indirekt fördern (Stichworte: Exportwirtschaft, Rohstoffe), werden sich die Verhältnisse in diesen Ländern nicht ändern. Erst dann, wenn Europa es schafft, die Grenzen wirklich dicht zu machen (was einerseits „unmenschlich“ ist, in jedem Fall aber unanständig) und die Afrikaner nichts mehr gewinnen können und nichts mehr zu verlieren haben, als ihre ausbeuterischen Regierungen, erst dann werden sie in ihrem Land aufstehen und sich wehren. Und nicht mehr einen Ausweg mit einem Weg nach Europa suchen. Das gilt übrigens auch für die Diktatoren auf anderen Kontinenten. Und sinngemäß auch für die korrupten Regimes auf dem Balkan. Entwicklungshilfe im Interesse Europas müßte heißen, Mithilfe bei der Verjagung der Ausbeuter. Ein Beispiel für aktive Politik: Europäische Banken, die dem Bösen die Möglichkeit bieten, ihr Geld zu verstecken, müßten ihre Banklizenz verlieren und die Verantwortlichen bestraft werden. Ich habe doch recht, nicht wahr? (12.4.2017)

Investiert. Investiert. Investiert nicht.

Frau Christine Lagarde, geschäftsführende Direktorin des Internationale Währungsfonds, empfiehlt abermals, daß die Bundesrepublik mehr investieren soll – aber „nicht in Autobahnen“. Dabei haben wir doch gerade damit gute Erfahrung – mit oder ohne Maut. Ich hatte ja dagegen vor einigen Tagen den Bau von Flugzeugträgern empfohlen. Wenn Herr Schäuble und Frau Merkel die Empfehlungen von Frau Lagarde nicht hören wollen oder (altersbedingt) können, dann sollten wir die bisherige Politik der Bundesregierung unterstützen. Mühselig(st) versucht die Regierung, keine neuen Schulden aufzunehmen und sogar Schulden abzubauen (natürlich ist es eine Lachplatte, wenn bei mehr als 1 Billion Schulden im letzten Jahr 17 Milliarden getilgt werden – aber immerhin). Ich vermute, Frau Lagarde arbeitet insgeheim als Lobbyistin der Banken, denn wenn der Staat (also wir) nicht mehr Geld pumpen, dann bricht ein Teil deren Geschäftsmodell zusammen. So einfach ist das – oder nicht? (11.4.2017)

Baggerei von Elbe und Hamburger Hafen.

Bekanntlich muß die Elbe von Hamburg bis Cuxhaven regelmäßig ausgebaggert werden; auch der Hamburger Hafen muß permanent von Sedimenten aller Art befreit werden. Nun gibt es seit einiger Zeit eine Diskussion, wohin denn dieser (verharmlosend) Schlick (genannt) abgekippt werden soll. Ein Teil wird heute direkt vor Cuxhaven abgeladen, ein weiterer Teil an „Tonne 3“ zwischen Neuwerk und Helgoland. Es handelt sich hier nicht um Dreck aus der noch verbotenen Elbvertiefung. Nun möchte ich nach langem Nachdenken und Überwindung mancherlei meiner Bedenken einen Vorschlag zu machen, der vermutlich fast alle erfreut. Nehmen Sie sich eine Landkarte: dann sehen Sie, daß bei Wilhelmshaven ein großes „Loch“ an der Küste zu sehen ist – man nennt dies „Jadebusen“. Nun mein Vorschlag. Der ganze Dreck aus Hamburg und Elbe und vielleicht auch noch von anderswoher (Ems? ab Papenburg) wird in diesem Jadebusen abgekippt. Wenn diese Landgewinnung erfolgt ist, was sicherlich einige Jahrzehnte dauern wird, werden auf den Baggergut (auch ein nettes Wort!) Ferienwohnungen gebaut. Damit schaffen wir Arbeitsplätze für Wilhelmshaven, schützen Hamburg vor dem dortigen neuen Containerhafen und verschmutzen nicht den Cuxhavener Strand. Ist doch eine gute Idee? Ich melde mein Copyright an. (11.4.2017)

Erinnerung an eine Binse.

Die Römer meinten, daß es sich um einen einfachen Sachverhalt handelt, wenn man von der Binse spricht. Wenn es um die finanzielle Ausstattung italienischer (nicht nur italienischer) Banken geht, dann könnte einem schlecht werden. Weil die angeblich oder auch tatsächlich große Mengen und Summen von sog. faulen Krediten haben. Damit ist gemeint, daß die von den Banken gewährten Kredite angeblich uneinbringlich sind und nie getilgt werden. Damit die Banken nicht in die Insolvenz gehen, springt der Staat ein (auch in Deutschland kennen wir das mit dieser einen Münchener Bank, die irgendwie mit irländischen Geldverleihungen zu tun hatte). Also „Staat“ ist nicht irgend etwas, was mit Schlaraffenland zu tun hat, sondern das ist die Organisation, die vom Normalbürger das Geld einzieht und angeblich im Auftrag des Normalbürgers handelt: das ist aber ein Märchen. Mit dem von den Banken ausgeliehenem Geld wurde zumeist irgendein Wert geschaffen – sagen wir ein Häuschen im Grünen. Der Erwerber zahlt aber seinen Kredit nicht zurück. Warum sollte er auch? Bei soviel dubiosen Geldern fällt doch mein Kredit nicht mehr auf, gell? Was ist nun mit dem Häuschen im Grünen? Ist das weg oder steht es noch? Wer wohnt darin? Jetzt kommt die Binse: Das ausgeliehene Geld der Banken ist nicht, ich wiederhole: nicht, weg! Es ist nur woanders! Möglicherweise ist es aus Verona nach Büllerbü gegangen und von dort an den Negerkönig in der Südsee, der es bei einer Briefkastenfirma parkt. Wie gesagt: Das Geld ist nicht weg. Das ist die richtige Binse. (10.4.2017)

Ein Ziel der Europäischen Union

war die Förderung demokratischer Strukturen – jedenfalls wurde das behauptet; nach dem Zusammenbruch der sowjetrussischen Hegemonie bildeten sich in den ehemaligen „kommunistischen“ Ländern mehr oder weniger demokratische Strukturen. Ich will hier nicht über die korrupten EU-Mitglieder auf dem Balkan schreiben. Mir ist das Nachbarland Polen im Moment näher. In demokratischen Wahlen erhielt die die Partei „Prawo i Sprawiedliwość“ (PiS, Recht und Gerechtigkeit) eine parlamentarische Mehrheit. So weit, so schlecht. Diese Partei und damit die Regierung wird von Jaroslaw Kaczynski gesteuert; das ist auch nicht so ungewöhnlich, daß eine Person die Politik ihrer Partei und – wenn sie die Mehrheit im Parlament stellt – auch die Regierung bestimmt. Doch inzwischen wandelt sich Polen in ein Land, in dem zum Beispiel eine unabhängige Presse oder eine unabhängige Justiz nicht mehr allseits gewährleistet ist. Und was, fragt sich Pu der Bär mit dem geringen Verstand, machen die anderen Länder in der EU? Sie erschöpfen sich im Geschwafel: Du, Du schlimmer Du! So hatte ich mir die EU nicht vorgestellt, daß jeder machen kann was er wui und dabei die Demokratie in einzelnen Ländern unter die Räder kommt: „Die Polen, die Polen bleiben mir gestohlen“. Seitdem in Polen Automobilfabriken westlicher Art bestehen, hat auch der alte Spruch „Heute gestohlen, morgen in Polen“ nicht mehr die Bedeutung wie früher. (9.4.2017)

Visumfreiheit für die Ukraine.

Ich bewundere gute Lobbyarbeit, nicht daß ich mit den Ergebnissen der Lobbyisten immer zufrieden bin. Gute Lobbyarbeit macht zum Beispiel der Automobilverband in Deutschland unter Herrn Wissmann (ich will das hier nicht weiter ausführen). Gute Lobbyarbeit haben auch die Oligarchen der Ukraine und ihre Freunde bei der Verwaltung der Europäischen Kommission geleistet. Da beschließen die europäischen Regierenden, daß Ukrainer jetzt visafrei in die EU-Länder reisen. Ganz toll. Jetzt ist der Menschenhandel (der ja zumeist Frauen betrifft) einfacher abzuwickeln. Die europäischen Bordellbesitzer haben wahrscheinlich die Champagnerkorken knallen lassen. Hat es „Freikarten“ für Entscheider gegeben? Wie kann man ein solch korruptes Regime auch noch durch Visafreiheit adeln? Ich merke ich, daß ich immer unzufriedener werde mit den Ergebnissen europäischer Politik. (9.4.2017)

„Schaden von ihm wenden“

Bundeskanzler und Bundesminister werden vor Amtsantritt vereidigt. Die entsprechende Eidesformel lautet: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. (So wahr mir Gott helfe.)“ Wenn ich diesen Eid ablegen müßte, dann würde ich doch nicht zulassen, daß Länder des sog. Westbalkans (Albanien, Montenegro, Kosovo, Serbien) mit zum Teil korrupten und kriminell durchseuchten Regierungen überhaupt in die Liste der EU-Aufnahmekandidaten aufgenommen werden. Es ist doch schon schlimm genug, was in den anderen Balkanländern geschieht. Allein, darüber nachzudenken, daß die Ukraine oder Georgien zur EU stoßen könnte, grenzt an gewissenhafte Pflichtverletzung. Zu glauben, daß nach einer Aufnahme in die EU die Clan-Fehden in Albanien und Kosovo beendet werden, ist so naiv, wie anzunehmen, daß irgendwo 72 Jungfrauen auf mich warten. (6.4.2017)

Wenn's der Wahrheitsfindung dient.

Jetzt echauffieren sich angeblich auch alle Fraktionsvorsitzenden im Europa-Parlament über Jeroen Dijsselboems Bemerkung zu einem FAZ-Journalisten. Es mag ja sein, daß er genau das meinte, was die südeuropäischen Länder in seine Worte hineininterpretieren. Aber: gesagt hat er's nicht. Wenn er gesagt hätte, „Ich kann nicht mein ganzes Geld für *Grappa* und *bunga bunga* ausgeben und anschließend Sie um Ihre Unterstützung bitten“, dann dürften sich die Italiener berechtigt aufregen. Oder wenn er gesagt hätte, „Ich kann nicht mein ganzes Geld für *vino tinto* und in *casa de putas putas* ausgeben und usw. usw., dann könnte jeder stolze Spanier den estoque zücken... oder ein Verweis auf *Retsina* und *Sirtaki* könnte ein kleines Völkchen am Rande der Welt aufregen und die Verbindung von *Weißbier*, *Weißwurst* und *Dirndl* wäre dem trutzigen Alpler zuzuordnen (für Portugal fällt mir nichts ein). Wenn schon über Face-book vorwiegend Mist verbreitet wird, dann müssen doch nicht auch noch hochverdienende Europa-Parlamentarier sich an Fake-News beteiligen. Haben sich wirklich alle Fraktionen zusammen geschlossen, um Dijsselbloem zu kreuzigen? Gemeinsam mit Marine Le Pen und Nigel Farage? Oder ist das ein Fake-News? (5.4.2017)

Gebunkerte Gelder in die USA zurückführen.

US-amerikanische Unternehmen haben aus steuerlichen Gründen zwei bis dreistellige Milliardenbeträge irgendwo in der Welt zurückgehalten, weil nach bisherigem Steuerrecht der USA auf diese Gewinne erhebliche Steuern angefallen werden. Nun ist beabsichtigt, für die Rückführung dieser gebunkerten Gewinne einen besonderen Steuersatz einzuführen, der natürlich niedriger ist als der bisherige. Logo. Ich vermute, daß ein Großteil dieser Gelder bei in Europa heimischen Banken untergebracht ist und nicht, beispielsweise, in Uganda oder im Kongo. Was mich irritiert, ist: was passiert, wenn plötzlich eine deutsche Bank beispielsweise 20 Milliarden in die USA tatsächlich überweisen muß? Freude schöner Götterfunken – oder was? Was mich auch irritiert, ist, daß dieses Thema tabuisiert wird. Merkwürdig oder nicht? (5.4.2017)

Falkland-Inseln die Zweite.

Spanien hat auf die Angriffe der Global Britain wegen Gibraltar geantwortet und erklärt, es würde einen Austritt Schottlands aus dem Vereinigten Königreich und die Aufnahme dieses unabhängigen Landes in die EU unterstützen. England droht deshalb mit der (ihrer) klassischen Kanonenboot-Politik. Heissa, das wird lustig. Flugzeugträger sind unterwegs. U-Boot-Kapitäne schärfen die Torpedos. Kim Jong-un hat Unterstützung versprochen. Nun wissen wir: eine Unterstützung zuzusagen kostet keinen Cent, auch wenn man denselbigen in die altschottische Währung „Easterlings“ umrechnet. Ich bin hin und her gerissen. Einerseits mag ich underdogs und die Schotten haben wahrlich unter den Engländern leiden müssen (Stichwort Culloden 1746), andererseits: da könnte ja jeder kommen (kommt aber leider nicht: Stichwort Freistaaten in Deutschland wie Sachsen und Bayern oder die spanischen Provinzen wie Andalusien). Dann kommt bei mir hinzu: ich habe Grundbesitz im Norden Schottlands und trage deshalb auch den stolzen Titel eines Laird of Glencairn. Wenn Schottland wegen des Brexits aus der EU ausscheidet, muß ich mir sogar noch einen Paß beschaffen, wenn ich mein Land begehen will. I therefore prefer a „Scot-in“. Der Rest der Inseln go to rack and ruin. Cela me rappelle: si la Sarre est à nouveau français, le SPD peut aller de pair avec la gauche. Alors le terrible couple est parti. Ohne Oscar und Sahra hätten etliche Linke einen Anspruch auf einen Dienstwagen der gehobenen Klasse (und nur darum geht es denen – oder?) (4.4.2017)

Kreuzfahrer-Schiffe und Flugzeugträger.

Ich hatte ja gestern vorgeschlagen (Zwei Prozent sind zwei Prozent), wegen der Aufstockung des Verteidigungsetats auf 2 Prozent des Bruttosozialprodukts jährlich drei Flugzeugträger zu bauen. Meine Frau meinte dazu, es wäre doch nicht unvernünftig, diese Flugzeugträger bei der Meyer-Werft in Papenburg bauen zu lassen. Dann bliebe das Geld im Lande. Gut, man müßte vermutlich die Ems noch etwas mehr ausbaggern nach der alten Flußbaggerregel: citius, minus, latius (schneller, tiefer, breiter). Das käme unseren niederländischen Baggerschiffbetreibern entgegen, denn die Elbvertiefung ja bis 2018 ausbleibt. Auch für die Besatzung habe ich eine gute Idee: reiche, rüstige Rentner („3R“), die bisher auf Kreuzfahrt-Schiffen unterwegs waren und dann entsprechend den türkischen Wünschen auf Kreuzfahrer-Schiffen ihr Heil suchen könnten – nicht mehr rüstig, sondern in Rüstung. Da diese Rentner ja schon Geld vom Staat bekämen, müßte man auch nur ein kleines Aufgeld zahlen. Und: gerade wir Alten schätzen das ruhmversprechende Ehrenamt. Denken Sie nur an Richard Löwenherz und Gottfried von Bouillon (nachdem sogar eine Suppe benannt wurde). Auch die ärztliche Kunst in Sachen Bandscheibenvorfälle, Hüft- oder Kniegelenkoperationen oder sonstige Rückenschmerzen würde vorangebracht. Trumps Forderung wäre eine – neudeutsch formuliert – win-win-Situation. Oder nicht? (4.4.2017)

Ich schlage gern einfache Lösungen vor.

Im Zusammenhang mit dem Brexit muß ja geklärt werden, wie wir es jetzt mit der Außengrenze zum weltumspannenden Großen Britannien halten. Es gibt zwei Berührungspunkte, die dringendst („st“ am Ende eines Worts verweist auf die besondere Bedeutung) geklärt werden müssen. Da ist die heute nur papiermäßig bestehende Landesgrenze Irland zum großbritannischen Northern Ireland (irisch: Tuaisceart Éireann). Da schlage ich als vorrangige Lösung vor, Nordirland dem EU-Irland zuzuschlagen. Die „nationalistischen“ Oranier können ja nach Wales oder England gehen, wenn's ihnen nicht paßt. Die Alternative, Irland mit Nordirland zu vereinigen und diese dem Vereinigten Königreich anzugliedern ist weniger gut, weil dann Starbuck und andere US-Firmen nicht mehr innerhalb der EU Steuern sparen können. Das andere Problem ist Gibraltar: in Ostdeutschland würde man sagen, „Zipfelstadt“ (wie Görlitz): hier paßt Zipfelfelsen. In Sachen Gibraltar schlage ich nicht vor, Spanien um diesen Militär- und Bankenstützpunkt zu erweitern. Das wäre nachteilig, weil nach Afrika nur die schmale Meerenge zwischen den Säulen des Herkules liegen würde, um das gelobte Europa zu erreichen. Damit würde auch die geplante Brücke bzw. Tunnel hinfällig. Für Gibraltar schlage ich daher vor, eine 9 Meter hohe Mauer drumherum bauen zu lassen, deren Teil-Zerstörung mindestens 30 Minuten dauert (so lange benötigt die US-Army, um den Mauerdurchbrecher zu erschließen) und auch panzerbrechenden Granaten standhält (wie die Mauer zu Mexiko). Die Kosten für diese Mauer müßte natürlich Marokko zahlen. Ich finde meine Ideen gut. Und Sie? (3.4.2017)

Zwei Prozent sind zwei Prozent.

Demnächst soll ja vereinbarungsgemäß der deutsche „Wehretat“ zwei Prozent des Bruttosozialprodukts ausmachen. Das wäre, wenn ich es richtig sehe, etwa eine Verdopplung der heutigen Etatsätze. Da halte ich es mit dem sel. MP Franz Josef Strauss: „Pacta sunt servanda“ und „Haben Sie eigentlich Abitur?“. Das letztere ist (war) eine sehr berechtigte Frage, denn als die Zwei-Prozent-Klausel vereinbart wurde, saßen am Tisch der Deutschen jedenfalls Politiker, die nicht rechnen können (weil kein Abitur) und zudem an Dyskalkulie litten. Laut Sigmar Gabriel (nur ein ehemaliger Sozen-Bonze ist ein guter Sozialdemokrat) bedeutet dies, daß der heutige Etat von Uschi „Röschen“ von der Leyen sich etwa verdoppeln müßte und zwar stante pede – ohne langes Herumgemeckere. Was könnte man für rund 35 Milliarden anschaffen? Zum Beispiel: das Gewehr G36 in einer zureichenden Menge, um die gesamte deutsche Bevölkerung wie in der Schweiz damit auszustatten; Islamisten und Doppelstaatler (wie viele Türken und auch die Finnen würden natürlich kein Gewehr erhalten, weil die es nach Syrien weiterverkaufen). Wir könnten natürlich auch (auf diese Idee bin ich besonders sehr stolz auf mich) drei Flugzeugträger vom neuen US-Typ „Gerald Ford“: das wären ohne die üblichen Mehrkosten um die 40 Milliarden Euro; zusätzlich müßte aus dem Wehretat finanziert das Skagerak ausgebaggert werden, weil der Tiefgang der Flugzeugträger eine Durchfahrt in die Ostsee verhindern würde (wir kennen das von der Elbvertiefung). Damit sind alle Probleme gelöst. Oder nicht? Nein, sind sie nicht: die Probleme sind nicht gelöst, weil die 70 Milliarden-Forderung von Herrn Trump jedes Jahr erfüllt werden muß. (3.4.2017)

Man nennt es „schleckern“

Da lese ich in meiner Orts-Zeitung, daß ein regionaler Lebensmittelhändler angeblich beabsichtigt, seinen Mitarbeitern eine unbezahlte Zusatzstunde je Woche abzuverlangen. Das ist schon schlimm. Aber außerdem sollen 5 Prozent des Entgelts in Waren des Arbeitgebers gezahlt werden. Da dachte ich doch, daß das sog. Truckverbot seit über einem Jahrhundert besteht und ein solches Ware statt Lohn unzulässig ist. Ich kann das nur als „schleckern“ bezeichnen. Bei Schleckern fing übrigens der Untergang mit der stärker werdenden Ausbeutung der Mitarbeiter an. Ist es bei „Bünting“, „Combi“ und „Familia“ jetzt auch schon soweit? (31.3.2017)

Kohle voran.

Trump will ja die arbeitslosen Bergarbeiter wieder in Lohn und Brot bringen, indem er den Kohlebergbau fördert. Also, abgesehen, daß Kohle in den USA wegen Öl- und Erdgaskraftwerke nicht mehr konkurrenzfähig ist und zudem und deshalb immer noch Kohlekraftwerke abgestellt und abgewrackt werden, kann ich mir richtig vorstellen, wie der seit 15 Jahren arbeitslose Bergarbeiter in Ohio, inzwischen 58 Jahre alt, wieder in den Schacht steigt. Man soll ja nicht nur über Trump und seine dimmerhafte Politik lästern, sondern ihn auch einmal loben: nach den Wahlen im Saarland hat er die Kanzlerin angerufen und ihr zu ihrem Sieg gratuliert. Ich kann mir das nur so erklären: weder sein Schwiegersohn Kushner noch sein Chefberater Bannon wissen, daß das Saarland das kleinste Bundesland in Deutschland ist und außer Schulden nur noch Oskar Lafontaine beherbergt. Wahrscheinlich glaubt man in Washington, Land ist Land – muß was Großes sein. Und Kohle gibt's da auch. Paßt also zur Kohlepolitik. Wir Kohleländer halten zusammen. Oder nicht, oder doch, oder wohl? (29.3.2017)

Das wird ja spannend: Regierungsbildung.

Einmal unterstellt, das Bundestagswahlergebnis 2013 würde sich wiederholen: dann hätte die CDU 255 Sitze, die CSU 56 und die SPD 146. Für die absolute Mehrheit werden 316 Mandate benötigt. Seehofer (CSU) hat erklärt, wenn im Koalitionsvertrag nicht die Obergrenze vereinbart wird, dann würde die CSU sich nicht an einer Regierung beteiligen. Andererseits sagt die SPD: Obergrenze sei mit ihr nicht zu machen. Nun rechnen wir einmal: 255 CDU-Abgeordnete und 146 Sozis im Bundestag reichen locker aus, um eine stabile Regierungsmehrheit zu erreichen. Also wird die CSU gar nie nicht benötigt. Da die Maut in dieser Legislaturperiode auch nicht mehr kommt, wäre damit auch ein CSU-Lieblingsthema Maut erledigt, denn die SPD ist ja nur für die Maut, weil sie im Koalitionsvertrag steht. An dieser Unsinnforderung würde eine Regierungsbildung von CDU und SPD nicht scheitern. Das Gequatsche über Rot-Tot-Grün würde sich erledigen, weil es – unabhängig von politischen Differenzen – rechnerisch nicht klappt. Es kann für die SPD also nur darum gehen: Große Koalition – aber unter SPD-Führung. Wenn das richtig ist, dann sollte man es auch sagen. Wozu benötigen wir also die CSU? Und die Linke? Und die Grünen? (28.3.2017)

Sogenannte Reichsbürger.

Man darf es ja fast nicht sagen: durch den Mord an einen Polizisten im bayerischen Georgensgmünd haben nun die Verantwortlichen erkannt, daß es sich bei den sog. Reichsbürgern nicht um harmlose Spinner handelt, sondern um gemeingefährliche Verbrecher. Jetzt werden Hausdurchsuchungen bei diesen Typen vorgenommen – und siehe da: Waffen werden gefunden und allerlei andere dubiose Dinge. Es wurde wahrlich Zeit, uns „normale“ Bürger zu schützen. Ich finde es von diesen Reichsbürgern pervers, wenn sie diesen Staat ablehnen und gleichzeitig im öffentlichen Dienst dieses Staates tätig sind. Die gehören nach einer Straftat nicht ins Gefängnis, sondern a) ins Altersheim oder b) nach Helgoland, das wir anschließend mit Sansibar zurücktauschen oder c) in ein correctional center in einem Straßendorf im Mittleren Westen in Trump-Land. (27.3.2017)

Freie Arztwahl für freie Bürger.

Ich lebe in einem Ort mit rund 50.000 Einwohnern. Vor etwa zwei Jahren gab es hier noch zwei Vollzeit- und einen Teilzeitarzt zur Behandlung von Rheumatismus. Um einen Termin zu bekommen, benötigt man – abgesehen von Notfällen – eine Vorlaufzeit, die bis zu einem halben Jahr dauern kann. Jetzt hat der Teilzeitarzt wegen seiner eigenen Rheumaerkrankung (so heißt es) seine Praxis aufgegeben. Es heißt jetzt hier im Ort: Der eine im Krankenhaus angestellte Rheumaarzt dachte sich, ich übernehme dessen Praxis. Es stellt sich heraus: so geht das nicht, denn in unserem Ort mit überdurchschnittlich hohem Altersdurchschnitt (= rheumaanfälliger) dürfen nur eineinhalb Rheumaärzte tätig werden. Das verstehe ich unter Marktwirtschaft: Vorzuschreiben, wieviel Ärzte in einem Ort tätig werden dürfen, haha. Wenn's zuviel sind von einer Fachrichtung, dann werden sie halt weniger Patienten haben und weniger verdienen. Ja und? Soll doch jeder selbst entscheiden! Oder handelt es sich hier um eine perverse Art der sozialistischen Planwirtschaft, die stillschweigend eingeführt wurde? (27.3.2017)

Bevatern statt bemuttern.

Ich lese neben vielen anderen Sachen gern Krimis, weil „das Gute siegt immer.“ Ich lese außerdem häufiger Science-Fiction-Romane, weil „die Zukunft ist licht“. Jetzt habe ich gerade einen SF-Roman gelesen, den eine Frau verfaßt hat. Ganz anderer Stil (was man auch bei vielen Krimis merkt, wenn eine Frau die Feder spitzte). Und ich habe ein neues Wort gelernt: „bevatern“. In dem Roman ziehen die Männlichen die Kinder auf, was sich ja auch hierzulande ausbreitet. Ich kann das nur begrüßen (zumal es mich nicht mehr betreffen wird und da ist doch klugschnacken immer leicht). (27.3.2017)

Darf man nicht mehr die Wahrheit sagen?

Doch, doch, darf man schon. Zuweilen, Manchmal. Man darf über Trump und Erdogan sagen, was man denkt (aber dann nicht mehr dort in Urlaub fahren). Nicht sagen darf man: „Ich kann nicht mein ganzes Geld für Schnaps und Frauen ausgeben und anschließend Sie um Ihre Unterstützung bitten.“ Doch, doch, Herr Dijsselbloem, erstens darf man das sagen und zweitens darf ich doch trotzdem um Unterstützung bitten, nicht wahr? Dijsselbloem, ein Niederländer (das sagt ja wohl alles!), hat diesen Satz in einem Interview mit der FAZ gesagt und mit „Sie“ und „Ihre“ seinen Gesprächspartner gemeint. Irgendwelche Südeuropäer haben sich aber die nicht für sie gedachte Jacke angezogen und siehe da – sie paßt wie angegossen. Oder fast. Wo ist eigentlich die EU-Unterstützung in Italien für die Erdbebenopfer geblieben? Wo sind eigentlich die Gelder geblieben, die der Schwager des spanischen Königs irgendwie nutzte und zwar nicht für die angegebenen Zwecke? Diese Gelder sind ja nicht weg – sie sind nur woanders? Und weil das so ist, ziehen sich die Italiener und Spanier die Jacke an. Passt scho – sagt man in Bayern. Ich habe doch recht? (23.3.2017)

Herr Hofreiter sollte vom Acker gehen.

Die Bundesbahn hat einen neuen Chef. Nach einer bestimmten Zeit wird Herr Richard Lutz mit Vornamen (wie seine Vorgänger) „Bahnchef“ heißen. In diesem Zusammenhang wird wieder einmal die Gehaltsdiskussion, Obergrenze und so, geführt. Grundsätzlich denke ich, daß Gehälter auch für Vorständler und Fußballer angemessen sein sollen. Jetzt sagt doch Herr Anton Hofreiter, Co-Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bundestag und mit einem Gehalt von derzeit 9327 Euro, einer Kostenpauschale, einer Funktionszulage und u.a. freie Fahrt bei allen staatlichen Verkehrsmitteln (also auch der Bahn) bedient (wer das Kreuz hat, segnet sich), daß das Gehalt von Richard Bahnchef Lutz „komplett von der Allgemeinheit getragen“ werde. Da kommt bei mir aus der Tiefe der Brust ein arges Stöhnen hervor: Wer zum Teufel zahlt eigentlich die fetten und für Normalsterbliche unerreichbaren Pensionen der Bundestagsabgeordneten? Der Vatikan? Oder trägt die deutsche Allgemeinheit die Kosten? Solche Dummschwätzer sind nicht wählbar. Unter keinen Umständen. Dann lieber Martin mit dem Mantel, dem Messias und Gerechtigkeitsfanatiker aus Würselen. (23.3.2017)

Gehalt von Richard „Bahnchef“ Lutz.

Ich gönne es ihm (man muß ja auch gönnen könne) das Gehalt. Was ich, unwissender Pu, mich häufiger frage, ist: müssen ein Vorständler und/oder andere Leitende Angestellte eines Staatsbetriebes wirklich mehr verdienen als die Bundeskanzlerin? Ein Bahnchef sollte schon mehr verdienen als sein Vorgesetzter Herr Dobrindt (CSU), aber der ist auch nicht so viel wert. Muß ein Sparkassendirektor wirklich mehr erhalten als der Oberbürgermeister oder der zuständige Landrat? Um Spock zu zitieren: „Das Wohl von Vielen, es wiegt schwerer als das Wohl von Wenigen oder eines Einzelnen.“ (23.3.2017)

Geht doch rüber. Über den Bosphorus.

Erdogan erklärt, daß das aktuelle Deutschland von einer Naziherrschaft, vertreten durch Frau Merkel (mit welchem Recht duzt dieser Türke unsere Kanzlerin?), geprägt ist. Deutschland und die Niederlande, so habe ich das gehört, würden am liebsten wieder Lager einrichten. Das glaube ich nicht. Sie sind darob verwundert, daß ich das nicht glaube? Man soll die Äußerungen nicht unter dem Aspekt, es ist halt türkischer Wahlkampf, entschuldigen. Wenn wir ein solch schlimmes Land sind, daß sich durch Fremdenfeindlichkeit (womit von Erdogan und seiner Clique Türkenfeindlichkeit gemeint ist) auszeichnet, dann möchte ich jetzt einen nahen Verwandten zitieren: „Haut doch ab“, wenn ihr euch nicht (mehr) wohl oder gar in Gefahr fühlt. „Asien wartet“ jenseits der „Brücke der Märtyrer des 15. Juli“ (früher Bosphorus-Brücke). Ich teile diese Auffassung – auch und wegen und in Anbetracht meiner türkischen Verwandtschaft. In Berlin hieß es von 1961 bis 1989, ich habe schon einmal darauf hingewiesen, „Geh doch rüber“. Ist noch jemand für den Beitritt der asiatischen Türkei zu Europa? Will noch jemand die Visa-Freiheit für Türken? Will noch jemand den Doppelpaß? Verdammt, nochmal, ich hätte nicht gedacht, daß ich jemals so rechts denke! (19.3.2017)

Die Sozis werden es nicht lernen.

Nach der Revolution 1918 wurde das Drei-Klassen-Wahlrecht abgeschafft: die Arbeiter haben die SPD aber nicht gewählt. Das Frauenwahlrecht in Deutschland wurde 1919 unter maßgeblicher Beteiligung der SPD eingeführt: Die Frauen wählten jedoch nicht die SPD, sondern himmelten später den Mörder mit dem Stummelbart an. In den 1970er Jahren befreiten die Sozialdemokraten die Frauen von der Vormundschaft durch den Ehemann und schufen den Versorgungsausgleich. Die Frauen haben's ihr nicht gedankt. Die SPD kämpfte mit viel Mühen (und auch Fehlern) dafür, daß höhere Bildung nicht mehr ein Vorrecht der wohlhabenderen Bevölkerung blieb. Die neuen Akademiker wählten nicht die Sozialdemokratie. Ende der 1970er Jahren erhielten die Frauen eine neue Mobilität und durften selbständig einen Pkw führen (wir sind ja nicht in Saudi-Arabien). Die Frauen haben diese Möglichkeit der „Freizügigkeit“ den SPD-Reformen in den 70er Jahren zu verdanken. Haben die Frauen dies der SPD gedankt durch eine diesbezügliche Wahlentscheidung? Nein, warum auch? Dann wurden das Wahlalter auf 18 Jahre herabgesetzt und später sogar auf 16, dann wurden die Ausländer aus der EU an die Wahlurne gebracht; profitiert haben davon die Grünen, und die Sozis fielen auf unter 25 Prozent. Dann wurde Panaschieren und Kumulieren eingeführt (und kein Normalbürger blickte auf dem Stimmzettel mehr durch) – alles unter dem Gesichtspunkt: mehr Demokratie wagen. Und: hat's den Sozis was gebracht? Nee. Im März 2017 hatten die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen in ihrer Koalition mit den Grünen beabsichtigt, daß auch Ausländer von außerhalb der EU für die Kommunalparlamente wählen dürfen sollten. Dann hätte man den Kampf zwischen Türken und Kurden in Dorf- und Gemeinderat. Tolle Idee? Man muß die CDU loben, daß sie den weiteren Untergang der SPD durch ihre Ablehnung verhinderte. Wie die Geschichte lehrt: Diese EU-Ausländer hätten alle möglichen Gruppierungen gewählt, aber nicht SPD. Werden die Sozis es jemals lernen? (18.3.2017)

Das hat Luther nicht gesagt.

Es ist unstrittig, daß Martin Luther vor dem Reichstag in Worms nicht gesagt hat „Hier stehe ich. Ich kann nicht anders.“ Wenn der Wittenberger Martin (nicht Martin Schulz!!) das nicht gesagt hat, dann kann man doch diesen Spruch verwenden, wo immer man will. Auch auf Präservativen, nicht wahr? (18.3.2017)

Ach, die Sachsen – mit und ohne Anhalt.

Die Anzahl von Gewalttaten gegen Andersfarbige, Andersgläubige, Andersdenkende und alle, die vermeintlich oder tatsächlich anders sind, hat im Osten unserer Bundesrepublik im letzten Jahr gegenüber 2015 weiterhin zugenommen. Die Glatzen sind nicht gewaltbereiter geworden, sie sind es auch tatsächlich. Gibt es nur meine Lieblingsantwort, damit wir diese Dummköpfe loswerden? Ceterum censeo murum esse constructionem. Was ich nicht verstehe, ist, daß es immer noch große international agierende Firmen gibt, die dort Produktionsstätten betreiben. Ich gebe zu, ich werde immer radikaler in meiner Auffassung über Ostdeutschland. Am besten wäre es, wenn man als ersten Schritt Sachsen mit Sachsen-Anhalt vereinigt, dann dieses neue Groß-Sachsen mit Schlesien zusammenschließt und Schlesisch-Sachsen dann mit dem restlichen Polen aus der europäischen Wertegemeinschaft rausschmeißt. Ist das zu rigoros? Ich denke: nein. Es ist konsequent. (16.3.2017)

Ach, die Türken.

Bekanntlich haben die Osmanen unter Piri Reis eine große Insel entdeckt, die hinter den Säulen des Herkules liegt. Später behaupteten die Christen, sie hätten diese Insel entdeckt und nannten sie nach einem Heringshändler „Amerika“, obwohl doch diese Insel nach einem aus Istanbul stammenden Reis benannt hätte werden müssen. Diese ganz, ganz grobe (aber typisch-christliche) Geschichtsfälschung würde sich eine starke osmanische Türkei heute nicht mehr gefallen lassen. Bekanntlich hat ja auch dieser italienische „piç“ namens Marco Polo Geschichten von ganz weit östlich erzählt, obwohl er dort nie war! Dabei weiß doch jeder, daß dieser Polo (nach einem Hitler-Auto benannt!) in der Karawanserei von Emamschar einem osmanischen Reisenden lauschte, der tatsächlich in Cipangu war. Polo klaute die Geschichte einschließlich der Idee von der Nudelproduktion. Unsere Nudeln sind aber trotzdem besser! Und noch eine dritte Entdeckung liegt bei uns Osmanen: wir haben festgestellt, daß ausländische Mächte (vermutlich die mit dem Schnauzer unter der Nase und der Ponyfrisur) unseren „Leiter“ durch Telekinese töten wollen. Die Deutschen wollten diese Tötungsmethode geheimhalten. Hat aber nicht geklappt. Wir sind stark. Oder etwa nicht? (16.3.2017)

In Dresden ist so etwas möglich.

Ein Pegida-Teilnehmer trug bei einer der islam-ausländerfeindlichen Demonstrationen in Dresden einen hölzernen Galgen, an dem die Bundeskanzlerin Merkel und der damalige SPD-Vorsitzende Gabriel hingen, in die Höhe hielt. Daraufhin wurde von der Staatsanwaltschaft in Dresden ein Verfahren eingeleitet. Jetzt, Anfang März 2017, wurde das Verfahren eingestellt, da weder eine „Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten“ noch eine öffentliche Aufforderung dazu nachweisen sei. Wir wissen jetzt, dank der Dresdner Rechtsauffassung, daß man zumindest in Sachsen sich wie Sau benehmen kann und die Meßlatte für eine Verurteilung für rechtsradikales Verhalten sehr, sehr hoch liegt, unter der viele Rechtsradikale marschieren können. Wahrscheinlich, weil sie wegen ihren Glatzen etwas kleiner sind. Verstehen Sie das? Ceterum censeo murum esse constructionem. Stimmen Sie mir zu? (12.3.2017)

Martin mit dem Mantel.

Früher, so hieß es, mußte man die BILD vor dem Lesen zusammenrollen und dann das Blut rauslaufen zu lassen. Heute, scheint es mir, muß man viele Zeitungen vor dem Lesen zusammenrollen, um den Geifer rauslaufen zu lassen. Es ist ja fast nicht mehr auszuhalten, wie jede Erklärung von Martin (der mit dem Mantel tanzt) bewertet wird, als stünde der Untergang des Abendlandes nicht erst nach der Bundestagswahl bevor – nein, unmittelbar droht er. Da schlägt Martin (der mit dem Mantel) vor, ein „Arbeitslosengeld Q“ einzuführen. Und schon ist das Abendland bedroht. Die Geiferer schreiben in denselben Zeitungen, daß in Anbetracht der selbststeuernden Geräte der „Industrie 4.0“ Bildung, Bildung, Bildung ein Gegenmittel gegen den Untergang der Industriegesellschaft sein kann. Na, was denn nu? „Alu Q“ würde doch nicht als Möglichkeit der altbekannten Frühverrentung früherer Zeiten funktionieren. Ich bin doch nicht in diese „Vorpensionierung“ gegangen, damit ich zwei Jahre die Schulbank mit Erstklässlern teile. Sollten die Geiferer auch darüber mal nachdenken? Sonst schlagen wir sie mit der zusammengerollten Zeitung. Aua. (6.3.2017)

Berliner Büro des Deutschen Lotto- und Toto-Blocks.

Ich lerne nie aus. Da lese ich in der FAZ, daß der Verwaltungsrat des ZDF jetzt „staatsfern“ besetzt wurde. Das finde ich schon mal toll (ich glaube das zwar nicht, aber der Versuch ist ja schon löblich und ehrenwert). Dabei lerne ich, daß im Verwaltungsrat ein Herr Martin Stadelmaier (früher und immer noch SPD-Medienpolitiker) sitzt (Martins haben zur Zeit Hochkonjunktur bei der SPD). Ich lerne nie aus. Da lese ich in der FAZ, daß der Verwaltungsrat des ZDF jetzt „staatsfern“ besetzt wurde. Das finde ich schon mal toll (ich glaube das zwar nicht, aber der Versuch ist ja schon löblich und ehrenwert). Seit 2014 ist dieser Martin S. Leiter des Berliner Büros des Deutschen Lotto- und Totoblocks (DLTB). Ich kokettiere ja immer damit, daß ich wie Pu der Bär (der mit dem geringen Verstand) bin. Deshalb darf ich Fragen stellen: Was macht so ein Mann eigentlich den ganzen lieben Tag über? Kampf gegen die sonstigen Lotto-Anbieter? Lotto und Toto ist doch thematisch so „ausgelutscht“, daß man damit wahrlich sinnvoll keine 35-Stunden-Woche verbringen kann, wahrscheinlich auch noch eine Sekretärin beschäftigt und Dienstwagen der gehobenen Diesel-Klasse nebst Fahrer). Ist der Mann ein Lobbyist? Wozu denn das? Lotto ist doch irgendwie Landessache? Ach, da gibt es in jeder Landeshauptstadt auch noch ein Büro?! Wer ist denn da von welcher Partei untergebracht worden? (4.3.2017)

Geh doch rüber.

Als ich noch jung war, gab es für die Anhänger von Walter Ulbricht und Erich Honecker in West-Berlin die Aufforderung „Geh doch rüber.“ Natürlich machten das die wenigsten SEW-Parteimitglieder – so blöde waren die ja nun auch nicht, auf die Kaufmöglichkeiten bei Kaiser’s und Bolle und Reichelt zu verzichten. Mit ihrem Parteiausweis durften sie sich aber im Osten Berlins rasieren lassen und die Theater besuchen. An diese Aufforderung werde ich zur Zeit wieder erinnert. Da jubeln in Deutschland lebende Türken Mitgliedern der türkischen Regierung, die von Erdogans Gnaden regieren, zu. Da rufe ich doch den Türken in Deutschland zu: „Geht doch rüber nach Asien“, wenn ihr das Regime am Bosphorus so toll findet. Können Sie meiner Meinung folgen? (3.3.2017)

Blond ist das neue Braun.

So hieß es auf einem Wagen bei einem Karnevalsumzug. Wohl wahr: Geert Wilders in den Niederlanden, Boris Johnson in Großbritannien (das demnächst kleiner wird), Donald Trump (USA), Marine Le Pen (Frankreich), Frauke Petry (Sachsen), Wladimir Putin (UdSSR). Fehler in der Aufzählung? Petry ist nicht blond? Aber braune Politik vertritt sie und ihre Kumpane. Putin ist auch nicht blond, sondern haarlos – und politisch verhält sich der „lupenreine Demokrat“ (Gerhard Schröder: das wird dir ewig nachhängen) wie? Und dann hätte ich noch den Osmanen vergessen! Der war nie blond. Stimmt. Aber politisch paßt er zu den genannten Personen wie auch Viktor Orbán in Ungarn und Jarosław Kaczyński nebst Marionette *Beata* Maria Szydło in Polen. Wenn man „Braun“ mit „Nazi“ gleichsetzt, dann ist das falsch. Die „Nazis“ waren einmalig. Die hier genannten Leute vertreten eine neue Spielart von Faschismus. (28.2.2017)

Für ein Europa der Nationen.

Viele Leute sind dafür, die EU aufzulösen und die Nationalstaaten wieder einzuführen. Ich könnte auch dafür sein. Denn die Wiedereinführung der Grenzen würde in der Bundesdruckerei zu Mehrarbeit ohne Ende führen. Neue Pässe bräuchte das Land. Ich glaube, die Ausstellung eines neuen Passes kostet dem Bürger um die 50 Euro. Das würde Geld in die Bundeskasse spülen – am Anfang noch Euros und dann wieder die gute alte Deutsche Mark. Haha. Forderungen nach Wiedereinführung der Nationalstaaten werden vermutlich nur von Leuten erhoben, deren Gedankengänge unter dem Niveau einer deutschen Legehennen liegen (man soll selbige wie auch Spatzenhirne übrigens nicht unterschätzen). Es wird schon schlimm genug, wenn man wieder einen Paß benötigt, um nach Cornwall zu kommen. Oder von Deutschland nach Italien oder in den Elsaß will. Mallorca kann den Ballermann dann für sich behalten. Und Marie Le Pen dürfte wie auch Wilders nicht nach Deutschland rein. Nur Erdogan darf kommen! Und Putin, der Liebling der AfD und der Rußland-Deutschen. Ist doch wahr, nicht wahr? Damals war nicht alles besser, es war nur früher. (26.2.2017)

Ich muß es nicht verstehen.

Wir haben in unseren Landen eine Diskussion über Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern, kriminell oder nicht. Gegen die Abschiebungen (ist irgendwie ein schlimmes Wort!?) wenden sich alle möglichen Personen und Institutionen. Darf ich einmal eine völlig andere Argumentation vortragen? Ja, danke. Also. Die Möglichkeit, theoretisch oder praktisch, nach Europa auszuwandern (zu flüchten), nimmt den innerstaatlichen Druck von den Diktatoren und zementiert die schlechten Verhältnisse in den Auswandererländern. Wenn Europa nicht mehr als Fluchtziel möglich ist, dann würde, müßte man sich im Heimatland von Not und Diktatur befreien (irgendwann hat der Arbeiter nicht mehr zu verlieren als seine Ketten). Die Flucht nach Europa stabilisiert die afrikanischen und asiatischen Diktaturen. Wollen wir das eigentlich? Übrigens: die Obergrenze löst das Problem nicht, nicht einmal in Bayern. Auch die Maut ist zwecklos. (23.2.2017)

Der Messias aus Würselen.

1990 war ich in Oberammergau und habe mir das dortige Spektakel angesehen. Grandiose Inszenierung. In Erinnerung ist mir noch geblieben, daß der Messias-Darsteller Bartträger war (wie der aus Würselen), aber deutlich mehr Haupthaar als der Kanzlerkandidat der SPD hatte. Deshalb ist die Beleumdung des ehemaligen Dorfschulzen als „Messias“ nicht richtig. Da er bisher mehr im Verborgenen wirkte (jedenfalls aus deutscher Sicht) könnte man ihn daher eher als „verborgener Imam“ bezeichnen, jedenfalls ist Schulz für die Sozis auch ein Heilsbringer. Wegen der Schwärze des Barts wäre auch ein Verweis auf die „Schwarze Madonna“ von Tschenschow nicht unzulässig. Die Bezeichnung als „Messias“ ist übrigens nicht von Sozialdemokraten geprägt worden. Das waren vielmehr die Gegner dieses Kandidaten. Denn wenn er nicht Wasser in Wein oder umgekehrt und auch nicht auf der Spree wandelt, dann kann man ihn entthronen. Als falschen Fuffziger. Und dann ist nix mit Merkel-Ablösung – oder trotzdem? Nur ein toter Sozialdemokrat ist ein guter Sozialdemokrat! Die Geschichte mit dem Mantel und dem Martin erzähle ich später. (22.2.2017)

Herr Tillich ist mähglich.

Ei, da schließt die Firma Bombardier in Bautzen und Görlich in Sachsen eine Fabrik. Ei, da schließt auch die Firma Linde in Dresden eine Fabrik. Und in Plauen, so klagt der Ministerpräsident von Sachsen, sind in den letzten Jahren Neoplan, MAN Roland und Philips weggegangen. Was erwartet der Mann eigentlich? Durch Nichtstun, Wegschauen und Wegleugnen läßt er als Regierungschef und seine Partei die Rechtsradikalen stark werden und wundert sich dann, wenn Manager die Flucht ergreifen. Ich würde in solchen Gebieten auch nicht gern leben. Selber schuld. Ceterum censeo murum esse constructionem. (20.2.2017)

Ich kann deine Fresse nicht mehr sehen

Soll Ronald Pofalla Ende September 2011 zu Wolfgang Bosbach gesagt haben. Das ist schon starker Tobak. Nun lese ich, daß Herr Bosbach in einer Jury gesessen hat, die Soraya Kohlmann zu (angeblich) Deutschlands schönstem Frauenzimmer ernannt hat; die 18jährige (aus wo? Sachsen!!!, wo die schönen Mädchen wachsen) trägt jetzt den Titel „Miss Germany“. Ich wundere mich nicht, wenn das Ansehen von Politikern unmittelbar vor dem ehrenwerten und nützlichen Beruf von Kanalarbeitern rangiert. Wenn man sich als CDU-Mann und Bundestagsabgeordneter nicht entblödet, solchen Quatsch mitzumachen: Das ist ja schlimmer als Trumps hervorragend arbeitende Regierungsmaschinerie. Es ist wahrlich erfreulich, daß Bosbach nicht wieder für den Bundestag kandidiert. Um Theobald Tigers alten Fontane zu zitieren: „Gott, ist die Gegend runtergekommen.“ (20.2.2017)

Reichsbürger und andere Dummdreiste.

Man kann ja als Bundesbürger nachdenklich werden, wenn in Bayern ein sich als Reichsbürger betrachtender Idiot einen Polizisten erschießt. Bis dahin haben die staatlichen Verfassungsschützer selbige als harmlose Spinner betrachtet. Nun ist allgemein bekannt geworden, daß in Deutschland Menschen leben, die im öffentlichen Dienst sind, Rente aus der bundesgesetzlichen Versicherung kassieren und gleichzeitig diesen Staat ablehnen. In Bremen klagt ein sog. Reichsbürger auf Soldatensold, da er in der Bundesrepublik ein Kriegsgefangener sei. Was tun? Erstens: Rausschmeißen aus dem öffentlichen Dienst und jegliche staatliche Zahlungen einstellen. Sollen sie doch beim Reichskammergericht klagen. Zweitens: Abschieben nach Siam, da hat der König auch eine Glatze. Drittens: Mit Björn „Bernd“ Höcke zusammensperren! (Ceterum censeo murum esse constructionem – paßt immer!) Ist doch wahr?

Über Trump will ich nicht schreiben.

Was dieser Mann sagt, ist ganz weit unten und nicht großartig. Ende meiner Äußerung zu diesem Typen. Ach, eine Anmerkung oder Ergänzung will ich doch schreiben: Ich hätte nie gedacht, daß ich in meinem Leben noch einmal in die Situation kommen werde, in der ich hoffe, daß ein Soldat der US Army einen Befehl seines obersten Befehlshabers mißachtet. Denn die Folgen wären überhaupt nicht abzusehen, wenn dieser POTUS anordnet, Nord-Korea oder Iran mit Atombomben zu bewerfen. Weil es so großartig mit seiner guteingespielten Regierungsmannschaft wäre. (19.2.2017)

Borussen und andere Hooligans.

Da erlesen wir fast in jeder Woche, daß wieder ein paar sogenannte Fußballfreunde fremdes Eigentum zerstört haben. Wenn solche Fußballfreunde mit der Bundesbahn fahren ist davon auszugehen, daß größere Sachbeschädigungen stattfinden. Keiner will's gewesen sein, keiner hat's gesehen. Da frag' ich mich, warum die Bundesbahn sich solchen Vandalismus antun muß. Warum, frag' ich als Pu der Bär mit geringem Verstand, warum zum heiligen Christophorus lehnt die Bahn solche Vandalentransporte nicht ab? Warum verlangt man nicht von den Vereinen oder vom Fußballbund, sich eigene Züge zuzulegen und stellt diesen Zügen dann die Lok nebst Kondukteur und die Schienenwege zur Verfügung? Dann können die Borussen und die Darmstädter und die Frankfurter in den Wagen rumtoben wie sie wollen und belasten nicht die Bundesbahn (und indirekt den sonstigen Steuerzahler). So blöde ist die Idee doch nicht – oder? (18.2.2017)

Einer von Einundzwanzig.

Ist Ihnen schon einmal aufgefallen, daß in den skandinavischen Fernsehfilmen immer dieselben Schauspieler auftreten? Ich schätze, es gibt dort oben etwa 20 Schauspieler, die das Fernsehen okkupiert haben. Das ist ganz anders im deutschen Fernsehen: da sind es nämlich 21 Schauspieler, die in den diversesten Rollen auftreten – mal als Bösewicht, mal als Polizist an verschiedenen Orten, auch in ganz anderen Rollen kann man einen der 21 sehen. Vielfach treten sie gehäuft auf. Also drei oder vier der 21 in einem Fernsehfilm. Die Tochter eines Bekannten war in ihrer Jugendzeit einmal auf einer Schauspielschule, aber gegen die 21 hatte sie keine Chance, Statistenrollen der aller kleinsten Art (wie Passant, der bei Rot über die Straße geht und nicht überfahren wird – also was ganz Normales – sie konnte nicht einmal als gut aussehende Straßenleiche reüssieren.) Sie arbeitet heute als Bürofachkraft. Ich empfehle Ihnen, die Fernsehfilme aufmerksam zu verfolgen: vielleicht taucht ja einmal die Nummer 22 auf (wenn einer der 21 aufgibt oder in Echt tot ist). (16.2.2017)

Ich habe eine Vorliebe für Zahlen.

Da lese ich in der FAZ, daß 111,3 Millionen Zuschauer in den USA das Endspiel der diesjährigen American Football Association (Superbowl) gesehen haben; das war die Veranstaltung, in der die New England Patriots gewannen und Lady Gaga durch Gesang und Aussehen sehr politisch ihre Meinung kundtat (sie ist wie ich auch gegen diesen Dummbatzen in Washington). Wenn ich das richtig verstehe, ist in allen amerikanischen Fernsehgeräten ein Meßgerät eingebaut, in dem man durch Addition feststellen kann, wieviel Menschen eine bestimmte TV-Übertragung gesehen haben. Was ich als „Zwerg Unwissend“ bedaure, ist, daß die FAZ nur diese zugegeben noch ungenaue Anzahl Zuschauer veröffentlichte. Na ja, man kann nicht alles haben: 111,3 Millionen ist schon ganz schön präzise? Wie machen die das nur? Die sind ja so präzise. Eine solche Veröffentlichung in der FAZ ist für mich abermals ein Zeichen, daß zwar ein kluger Kopf dahinter steckt, der ist aber nicht in der Zeitungs-Redaktion tätig. Denn sonst würde selbiger ja nachdenken, daß das Quatsch ist, was er abdrucken läßt. (9.2.2017)

Börsenlieblinge.

Hier folgt nun beispielhaft eine Geschichte, die mich jedesmal erheitert und zugleich betrübt. Also: British Petroleum teilt mit, daß sie im 4. Quartal 2016 ihren Gewinn mehr als verdoppelt hat. Jetzt kommt die „Zwerg Unwissend“-Frage: Was passiert aufgrund dieser Aussage mit dem Aktienkurs? Er steigt? Er sinkt? Die Aussage hat keine Auswirkungen auf den Aktienkurs? Ha, sag‘ ich. Die richtige Antwort lautet: Der Aktienkurs sinkt um mehr als 3 Prozent. Warum? Weil die Analysten ein stärkere Verbesserung des Ergebnisses erwartet haben. Analysten sind die Typen, die anders als unsereiner eine Glaskugel besitzen und deshalb wissen, was richtig ist. Was tun? Die Produktion solcher Kugeln verbieten. Was würde mit den Aktien von Glaskugelherstellern passieren? Steigen, Sinken, gar nichts? Ha, wieder falsch prognostiziert! Der Aktienkurs würde steigen, weil diese dynamischen Analysten nun behaupten, daß jetzt mehr Flachglas hergestellt werden kann. Und damit der Gewinn der früheren Glaskugelhersteller steigt, die diese Produktion nicht beherrschen. Kluge Analysten. Frisch von der Uni! Dumm wie Bertie (das Brot). „Mein“ „Bankbeamter“ (so hießen diese Leute früher, waren aber nur Angestellte der Sparkasse) hat mir vertraulich, streng vertraulich, gesagt, daß in seiner Bank die Analysten als „die Typen aus der Kaffeeküche“ bezeichnet werden, wo sie aus der Kaffeemaschine den Kaffeesatz „klauen“ und auf ihrem Schreibtisch ausbreiten. Und dann sagen, daß sie es besser wüßten. Glauben Sie diesen Typen, die nicht in der Lage waren, sich ein eigenes „namhaftes“ Vermögen an der Börse zu erarbeiten? Dann sind Sie – wie man so sagt – schön dumm, Pardon, sorry, ist aber so. (9.2.2017)

Minister für Bauern und Landwirtschaft.

Vor vielen Jahrzehnten hat einmal ein Bundesminister für Wirtschaft (Mitglied einer inzwischen untergegangenen Partei) gesagt, er sei Minister für und nicht Minister gegen Wirtschaft. Tolles Bonmot – fanden die Befürworter eines schrankenlosen Mismanagements. Wenn man es nicht merken würde, dann könnte auch der amtierende Minister für Landwirtschaft eine solche Äußerung wiederholen (wegen der fehlenden „Obergrenze“ im Koalitionsvertrag werden uns ab Herbst solche Kraftnaturen in Lederhose und Jankerl fehlen). In Artikel 56 Grundgesetz wird der Amtseid eines Bundesministers vorgegeben; er lautet: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“ „Zwerg Unwissend“ hat Fragen: Verletzt Herr Schmidt, CSU, seinen Amtseid, wenn er Gülle auf die Felder kippen läßt und ähnliche Untaten der Bauern zuläßt? Wird mit seiner Bauernpolitik Schaden vom deutschen Volke abgewendet? Sollte man einen Bundesminister à la Schmidt nicht vom Acker jagen und zusammen mit dem einbeinigen Schwein von Frau Barbara Hendricks einsperren? (8.2.2017)

Alternative Fakten.

Da veröffentlicht eine Zeitung der sogenannten „yellow Press“ über den Ehepartner eines Prominenten ein Bild. Die Zeitung wird daraufhin verklagt und verliert den Prozeß und muß 60.000 Euro Strafe zahlen. Das wird die Zeitung nicht hindern, weiterhin Fotos zu veröffentlichen, die die Rechte einer Person verletzen. Die Strafzahlung und die Veröffentlichung des Urteils wird das Klatschblatt nicht hindern, weiterhin Artikel zu drucken, die bar jeder Wahrheit sind. In der Sonntagszeitung gibt es eine Rubrik „Herzblattgeschichten“ – die sollten Sie mal lesen – da wird Ihnen wirklich schlecht. Was würde helfen gegen solche „Alternative Fakten“? Neben einer empfindlicheren Geldbuße/-strafe (60.000 zahle ich aus der erweiterten Portokasse wird sich der Chefredakteur denken) würde ein Verbot, über den Betreffenden, der das Urteil erwirkt hat, eine bestimmte Zeit nicht in Wort und Bild zu berichten. Können Sie sich vorstellen, was mit einer Zeitung passiert, die nicht mehr über Camilla und Charles und deren angebliche Scheidungsabsichten berichten darf? Und nicht nur über die, sondern über weitere A-, B- und C-Prominente! Finden Sie nicht auch, daß es irgendwann mit solchem Schmutz und Schund ein Ende haben muß? Sagen Sie nicht, ist mir doch egal, ich lese so was nicht! Früher haben wir das „permissive Toleranz“ genannt. Mit „Alternativen Fakten“ wird Politik gemacht. (6.2.2017)

Nur ein „toter“ Indianer ist ein guter.

Wie fließen doch jetzt die Lobeshymnen auf den ehemaligen Vorsitzenden der SPD. Das wird natürlich auch unter dem Gesichtspunkt geschrieben und gesprochen, den neuen etwas herabzusetzen. Da fällt mir der alte Spruch ein „Nur ein Sozialdemokrat emeritus ist ein guter Sozialdemokrat“. Ach, diese Krokodilstränen könnten ganze Swimmingpools füllen. (29.1.2017)

AfD ist für Putin und Trump.

Wir erkennen ja immer mehr, daß irgendetwas mit dem US-Präsidenten nicht stimmt – nicht nur die Frisur: ich verweise nur auf die Mauer nach Mexiko, auf die TPP-Kündigung und der Wunsch nach Folter wie waterboarding (will er selbst foltern?). Auch seine Behauptung, daß die US-Wahlen, die ihn zum Präsidenten machten, partiell gefälscht seien (weil er weniger Stimmen als Clinton erhalten hatte), spricht für seinen Geisteszustand. Für diesen merkwürdigen Menschen jubeln AfD-Politiker. Auch Putin würde begeistert empfangen werden von dieser Partei. Diese Partei ist gegen Alles, außer für die Diäten, die sie als Abgeordnete rechtmäßig kassieren. Was haben die Anhänger der AfD eigentlich im Kopf, wenn sie sowohl für Trump wie auch für Putin sind? Wahrscheinlich nichts! Auch gesunder Menschenverstand fehlt den AfD-Mitgliedern. Ich finde es auch albern, zu sagen, die Anhänger dürfe man nicht verteufeln. Doch darf man, muß man. Auch das Wahlrecht sollte man ihnen entziehen: wegen nachgewiesener Blödheit. Aber das ist leider nicht wahlhindernd. Wie kann man nur für Trump und Putin sein? (26.1.2017)

Dieser Dervish tanzt nicht für uns.

Für uns Europäer aus dem christlichen Abendland verbinden wir die Bezeichnung „Derwisch“ mit Leuten, die sich rasend schnell beim Tanz um sich drehen. Man wird schwindlig. Richtungswechsel so schnell es geht. Derwische waren – so meine ungenaue Erinnerung – irgendwie mit Gewalt verbunden. Waren das nicht auch die Anhänger des Madhi im Sudan, die gegen die Ägypter kämpften? Der Derwisch erinnert auch an Karl May. Nun ist wieder ein Derwisch auferstanden, diesmal aus den Weiten des amerikanischen Mittelwestens: „Dervish of own falsefact in US“, abgekürzt: DOOFIUS. Doch dieser Derwisch ist nicht rechtgeleitet. (24.1.2017)

In den USA herrscht jetzt ein Kommunist.

Als Michail Gorbatschow 1985 Generalsekretär der KPdSU und damit mächtigster Mann in der Sowjetunion wurde und 1986 die Glasnost begann, da fragten sich die westlichen Polit-Beobachter: wie konnte es sein, daß in einem so verkrusteten System wie die KPdSU ein Mann nach oben kommt, das ganze System auf den Kopf stellt und schließlich zerschlägt. Jetzt haben wir eine Parallele: Präsident Trump bei seiner Rede am 20. Januar 2017 nach der Vereidigung: „Politikern ging es gut, aber die Arbeitsplätze wanderten ab und die Fabriken schlossen. Das Establishment schützte sich selbst, aber nicht die Bürger unseres Landes. Ihre Siege waren nicht eure Siege, ihre Triumphe waren nicht eure Triumphe. Und während sie in der Hauptstadt unseres Landes feierten, gab es für Familien am Existenzminimum in unserem ganzen Land wenig zu feiern.“ Und zum Schluß seiner Rede, haben Sie's gesehen?, reckt er den Arm und ballt die Faust wie die Kommunisten beim Absingen der „Internationale“. Wie konnte in diesem kapitalistischen System der USA ein Mann so weit kommen, daß er Präsident wird (die Kommunisten der CPUSA erringen bei Wahlen stets unter 0,5 Prozent), dem Establishment den Kampf ansagen darf und sich auf die Seite der „Kettenträger“ schlägt, die nichts zu verlieren haben? Wie konnten Goldman, Sachs, Jamie Dimon und Laurence Douglas Fink das zulassen? (22.1.2017)

Die AfD/NPD und der Kontrahierungszwang.

Verschiedentlich wagen Vermieter, ihnen mißliebige Organisationen von sich dadurch fernzuhalten, daß man ihnen gewünschte Räumlichkeiten nicht vermietet. Dann klagt die betreffende Organisation gegen die Stadtverwaltung und erlangt zumeist die Saalvermietung (es sei denn, sog. Autonome haben vorher angekündigt, den Saal abzufackeln). Wenn nun die AfD oder die „bedeutungslose“ NPD eine Veranstaltung in dem so erstrittenen Saal „durchführt“ (den Ausdruck haben die Nazis gern verwendet), so schließen sie Vertreter mißliebiger Medien aus. Deutsche Gerichte sagen dazu: das ist rechtens, denn es gibt keine Pflicht, jeden zuzulassen. Da wird der Kontrahierungszwang verneint. Schon vor 1933 wurde berechtigt geklagt, daß deutsche Richter auf dem einen Auge eine Sehschwäche hätten. Ist solche Rechts-Links-Blindheit vergleichbar mit der Rot-Grün-Schwäche und ist sie als erworbene bzw. erlernte Aneignung vererbbar (so etwas behaupteten ja einige Genetiker)? (21.1.2017)

Panzer bei Inaugurations-Parade.

Nach einem Zeitungsbericht soll Trump (oder seine Leute) beabsichtigt haben, bei der traditionellen Parade anlässlich seiner Vereidigung auch Panzer und andere Kriegsgeräte (Flugzeugträger auf dem Potomac River?) vorbeifahren zu lassen. Das sei vom Pentagon aber abgelehnt worden mit der Begründung, das erinnere doch sehr Moskau und Nord-Korea. Na ja. Richtig ist, eine solche Parade defiliert am jeweiligen obersten Oberbefehlshaber vorbei. Das wäre in Washington der „PotUS“: das ist der US-Präsident, der seit George Washingtons Perücke die tollste Haartracht aufweist. In Pjöngjang wäre es Kim Jong-un, dessen Frisur auch Vorbild sein könnte. Wer richtig Karriere machen will in der Politik muß eine entsprechende Frisur aufweisen: Putin, Merkel, Trump und Kim. Gilt das auch umgekehrt? Oder, leicht abgewandelt: Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch eine Frisur (auch umkehrbar). Hillary Clinton hätte den Kampfruf von Bill nur abwandeln müssen: „It's the hairstyle, stupid“, dann hätte es auch mit dem Wähler geklappt. (21.1.2017)

Die wollen sich nicht mehr erregen.

Die CDU in Sachsen-Anhalt veröffentlichte Mitte Januar 2017 nach einer Sitzung ihrer Landtagsfraktion zwei Dokumente über den Umgang mit Extremisten. Niemand hatte erwartet, daß die CDU fordert, daß Rechts- und Linksextreme nun öffentlich bestraft werden wie die Sünder in Saudi-Arabien: öffentlich und mit der Peitsche („Du gehst zu Extremisten? Vergiß die Peitsche nicht!“ heißt es bei Zarathustra.) Die offizielle CDU will sich nicht mehr über Äußerungen von AfD-Mitgliedern aufregen. Weil, das sind ja nur Provokationen, um Aufmerksamkeit zu erlangen. Das wird dazu führen, daß AfD-Funktionäre jetzt noch stärker austesten werden, wann sie doch Aufmerksamkeit finden. Noch erregt man sich (in der AfD und bei den LINKEN), wenn das Berliner Holocaust-Denkmal als „Schande“ bezeichnet wird; das wird sich aber geben, wenn diese Ansicht immer wieder wiederholt wird. Natürlich nur als Provokation, denn auch als (beurlaubter) Oberstudienrat wäre man als Lehrer dem Grundgesetz verpflichtet. Mit den „Aufregern“ der NPD, Pardon der AfD, ist jetzt Schluß. Und zwar dadurch, daß man sich nicht mehr aufregt. So einfach ist das. In den anderen Parteien (ich rede nicht von der bedeutungslosen NPD) werden die ersten Diskussionen beginnen, das Denkmal abzubauen und anderweitig aufzustellen: ich bin da sehr „optimistisch“ (das ist ironisch gemeint!). Kann es sein, daß die „frühaufstehende“ (nach eigener Bezeichnung) Regierung mit den AfD-Äußerungen einverstanden sind? Ceterum censeo murum esse constructionem. Die letzte bedeutende Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck (in der Evangelischen Akademie Tutzing) finden Sie im Anschluß der Blog-Beiträge.

In diesem und den nächsten 18 Beiträgen habe ich die Grundrechtsartikel unserer Verfassung (Grundgesetz) publiziert. Das ist keine schwere Kost. (Der Text der ersten 19 Artikel ist im Anhang ausgedruckt. (19.1.2017)

NPD-Mitglieder tragen kein Kopftuch.

Da hat das Bundesverfassungsgericht nun entschieden, daß die NPD zwar verfassungsfeindlich ist, nicht aber gefährlich. Da haben andere Gerichte entschieden, daß das Kopftuch zwar gefährlich ist, aber nicht verfassungsfeindlich. Oder hab' ich die Rechtsprechung zu diesen beiden Themen falsch verstanden? Ich vermute, daß diejenigen in Vorpommern und Sachsen, die unter den Verfassungsfeinden leiden müssen, lieber ein paar „liebe“ Kindergärtnerinnen hätten, die ihr Haupthaar bedecken als pöbelnde Männer, die mangels Haar ihr Haupt nicht verhüllen. Wenn die NPD wieder in einigen Landtagen sitzt (ist ja nicht auszuschließen), dann ist sie zwar nicht mehr bedeutungslos, kann aber auch nicht mehr verboten werden. Wetten, daß dann das Verfassungsgericht entscheiden würde, daß die NPD wegen ihrer bedeutenden Wählerstimmen nicht mehr verboten werden kann? Wegen des sonst verfälschenden Wählerwillens. Vielleicht löst die Realisierung, die in meinem Lieblingszitat angesprochen wird, ja alle Probleme: Ceterum censeo murum esse constructionem. (18.1.2017)

Früher war alles anders (besser).

Meine Frau und ich haben kürzlich, jeder für sich, und nach Geschmack und Verträglichkeit ausgewählt, zwei verschiedene Tafeln Schokolade gekauft. Selbstverständlich Bio. Etwas anderes kommt nicht in die Konfektschale (haha). Beim Vergleich der Tafeln stellten wir fest: die eine Tafel wiegt 95 Gramm, die andere 105 Gramm. Nun bin ich einem Alter, in dem es ein „Früher“ gibt. Früher (als alles noch besser war) wog ein Tafel Schokolade 125 Gramm (ich erinnere an die etwas teure Schokolade mit dem Mohren), dann kam irgendwann die quadratische Schokolade mit 100 Gramm. Und jetzt das. Früher (als alles noch besser war) kaufte man die in Scheiben geschnittene Wurst 125-Gramm-weise, was richtigerweise als „ein Viertel Pfund“ deklariert wurde. Wenn's etwas mehr war, fragte die Verkäuferin: „Darf es etwas mehr sein?“ Und gönnerhaft antwortete man „Ja, ja.“ Alle Gewichte orientierten sich (für den Verbraucher) am Pfund, das damals 500 Gramm wog. Marmelade (oder Konfitüre) war die einzige Ausnahme: da wog der Inhalt 450 Gramm (englisch dominiert) und Konserven in Dosen (aus technischen Gründen wie beim Barrel). Was haben wir jetzt: Gewichtsangaben, wie's der Liebe Herstellergott will. Jetzt erwarte/befürchte ich, daß auch die Flüssigkeitsangaben neu justiert werden: Dann hat eine Bierflasche nicht mehr 0,33 Liter Inhalt, sondern 0,29 Liter. Bei Wein ist es ja schon vorgemacht: früher (als alles besser war) war ein Viertel ein Viertel und nicht ein Fünftel wie heute (und ich habe schon erlebt, daß ein Viertel auf ein Zehntel verkleinert wurde). Früher, sag ich nur, ja, früher ... (17.1.2017)

Er will eine Mauer erbauen lassen.

Ich bin ja nur ein Bär mit geringem Verstand und darüberhinaus ein Gläubiger: ich glaube daran, daß Trump versuchen wird, den Preis für Rauschgift aus Mexiko hochzutreiben. Marktwirtschaftlich gesehen. Denn genau das wird eine Folge der Mauer sein. Der Preis für Kokain wird in die Höhe schießen. „Was tun“ würde Felix Hofmann in Wuppertal fragen? Eine einfache Antwort: Wir schicken die Army nach Afghanistan und bringen die Mohnfelder wieder unter unsere Kontrolle und sorgen mit Hilfe der CIA für unzufriedene FARC-Anhänger in Kolumbien. Wenn „America great“ werden will, muß auch die Marktwirtschaft gefördert werden. Denn die Mafia in der USA wird dafür sorgen, daß der Nachschub vielleicht a bisserl behindert wird, aber gänzlich, nein, das geht unter Freunden gar nicht. Deshalb wird Mexiko nicht ganz eingemauert sein. Zumal der Haushalt Mexikos auch von den Einnahmen der narcotics lebt. Da fällt mir die Bierdeckelsteuer ein. War auch klar, daß die nicht kommt. Hunderttausend Steuerberater hätten gegebenenfalls Sternmärsche veranstaltet und geschrien: „Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, Arbeitsplätze“. Wenn ich mich recht erinnere: nicht einmal in Fachzeitschriften wurde über diese Idee philosophiert, weil sie wußten, das wird nichts mit dem Bierdeckel. Und so wird's mit der Mauer gegen. Wir sind doch nicht in Berlin. Oder doch? (13.1.2017)

Bayerisch-Heucheln macht Riesenspaß.

Da wird von CSU und insbesondere von dem dortigen Chef-Hetzer gefordert, daß a) eine Obergrenze eingeführt wird und b) Straftäter ausgeführt werden. Bei vielen Ländern, insbesondere in Nordafrika, scheitert die Ausführung insbesondere an deren mangelnder Kooperationsbereitschaft (wer nimmt schon gern Kriminelle in sein Land – wieder – auf?). Die unzureichende Rückführung hängt aber vielleicht auch damit zusammen, daß man mit den „Bleibe-Prozessen“ Einkommen generieren kann – für die Rechtsanwälte (die darf man ja auch in einem Wahljahr nicht verärgern). Nicht falsch, die Überlegung, nicht wahr? Nun wird darüber diskutiert, daß wir diesen Ländern Hilfgelder kürzen, um ihre Bereitschaft zur Aufnahme zu fördern. Ich will zugeben: ob das hilft, weiß man nicht sicher und ich schon gar nicht. Und stabilisieren wird man diese Länder dadurch auch nicht. Was sagt der von der CSU kommende Entwicklungsminister (dessen Position man sowieso einsparen könnte) dazu? Na, was schon? Er ist dagegen. Ich kann langsam verstehen, daß die Wähler bei so viel Heuchelei populistische Parteien wählen. Um Fontanes Zitat abzuwandeln: „Mein Gott, wie ist die CSU heruntergekommen.“ (11.1.2017)

Rede von Meryl Streep.

Die Rede der Schauspielerin Meryl Streep (9. Januar 2017) anlässlich der Entgegennahme des „Cecille B. DeMille Award“ finden Sie (leider nur in Englisch) im Anschluß an die Blog-Beiträge. Es ist schon bemerkenswert, daß die meiner Meinung nach bedeutendsten Reden der letzten Zeit von Frauen gehalten wurden: Einmal die Rede von Michelle Obama (siehe Anhang) und jetzt die Rede von Meryl Streep. Einzelne Textauszüge in Deutsch finden Sie im Internet. Übereinstimmend wird in Pressekommentaren darauf hingewiesen, daß Streep nicht ein einziges Mal den Namen des Präsidentenanwärters nannte, und trotzdem wußte jeder, wer gemeint war. Der „president elect“ twitterte gegen Streep und gab gleichzeitig zu, daß er die Rede nicht gehört habe. Uns stehen spannende prä- und postfaktische Zeiten bevor. Meinen Sie nicht auch? (11.1.2017)

Die Parteitage sind vorbei.

Der CSU in Seeon ist es gelungen, den badenwürttembergischen Parteitag der FDP publizistisch zu minimieren. Ob Herr Lindner auf die CDU schimpft oder nicht oder in China ein Sack Reis umfällt oder nicht: das kümmert die deutsche Eiche aus Mecklenburg nicht. Entscheidend wird am Ende der Dienstfahrt sein, welchen Wagen der gehobenen Oberklasse eventuelle FDP-Minister erhalten. Abschaffung des sogenannten Mittelstandsbauchs oder nicht; die FDP ist immer umgefallen (auch wenn sie ein solches Verhalten bestreitet). Rechtsstaatspartei war früher einmal (ich erinnere an Maihofer) und ist heute Floskelkram. Auf der Tagung der CSU hat der eine oder andere Parteigrande den Zeigefinger steif und steil erhoben und Seehofer mahnte oder drohte, daß es ohne das Wort „Obergrenze“ keinen gemeinsamen Wahlkampf geben wird. Na und? Er hat *nicht* gesagt, daß es keine gemeinsame Bundesregierung gibt! Das ist doch der entscheidende Punkt, nicht der Wahlkampf. Die Trennung kann nur vorteilhaft fürs Wahlergebnis sein. Den erhobenen Zeigefinger kennen wir übrigens von anderen Extremisten, nicht wahr? Im Norden der Republik, sagen wir in Berlin, wird der erhobene Zeigefinger gekrümmt und mit dem vorgereckten Daumen vereinigt und gen Süden gestreckt. Alles klar? (7.1.2017)

Obergrenze. Obergrenze. Obergrenze.

Ich kann mich noch daran erinnern, daß eine ehemals sich bedeutsam dünkende Partei drei Punkte im Namens Kürzel einführte. Zugleich stellte sie – das war in sich stimmig – drei Forderungen auf, die sie politisch durchsetzen wollte: Steuersenkung, Steuersenkung, Steuersenkung. Was folgte? Erstens: Nichts (Na ja: Mövenpick wurde steuerlich entlastet.) Zweitens. Die Versenkung dieser Partei in den Orkus der Vergeßlichkeit. Diese Partei ist jedoch beratungs- und erfolgsresistent. Denn nun heißt die Parole: Mittelstandsbauch, Mittelstandsbauch, Mittelstandsbauch. Für diese Forderung gibt es Spenden, aber keine Wählerstimmen. Eine andere Partei, den Vorsitzenden bezeichne ich bisweilen als „Haßprediger“, hat aus dem Desaster der Drei-Punkte-Partei nichts gelernt. Ihr Mantra heißt „Obergrenze“. An der Ostsee steigt das Hochwasser: „Dem Bürger fliegt vom spitzen Kopf der Hut – und an den Küsten, liest man, steigt die Flut.“ Als an der Mulde die Flut kam, eilte Gerhard Schröder in Gummistiefeln durch die Feuchtgebiete. Es wird gesagt, daß die Niederlage Stoibers bei der (zufällig) anschließenden Bundestagswahl auch darin gründelte, daß er nicht mit Gummischuhen durchs Land stiefelte. Seehofer wiederholt den Stoiber-Fehler. Er eilt nicht in die gefährdeten Gebiete, in denen seine Landsleute (sogenannte Alpen-Preußen) Urlaub von ihm machen. Merkels Wahlkreis ruft „Land unter“. Nicht einmal die Dobrindtsche Maut hält das Wasser zurück. Das wird sich rächen. Die CSU wird auch untergehen. Von der AfD und eigener Ignoranz und Arroganz weggespült (wie auf Usedom die Küste). Die nächste bayerische Landesregierung unter Söder (oder so) wird eine Koalition von Sozis und Bazis. Ich kann mich jetzt schon schief lachen, wenn die neue Obergrenze 40 Prozent für die CSU heißt. (6.1.2017)

Luthers Reformation für 2,60 Euro.

Ein deutsches Transportunternehmen (DHL oder Deutsche Post oder Bundespost oder wie heißt die Firma?) hat zum Jubiläum des 500. Jahrestags des Thesenanschlags an den Türen der Wittenberger Stadtkirche eine Briefmarke drucken lassen, mit der man einen DIN A 4 Großbrief bis 1000 Gramm verschicken kann. Habe ich noch nie gemacht und eine nicht repräsentative Umfrage ergab, auch andere Menschen haben noch nie oder bestenfalls und vielleicht einmal gemacht („ja, kann sein, aber ...“). Was sagt mir das? Da wird eines der bedeutendsten Ereignisse der deutschen Geistesgeschichte, wenn man vom „Kapital“ von Karl Marx und Goethes „Faust“ und Schillers „Tell“ absieht (ja, ja, ich weiß, es gibt noch weitere Bedeutsamkeiten), mit einer Briefmarke bedacht, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit verkauft wird und selbst Philatelisten verärgert. Das ist natürlich Absicht, was sonst? Deutschland ist mehrheitlich mit einer katholischen Bevölkerung versehen. Und die für die Briefmarke letztlich verantwortlichen Politiker sind erstens evangelisch und zweitens wollten sie in einem Wahljahr auf keinen Fall die katholischen Wähler vergrätzen. Evangelen sind duldsamer (siehe Merkel bei des Haßpredigers Parteitagrede) und geduldiger (auf die rechte Wange darf man zweimal schlagen). Deshalb wird der Reformation jedenfalls postalisch zwar gedacht (war ja nicht zu vermeiden), aber so, daß es keiner merkt. Können Sie sich vorstellen, wie die vormals bestehende Ost-Republik das Luther- und Reformationsjahr gefeiert und bejubelt hätte? Luther wäre als Vorkämpfer des real existierenden Sozialismus oder so herausgestellt worden. Ganze Briefmarkenserien (sogar in Polen) wären gedruckt worden. Wirklich. Auch darum gilt mein ewiges Streben: Ceterum censeo murum esse constructionem. (4.1.2017)

Ich wünsche mir ...

Ich nehme an, meine Leser erwarten, daß ich hier auch Wünsche für das Jahr 2017 absondere. Nun gut, schön, ich will mich entäußern. Erstens wünsche ich mir, daß im Fernsehen weniger Gewalt gezeigt wird. Da stimmen Sie mir zu? Aber, halt: ich meine Gewalt auf dem Fußballplatz. Die Verrohung, die auf dem Spielfeld zwischen dritt-, zweit- und erstklassigen Spielern zu beobachten ist, führt meines Erachtens (ich bin schließlich Pu der Bär mit dem geringen Verstand) auch zur Gewalt vor dem Stadion oder in der U-Bahn. Denn, was gibt's denn bei einer Körperverletzung auf dem Rasen? Ein strenger Blick oder eine Gelbe Karte von einem anderen buntgewandeten Mann, der weniger Geld im Monat verdient als der Täter in den 90 Minuten. Also: mein erster Wunsch lautet weniger Gewalt (nicht nur auf dem Rasen, sondern überhaupt); das würde übrigens auch dazu führen, daß der sog. Terrorismusexperte Elmar Theveßen weniger auftaucht. Mein zweiter Wunsch: Verzicht auf Kopulationen im Vorabendprogramm (das bei mir bis 22 Uhr reicht). Wer Sex fremder Leute sehen will, kann doch im Internet surfen. Muß ich doch nicht noch mit meinen GEZ-Gebühren bezahlen. Sicherlich gibt es auch Filmsituationen, wo Sex eine handlungserforderliche Rolle spielt – ich denke hier an Schneewittchen und die sieben Zwerge –, aber bei Filmen, die Mord und Totschlag zeigen und deren Täterfindung könnte/müßte man darauf verzichten. Einen dritten Wunsch habe ich noch (mehr als drei werden sowieso nicht erfüllt): Wir haben 2017 eine Bundestagswahl. Es ist (fast) egal, wen Sie wählen, wenn's nur nicht die Hohl- und Kohlköpfe von der AfD sind oder (gilt für bayerische Wähler) die Partei des Münchner Haßpredigers ist. In diesem Sinne: Beste Wünsche von „Zwerg Unwissend“. (1.1.2017)

Grün hängt mir zum Halse raus.

Die „Grünen“ sind gegen Gentechnik und gegen Crispr-cas9. Sie sind gegen den Hunger in der Welt. Und absolut rückständig. Das muß man alles erst einmal unter den Filzhut von Joseph Beuys (ein rechter Grüner war der) bringen. Ich vermute, daß einige ständig redende Grüninnen Aktien von Saatgutfirmen haben, bei denen die Entwicklung einer neuen ertragreicheren Pflanze durch Kreuzung mehrere Jahre dauert (bis zur heutigen Idaho-Kartoffel vergingen 8 Jahre), doch am Ende ist solche Kreuzung auch eine neue Pflanze. Die, ätsch, ist aber gut! Gut ist vermutlich in den Reden der Grünen auch, daß der Landmann weiterhin Chemie auf den Acker gibt, statt durch eine Pflanzenveränderung diese Chemie zu vermeiden. Gut ist in den Augen mancher Grüner auch, daß der Landmann wie vor mehreren Jahrhunderten ausschließlich Gülle als Düngungsmittel auf den Acker kippt. Dumm ist dabei nur, daß in der Gülle allerlei Schadstoffe sind, die das Grund- und Trinkwasser verseuchen. Übrigens: schon mal darüber nachgedacht, daß kontrazeptive Medikamente durch den Körper wandern und im Trinkwasser landen? Damit hängt Deutschlands Untergang zusammen! Nicht mit Frau Merkel und Herrn Gabriel. Manche Grüninnen reden bei der Gentechnik von Eingriffen in Gotteswerken. Verlogener Mist ist das. Trotz Kirchensteuer sind wir noch nicht im Gottesstaat. Vor vielen Jahren wohnte ich im Süddeutschen. Da wurde in der Stadt für Wohnungs-Neubauten ein Bebauungsplan erstellt. Der größte Protest (Protestieren ist bei den Grünen gentechnisch verursacht, haha) dagegen kam von einer Grünin, die durch Erbschaft zwei einzelnstehende Häuser besaß. Die hatte kein Wohnungsproblem. Blöde Ziege. So sind sie, die Spinner an der grünen Front. Schlimmer als die Bauernverbände und die deutsche Waffenlobby. Oder nicht? Ich kann das ewige Nein-Sagen nicht mehr hören. Da ist der „Linken“ ja angenehmer zuzuhören. Und weiß Gott, das ist auch eine Zumutung. (1.1.2017)

Der Unterschied von Frau und Mann.

Als vor einigen Wochen eine Frau eine U-Bahn-Treppe hinuntergestoßen und dies gefilmt wurde, kam die Frage auf, warum dieser Videofilm erst „so verzögert“ zur Suche eingesetzt wurde. Die Begründung war: Man hätte aus Datenschutzgründen bla bla bla. Jetzt zündeten einige Ausländer einen in der U-Bahn-Station schlafenden Obdachlosen an. Und schon einen Tag später wurden mit dem Video die Täter gesucht. Kein Wort von Prüfung auf mögliche Verletzung von Datenschutz durch Staatsanwaltschaft und Polizei. Wenn's diesmal diesen Grund nicht gab, dann gibt es nur einen anderen Grund für die schnelle Reaktion: Der erste Fall betraf eine Frau, der zweite Fall einen Mann. Das kann selbst ich verstehen, daß man hier unterschiedlich vorgeht. Sehe ich das falsch? Und noch ein Punkt: die Eingänge zur U-Bahn-Station Schönleinstraße sind auf der einen Seite zu Kreuzberg und auf der anderen Seite zu Neukölln gehörend. Wenn ich das richtig nicht verstanden habe, dann wurde nirgends darauf hingewiesen, daß die Täter aus Neukölln kommen. Das ist nämlich einer der Berliner „schmuddligen“ Problembezirke, Kreuzberg dagegen ist ein Bezirk, wohin die Schwaben ziehen, wenn sie den Prenzl satt haben. (27.12.2016)

Klimaberatung für den Vatikan.

Heute lese ich in meiner „beloved daily newspaper“, daß der Potsdamer Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber den Vorsitz in einem Beirat der Bundesregierung altersbedingt niedergelegt hat. Dazu erfahre ich, daß der Herr Professor nicht nur Frau Merkel, sondern auch den Vatikan in Klimafragen beriet. Das ist viel interessanter als die Ratschläge für die Kanzlerin oder für Frau Hendricks. Und schon türmen sich Fragen auf, die ich als „Zwerg Unwissend“ (zugleich in meiner Eigenschaft als Pu der Bär) nur durch Fragen an die verehrte lesende Kundschaft abtragen kann. Also erstens: wurde der Vatikan beraten, welche Temperatur für die armen Seelen in der Tiefe des Raums, auch Hölle genannt, optimal ist und woher man in Anbetracht der weltweiten Klimaziele die Heizenergie bezieht (alle großen Maler haben Satan stets mit der Schaufel in der Hand abgebildet, was bedeutet: der Teufel und seine Gehilfen [!] verfeuerten Kohle, was nicht gut ist)? Eine Energieverschwendung ist es auch, so müßte der Vatikan beraten worden sein, daß man je nach Standpunkt von dort in den Himmel sehen kann (Augustinus) oder vom selbigen (nicht ablenkt durch die bekannten 72 Jungfrauen) nach unten in die unendlichen Weiten der Hölle (Don Bosco) schaut. Und da werfen sich schon wieder neue Fragen auf: wie hat sich der aus dem Himmel gefallene eine Engel, der nun als Teifi dient, so vermehrt, daß er nunmehr Gehilfen hat? Muß man als Höllenbewohner im Schweiß des Angesichts schaufeln und schufteln? Nächste Frage: Hat Professor Schellnhuber empfohlen, für die zentrale Heizung der Hölle die Sonnenenergie zu nutzen? Wurde auf Empfehlung des Professors hin die in der Hölle gewonnene Hitze auch durch Fernheizung für eine lustfreundliche angenehme Temperatur im Himmel (denken Sie an die 72 Jungfrauen) genutzt? Oder wie früher in der Zone (ich bleibe dabei und Ceterum censeo murum esse constructionem) durchs off'ne Fenster vergeudet? Hat sich der Vatikan an die Empfehlungen gehalten (von der Bundesregierung wissen wir, daß seine Ratschläge – auch aufgrund des Haßpredigers in München und dessen Gehilfen Dobrindt – nicht richtig beachtet wurden.) Fragen über Fragen. (27.12.2016)

Neuschreib ist Neusprech.

Als George Orwell „1984“ schrieb konnte er – als Britannier sowieso nicht – ahnen, daß wir in Deutschland (Land der Dichter und Denker) eine Sprache einführen, die dem Luther-Deutsch ähnelt. Der hatte ja bekanntlich dem Volk aufs Maul geschaut und seine Bibel-Übersetzung in Leipziger Kanzleisprache geschrieben und mit in seinem Umgangskreis verwendeten Sprichwörtern angereichert. Von Luthers Ansatz, verständlich zu schreiben, kommen wir immer mehr ab und die Kulturminister und Kultussenatoren behaupten sogar das Gegenteil. Schande über sie. Ganz am Anfang war die sog. Rechtschreibreform, die u.a. das „ß“ abschaffen wollte (kennt der Engländer nicht) und einen Niedergang der deutschen Sprache einläutete. In einem zweiten Schritt wurde (immer nur als Test) das Schreiben in Druckbuchstaben den Erstklässlern eingeübt; Unterschriften wird diese Generation in Form von drei „ehrliehen“ (Investmentbanker: nur zwei, müssen aber nicht ehrlich sein) Kreuzen machen. Dann wurde „Schreiben nach Gehör“ zulässig: Können Sie sich vorstellen, wie der Hannoveraner auf die Urlaubskarte seines aus Zwickau zugewanderten Kollegen am Fließband von VW reagiert, wenn dieser schreibt „Uhrlaub neicht dem ende zu.“ (Goethe reimte die „Segensreiche“ noch auf „neige“.) Jetzt, jetzt endlich, kommt aber der wahre deutsche Sprachgestalter an die grammatikalische Macht – mit der „einfachen Sprache“. „Vorgesprochen“ wird u.a., nur positive Formulierungen (Der Mensch ist gut) zu wählen (Frau Merkel kann das perfekt), nur natürliche Zahlen (mehr als 11 sind „viele“), keine Fremdwörter (ausgenommen Verkaufsförderer wie handy) und kurze „knackige“ Sätze (Lehrer sind doof oder Asylanten sind Triebtäter). Mensch, was haben wir gelacht, als die Kanak-Sprach gesellschaftsfähig wurde (Wir gehen Bahnhof), doch diese war ja harmlos und erkennbar eine Hilfskonstruktion für türkisch-pubertierende Jungen. Um Fontane zu zitieren: „Mein Gott, wie ist das Land heruntergekommen.“ Oder irre ik mir (Vor Gott sind alle Menschen Berliner)? (23.12.2016)

Grundkenntnisse sollten vorhanden sein.

Ich hatte vor rund einem Monat über Dyskalkulie im Journalismus geschrieben. Erstens. Zweitens: Ich kaufe kein Satire-Magazin, denn ich habe die FAZ abonniert. Da lese ich heute (21.12.2016) in einem Artikel im Zusammenhang mit Berlin-Gedächtniskirche, daß der IS mitnichten den Terror mittels Lkw erfunden habe („Streng nach Anleitung“, Seite 9). In dem ansonsten lesenswerten Artikel (wie sollte es auch anders sein) heißt es: „Die IS-Propaganda-Abteilung hatte den Titel für die Nachfolgepublikation schon in der Schublade: Im Oktober erschien die erste Ausgabe von 'Rumijah' – in doppelt so vielen Sprachen, insgesamt sieben ...“. „Doppelt“ bedeutet Verdopplung, nicht wahr? Das heißt: die Vorgängerzeitung erschien in dreieinhalb – 3,5 oder 3½ – Sprachen. Gibt es halbe Sprachen – ist meine Frage? Fehlen da immer die letzten 1,6 Buchstaben in einem Wort, und deshalb nur eine halbe Sprache? Da fällt mir ein, in derselben Zeitung war kürzlich zu lesen (nur noch sinngemäß, weil die Ausgabe schon in der Blauen Tonne liegt): ein Drittel vom Ganzen hierfür, ein Drittel vom Ganzen dafür und 40 Prozent vom Ganzen für die weitere Maßnahme. Da veranlaßt mich zu der Frage: und wo bleibt der Rest? Meine Bücher werden vor dem Druck von einem Korrektor gelesen, der nach seiner Meisterprüfung als Schriftsetzer Leiter des Korrektorats einer Zeitung war – der würde mir solche „Primitiv“-Fehler um die Ohren hauen und sich im Wiederholungsfalle weigern, Korrektur zu lesen. Eine Anregung für die FAZ-Redakteure: Machen Sie doch bei Zahlen, bei allen Zahlen, eine Plausibilitätsprüfung. Da reichen Kenntnisse aus der vierten Grundschulklasse völlig aus: ein Drittel plus ein Drittel plus 40 Prozent ergibt 106 Prozent – kann das sein? (21.12.2016)

Mit der Merkel kann man es machen.

Anschlag in Berlin. Da wußte gestern (20.12.) niemand, wer der Täter ist ausgenommen die Hetzer auf der ganz rechten, ausgenommen der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU). Da haben sich zwei Gruppen vereinigt, die die Bundesrepublik kaputtreden wollen: die CSU und die AfD. Ihr Süppchen schmeckt nicht! Sage niemand, daß Seehofer nicht die CSU sei, denn genau das ist er. Er ist außerdem ein Hetzer, ein schlimmer Finger. Was mich etwas kirre macht, ist, daß Vertreter seiner Partei in der Bundesregierung sitzen. SPD und CDU werden von diesem Typen vor sich hergetrieben. Mit Merkel kann man's machen und mit „Siegmal“ Gabriel wohl auch. Warum wirft Merkel die CSU-Minister nicht aus dem Kabinett oder verlangt zumindest eine öffentliche „Treueerklärung“ ihrer Minister? CDU und SPD benötigen die CSU-Abgeordneten nicht: ihre Sitze reichen aus, um eine stabile Regierung zu bilden. Natürlich würde das das ganze Parteiengefüge durcheinander wirbeln. Aber der Staatsnotstand würde nicht ausbrechen. Bisher war Staatsraison, daß die Parteien, die die Regierung bilden, eine einheitliche Politik verfolgen. Diese Staatsraison hat Seehofer wieder einmal aufgekündigt. Aber mit Merkel kann man wohl Alles machen. So macht man die Republik auch kaputt. Oder ist meine Meinung zu spitz formuliert? (21.12.2016)

Polnische Wirtschaft. Polnische Zustände.

Die Europäische Union hat mehrere sog. Grundbedingungen wie Freizügigkeit und Freihandel sowie Freiheit von unmäßiger Besteuerung. Daneben oder zusätzlich gibt es noch ein paar weniger wichtige Grundsätze zur Befriedung der Querulanten. Zu diesen unbedeutenden Bedingungen gehören Demokratie, Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit. Das gilt aber nicht für Polen. Da herrschen andere Regeln: die letzten drei stören zum Beispiel ganz erheblich. los beachten wir sie nicht. Da soll das Verfassungsgericht nach Gnaden des Herrn Jaroslaw Kaczynski besetzt werden, da werden Medien von Andersdenkenden „gereinigt“ (fast so schlimm wie unter dem früheren Kriegsrecht), da soll Pressevertretern der Zutritt zum Parlament verweigert werden, da zieht die Mehrheitspartei aus dem üblichen Parlamentssaal aus, tagt anderswo und beschließt dortselbst Gesetze. Und das alles unter den duldsamen Augen der anderen EU-Länder. Ich hoffe, daß die PiS die Todesstrafen einführt, weil ... das geht gar nicht. Dann ist eine rote Linie überschritten. Dann kann Polen wie die Türkei nicht in die EU aufgenommen werden. Ach, die Polen sind schon drin? Na gut, dann können wir nichts mehr machen. Wir könnten natürlich, wenn wir wollten, das Recht auf Subventionen aus EU-Mitteln aufheben. Aber das wollen wir nicht. Weil Polen dann protestiert. Es ist doch eine Schande, was da läuft. Meinen Sie nicht auch? (20.12.2016)

Konzernsprache Englisch.

Der Wolfsburger Arbeitsdirektor teilte im Dezember 2016 mit, daß bei VW schon bald Englisch statt Deutsch gesprochen werde. Das verwundert mich, denn Karlheinz Blessing war vorher im Auftrage der IG Metall als Arbeitsdirektor im Saarland tätig. Da hätte ich doch eher gedacht, daß er Französisch parliert und für diese Sprache plädiert. Ehrlicherweise: ich hätte auch nicht gedacht, daß ein durchunddurch deutscher Konzern verkündet, nunmehr wird Englisch gesprochen. Begründung: weil es auch ausländische Manager gibt, die die deutsche Sprache nicht beherrschen (gemeint waren wohl Slowenen, Slowaken, Ungarn, Georgier, Moldawier usw.). Nein, es wird nicht ganz schlimm: der Schlosser am Band kann seinen Vorarbeiter gedanklich (Vorsicht, nur gedanklich!!) weiterhin als „Scheißkerl“ bezeichnen, und fragen, ob er denn jetzt im „Kindergarten“ arbeite. God bless the german language and Mr Blessing, but it is a very bad idea to speak only English in a german company. It is a misunderstanding? (20.12.2016)

asap.

Meine Tochter erzählte mir kürzlich, daß sie (geschäftlich) ein E-Mail erhalten habe, unter dem stand das Wort „asap“. Wenn man was nicht weiß, guckt man im Duden (gelb) nach oder googelt. So einfach ist das. Nun, weder die Nachfolger von Konrad Duden noch Google mit Googol Begriffen konnte helfen. Wenn man dann immer noch nicht klug/klüger geworden ist, bittet man seinen Chef um Aufklärung (hat das höhere Gehalt – muß also alles wissen). Der schwieg längere Zeit und wies dann das Ansinnen um Aufklärung zurück. Nun gibt es neben dem Internet das von den Herren Reis und Bell erfundene Gerät, das heute noch als Telefon bezeichnet wird (und nicht als „anchore“ im Gegensatz zum „mobile“ oder handy). Meine Tochter rief also den Absender des E-Mails an und bat um Aufklärung. Pausierende Verwunderung am anderen Ende der Strippe (so sagte man früher!), aber es gab eine Antwort. Auf die hätte sie aber auch allein kommen können: asap heißt „as soon as possible“. Logo, was denn sonst? Das gibt mir Anlaß, über einige Unarten im heutigen Briefverkehr zu sprechen: Eine Anrede, die „Hallo“ oder „Hallo Leute“ oder „Hallo + Vorname“ (den Absender hat der Empfänger noch nie gesehen oder gesprochen) ist – zurückhaltend ausgedrückt – ein Zeichen von schlechter Schulbildung. „Moin moin“ oder „Grüß Gott, Müller“ ist nicht besser. Die Schlußformel „mfG“ geht schneller, wesentlich ganz schneller als „Mit freundlichen Grüßen“. Aber es ist für mich (Pu der Bär) auch ein Akt von Geringschätzung gegenüber dem Briefempfänger: er ist es nicht wert, einige Tasten mehr zu drücken. Es schadet auch nicht, die Schlußformel „LG“ ebenfalls zurückhaltender und vielleicht auf die Familie beschränkend anzuwenden. In diesem Sinne: LG und mfg und moin moin von „Zwerg Unwissend“ und antworten Sie mir asap. (20.12.2016)

Muttersprachler vor.

Bekanntlich wird sich zumindest ein Teil der britischen Inseln vom Kontinent zurückziehen. Auch der zukünftige Präsident der USA hat das Ziel, sein Land wieder groß zu machen. Mit den Britanniern werden auch die Commonwealthländer sich vermutlich neu orientieren. Ein Nebeneffekt kann sein, daß Konferenzsprache in Europa nicht mehr Englisch sein muß. Neue Konferenzsprache der Minister und der Brüsseler Kommissare wird die Sprache, die von den meisten Europäern gesprochen wird. Das sind nicht die Polen (ätsch!), sondern die Österreicher, die mit den Luxemburgern, einem Teil der Schweizer (die keine Rachenkrankheit haben, sondern wie die Liechtensteiner einen alemannischen Dialekt sprechen), manchen Elsässern und Lothringern, den Nordschleswigern, vielen Süd-Tirolern, die Bürger der Duitstalige Gemeinschaft um Eupen und (wenn sie langsam und akzentuiert sprechen) die Niederländer eine Sprache sprechen, die sogar in einigen Gebieten Brasiliens verstanden wird. Insgesamt sind das 105 Millionen Muttersprachler und weitere geschätzte 80 Millionen, die die europäische Hauptsprache verstehen. Sogar Bewohner Namibias verstehen sie. Wir wollen auch nicht vergessen, daß zu Kaisers Zeiten deutsches Bier in Tsingtau gebraut wurde, und auf die Insel Sarigan wurden deutsche Straftäter verfrachtet. Und der gewichtige König von Tonga parliert auch nicht Französisch. Weltweit ist natürlich Französisch stärker. Aber in Europa wird nach dem vollzogenen Brexit Deutsch gesprochen. Warum auch nicht? (10.12.2016)

Was erlauben Quasimodos Nachfolger?

Sie erinnern sich noch an den „Glöckner von Notre Dame“, diesem Roman aus dem alten Paris von Victor Hugo? Gina Lollobrigida, damals der feuchte Traum aller Pubertierender, als bei Zigeunern aufgewachsene Schönheit, und Anthony Quinn als der bucklige und schwerhörige Glöckner von Notre Dame, zeigten einem faszinierten Publikum, was ein Klöppel, pardon, ein Kirchenasyl ausmacht. In diesem Roman stecken – eines meiner Lieblingsthemen – etliche gefestigte Vor-Urteile drin als da sind: Zigeuner rauben auch heute noch hübsche Kinder, die sie zum Betteln auf der Mönckebergstraße in Hamburg „abrichten“ oder Paris war schon immer ein Sündenpfuhl oder Kirchenasyl ist eine tolle Sache. Zu den ersten beiden Punkten will ich hier nichts schreiben – ich wohne nicht in Hamburg und für den Pfuhl bin ich zu alt. Wenn’s das Kirchenasyl zu Zeiten des Louis-Napoléon Bonaparte noch gegeben hätte, wäre Victor Hugo vielleicht in Paris geblieben, aber so mußte er auf die Kanalinseln Jersey und Guernsey für 20 Jahre ins Exil. Insofern ist dieser Roman auch ein Stück Autobiographie von Hugo. Das war sicherlich besser als neben den großen Glocken von Notre-Dame von Almosen zu leben. Warum schreibe ich das hier? Weil ich eine Frage habe. Was erlauben sich eigentlich einige Kirchenvorsteher und Pfarrer, wenn sie Menschen, die von der Ausweisung nach deutschem Recht bedroht sind, sogenanntes Kirchenasyl gewähren und damit hart an der Grenze des Rechtsbruchs agieren? In meiner politischen Jugend gab es sehr große Auseinandersetzungen zwischen den Studenten, die Handeln nur auf der Grundlage von Normen gestatten wollten (das waren die Positivisten) und jenen, die meinten, Volkes Wille (den sie verkörperten) vollziehen zu dürfen, bar jeder Rechtsgrundlage. (Kleine Abschweifung: Die positivistische Rechts-Auffassung erlaubte die Verurteilung einiger Nazi-Verbrecher.) Wenn man, da bin ich grundsätzlich, Menschen vor den Häschern in der Krypta versteckt, dann mag und ist das eine ehrenwerte Tat, aber Kirchenasyl ist das nicht. Denn Kirchenasyl gibt es nicht. Unsere Verfassungsväter haben ja etliche Bestimmungen aus der Weimarer Verfassung ins Grundgesetz übernommen, aber das Kirchenasyl war nicht darunter (Logo: Gab es damals schon nicht mehr). Oder habe ich im Geschichtsunterricht wieder nicht aufgepaßt? (5.12.2016)

Die Deutsche Börse zieht um.

Große Aufregung in Frankfurt. Da will die deutsche Börse mit der Londoner Börse fusionieren, ein Hochzeit unter Gleichen (hieß das einmal beim Daimler im Zusammenhang mit Chrysler). Wenn man sich diesen Zusammenschluß etwas kritischer ansieht (wie es jetzt FDP und SPD im hessischen Landtag in Fragen formuliert haben), dann sieht das so aus, als ob „unsere“ Börse über den Kanal gezogen wird und als „table book“ endet: schön anzusehen, aber das war’s denn auch. Und das erfolgt alles unter dem Aspekt Brexit und den Zulassungsbestimmungen in Deutschland. Könnte man sagen: merkwürdig. Ich finde es völlig normal, daß Herr K. von Frankfurt nach London zu seiner Familie ziehen will. Familie ist schließlich das, was zusammenwohnt. Deshalb ist es völliger Quatsch, was FDP und SPD (ungewöhnliche Koalition?) jetzt an Aufklärung fordern. Die Frage, die sie dem Grünen Wirtschaftsminister hätten stellen müssen, lautet: welche Maßnahmen hat die hessische Landesregierung ergriffen, Frau K. davon zu überzeugen, in den Taunus zu ziehen? Ich habe einmal gelernt (und selbst erfahren, haha): hinter jedem starken Mann steht eine Frau! Sollte Herr Schäfer-Gümbel vielleicht noch einmal die Schulbank drücken und Geschichte rekapitulieren lernen? Dabei ist’s doch ganz einfach: ich habe meinem jungen dynamischen Aktienhändler gesagt, er möge meine Aktiengeschäfte nicht mehr in Frankfurt handeln. So geht Marktwirtschaft. nicht wahr? (4.12.2016)

Political Correctness ist anders.

In den Niederlanden tobt eine Art Glaubenskrieg. Seit mehreren Jahrtausenden (gefühlte Zeitangabe) kommt im Dezember der Swarte Pieter. Das ist natürlich nicht natürlich. Denn diese Bezeichnung ist eine ganz, ganz schlimme Diskriminierung andersfarbiger Menschen. Haben sie schon einmal einen „Schwarzen Peter“ gesehen? Ja, haben Sie. Im Kartenspiel. Ist jetzt unerwünscht. Und in Holland – bei den Grönhökern –, da wird dieser Kiepenkerl just abgeschafft. Um einmal weitere Diskriminierungen hier zu nennen, die abgeschafft werden müssen: Ossi, Besserwessi, Dunkeldeutschland, Bubenspitze, Negerküsse, Bayern, Mohrenköpfe, Ostrente, Frauenlob, Weiberfasnet. Das muß alles geschlechter-neutraler und farbloser und entpolitisiert werden. Diskriminierung ist ja im übrigen nur, wenn sich ein sogenannter Gutmensch echauffert: deshalb bleibt es beim *Damenhockey* und beim *Frauenfußball*. Deshalb bleibt es auch bei den *Alten Herren* im Fußball. Können Sie sich vorstellen, wie da ein paar übergewichtige *alte Weiber* übern Platz hinter dem Ball hetzen? Nee, ich auch nicht. Aber meine Urteile sind keine Vorurteile. Stimmen Sie mir zu? (4.12.2016)

De Maud kimmt.

Damit kein Mißverständnis entstehen kann: das ist nicht die Dame aus dem Häuschen mit der roten Laterne am Ende der Straße, die wegen des Brexits nach Europa geflohen ist. Maud ist das, was die SPD im Koalitionsvertrag von der CSU gefordert hat und das dem deutschen Autofahrer nie nicht 'was kostet. Die Maud (norddeutsch: Maut) für deutsche Autobahnen wird nicht nur den deutschen Autofahrer belasten, sondern alle deutschen Steuerzahler; auch die Oma, die am Ende der Straße ihr Häuschen zimmerweise vermietet und gar keinen Führerschein (mehr) hat, muß zahlen. Warum? Weil die SPD es so will. Wenn der Gabriel und die SPD-Mädels wenigstens die CSU am Nas'-Bandel führen würden. Aber, nein, das können die (auch) nicht. Meckern ohne konstruktive Vorschläge: das geht gar nicht unter Freunden. Wie hätte ich's gemacht? *Erstens:* Maut (norddeutsch) für alle. Richtig teuer, damit auch die Kasse klingt und die Autofahrerseele aus dem SUV springt. *Zweiter Schritt:* Alle, auch das fahrende Volk aus dem EU-Ausland (sogar die Polen, die uns nicht mögen), bekommen ihre Maut zurück – auf Heller und Batzen (vielleicht abzüglich einer ganz kleinen Bearbeitungsgebühr, muß aber nicht sein.) *Dritter Schritt:* Für die in Flensburg registrierten Autos erstattet der Einfachheit halber das Kraftfahrzeug-Bundesamt die Maut zurück; ein Antrag ist nicht erforderlich. Alle anderen – und jetzt kommt mein genialer Vorschlag – erhalten die Maut auch zurück: auf Antrag. Da Outsourcing ja „in“ ist, sind die Erstattungsanträge unter Beifügung der Belege für gezahlte Mautgebühren an eine in Moldawien oder Ukraine („EU-Beitrittskandidaten üben Europa!“) oder Griechenland (wegen der allen bekannten Schrift und schafft dort dringend benötigte Arbeitsplätze) beheimatete privatwirtschaftlich organisierte Institution zu richten, und von dort werden die Gebühren bargeldlos erstattet (bei Ukraine: Neben Bankverbindung ist das Paßwort anzugeben). Wer keinen Antrag gestellt, bekommt die Maut auch nicht erstattet. Einfaches Verfahren, gell? Dagegen kann/könnte auch Brüssel keine Einwände erheben. Alle werden gleich (bled) behandelt. Schlußbemerkung: Ein wenig schwanger zu sein geht nicht. Out is out, liebe Briten. (2.12.2016)

Der deutsche Traum?

Nach dem Zweiten Weltkrieg war für ziemlich viele Deutschen die Stunde Null (wie man so schön sagt). Dann ging es aufwärts (nicht erst mit der Währungsreform). Nur aufwärts. Man schaffte sich wieder Eigentum. Für die meisten Deutschen (in West zumindest) erfüllte sich ein nicht erwarteter Traum. Diese Generation, die den Krieg überlebte, hinterließ ihren Kindern, die in den 40er und 50er Jahren geboren, ein mehr oder weniger großes Vermögen (meistens weniger groß). Das mehrten diese Kinder dank besserer Ausbildung und der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung. Auch ihre Kinder, die sog. Babyboomer, erben: angeblich gehen Billionen Euro mit der „kalten Hand“ von einer Generation auf die nächste über. Dann ist Schluß mit der Vermögensübertragung, die Babyboomer werden das Ererbte für sich selbst benötigen und daher ihren Kindern bestenfalls eine Eigentumswohnung (o.ä) vererben. Das Erarbeitete und Ererbte ist leider notwendigerweise verbraucht worden (und die Hütte ist dringend renovierungsbedürftig). Was will ich sagen? Ist der deutsche Traum ausgeträumt? Und nicht nur der deutsche, sondern auch der europäische? Und der amerikanische Arbeiter hat seinen Traum ebenfalls ausgeträumt und gegen Clinton gestimmt. Ist das der Grund, daß in fast allen Ländern sog. populistische Parteien die Politik direkt oder indirekt bestimmen? Weil die Warmduscher überhand genommen haben? (24.11.2016)

Niimiipu tragen keinen Nasenring.

Die sind auch nicht gepiercet. Und nicht tätowiert. Und trugen ihr Haar lang. Es war ein friedliches ackerbauendes Volk, das im Nordwesten der heutigen USA lebt und unter dem falschen Namen Nez Percé zu den Entdeckern des Kartoffelkäfers (Lewis und Merrywether) erste Kontakte mit Weißen knüpfte. Die Übersetzung ihres Namens ist: Wir das Volk. Und nun sind wir wieder in Deutschland, wo irgendwelche Schreihälse Ähnliches rufen. Für die Sachsen-Anhalter gilt der Slogan „Das Land der Frühaufsteher“ (ich will hier nicht laut und hämisch lachen – zumal Sie es nicht hören würden). Die Bewohner in dem Land östlich daneben wollen ihren Landesspruch „So geht sächsisch“ jetzt ergänzen: „So braun geht sächsisch.“ Ein einleuchtender und kennzeichnender Spruch. In Sachsen-Anhalt soll es präziser heißen: „Das Land der braunen Hetzer“. Ceterum censeo murum esse constructionem. (24.11.2016)

Goldene Zahl und Goldener Schnitt.

Eine Buchseite sieht „gut“ aus, wenn neben Papier und Schrifttype die Proportionen stimmen. Die alten schreibenden und die frühen druckenden Buchmacher wußten das. Sie berücksichtigten den Goldenen Schnitt, wonach Breite und Höhe des Satzspiegels 1:1,61 betragen sollte und dieses Verhältnis auch auf den Satzspiegel im Papierformat anzuwenden ist. In der FAZ (dahinter steckt zuweilen auch eine kluge Frau!) vom 23. November 2016 wird im Wissenschaftsteil ein Artikel veröffentlicht, in dem von Darwin bis heute das Thema der Artenvielfalt behandelt wird: was unterscheidet eine Art von der anderen ist das Thema. Nun, manche Arten kann man leicht zuordnen und unterscheiden: ein Bücherwurm sieht anders aus als ein Bücherleser – darum handelt es sich um zwei verschiedene Arten. Einfach, nicht wahr? Ich hab's nicht ganz verstanden, deshalb zitiere ich die Unterschrift der in der FAZ veröffentlichten Grafik: „An zwei Fossilien A und B werden möglichst viele Messungen der gleichen Größen vorgenommen und die Meßwertpaare in ein Diagramm eingezeichnet. Die Steigungen in der Geraden, die in die Punktwolke passen, weisen eine Streuung auf. Deren geeignet quantifiziertes Ausmaß beträgt bei allen Spezies mit der größten Häufigkeit $-1,61$.“ Damit könnte man auch ein Fossil aus der SPD mit einem Anhänger der AfD vergleichen (das Ergebnis ist deutlich größer als 1,61). Da staunen wir alle. Denn dieses Datum entspricht in etwa der Goldenen Zahl. Eine meiner nahen Verwandten weist eine Größe (oder Höhe) von 1,61 Meter auf. Ist der Goldene Schnitt wirklich ein Naturgesetz? (23.11.2016)

Hundepflege ist haushaltsnah.

Paragraph 35a des Einkommensteuergesetzes gestattet es, sog. haushaltsnahe Dienstleistungen steuerlich abzusetzen. Die Bedingungen sind ja allgemein bekannt. Neu ist, daß auch Hundepflege abgerechnet werden kann. Da wirft sich die Frage auf – jedenfalls bei mir – sind die Dienstleistungen meiner Frau in der Küche auch haushaltsnah? Eine nicht mit mir verheiratete Köchin könnte ich steuerlich geltend machen. Da ich dann 20 Prozent ihres Lohnes (den man sicherlich beim EuGH erklagen kann) von meiner Steuerschuld absetzen kann, und andererseits ihre Lohnsteuer auf ihr Einkommen im Rahmen des Ehegattensplitting niedrig ist, ergibt sich nur eine Schlußfolgerung. Nicht wahr? (23.11.2016)

Dyskalkulie im Journalismus.

In den Zeitungen, die ich lese, taucht immer wieder der Begriff „Rot-Rot-Grün“ auf. Ich gestehe, ich weiß nicht, was das ist. Ich vermute, daß es sich um einen Begriff aus der Jugendsprache handelt. Mein Enkel („Mit dem Lesen habe ich es nicht so“) meinte auf Befragen, aus seiner Welt stamme der Begriff nicht. Er sagte, das muß irgendein Blumengebinde, irgendwas mit Tulpen, sein – irgendwie sah er genauso ratlos aus wie ich. Dann kam mir die Erleuchtung: das ist ‘was Politisches. Die Journalisten kennzeichnen damit eine Polit-Konstellation aus SPD, Die Linke und den Grünen, die, so die Journaille, nächstes Jahr Deutschland in die erst- oder nächstbeste Kluft führen. Was lerne ich daraus: die Journalisten aller Zeitungen leiden an Dyskalkulie. Wenn sich das Wahlergebnis der letzten Bundestagswahl (gerundet) wiederholt, dann wäre Rot-Rot-Grün möglich: 26% SPD + 8,5% Linke + 8,5% Grüne = 53 Prozent; das reicht dicke für die Regierungsbildung dieser drei Parteien, zumal diese drei Parteien miteinander die größten Schnittmengen (das ist ein Ausdruck aus dieser schrecklichen Mengenlehre) haben. Was, ich leide auch an Dyskalkulie? Verstehen Sie denn die These (oder ist’s ,ne hegelianische Antithese?) der Journalisten? (21.11.2016)

Gelesen in einer Todesanzeige.

Heute (21.November 2016) wurde in der FAZ eine Todesanzeige veröffentlicht. Bemerkenswert ist nicht, daß es sich um einen früheren Botschafter Mexikos handelt, sondern die von deutschen Freunden gewählte Formulierung „... repräsentierte Mexiko in vielen Ländern der Welt – so auch in Bonn in den *glücklichen Jahren der alten Bundesrepublik*.“ Das hat doch was! Ceterum censeo murum esse constructionem. (21.11.2016)

Wünsche für das nächste Jahr.

Erstens wünsche ich mir die Entmachtung der Gnome von Zürich. Zweitens wünsche ich mir, daß es 2017 ein Ende hat mit der „entgegengesetzt diametralen“ alternativlosen Unterstützung von Irgendetwas (das ist wie „verausgabte Briefmarken“), viertens würde ich mir wünschen, wenn auch Köpfe hinter einer klugen Zeitung (oder so) Zahlen richtig einzuordnen wissen (das gilt auch für Herrn L. aus Stuttgart!) und vor dem Tastendrücken nachdenken (mein Freund, der mir bei meinen Computerproblemen hilft, sagt immer: der Idiot sitzt vor der Tastatur). Dann wäre es auch schön (fünftens), wenn die Dänen Helgoland wieder übernehmen; das nämlich würde die hiesige Bauindustrie fördern, denn die Dänen würden dann vielleicht wie nach Fehmarn einen überflüssigen zementfressenden Tunnel bauen. Verstehen Sie nicht – diesen Wunsch? Abgesehen vom Tunnel: Schaut auf diesen Bahnhof (um Ernst Reuter für Cuxhaven abzuwandeln). Alternativ wünsche ich mir, Helgoland wieder mit Sansibar zu tauschen (da gibt es keine Bördeboote und es ist wärmer). Das sind meine Wünsche für 2017. Sie meinen, das sei Mitte November etwas vorzeitig? Nein, nicht so richtig. Denn, wer sich früh äußert, hat eine Chance, die Wünsche erfüllt zu bekommen. Deshalb jetzt und nicht später. Ich hoffe, damit alles gewünscht zu haben. Meine Tochter schrieb gestern: „mer schenke uns nichts“ – mit dem Nachsatz „nur für die Kinder“. Das ist auch ein Zeichen, daß ich älter werde; ist doch charmant, es so zu formulieren? (21.11.2016)

Faseln über die Ungefährlichen.

Erinnern Sie sich noch an Franz-Josef Strauß? Der war (für die Jüngeren unter meinen Lesern) u.a. Verteidigungsminister, als Plüsch (oder war er Plum?) tätig, CSU-Vorsitzender (die ganze Zeit über) und zum Schluß als bayerischer Mini-Präsident König in Bayern. Was wollt' ich sagen/schreiben? Man kommt ja schnell vom Hölzchen aufs Stöckchen. Ach so, ja, jetzt weiß ich wieder. Also dieser Mann warnte uns vor den Chinesen: ich kann mich noch daran erinnern, wie er von der Gelben Gefahr sprach: „Ich sage nur Kina, Kina“ sagte er (in Bayern wird das „ch“ anders anderswo auf dem Kontinent ausgesprochen). Heute könnte er „Kuka, Kuka“ sagen. Die Gelbe Gefahr (ich will sie nicht so nennen wie unser Kommissar) unterwandern uns, und wir sind auch noch stolz darauf, daß sie deutsche Industrieunternehmen übernehmen (kleines Wortspiel, haha) und die auf Weltstandard bringen (oder so). Ich darf daran erinnern: in Australien (das ist kurz vor Kina) werden Kamele gezüchtet (sic!), angeblich für den Wok. Aber wir Durchblicker wissen – nee, nee, da nich für –, sondern für die Eroberung Europas. Nostradamus in der „Fünften Centurie:“ „In Donau und Rhein wird zum Trinken kommen, das große Kamel“. Und Spengler hat's auch gesagt. Muß also stimmen? (19.11.2016)

Papa, der Nachbar hat gesagt,

„in dreißig Jahren wird Deutschland islamistisch sein. Stimmt das?“ „Also, der Nachbar soll mal das Minarett im Dorf lassen. Wir werden in Deutschland in 30 Jahren ganz sicher nicht Mohammedaner sein.“ „Der Nachbar hat aber gesagt, immer mehr Muslime wandern ein und die haben mehr Kinder und die haben wiederum mehr Kinder als die Biodeutschen und deshalb werden wir alle Mohammedaner werden müssen.“ „Der Nachbar sollte lieber mal nach Nebenan gucken. Da wohnen auch Einwanderer.“ „Wieso sind die Piotrowskis Einwanderer, die sprechen doch deutsch.“ „Weil sie aus Polen kommen; Deutsche heißen doch hinten nicht owskis oder so. Daa sollte mal der Nachbar einen Blick draufwerfen. Es sind ja nicht nur die Wölfe, die durch die Oder schwimmen.“ „Papa, schwimmen die Polen auch durch die Oder?“ „Nein, natürlich nicht, die fahren mit unseren Autos ganz legal mit den unversteuerten Zigaretten auf unseren Autobahnen über die Grenze. Und der Papst hat ja wohl im Blick auf die Polen gesagt: wie die Karnickel. In dreißig Jahren sind wir alle katholisch und zwar in der polnischen Variante.“ „Papa, ist das so schlimm wie Mohammedaner?“ (19.11.2016)

An den Feuern der Leyermark.

Carl Amery hat diese bayerisch geprägte Dystopie geschrieben. Dabei hätte er doch einen anderen Titel wählen müssen: es geht in dem Roman um die Leyermark, paßt aber auch für die Bayernmark (der Roman spielt südlich der Main-Linie). Hier findet durch die große christliche Partei CSU eine Politik statt, die darauf hinaus läuft, Bayern zu „entchristen“ (wir kennen den Ausdruck etwas abgewandelt in anderem Zusammenhang!). Zur Erinnerung: Christlich sein heißt u.a. Verantwortung für den Nächsten zu übernehmen (Stichwort: Bergpredigt) und nicht farbige katholische Priester aus dem Ort zu jagen. Und wenn ich mich recht erinnere: Jesus war doch auch nicht deutsch, nicht mal europäisch. Dieser Asiate (das soll keine Verunglimpfung sein, nur eine geographische Einordnung) sprach doch aramäisch, sprachlich nahe verwandt mit syrisch. Und dann sorgt die CSU sich um den bayerischen Horst, er werde unterwandert, weil ein paar (relativ) Aramäisch Sprechende kommen. Diese Bayern sind beeinflusst worden von den anderen deutschen Freistaatlern (Ceterum censeo murum esse constructionem). Die Christen der „Amtskirchen“ in Deutschland werden bekanntlich immer weniger (nicht nur wegen der Kirchensteuer), sondern auch, weil sogenannte christliche Parteien emsig daran arbeiten, das Land, unser Land, zu entchristen. Ist doch wahr? Sagen Sie nicht, soo hätten Sie es noch nicht gesehen. Sie wollten das so nicht sehen! (19.11.2016)

Der Zehnmillionste Gastarbeiter.

Da sagt doch diese Woche (Mitte November 2016), gestützt auf ein Gutachten, die Kanzlerin, daß Deutschland bis 2030 sechs Millionen Zuwanderer braucht, um den Stand der Bevölkerung und die Anzahl Arbeitnehmer für die Produktion zu halten. Das scheint mir doch eher ein Schlechtachten zu sein. Denn: Es wird geschätzt, daß die Digitalisierung 20 Prozent der Arbeitsplätze wegfallen läßt: das sind round about 8 Millionen Arbeitnehmer in Deutschland. Wozu benötigen wir dann 6 Millionen, die als Arbeitskräfte tätig werden? Ach, die Qualifikation der „aussortierten“ reicht nicht? Aber, die der neuen „Gastarbeiter“ erfüllt die Ansprüche? Haben wir schon einmal etwas über Qualifizierung vorhandener Arbeitnehmer gehört? Nein? Schade. Das wäre nämlich vermutlich billiger als 6 Millionen (nebst Familien) nach Deutschland zu holen. Woher auch? Es gibt nicht nur Blödmänner, Schwätzer, die irgendwelche Thesen nachplappern. Obwohl, sie es besser wissen oder wissen müßten und nur der gerade durchs Dorf getriebenen Sau nachlaufen. Ist doch wahr!? (17.11.2016)

Die schwäbische Hausfrau.

Ich bin, ich glaube, ich habe das schon einmal geschrieben, Anhänger der „Gnome von Zürich“. Die sind jetzt aber wegen der Fremdenfeindlichkeit in der Schweiz nach Brüssel umgezogen (wo es auch mehr Kinder!!! gibt). Berlin, wir Bankiers haben ein Problem. Wir können keine Boni ausschütten, weil wir nicht so viel Geld verdienen, um Aktionäre und bankinterne Spekulanten glücklich zu machen (die Aktionäre interessieren uns weniger!). Und dann sparen die Regierungen in der EU, vorneweg Deutschland, wie verrückt. Und machen weniger neue Schulden, als uns guttut. Deshalb ist es uns Gnomen jetzt nach großen Bemühungen gelungen, den EU-Wirtschaftskommissar Moscovici davon zu überzeugen, die Parole auszugeben: Schmeißt das Geld zum Fenster hinaus. Zweitens: was scheren uns die sich dadurch verschuldenden Staaten? Bis es anfängt, zu stinken, bin ich (Moscovici) weg und verzehre meine reichliche Pension in Südfrankreich. Der Kapitalismus – das müßte doch inzwischen jeder wissen – repariert sich nicht selbst. Oder doch? Doch: denn die Staatsregierungen sind ja Teil des Raubtierkapitalismus. Es ist wie bei James Dean: Denn sie wissen nicht was sie tun. Gesucht wird nun eine schäbige Hausfrau. (17.11.2016)

Neophyten an die Macht?

Ich will in diesem Blog keine Buchbesprechungen, doch – wer sagt denn, daß man bei seinen Vorsätzen bleiben muß? Deshalb empfehle ich Fred Pierce: „Die neuen Wilden“. Pierce schreibt hier über Neophyten und Zoophyten. Das sind Pflanzen, die an Orte eingeschleppt oder verbracht wurden, den sie vorher nicht besiedelt hatten. Glaubhaft weist Pierce nach, daß diese Neophyten fast nur an Plätzen siedeln, die vorher von der einheimischen Pflanzenwelt verlassen wurden. Das heißt, die Neophyten stoßen sie ein Lücke, die sie dann ausfüllen. Manchmal schädlich, manchmal nützlich (das gilt auch für die Zoophyten). Warum schreibe ich das? Weil wir dieses Besiedlungsprinzip „Wo nix is, wachs‘ ich mich an“ auf die Politik übertragen können. Weil es in Europa und anderswo nur noch darum geht, das Funktionieren „der Organisation“ aufrecht zu erhalten und die Regierenden nur auf die nächste Wahl schielen, konnten sich von der Nordspitze Norwegens bis nach Italien in Wahlen erfolgreiche Parteien etablieren, die sich von den gewohnten Parteien mit mit einem schlichteren Programm unterscheiden (was selbst ich verstehe). Wenn ich mir die Programme dieser „Populisten“ ansehe: erstens wollen die doch auch nur mal an den Trog (wo man als Kommissar im Privatflugzeug mit Putin-Freunden fliegen darf) und zweitens: Sie stoßen in eine Lücke, die die „Altparteien“ mangels einer plausiblen Erzählung und realistischen „Phantasie“ hinterlassen haben. Dennoch bleibe ich dabei: die AfD zählt hierbei zu den schädlichen Zoophyten, es sind Archäophyten, die lange, lange vor Columbus sich mittels Klettern an Lianen fortbewegten. Ich habe doch recht? (17.11.2016)

Präsident kann sie nicht.

Das ist wie „Rücken“. Wenn man den einmal hat, dann wird man ihn nie wieder los. Da kann man noch so viel über den Golfplatz laufen. So ist's mit der Auswahl von Präsidenten. Bei den letzten drei Präsidenten (Köhler, Wulff, Gauck) lief es nicht richtig rund und jetzt wieder. Ist wie Rücken. Und stellen Sie sich vor: Die CDU könnte mit einer Mehrheit bestimmen, wen sie wollte: Die Misère wäre ja nicht auszudenken. Wenn es für die CDU jetzt nicht noch schlimmer kommt: Europa-Schulz wird Außenminister, wird der beliebteste Minister (alle außer Westerwelle waren beliebt) und Kanzler-Kandidat mit Gewinn-Aussichten. Natürlich erst nach Merkel. Hätte ich dem Gabriel nicht zugetraut. Ist ja fast ein Cleverle. Nicht wahr? (15.11.2016)

Flexibilität des Arbeitsmarkts.

Da fordert der Finanzvorstand der Deutschen Bank, Marcus Schenck, das deutsche Arbeitsrecht müsse flexibler werden, wenn man die Londoner Bankräuber nach Frankfurt holen will. So weit kommt es noch! Weil Herr Schenck nicht weiß, was das deutsche Arbeitsrecht an soliden Schweinereien alles schon so erlaubt, schnitzen wir uns jetzt ein Arbeitsrecht nach Bancos Gnaden. Ich bin Rentner, aber ich sehe bei meinen Enkeln, was sich manche Arbeitgeber heute schon erlauben. Soll das noch schlimmer werden? (15.11.2016)

Wer zahlt die Strafe?

Da wird bekannt, daß die Krankenkassen bei der Abrechnung mit dem Gesundheitsfonds betrogen haben, in dem sie von den ihnen angeschlossenen Ärzten „schlimmere“ Krankheiten testieren ließen. Das ist nun, übrigens wie fast alle Betrügereien, bekanntgeworden (heute bleibt nix mehr für immer geheim, jedenfalls nicht solche Geschichten). Die AOK Rheinland muß jetzt einige Millionen zurückzahlen und außerdem 1,5 Millionen Euro Strafe zahlen. Für mich stellt sich das so dar: Die Rückzahlung ist ein entgangener Vorteil für die Versicherten, doch die Strafe zahlen die Versicherten auch mit ihren Beiträgen. Sie zahlen diese Strafe, weil die Verantwortlichen natürlich nicht zur Rechenschaft gezogen werden: sie werden weder zum Ersatz des vermeidbaren Aufwands herangezogen (die Aufsichtsbehörde versagt hier) noch werden sie wegen nachgewiesenen Betrügereien entlassen. Die Ärzte werden übrigens auch nicht bestraft. Das ist die Geschichte mit den Kleinen und den Großen und dem Galgen. Da fällt mir zusätzlich ein: Betrug ist Betrug ist Betrug. Und muß bestraft werden. Oder nicht? Was denken Sie? Da wundern sich die Berufspolitiker, warum die Leute von der Politik die Schnauze voll haben und Trump wählen. (13.11.2016)

Selbstfahrende Lkw.

Im vorigen Monat bin ich von der Nordseeküste nach Stuttgart gefahren. Mit dem Auto, weil ich zweimal in dazwischen liegenden „Kuhdörfern“ Halt machte und dort Verwandte besuchte. Mit dem Zug wäre das extrem „unhandlich“ gewesen. Auf der Hinfahrt, an einem normalen Werktag, litt ich wie jeder Pkw-Fahrer unter der Vielzahl der Lkw, die in meinen Augen „unberechenbar“ fuhren und mit ihren Überholmanövern (früher „Elefantenrennen“ genannt) die Autobahn verstopften. Da kommt die Idee mit den selbstfahrenden und „richtigen“ Abstand haltenden Lkw doch gerade recht, die ja auch ein bißchen länger sein können. Oder? Noch hat keiner „Straße 4.0“ genannt (kann ich schon nicht mehr hören, dieses 4.0). Selbstfahrende Lkw kommen natürlich nur, wenn man den Fahrer einspart. In den USA, hat jemand gerechnet, daß 1,5 Millionen Fahrer eingespart werden könnten. Die dann arbeitslos werden. Das betrifft uns Europäer aber nicht, bei uns sind's ja nur eine knappe Million. Tolle Idee. Man könnte natürlich sein Gehirnschmalz (und Entwicklungskosten) auch in eine Weiterentwicklung des Schienenverkehrs stecken. Erinnern Sie sich? 1985 übernahm Daimler unter Edzard Reuter die AEG, um einen „Integrierten Technologiekonzern“ zu schaffen, der Straße und Schiene vereinigte. Jürgen Schrempp, der alles besser wußte, drehte das Rad und eine mögliche Zukunft zurück. Na ja, der und das waren denn bald vorbei, aber unklug war die Idee nicht.

Nicht wahr? Dann könnte man die Strecke Nordsee–Stuttgart bequemer mit Tempomat schaffen. (13.11.2016)

Außer Radfahrer.

Ein Bekannter aus einem früheren Leben hatte fast alle Vorurteile dieser Welt in sein Weltbild aufgenommen. Er war gegen Juden, Frauen (außer in der Küche), Sozialdemokraten (wenn nicht tot), Betriebsräte und Gewerkschaften, Neger, Holländer, Engländer, Amerikaner und Schlitzaugen (Herr Oettinger übernehmen sie!). Muslims waren nicht in seiner Sicht – würden's aber heute sicher sein. Wie Türken und Ziegen (wenn mir dieser Hinweis erlaubt ist). Und gegen Radfahrer hatte er auch nichts. Man konnte nicht gegen Alles, und Gott und die Welt sein, und es schien mir eine gewisse Einsicht in die Realität zu sein. Aber: Wenn man als Autofahrer erlebt wie sich Radfahrer im heutigen Straßenverkehr verhalten, dann würde es immer noch nicht irgendwelche Vorurteile bestätigen. Heute würde es jegliches Urteil, das man sich denken kann, bestätigen. Oder? (6.11.2016)

Ist man berechtigt unzufrieden?

In der Schedelschen „Weltchronik“ von 1493 heißt es: „Germania ist ein edle gegent vornemlich da sie mit flussen befeuchtet wird, denn alda ist grosse und selige wolluestigkeit, gemassigter luft, fruchtpere felldug, wunnsame berg, dicke welde und allerley getrayds ueberflussigkeit.“ Gut, das ist eine Weile her. Warum sind die Menschen dennoch heute so verzweifelt, daß sie AfD wählen? Hängt das mit den dauernden Diskussionen zusammen, die die Rente im Jahr 2040 als unzureichend kennzeichnen? Weiß denn weder die Rechte noch die Linke, daß Prognosen schwierig sind, besonders wenn die die Zukunft betreffen? (3.11.2016)

Die Rente ist sicher.

Sie erinnern sich vielleicht noch? Bundesminister Norbert Blüm (CDU) plakatiert Mitte der 1990er Jahre, daß die Rente sicher ist. Was ist der Mann verlacht worden – insbesondere von den beamteten Wissenschaftlern. Obwohl oder weil er recht hat(te). Nun haben wir eine weitere Rentendiskussion. Auf keinen Fall, auf gar keinen Fall, darf die Beitragsbemessungsgrenze aufgehoben werden. Niemals darf das zugelassen werden. Und niemals darf der Beitragssatz auf über 22 Prozent steigen. Weil, da würde das Ende der Welt um einige Jahre vorgezogen werden. Und das wollen wir nicht. Zur Beitragsbemessungsgrenze sagt Frau Bundesministerin Nahles (SPD), daß eine Aufhebung auch Ansprüche auf eine entsprechend höhere Rente nach sich ziehen würde und damit kontraproduktiv ist. Da weiß jeder Schweizer Hoch- und Niedrigverdiener mehr als die Arbeits- und Sozialministerin: In der Schweiz gibt's nämlich keine Beitragsbemessungsgrenze, wohl aber ein gedeckelte Rente aus der Rentenkasse. Und das funktioniert. Wirklich. Aber nicht bei uns, bei uns nicht. Wo kämen wir denn dahin? Das Ende der Welt droht!! Zweitens: Als Moses vom Berg kam, schleppte der alte Mann zehn Tafeln (vielleicht auch nur neun) mit sich. Weitere Tafeln mit Gottes Geboten ließ er oben oder es gab keine weiteren Gesetze. In jedem Fall: eine Tafel, auf der steht, der Beitragssatz darf nie und nimmer mehr als 22 Prozent betragen, ist dem ums Goldene Kalb tanzenden Juden (und damit uns) nicht überliefert worden. Kennt Frau Nahles den genauen Wortlaut der „vergessenen“ Tafel mit dem Beitragssatz, will's uns aber nicht sagen? Seit dem Ende des Kaiserreichs gab es zwölf sozialdemokratische „Arbeitsminister“; Frau Nahles führt sich auf, als sei sie der „verborgene Imam“. (1.11.2016)

Sommerzeit. Winterzeit.

Das Argument, wenn man die Uhren zurückstellt (wie die Gartenmöbel in die Garage), würde man auch den Fortschritt zurückdrehen, ist – vorsichtig und höflich ausgedrückt – albern. Eine solche Behauptung kann nur in Asien entstehen und publiziert werden. Richtig ist aber, daß es eine Idee sein muß, die nur beim Pfälzer Wein in Oggersheim entstanden ist, auch wenn man die Schuld auf „Brüssel“ schiebt. Das war billigste Anbiederei an die Großbritannienier, die diesen Zeitenwechsel schon hatten und mit ihrer Krämerseele wahrscheinlich behaupteten, das sei Marktwirtschaft und damit könne man Geld sparen. Lustig ist, daß in Engländer weiterhin eine andere Uhrzeit (nicht nur Uhrzeit, Pardon) gilt als auf dem Kontinent. Auf den britischen Inseln – und das ist der entscheidende Unterschied zum Rest Europas – gibt es mehr Schafe. Was meinen Sie, wenn der Brexit kommt, wird dann auch die Sommerzeit-Winterzeit wieder abgeschafft, oder werden wir weiterhin schikaniert? Und was ist, wenn Schottland sich abspaltet und in der EU bleibt? (31.10.2016)

Lehrer werden.

Kürzlich sprach ich mit einer jungen Dame, die auf meine Frage, was sie denn studieren wolle, sagte: Lehrer wolle sie werden – Grundschullehrer. Rückfrage von mir: „Grundschullehrer?“ Am Gymnasium würde sie doch ein höheres Gehalt bekommen – vielleicht sogar eher oder überhaupt verbeamtet werden. Ja, ist wohl so, aber – sagte sie – sie erlebe gerade das Verhalten mit zwei pubertierenden Brüdern („jeder von ihnen zickt mehr als ich und meine Freundinnen gemeinsam geschafft haben“) – und das wolle sie sich nicht antun. Grundschule heißt Kinder bis etwa zehn Lebensjahre, pflegleicht und lernbegierig. Gymnasium oder Mittelschule heißt p(r)ickelnde Knaben und zickende Mädchen. Nein, danke. Ich finde, das überzeugt. Oder? (31.10.2016)

Was für eine Aufregung. Damals.

Wir Älteren können uns sicherlich noch daran erinnern, daß Anfang der 1970er Jahre alle „Kommunisten“ aus dem Staatsdienst entfernt wurden, weil sie man ihnen unterstellte, nicht stets die FDGO verteidigen zu wollen. Das berüchtigste Beispiel jener Jahre war der Lokomotivführer, von dem man glaubte, daß er bei Ausbruch der alsbald zu erwartenden Revolution alle Halte-Signale überfahren würde und direkt ins Bundeskanzleramt rasen und dabei die Brandy-Vorräte zerstören würde. Es war falsch und völlig überzogen, aber es war in sich stimmig: Wer den Staat Bundesrepublik ablehnte, der sollte nicht gleichzeitig von diesem die Kohle beziehen. Nun kommen meine Fragen: Die sog. Reichsbürger lehnen die Bundesrepublik, ggf. sogar mit Waffengewalt, ab (im Gegensatz zu den 1972er, die den Staat im Rahmen des GG nur „sozialistischer“ machen wollten) und dürfen trotzdem in Staatsdiensten bleiben. In Sachsen, das ist das Bundesland, das von Herrn Tillich (CDU) regiert wird, dürfen die Reichsbürger sich sogar und ungestraft eine Uniform schneiden und damit „Streifen fahren“. Verstehen Sie das? Ich nicht. Ist der Staat immer noch so einäugig? (23.10.2016)

Die Steuerpopelisten melden sich.

Wir bekommen wieder eine Steuerdiskussion – angezettelt von allen Populisten dieses Landes. Wieder wird gelogen oder mit Halbwahrheiten operiert, daß die Steuererklärung knistert. Als ein Nachbar vor mehreren Jahren behauptete, er müsse über 50 Prozent Steuern zahlen, habe ich angefangen, meine Steuererklärung zu prüfen. Klar war, der Nachbar behauptet etwas ohne Sinn und Verstand, denn wenn der Spitzensteuersatz nur 42 + 3 Prozent ausmacht, kann nicht das gesamte Einkommen mit „über 50 Prozent Steuern“ belastet werden. Nicht einmal bei Spitzenverdienern, schon gar nicht bei „Normalverdienern“ im Öffentlichen Dienst. Ich nahm mir also den Einkommensteuerbescheid vor und addierte alle tatsächlichen Brutto-Einnahmen lt. Bescheid (die Summe stimmte mit meiner früher gemachten eigenen Errechnung überein, und ich bin steuerehrlich!) und dann dazu die vom Finanzamt geforderte Steuer in Prozenten ausgerechnet. Ich bin auf weniger als siebeneinhalb Prozent Steuern auf alles gekommen. Wegen der Freibeträge, der zulässigen Abzüge (Spenden, Krankenkasse, Dienstleistungen usw. und der Splitting-Tabelle). Ich glaube, daß ich für diese wenigen Prozente eine ganze Menge zurückbekomme (und nicht zu vergessen: ich bin der Staat, jedenfalls ein Teil davon). Haben Sie schon mal eine solche Rechnung gemacht? Denke ich falsch? Habe ich etwas übersehen bei meiner Überlegung? (22.10.2016)

Darwin oder Lamarck-Lyssenko.

Zuweilen glaube ich, daß der französische Botaniker und Zoologe Jean-Baptiste Chevalier de Lamarck mit seiner Evolutionstheorie doch recht haben könnte. Kurz: Lamarck behauptete, daß erlernte Fertigkeiten und Fähigkeiten vererbbar seien. Also: Lesenkönnen wird vererbt. Auch der russische Agrarwissenschaftler Trofim Lyssenko, von Stalin gefördert, meinte, daß die Eigenschaften von Kulturpflanzen und anderen Organismen nicht durch Gene, sondern durch Umweltbedingungen bestimmt würden. Wie komme ich darauf? Auf viele Bewohner der südöstlichen Gebiete der Zone (Sie gestatten, daß ich diesen – doch weithin eingebürgerten – Begriff verwende) treffen die Theorien von Lamarck und Lyssenko zu. Da nach übereinstimmender Erkenntnis der meisten Wirtschaftswissenschaftler in vielen Betrieben der DDR nicht richtig gearbeitet wurde (ich lasse mal die völlig idiotische Planungswirtschaft als Ursache außen vor), haben die davon betroffenen und bevorzugten Bürger eine Eigenschaft für ein dauerhaftes arbeitsloses Einkommen erworben. Diese vererbbare und in der zweiten Generation vererbte Eigenschaft wird auch als Hartz-4-Gen bezeichnet und befindet sich auf einem noch nicht identifizierten Chromosomenpaar. Wollen Sie es suchen? Ein kleiner Hinweis, falls Sie es suchen: Es befindet sich unter der haarlosen Kopfhaut von Pegida-Anhängern aber auch bei Reichsbürgern, die sich nicht entblöden, von der von ihnen nicht anerkannten Bundesrepublik Einkommen zu beziehen. Ich bin da konsequenter: Ich akzeptiere (na ja nicht ganz) Deutschland wie es ist und nehme ohne jede Schuldgefühl meine Rente entgegen. (21.10.2016)

Sachsen: Freistaat: Rechts-frei-staat.

Wenn ich die dortige Politik beobachte und sehe, daß dort niemand die politische Verantwortung für Fehlverhalten – von mir aus auch fehlerhaftes Verhalten – übernimmt, dann wird schon ein wenig schlecht; Moral (in Sachsen) ist, wenn man sich wegduckt. Naja, zugegeben: wenn die sächsische CDU einen von den drei Affen auf offener Bühne nachspielt, dann ist das auch eine moralische Haltung (aber die muß man ja im Westen der Republik nicht goutieren). Ich will deshalb meine Forderung erneuern: Ich bin für eine Bundesrepublik in den Grenzen von 1987. Ceterum censeo murum esse constructionem. Da meine dort wohnenden Verwandten alle Rentner sind, könnten diese ja „nach hüben“ machen. Und die Alt-Kader der KPD „nach drüben“. Da wären einige Probleme gelöst, gell? (20.10.2016)

Tokio 2020 Olympische Spiele.

Wenn die laufende Olympiade vorbei ist, wird Tokio die Olympischen Spiele ausrichten. Den Zuschlag dieses Spektakels erhielt Tokio, weil die dortige Gouverneurin versprach: kurze Wege und keine Geldverschwendung. Jetzt ist sie zu Hause zurück und stellt fest: statt rund 6 Milliarden Dollar sollen die Späbtage für die Altherren-Riege (waren ja alles mal Turner oder so) nun das Vierfache kosten. Da wird Herr Bach fechten müssen (im Sinne von Betteln); das andere kann er ja. Ich habe einen schlichten Vorschlag (Pu der Bär): Tokio hat nun den Zuschlag erhalten – also machen wir die Spüle dort: pacta sunt servanda (was übrigens für beide Seiten gelten sollte). Und danach werden die Treffen der „Jugend der Welt“ immer in derselben Stadt veranstaltet. Da bietet sich Athen an (die Griechen könnten ein wenig Aufmunterung gebrauchen und die Historie und so weiter), aber von mir aus auch in Posemuckel oder wo der Kondor fliegt, das Känguruh hüpfet oder der Panda am Bambusschößling knabbert. Das geht mir so den Selbigen runter – das können Sie sich gar nie nicht vorstellen. Ich gehe da eh nicht hin. Würden Sie meine Idee unterstützen? (20.10.2016)

Der Gestank ist nicht mehr auszuhalten.

Sachsen. Ich habe kürzlich erfahren, daß die Sachsen sich mit der einen Hand die Nase zuhalten (wegen des braunen Gestanks) und mit der anderen Hand einen in Deutschland nicht mehr so verpönten Gruß absondern. Im Zweifelsfall muß man bei Kritik nur erklären: Ich meinte doch nur: „So nicht“. Dann kann man sich weiterhin die Nase zuhalten und mit der anderen Hand die Demokratie abwehren. Ich will hier auch mal sehr gemein sein: Der sächsische Ministerpräsident kommt aus einer Volksgruppe, die nach 1937 von den Nazis unterdrückt wurde; die Bezeichnung „Bio-Deutsch“ kam erst später auf, aber die Sorben sind nicht das, was NPD und AfD und Pegida und ähnliche Gruppierungen als solche bezeichnen würden. Auch in der DDR wurden die Sorben kontrolliert. Da muß sich Tillich wahrscheinlich gesagt haben, nur nicht auffallen, denn wenn's nicht gegen die Ausländer geht, gehen die Rechten gegen die Sorben vor. Irgendjemand muß ja Schuld haben an der Globalisierung und an der Arbeitslosigkeit. Noch eine gemein-gehässige Bemerkung gefällig? Es trifft für die „Zipfelstädte“ zu, was Stefan Heym einmal sinngemäß schrieb: „Immer sind die [klugen] Weiber weg.“ (20.10.2016)

Von dieser Frau kann man lernen.

Michelle Obama hat bei einer Wahlkampfveranstaltung der Demokraten in New Hampshire eine bemerkenswerte Rede über die frauenfeindlichen Äußerungen des Donald Trump gehalten. Dieser Teil der Rede ist im Internet veröffentlicht worden und wird hier im Anschluß an die Blog-Beiträge wiedergegeben. Die Rede wurde auch im ZDF am 14. Oktober 2016 gezeigt. Von dieser Frau kann man etwas lernen. Wenn man sich die Reden der AfD-Politiker zu Ausländer anhört/anliest, dann liegen diese auf dem Niveau von Trump. Oder etwa nicht? (15.10.2016)

Das ist straffreier Betrug. Oder?

Das höre ich vom Chef der Techniker Krankenkasse, daß Ärzte von den Krankenkassen aufgefordert worden seien, die Krankheits-Diagnose ihrer Patienten nachträglich und ohne deren Wissen zu fälschen. Damit, so die Techniker-Krankenkasse, Gelder aus einem Strukturfonds fließen; das ist – vermutlich – linke Tasche, rechte Tasche, und führt nur zu höheren Beiträgen (durch die Versicherten). Die ja sowieso nicht damit umgehen könnten, wenn sie erführen, was der Arzt für sie abrechnet. Wenn ein Arzt, warum auch immer, die von ihm festgestellte Diagnose verfälscht, dann ist das Betrug. Warum, so frage ich mich, wird diesen Ärzten nicht die kassenärztliche Zulassung entzogen? Warum, zweite Frage, wird den Patienten nicht mitgeteilt, was ihr Arzt (des Vertrauens) tatsächlich abrechnet. In einem ersten Schritt, könnte man doch die zur Abrechnung bei der viel zu großen Anzahl kassenärztlicher Vereinigungen vorgelegte Dienstleistung dem Patienten geben. Wäre doch auch schon was. Oder? (15.10.2016)

Entschuldigung. Sorry. Pardon.

Als Calvin und seine Anhänger und Nachfolger Stadt und Kirche in Genf beherrschten, wurde man, wenn man auffällig (zu viel) Alkohol trank, seine Frau verprügelte, den Nachbarn beleidigte, Ehebruch trieb oder sonst irgendwie fehlte, vor das Konsistorium geladen, mußte sich erklären, mußte sich entschuldigen, wurde vielleicht eine bestimmte Zeit vom Abendmahl ausgeschlossen (was in dieser fernsehlosen Zeit eine empfindliche Strafe war), aber dann – danach war alles wieder gut und man war wieder ein unbescholtener Bürger. Diese Zeit ist an sich vorbei – dachte ich (Pu der Bär mit dem geringen Verstand)! Donald Trump muß glauben, so funktioniert das Leben der Rechtgläubigen immer noch. Anders ist es nicht zu erklären, daß er heute beleidigt und sich morgen entschuldigt – und alles ist wieder gut. Denkbar, daß es in den USA tatsächlich noch so funktioniert. Auch noch in Deutschland „benehmen“ (merkwürdiger Begriff) sich einige/viele Leute daneben. Sagen vielleicht „Pardon“ (meines es nicht so) und das war’s dann. Rücktritte vom Amt gibt es auch nicht mehr. Was soll ich davon halten? (9.10.2016)

Das Rentensystem kann nicht mehr funktionieren.

Nur die Antworten sind falsch. Vor vielen Jahren hat mir auf eine Anfrage meinerseits die BfA geantwortet, daß ein sog. Eckrentner nach etwa 10 Jahren seine Renteneinzahlungen zurück erhalten hat. Also: Für diesen Eckrentner werden 40 Jahre Einzahlungen getätigt, und nach 10 Jahren hat er sein Geld (unverzinst) zurück. „Dummerweise“ lebt der heutige Rentner aber länger als 10 Jahre als Rentner. Im Klartext: Das System kann nicht mehr funktionieren (1957 hat’s funktioniert: da ging der Eckrentner mit 65 Jahren und war mit spätestens 75 Jahren tot.) Es wird auch nicht funktionieren, wenn das Rentenbeginnalter auf 69 angehoben wird, weil die Lebenserwartung in Richtung „85“ geht und damit zwar (theoretisch) weitere 4 Beitragsjahre hinzukommen, aber die Rentenzeit um mehr als 4 Jahre steigt. Müßte man unter diesen Umständen nicht völlig neudenken? Und zweitens: Müßte man nicht endlich den „Großen Wurf“ (ich höre immer nur vom „Großen Wuff“) wagen, und den Bürgern nicht dauernd einreden, daß sie der Zukunft nicht „tristes et consternés“ zusehen müßten? Ist ja nur eine Frage! (8.10.2016)

Nichts ist beständiger als der Wandel.

Wer sich noch an Unterricht in der Schule im Fach „Geschichte“ erinnert (er muß älter als 60 Jahre sein, denn heute heißt es ja irgendwie beliebig und wechselt auch), der wird sich auch daran erinnern, daß in den USA die „Republikanische Partei“ während der Lincoln-Zeit einmals die progressivere war. Die „Demokraten“ waren bis weit in die 1930er Jahre ein mehr oder weniger korrupter „Haufen“ (Stichwort Daley in Chicago und „Tammany Hall“ in New York). Heute erscheinen die Demokraten fortschrittlicher als die von der Tea Party-Bewegung unterwanderten Republikaner. Warum schreibe ich darüber? Wir blicken in unsere deutsche Geschichte. Bewegen sich die beiden großen „Volksparteien“ SPD und Union aufeinander zu, kreuzen sich irgendwann alsbald und „tauschen“ ihren heute jeweils noch erkennbaren Status konservativ-rückwärtsgewandt (Sumpfhühner) und fortschrittlich (Schlauberger)? (8.10.2016)

Nun folgen Taten.

Norbert Lammert am 3. Oktober 2016: „Wer das Abendland verteidigen will, muß den Mindestansprüchen unserer Zivilisation genügen.“

Nun, Herr Tillich, folgen Taten? (4.10.2016)

Demographie und Fachkräftemangel.

Die üblichen Verdächtigen beklagen den zu erwartenden Fachkräftemangel. Ihre wie so häufig einfache Antwort heißt: Wir müssen die Fachkräfte importieren, einwandern lassen. Also, ich weiß nicht (Pu der Bär). Wenn wir ausländische Arbeitnehmer anwerben wollen, dann müßte doch als erstes die Fremdenfeindlichkeit massiv gestoppt werden. Würden Sie in ein Land gehen, in dem Sie um Leib und Seele fürchten müßten? Na, ehrliche Antwort. Zweitens: Wenn Gelder bereitgestellt werden, um Fremdsprachigen erstens die deutsche Hochsprache (ehedem sächsisch) beizubringen und außerdem die deutsche Arbeitsmoral (gemessen an der Fehlzeitenquote) und zudem eine qualifizierte Ausbildung (durchs Duale System) beizubringen, dann könnte man doch auch den Versuch machen, den bereits hier wohnenden und angeblich nicht ausbildungswilligen und -fähigen Menschen eine Ausbildung zu vermitteln. Oder nicht? Vielleicht müßte man dazu Kindergartenbesuch kostenlos und verpflichtend machen, vielleicht müßte man dazu (auch in Vorpommern, Ostbrandenburg und in Sachsen-Ost) „Lehrwerkstätten“ einrichten, die nach dem „regulären“ Schulbesuch „verpflichtend“ sind. Ich meine damit, daß man konkrete und handfeste und erfahrbare Anreize schaffen muß, unausgebildete Menschen zu motivieren. Ich meine damit, daß man keine Katze hinterm Ofen vorlocken kann, wenn man ihr sagt, daß sie später eine höhere Rente bekommt (die im übrigen unsicher ist, wie immer von beamteten Wissenschaftlern und gutversorgten Bundestagsabgeordneten gesagt wird; dazu werde ich mich später einmal äußern.) Wie wär es mit einem Versuch, „Neues Denken“ © ins Land zu bringen? (4.10.2016)

Laßt sie nicht vom „Haken“.

Wir haben ja nun in Niedersachsen und anderswo kommunale Gremien gewählt, in denen „Politik“ für die Gemeinde diskutiert, beschlossen und gemacht werden soll. Unter den Gewählten (bitte nicht: Volksvertreter) sind ja leider, leider auch Leute, die in der Gemeinde wohnen, sich aber mehr für Dinge einsetzen, die in der Kommune überhaupt nicht entschieden werden dürfen. Wenn also die AfD fordert, allüberall die Scharia an die Stelle des Grundgesetzes zu setzen (oder umgekehrt?), dann sollten diese Leute befragt werden, was denn in der Scharia steht. Nicht abwimmeln lassen wie es üblicherweise ein Journalist im deutschen Fernsehen praktiziert, sondern nachfragen, nachfragen, nachfragen, nachfragen. Konkret: wenn darüber diskutiert wird, ob auf der Bahnhofstraße (ein fiktives Beispiel!) ein Zebrastreifen angebracht (schwarz-weiß) werden soll, dann frage man den AfD-Vertreter, ob das schon die Einführung der Scharia sein könnte, denn im Grundgesetz steht ja die Zebrastreifenregelung nicht, muß also eine Vorschrift aus dem Koran sein. Diese Leute sind ja in den Gemeinderat gekommen mit dem Hinweis auf die Nichteinführung der Scharia, also: nachfragen. Wenn ich so etwas empfehle, dann habe ich natürlich schon daran gedacht, daß eine solche Frage mit einer Gegenfrage beantwortet werden könnte (aber, keine Angst, dazu sind die zu doof). Ich meine damit: Darf man Herrn Söder fragen, was er denn von Artikel 16a Grundgesetz hält? Oder – noch ‘ne dummerhafte Frage: darf man den Vorsitzenden einer sogenannten christlichen Partei fragen, was er denn vom 6. Gebot hält? Die Antworten fallen wahrscheinlich – siehe Titel – in die Rubrik Anglerlatein. Und noch ein Ratschlag an Vertreter anderer Parteien: führt Listen, wann AfD-Vertreter an Sitzungen teilnehmen (ob überhaupt) und ob sie an Erörterungen zu Sachfragen teilnehmen. Das ist kein Mobbing – oder doch? (3.10.2016)

Grün und Links entblöden sich.

Ja, ich weiß: das ist heftig. Starker Toback, Zur Sache: Aufgrund der Niedrigzins-Politik und der demographischen Entwicklung (das sagen wir aber nicht) müssen, werden die Beiträge zur privaten Krankenversicherung steigen. Um geschätzte 11 Prozent (siehe meine Meinung über die Zukunft!). Was hat die sog. LINKE dazu als Antwort: Bürgerversicherung. Was haben die GRÜNEN als Antwort: Bürgerversicherung. Was sagt der angeblich gesunde Menschenverstand (diese Bezeichnung paßt doch gerade hierher!): Da haben die privatversicherten Bürger dieses Landes jahrzehntelang Beiträge zur PKV im Vergleich mit der gesetzlichen Krankenversicherung gespart, und jetzt wo es eng wird und auch teurer als die gesetzliche Krankenversicherung, sozialisieren wir die evtl. Kostensteigerungen. Auch der linksgrüne Trick mit der Bürgerversicherung ist doch auch nur Sozialismus pur zu Lasten der (relativ) Geringverdiener und der Arbeiter, die als unmündige Bürger nie die Chance hatten, 30 und mehr Jahre lang Beiträge zu sparen. Denn so sicher wie die Steuererklärung auf dem Bierdeckel kommt, so sicher kommt die Bürgerversicherung. Herr Lauterbach hat's schon immer gewußt. (30.9.2016)

Wasserkocher bei den Banken.

Erinnern Sie sich noch an einen der größten „Wasserkocher“ aller Zeiten: An Josef Ackermann. Nicht mehr so richtig? Na, das war doch der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, dem die halbe Welt und auch die politisch Mächtigen als großen „Zampano“ (lesen Sie bei wikipedia nach!) hofierte. Dieser Herr Ackermann war noch pikiert, daß er nicht nach seinem Ausscheiden aus der Bank Aufsichtsratsvorsitzender derselbigen wurde. Nun ist er (fast) vergessen, muß den Haufen, den er hinterlassen hat, nicht einmal zusammenkehren. Das müssen jetzt andere machen. Und ich befürchte, der „andere“ ist der deutsche Steuerzahler (mal abgesehen von den steuerlichen Folgen bei Verlusten eines Unternehmens). Noch ein Wasserkocher gefällig? Jürgen Schrempp. Vergessen? Stichwort Daimler und Chrysler. Hochzeit im Himmel und auf den Autobahnen. Shareholder value war sein Mantra (siehe auch wikipedia). Hielt sich nicht einmal an die Regel, daß man seinen Vorgänger nicht schlecht reden soll. Und wenn, dann sollte man schon besser sein. (30.9.2016)

Nicht die Politik schafft Deutschland ab.

It's a medical product, stupid. Ob Schmerzmittel, Betablocker oder Cholesterinsenker, ob Antibiotika oder Antidepressiva immer häufiger erscheinen die Medikamente in nennenswerten Konzentrationen in der Umwelt. Die Stoffe gelangen auf natürlichem Ausscheidungswege ins Abwasser, kommen ins Grundwasser und gefährden die Gesundheit. Schon heute erreichen Pillenrückstände in manchen Gewässern ähnlich hohe Konzentrationen wie Pestizide. Darunter sind auch synthetische Hormone, denen der Poseidon-Bericht eine „extrem hohe biologische Wirksamkeit“ bescheinigt. Zum Beispiel EE2, der Wirkstoff von Antibabypillen. Fachleute zerbrechen sich nun die Köpfe, ob auch Phänomene wie der Rückgang der Spermienanzahl etwas mit der Allgegenwart von Hormonen zu tun haben könnten. Diese Frage nach möglichen Risiken und Nebenwirkungen von pharmazeutischen Substanzen im Trinkwasser kann nur der Ökologe beantworten – nicht der Arzt oder Apotheker. Darüber sollte mal die AfD nachdenken. (30.9.2016)

Nun wissen wir es ganz genau.

Da wird jetzt eine Hochrechnung über Rentenbeiträge und Rentenhöhe für das Jahr 2045 durchs Dorf gejagt. Und erwartungsgemäß wurde errechnet, daß der Beitragssatz ins Unermeßliche steigt. Prognosen sind ja so zutreffend, besonders wenn sie die Zukunft betreffen. Da wird uns im Zusammenhang mit den „Wir-schaffen-das-Flüchtlingen“ gesagt, daß diese der deutschen Wirtschaft einen „Großen Sprung nach vorn“ (Mao Zedong läßt grüßen) verschaffen werden und durch die reiche Kinderzahl die Rentenlast und -belastung auf mehr Schultern verteilt werde. (Deshalb soll ja jetzt auch das vierte und fünfte Kind bei der Rentenberechnung mit einem Zuschlag versehen werden: Herr Seehofer ist ein immer wieder erfreuendes Beispiel für Dummerhaftigkeit). Die „Mehr-Schultern-Theorie“ ist so glaubwürdig wie Adenauers Aussage über die Rente (1957): Kinder kriegen die Leute immer. (Ja, da hatte er recht, aber die sog. Reproduktionsrate, liebe Rentenrechner, die reicht heute nimmer mehr). Was will ich hiermit sagen? Das Lesen aus dem Kaffeersatz (wenn er denn aus biologisch angebauten Kaffeebohnen entstanden ist) ist prognosesicherer – oder nicht, wenn’s um das Jahr 2045 geht? Ich habe heute gerade eine Tabelle gesehen über die BIP-Prognosen der sog. Wirtschaftsweisen und die tatsächlichen BIP-Zahlen: Kann man sich dieses Geld nicht sparen. Stimmt doch sowieso nicht. (29.9.2016)

Schuldenmacher. ligitt.

Da wird der deutschen Regierung von Herrn Draghi als Vertreter der EZB und von einigen EU-Ländern vorgeworfen, daß sie keine Schulden mache. Weil doch nur so die europäische Wirtschaft vorankäme. Weiß der Pleitegeier: ich verstehe das nicht. Oder deutlicher: Andere EU-Länder wirtschaften nicht gut genug, und als Ausgleich soll die Bundesrepublik Schulden machen. Nun habe ich früher gelernt, daß Schulden bedeuten, daß man später wegen Tilgung und Zinsen weniger investieren kann, es sei denn, man macht neue Schulden. Ich finde es genial, wie die Lobbyisten europäischer Banken versuchen, Geld zu verdienen, und zwar dadurch, daß sie Geld an die Staaten verleihen. Zugegeben, das ist ihr Job, aber muß der denn auf Kosten deutscher Steuerzahler erfolgen? War Mario Draghi in einem früheren Leben nicht Managing Director bei der amerikanischen Bank Goldman Sachs? Bei bestimmten Themen merke ich, daß ich viele Jahre nach der Beendigung meines werktätigen Lebens immer noch beeinflusst bin von meinem früheren Arbeitgeber. Und das ist bei Draghi anders? (28.9.2016)

Australien. Deportation.

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts deportierte Großbritannien straffällig gewordene Landsleute nach Australien. Normale Auswanderer nach Australien, die der heimischen Not entkommen wollten, konkurrierten mit den zur Deportation Verurteilten um die stets zu wenigen Schiffsplätze. Nun komme ich zur DDR (wie ich immer noch denke). Die Ostbeauftragte der Bundesregierung, Iris Gleicke (Abgeordnete aus Meiningen, Thüringen!), **legte** am 21. September 2016 ihren regelmäßigen Bericht über die Lage in der Zone (ich denke immer noch so) vor. Darin weist sie u.a. daraufhin, daß im Beitrittsgebiet (worauf ich immer noch gern verweise) die Wirtschaftskraft immer noch hinter der Bundesrepublik hinkt. Ich habe Anfang der 1990er Jahre einen Vortrag gehört über die versprochenen „blühenden Landschaften“. Der Vortragende zeigte anhand von Daten der damaligen Wirtschaftskraft, daß die Unterschiede zwischen Westdeutschland und Dunkeldeutschland (ist doch ein schöner Begriff, den ich gern hin und wieder verwende), so gewaltig seien, daß selbst unter optimistischen Annahmen eine Gleichstellung nicht erreicht werden könne. Was die vergangenen 25 Jahren bewiesen. Die Ostbeauftragte erklärt, es gäbe mehrere Ursachen – eine davon sei die Fremdenfeindlichkeit. Jetzt mein Kommentar: Solange in bestimmten Kreisen von Verwaltung und Polizei toleriert wird, daß sich rechtsradikales Gedankengut und Rechtsradikale auf der Straße austoben können, so lange wird’s mitnichten mit der Ansiedlung weiterer Unternehmen (was auch Frau Gleicke meint).

Ich habe das Gefühl, daß einige der sich dort nach der Wende angesiedelten Unternehmen bzw. deren Geschäftsführungen nicht deutlich und laut genug gegen die Fremdenfeindlichkeit aussprechen. Wie schnell würde die Landesregierung ihre beschwichtigende und damit rechtsfördernde Larifari-Politik ändern, wenn zum Beispiel die Bosse von Porsche oder AMD Saxony oder Rotkäppchen laut und deutlich erklären würden, daß sie keinen Cent mehr in Sachsen investieren würden, wenn der rechte Spuk (der Begriff ist auch eine Verharmlosung und erinnert an hohle Kürbisköpfe) nicht unverzüglich und energisch bekämpft werden würde. Ja, wenn die Unternehmen darüber sogar nachdenken würden, Produktion abzuziehen. Im Nachgang zur letzten „Störung des öffentlichen Friedens“ der Rechten in Bautzen (das hört da nicht auf) gab es eine im Fernsehen gezeigte Pressekonferenz mit dem Polizeidirektor. Süffisant grinsend verwies dieser Herr darauf, daß sich die rechten Prügler vorher alkoholisiert hätten: was bei mir gerade und auch bei seinem Gesichtsausdruck den Eindruck erweckte, als sähe der Herr Polizeidirektor die Angriffe auf die Flüchtlinge als „Kleine-Jungen-Streiche“. In der Kurzform: Wer säuft darf auch Farbige prügeln! Das ist es, was ich meine, wenn ich behaupte, daß Polizei und Landesregierung die rechte Krawallszene unterstützt. Schade, schade, daß wir diese Typen wegen des Brexits nicht mehr nach Australien schicken können – aber wir könnten sie ja nach Polen exportieren (Frau Tatjana Festerling soll ja dort wohnen). Ich fordere: Keine Industrieansiedlung mehr in die ostdeutschen Länder! Kein Hartz-IV für Ostdeutsche. Sollen die Leute doch im rechten und von ihnen akzeptierten und begrüßten Sumpf untergehen. Und die qualifizierten Bürger sind in Westdeutschland herzlich willkommen. Na ja, ist ein wenig kraß, was ich hier fordere. Aber ist es wirklich so falsch? (22.9.2016)

Genmais und Monsanto.

Da hat sich aber die Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröder von Der Linken auf einen Vergleich eingelassen, der einen weiteren Vergleich provoziert. Frau Bulling-Schröder stellt in ihrem im Netz verbreiteten Redebeitrag im Bundestag einen historischen Zusammenhang zwischen Bayer und der früheren IG Farben her, der als Vorgängerkonzern der Bayer AG (was auch schon so nicht richtig ist) Erfahrung in der „Einteilung in richtiges und falsches Leben“ habe. Damit spielt die Abgeordnete vermutlich auf die Herstellung von Zyklon B durch die IG Farben an. Im Zusammenhang mit Monsanto ist das ein ganz und gar unpassender Vergleich (es ist eine Verniedlichung der KZ-Morde). Jetzt vergleiche ich einmal: Bekanntlich ist die Partei Die Linke direkte Nachfolgerin des Spartakusbundes, aus dem die Kommunistische Partei Deutschlands entstand, aus der dann die SED wurde, dann die PDS und dann die jetzige Partei. Bekanntlich war die KPD in den 1920er Jahren am Gängelband der Stalin-Partei in der Sowjetunion. Deshalb – jetzt kommt mein bössartiger Vergleich – ist die heutige Linke-Partei auch verantwortlich für den Stalin-Hitler-Pakt, das Massaker von Katyn in Polen und das gesamte GULAG-System. Frau Bulling-Schröder: Würden Sie diesem Vergleich zustimmen? Im übrigen: Wer das hier liest, kann sich auch die Rede von Frau Eva Bulling-Schröder im Netz aufrufen und durchlesen. Das ist partieller Unsinn, den ich von einer Bundestagsabgeordneten nicht erwartet hätte. Und sachlich falsch ist er auch in großen Teilen. Da paßt Fontane: „Gott, wie ist die Gegend heruntergekommen!“ (20.9.2016)

Stimmenverluste. Stimmengewinne.

Seit die V-Männer aus der NPD abgezogen werden mußten, verliert die NPD bei jeder Wahl gegenüber einer vorhergehenden Wahl an Stimmen. Ist das so zu interpretieren, daß die NPD nur durch die staatlich bezahlten V-Männer finanziert und am Leben gehalten wurde? Also, ich gestehe, irgendwie bin ich beunruhigt, weiß ich doch nicht, ob die Wahlerfolge der AfD neben den von der offiziellen Politik vergrätzten Wählern auch auf V-Männer des Verfassungsschutzes zurückzuführen sind. Irgendwo müssen doch die V-Männer geblieben sein! Sind meine Besorgnisse so falsch? Sind hier wieder die Gnome aus Pullach am Werk? (20.9.2016)

Assimilation oder Integration.

Man wird ja langsam irre, wenn man die Diskussion über Migranten verfolgt. Deshalb habe ich jetzt einmal nachgeschlagen bei wikipedia. Üblicherweise wird mit der **Assimilation** von Einwanderern die Annahme der Sprache (bei gleichzeitiger Aufgabe ihrer eigenen) und der Gewohnheiten und Bräuche ihres Aufnahmelandes verbunden. Der Prozeß der **Integration** von Menschen mit einem Migrationshintergrund besteht aus Annäherung, gegenseitiger Auseinandersetzung, Kommunikation, Finden von Gemeinsamkeiten, Feststellen von Unterschieden und der Übernahme gemeinschaftlicher Verantwortung zwischen Zugewanderten und der anwesenden Mehrheitsbevölkerung. Im Gegensatz zur Assimilation (völlige Anpassung), verlangt Integration nicht die Aufgabe der eigenen kulturellen Identität. Ich habe übrigens ein gutes Beispiel für gelungene Einwanderung: Als nach der Reichsgründung 1871 Arbeitskräfte gesucht wurden, kamen aus Polen die Kachmarczyks und Piotrowskis und Kawenskis und Jakubowskis ins Ruhrgebiet. Sie fanden eine andere als die gewohnte Kultur vor (mit Ausnahme der katholischen Kirche) – schon die zweite Generation hatte ihr Polen vergessen, und die dritte war „deutsch“. Nur ihr Familienname erinnert noch an die Herkunft. War das nun Integration oder Assimilierung? Auf jeden Fall: gelungen. Übrigens: Gegen die Einwanderung der Hugenotten und der Exulanten waren wir seinerzeit auch. Es gibt nichts Neues auf der Welt. Jetzt kommt wieder mein mir eigenes typisch-übliches Unverständnis. Was wollen „wir“, die deutsche indigene Bevölkerung, denn eigentlich? Wollen wir, daß die neuen Migranten assimiliert oder integriert werden? Ich habe das Gefühl, daß (zumindest bei den Anhänger der CSU) Assimilation ohne Wenn und Aber erwartet wird. Also: Minirock statt Schleier, Bikini statt Burkini, Schweinefleisch statt Hammel, Currywurst statt Döner. Ja, natürlich soll es auch dabei bleiben, daß die indigene Bevölkerung weiterhin von den schweren und gesundheitsgefährdenden Arbeiten befreit ist. Und es wäre auch nicht schlecht, wenn die Migranten vor Empfang der ersten Rentenzahlung auf Nimmerwiedersehen verschwänden. So stellen wir uns die (befristete) Assimilierung vor. Wird nicht klappen. Dabei: Anderes Thema, aber es paßt hierzu. Nach meiner Einschätzung (Pu der Bär muß wieder einmal herhalten) will die derzeitige polnische Regierung keine Integration in die Gemeinschaft der anderen EU-Staaten – mit Ausnahme des „cash flow“ durch Deutschland. Warum fordern wir Polen nicht auf, ihren Austritt aus der EU zu erklären. Weg mit Schaden. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Auf das Problem mit unseren Autos hatte ich schon früher einmal hingewiesen.

Wer zum Schaitan kauft das Öl?

Bekanntlich finanzieren sich die Verbrecher, die sich als IS gerieren, auch mit dem Ölverkauf. Den verkaufen sie unter Weltmarktpreisen, und es gibt andere Verbrecher, die dieses Öl kaufen. Wo landet denn dieses Öl? In unseren westeuropäischen Tanks? Wenn die Gegner des IS wirklich wollten, könnten sie diese Ölverkäufe stoppen: jedes Öl hat eine ganz bestimmte Spezifikation, mit der man das Bohrloch identifizieren kann. Aber, das wollen wir nicht. Wer zum Schaitan handelt mit dem Öl, das die im Irak hausenden Verbrecher fördern lassen? (18.9.2016)

Einmal will ich auch was zur Burka sagen.

Bekanntlich sind im Lande Brandenburg die ehemaligen LPG privatisiert. Was geblieben ist, sind die riesigen Felder. Wenn diese vom Mais befreit sind (gibt es auch noch andere Getreidesorten?), dann pfeift der Wind übers Gelände und wirbelt den Staub hoch. Und wie die Tuaregs müßte man das Gesicht verhüllen. Als die Araber noch nicht in Hochhäusern lebten, sondern in Zelten, ist vermutlich aus sehr pragmatischen Gründen der Schleier „erfunden“ worden. Doch benötigt außerhalb Brandenburgs in Deutschland Schleier und Burka? (18.9.2016)

Fusion von Bayer und Monsanto.

Gegen die Übernahme des Saatgutherstellers Monsanto durch die Bayer AG wird protestiert, weil die US-Firma Monsanto, von den Gegnern „Monsatan“ geschimpft, wahrlich einen schlechten Ruf hat. Als Stichworte nenne ich hier Glyphosat, Verwendung von Gentechnik, Agent Orange, das Rinderwachstumshormon Posilac oder die Verdrängung von Wettbewerbern. Ich verstehe die Proteste gegen Monsanto: „Mon\$anto is making us \$ick“. Was ich nicht verstehe (Pu der Bär), ist der Protest gegen den Zusammenschluß. Monsanto ist keine Firma, auf die man jederzeit stolz sein könnte. Wenn also die Bayer AG nicht mit Monsanto zusammengeht, dann ist alles gut? Dann verschwindet Glyphosat (um nur ein Beispiel zu nennen) ersatzlos? Dann wird kein Grundwasser mehr verseucht? Dann macht keiner mehr mit der Gen-Technik rum? Sehr komisch. Verstehen Sie die Proteste gegen den Zusammenschluß? Hätte man es lieber umgekehrt – Monsanto übernimmt Bayer? (17.9.2016)

CETA und TTIP.

Da wundert sich vielleicht der SPD-Vorsitzende, daß sein Verein die SPD gar nicht so will wie er das will. Heute habe ich meinen Versther-Tag. Da schreibt der Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums Matthias Machnig (auch SPD), daß die Bundesregierung darauf geachtet habe, bei CETA „ihren vollständigen Spielraum“ zu behalten für die Gestaltung, Organisation und Regulierung von Bildung, Sozialem, Umwelt und einigen weiteren Bereichen. Das ist genau der Punkt, der mich beunruhigt: der „vollständige Spielraum“. Was ist denn das? Wer hat den definiert? Glaubt Machnig und sein Minister und die SPD, wir „normalen Bürger“ würden sowieso in einem Defizientenhaus sitzen und nichts merken? Übrigens: das betrifft nur das Abkommen mit Kanada, nicht mit den USA. Beim TTIP bleibe ich uneingeschränkt dagegen, solange auf regionaler Grundlage keine wirtschaftliche Gleichrangigkeit zwischen EU und USA herrscht. Und wenn ich lese: in 10 Jahren würden die Bürger in Europa etwas mehr als 500 Euro mehr in der Tasche haben, dann frage ich mich, ob die Politiker und sogenannte Wirtschaftsfachleute wie Herr Wissmann wirklich glauben, wir sitzen in einem Defizientenhaus? Das ist beleidigend. (17.9.2016)

Das Geld ist nicht weg.

Bekanntlich haben einige (alle?) Banken in der Vergangenheit (nur in der Vergangenheit?) ein paar Geschäfte gemacht, die ein Geschmäcke haben. Ich denke hierbei insbesondere an die Häusle-Derivate und an die Cu,-Ex-Geschäfte. Bei den Derivaten entstanden den Käufern dieser Papiere zum Teil erhebliche Verluste, die mehr als einen Käufer mit Oma ihr klein Häuschen in den Bankrott trieben. Das Geld des betuchten Normalbürgers ist aber nicht weg. Es ist nur woanders. Frage: wer hat's? Was sagt denn der lange Jahre hochgelobte Herr Ackermann dazu? Ein Kollege hat mir einmal in einem ganz anderen Zusammenhang über einen gemeinsamen Bekannten und Kollegen gesagt, der koche auch nur mit Wasser. Wohl wahr, der war auch nur ein „Wasserkocher“, hochgeschätzt, aber auch nur „Wasserkocher“. (17.9.2016)

Es gibt auch Montags-Artikel.

In der FAZ vom 12. September 2016 wird unter der Überschrift „Ein Etikett für die AfD“ über eine Umfrage über einige politisch-soziale Einstellungen/Meinungen von Wählern berichtet; der Artikel ist von Daniel Deckers geschrieben. In der Umfrage wird u.a. die Einstellung zur nachfolgenden „Feststellung“ abgefragt: „Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“ Deckers liefert ein Glanzstück deutschen Journalismus zur Einstellung der verschiedenen Wählergruppen ab: „Ganz oder teilweise stimmten 37 Prozent der AfD-Wähler dieser Aussage zu, unter den Unionswählern immerhin 28 Prozent. Nicht einmal jeder zweite AfD-Sympathisant lehnte diese Aussage rundweg ab. Wähler der Grünen und der FDP taten dies zu jeweils 90 Prozent, bei den Volksparteien CDU/CSU und SPD waren es jeweils rund ein Drittel.“ Haben Sie's verstanden – wer wie was meint? Ich war wie Pu der Bär und habe mir deshalb eine Tabelle gemacht:

Wähler der ...	stimme der Aussage zu	stimme der Aussage nicht zu
AfD	37 Prozent	weniger als 50 Prozent
CDU/CSU	28 Prozent	rund 33 Prozent
FDP		fast 90 Prozent
Grüne		fast 90 Prozent
SPD		rund 33 Prozent

Was ist mit den restlichen Prozenten? Müßten Prozentsätze nicht immer 100 oder so ungefähr ergeben? Heißt das, daß zwei Drittel der SPD-Anhänger der Aussage zustimmen (und diese Peinlichkeit verschweigen wir lieber) und jeweils 10 Prozent der FDP- und Grünen-Sympathisanten? (16.9.2016)

Weg mit der Winterzeit.

Ich hätte nie und nimmer gedacht, daß ich dem türkischen Präsidenten und seiner Regierung einmal zustimmen würde. Doch es muß sein. Man möge mir verzeihen. In der Türkei wurde festgelegt, sich von dem in meinen Augen (und wohl noch viel, viel mehr) unsinnigen Sommer-Winterzeit-Wechsel zu verabschieden. In der Türkei bleibt es jetzt bei der Sommerzeit. Denn, unter dem jetzigen Regime geht es immer nur vorwärts, und das Zurückstellen der Uhren würde dem widersprechen. Bravo, gut gemacht. Das erinnert mich ein wenig an Ceauscescu Thermometer-Politik: Da wurden die Temperaturmesser so verfälscht, daß immer eine höhere Temperatur angezeigt wurde als sie tatsächlich war. Dieser Diktator verschwand irgendwann von der Bildfläche. Jetzt darf man in Rumänien frieren, wenn's kalt ist. Und in der Türkei eine Stunde (einmalig!) länger schlafen. Gelobt sei der Effendi. Liege ich so falsch mit meiner Meinung? Übrigens: wer hat uns diesen Wechsel der Stunden eingebrockt? Wem ist es zu verdanken, daß die Kühe unzufrieden sind? Richtig! Ja, der war's und die Liberalen machten den Unsinn mit. (16.9.2016)

Der Terrorismus-Experte.

Ich bin versucht, dem Vorschlag der CSU zu folgen, ARD und ZDF zusammenzulegen. Nicht, daß das Geld sparen würde. Alle Positionen in einem vereinigten Fernsehsender würden doch erhalten bleiben. Denn seit wann sind im öffentlichen Dienst Beschäftigte entlassen worden: wir würden über Jahrzehnte Doppelbesetzungen bezahlen. Und wenn sich herausstellen würde, daß irgendeine Position beim ZDF höher bezahlt wird als bei der ARD, dann würde, dann müßte, eine Angleichung erfolgen (natürlich nach oben). Warum bin ich dennoch für eine Zusammenlegung? Na, wegen des Terrorismus-Experten. Immer, wenn irgendwo eine Bombe hochgeht, kommt beim ZDF der Terrorismus-Experte zu Wort. In Person des Elmar Theveßen. Der sich als Zwerg Allwissend gebärdet. „Danke, Elmar, daß Sie uns aufgeklärt haben“. Bei einer Zusammenlegung von ARD und ZDF müßte er sich entscheiden zwischen dem Job als stellvertretender Chefredakteur des ZDF und dem eines Experten für Terrorismus. Vermute ich richtig, daß der Terrorismus-Experte schlechter bezahlt wird und auch weniger Einfluß hat, halbgare Geschichten zu verbreiten? Im übrigen eine Schlußbemerkung; Können Sie sich daran erinnern, wie „der Professor aus Heidelberg“ (Kirchhoff) ein Steuerkonzept vorlegte, das wirklich eine Vereinfachung war? Nur, haha, er hat nicht mit solchem und diesem Widerstand gerechnet. Da hat sich doch die SPD auf die Seite der Steuerberater geworfen, denn die wären (fast) alle arbeitslos geworden. Und deshalb hatte Kirchhoffs Vorschlag nie ein echte Chance. Obwohl die Idee immer noch gut ist. (16.9.2016)

Eine (vorläufig letzte) Bemerkung zur rechten Parolen.

Man hat durch gentechnische Analysen festgestellt, daß in allen Menschen etwa zwei bis drei Prozent Gene enthalten sind, die direkt vom Homo neanderthalensis stammen. Oh, Pardon, ein Formulierungsfehler meinerseits: nicht alle Menschen, die heutigen Afrikaner haben keine Gene vom Neandertaler. Deshalb lehnen wir die Afrikaner entschieden und strikt ab, stammen ja nicht aus dem Tal der Düssel. Es bleibt für mich noch eine Frage offen: Stimmt es wirklich, daß alle „Europäer“ nur zwei bis drei Prozent Gene der Neandertaler haben? Kann es sein, daß einige Deutsche mehr, deutlich mehr, als drei Prozent Gene aus dem Neandertal haben? Ich will wirklich nicht auch noch Vorteile absondern, aber schauen Sie einmal genau hin, wenn die Rechte demonstriert. (16.9.2016)

Nach jüngsten Schätzungen ...

gibt es nach einer Meldung von AFP/dpa auf der Erde „1864 erwachsene Pandabären“; mit Nachwuchs wird die Zahl auf 2060 geschätzt. Das ist doch mal eine präzise Schätzung. Wie sind wir da durchs Bambus geschlichen, haben jeden abgebrochenen Zweig gezählt, jeden Fußtritt ausgemessen, jeden Pandakackehaufen untersucht ... und sind so auf die Schätzung von „1864“ gekommen. Soll uns mal jemand nachmachen. So etwas können nur Chinesen! Nicht „1860“ (was auch komisch wäre), nicht „etwas mehr als ...“ oder „zwischen x und y“ – nein, präzise „1864“ sind geschätzt worden. Die Qualität der Journaille ist um 3,141593 Prozent gesunken. Von wo nach wo? Wieviel Stück sind das? Qualität oder Quantität? Noch ein Beispiel? In Berlin ist eine 57jährige Nachhilfelehrerin angeklagt, weil sie ihre Kinder „nur in seltenen Fällen geschlagen“ habe. Angeklagt wird sie, weil sie in „2300“ Fällen mit Fleischklopfer u.ä. zugeschlagen habe. Vor dem Landgericht wies die Mutter „1500“ Taten zurück. Wahrscheinlich energisch – so wie es wohl ihre Art war. Es geht hier nicht um die Pandabären also solche oder um die schlagfertige Mutter: es geht darum, daß immer wieder und in allen möglichen Zusammenhängen Zahlen genannt werden, die in sich unsinnig sind. Ist das Irreführung der Behörden, nein, pardon – der Leser und Konsumenten? (6.9.2016)

Wir spalten uns.

In Baden-Württemberg hat sich die AfD-Fraktion im Landtag geteilt und bildet nunmehr zwei Fraktionen. Das heißt u.a. doppeltes Geld für die Führung. Die anderen Parteien wundern sich. Da kann man nix mache. Wie geht es jetzt weiter? Na logo. Auch in anderen Landtagen werden Parteien zum Mittel der Fraktionsvermehrung greifen. Müßten ja blöd sein, wenn sie es nicht täten. Irgendwann wird – vielleicht sogar in Baden-Württemberg – wird das „untersagt“. Aber erst mit Wirkung ab der nächsten Legislaturperiode. Das oder ein Gericht – „Letzte Instanz“ ist nicht nur ein Lokal gegenüber dem Hamburger Amtsgericht – wird in etwa achteinhalb Jahren entscheiden, daß das „jetzt“ nicht mehr änderbar ist. „Jetzt“ ist es „althergebrachtes“ Beamtentum oder „Abgeordnetentum“. Jetzt, so wird es heißen, ist diese Alimentierungsart nicht mehr änderbar, sondern würde gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen. Wetten Sie dagegen? Hat nicht schon Götz Aly darauf hingewiesen, wie „die Rechten“ sich schamlos bereichern? (6.9.2016)

Prognosen sind schwierig, besonders ...

wenn sie die Zukunft betreffen. Wohl war. Da meint Gabriel Felbermayr vom Münchner IFO-Institut, daß durch TTIP bis zu 2 Millionen neue Arbeitsplätze, davon 1 Million in Europa, entstehen würden. Natürlich kann man, jedenfalls, wenn man seriös bleiben will, nicht exakt sagen, was die Zukunft bringt. Es wirft sich eine Frage auf: Sind das in Europa 1 Million zusätzliche Arbeitsplätze oder sind es 1 Million Arbeitsplätze als Ersatz für vorhanden? Felbermayr bestreitet nicht, daß TTIP Arbeitsplätze kosten wird; dumm gelaufen für die Leute, die davon betroffen sind (darunter merkwürdigerweise kein Professor!). Auch der Zeitraum, in dem diese 1 Million Arbeitsplätze entstehen werden, wird leider von dem Münchner Professor nicht genannt. Wir haben von den vielen Wirtschaftswissenschaftlern aus verschiedenen Forschungsinstituten in der Vergangenheit soviel Prognosen gehört, die nicht eingetroffen sind ... warum sollte also diese Zukunftsperspektive zutreffen? Warum gerade diese? (4.9.2016)

Apple. Steuerzahlung. Söder.

Ich denke, daß der Taoiseach, der Häuptling auf der grünen Insel, vermutlich wie ein deutscher Bundeskanzler bei der Vereidigung schwören muß, daß er nur Gutes tun will für Land und Leute. Wenn er also jetzt die Steuermilliarden von Apple ablehnt, dann muß er sicherlich seine Verpflichtung aus dem Eid ganz schön biegen. Die Dummen sind die „normalen“ Iren, jedenfalls die, die bei der letzter Wirtschaftskrise Hab und Gut verloren. Wenn der Häuptling meint, man solle die Saatkartoffeln, womit er den faulenden Apfel von Apple meint, nicht essen, dann erinnert er an die Hungersnot 1848 bis 1852, die mit 1 Million Tote und 2 Millionen Auswanderer so schlimm war, weil damals auch eine fremde Macht sie im Stich ließ. Ich kenne die Verfassung von Bayern nicht, doch wenn der bayerische Finanzminister Söder meint, er würde auf die Apple-Steuern verzichten, dann disqualifiziert er sich abermals, dann zeigt er gleichzeitig die Richtigkeit des Peter-Prinzips. Ich hätt‘ ja nie gedacht, daß ich dem derzeitigen bayerischen Stammesführer empfehlen muß, sich erst später um seine Eisenbahn zu kümmern. (4.9.2016)

Winnie-the-Pooh.

Pu der Bär ist die Hauptfigur in einem Buch von Alan Alexander Milne; es ist ein Bär „von sehr geringem Verstand“. Das Buch ist bis heute international sehr erfolgreich, zog umfangreiche Folge-literatur nach sich und diente als Anregung für Lebensratgeber aller Art. Im Vorstand der AfD sind keine Bären „von sehr geringem Verstand“, sondern Populisten, die sehr geschickt mit den Ängsten der Menschen umgehen. Pfui Deibel. Hätten wir da nicht lieber einen Pu, der den einen oder anderen Fehler macht? (2.9.2016)

Verbot der Fuchsjagd und anderes.

In Großbritannien gibt es bei der ersten Zusammenkunft der Unterhaus-Abgeordneten nach einer Wahl den lobenswerten Brauch, daß die Neulinge einen Wunsch äußern dürfen, der dann von der Partei- und Fraktionsführung vorrangig verfolgt werden soll. Nicht, daß das auch realisiert wird oder wurde. So ist über Jahrzehnte hinweg von tierschützenden britischen Parlamentariern gewünscht worden, die Fuchsjagden gesetzlich zu verbieten (was erst 2005 halbherzig durch die Regierung von Tony Blair erfolgte) – nicht daß durch diesen „Hunting Act“ die Fuchshetze beendet wurde (es gibt keine Kläger). Mir geht es hier nicht um die Fuchsjagd, sondern um die Idee, daß frischgewählte Gemeinderäte in ihrer Fraktion Wünsche äußern dürfen und sollen, deren Realisierung die Fraktion dann verfolgt. Ist doch ein Brauch, den wir von den Britanniern übernehmen sollten? Am 11. September haben wir in Niedersachsen Gemeinderatswahlen. Da wäre es doch eine Möglichkeit der neugewählten Volksvertreter, sich zu wünschen, daß die Fuchsjagd verboten wird? (2.9.2016)

Supertrump ist leider nicht Supertramp.

Supertramp ist eine britische Pop- und Rock-Band, die in den 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre ihre größten Erfolge hatte (siehe wikipedia). Der typische „Super-Trump-Sound“ definiert sich durch das dissonante Spiel auf den Vorurteilen der Bevölkerung und durch den sich abwechselnden Stil der beiden Köpfe der Gruppierung – Frauke Petry mit dem Verständnis für waffentragende Deutsche und Jörg Meuthen, der gegen die grün-rot versiffte Stimme ankämpft. Bei allen Erklärungen sind sie abwechselnd zu hören, häufig unterstützt durch den Thüringer Björn „Brauner“ Hocke und der Brandenburger Altstimme Alexander Gauland. Auch wenn es unterschiedliche Komponisten gibt, orchestrieren sie doch gemeinsam die Verleumdungen anderer Deutscher. „Supertrump“ hat seine Deutschland-Tournee leider noch nicht beendet – aber man darf ja noch hoffen. (1.9.2016)

Dummschwätzer.

Im Wahlkampf kommen vielfach die schlechtesten Eigenschaften der Politiker hervor. Im hiesigen Wahlkampf stellt ein führender Wahlkämpfer einer Partei fest, daß in der Stadt 200 Millionen Umsatzsteuer verdient werden, die an den Bund gingen. Der Unterton: Wenn das hierbliebe, würde die Stadt endgültig saniert sein. Gute Idee? Schlechte Idee? Denken wir die Forderung doch zu Ende: Die Umsatzsteuer geht nicht vollständig an den Bund, sondern wird teilweise an die Länder und Kommunen zurückgegeben (52 % an den Bund, 45,5 an die Länder, 2 % an die Gemeinden). Es handelt sich also nicht um 200 Millionen, sondern nur um rund 100 Millionen (und woher kennt dieser Wahlkämpfer den Betrag?) Wenn alles in der Stadt bleibt, dann ist es natürlich logisch, daß auch Zahlungen von Bund und Land Niedersachsen – gleich welcher Art – entfallen. Die in der Stadt liegenden Bundesstraßen muß dann die Stadt bezahlen, der Hafen gehört dann nimmermehr dem Land, die Bundes- und Landesbehörden verlegen ihren Dienstsitz, um das Kindergeld soll sich doch die Stadt selbst mit einer Familienkasse kümmern, Arbeitslosengeld wird nur noch in Höhe der hier erzielten Abgabe gezahlt. Für die Tourismusbranche brechen goldene Zeiten an, denn selbstverständlich wird die Umsatzsteuer für diese Unternehmen sofort (mindestens) halbiert (man denke an die Hotelsteuer der FDP), denn die fehlende Ganzjahressonne muß man ja durch höhere Gewinne ausgeglichen werden. Wie gesagt: Dummschwätzer aller Parteien vereinigt euch. Besser wäre es natürlich, wenn die verschwänden. Oder nicht? (1.9.2016)

Sage niemand, er hätte es nicht gewußt.

Heute in der Stadt wieder Plakate der AfD gesehen. Die Bezeichnung „Alternative“ stimmt, doch müßte es heißen „gegen Deutschland“. Auf dem Plakat waren die Abkürzungen der im Bundestag vertretenen Partei aufgeführt, und die waren durch einen Überdruck durchgestrichen. Zusätzlich war zu lesen: „müssen weg“. Ja, ich fürchte, so würde es kommen, wenn diese sich als Partei gerierende Sammelsuriumtruppe jemals an entscheidende Stelle käme. Ich kenne einige der hiesigen Parteimitglieder; diese erinnern mich ein wenig an den Film mit James Dean: „Denn sie wissen nicht was sie tun“. Sage niemand, das Bundesverfassungsgericht würde verhindern können, daß die anderen Parteien verschwinden. Das ist – wie es früher hieß – Schmutz und Schund. Was wäre denn, wenn diese Sumpftruppe das Wahlgesetz ändert und wie in anderen Ländern ein Mindestwahlergebnis von – sagen wir 10 Prozent – festlegt? Wo blieben dann Linke, Grüne, FDP, CSU und SPD? Und das alles europaweit, wenn man an etliche andere EU-Länder denkt: „Meckerer aller Länder vereinigt euch“. Wenn die demokratisch Gesinnten nicht aufpassen, dann geht's bergab – in den Sumpf der Pöbler. (31.8.2016)

Mein Gott, Walter.

In Niedersachsen ist Kommunalwahlkrampf. Plakate hängen an den Laternenmasten. Ça ira. Auf einem Plakat lese ich: „Scharia statt Grundgesetz“. Welchem Dödel von der AfD muß erklärt werden, daß es bei einem Kommunalwahlkampf und in einer Kommune nicht um die Einführung der Scharia in den hiesigen Kuhdörfern geht? Es geht um Zebrastreifen und Wassergebühren. Es geht um Straßenbau und Wochenmarkt. Gesetze werden anderswo gemacht. Dödel Du. Aber mit diesen Plakaten unterstellen die Wahlwerber der AfD den Wählern noch mehr Unkenntnis des deutschen Rechtsgefüges als ihnen selbst zugebilligt werden darf. Die sind auf dem gleichen Niveau wie Pu der Bär. (29.8.2016)

Tarzan beim Wagenrennen in Rom.

Manche Filme werden Blockbuster, manche Filme bringen nicht einmal ihr Geld ein. Manche Filmbewertungen verstehe ich überhaupt nicht. So soll „Citizen Kane“ mit Orson Welles der beste Film aller Zeiten sein (ich vermute, daß die Kritiker die Rätselauflösung von „Rosebud“ nicht mehr gesehen haben). Dabei ist doch „Odyssee 2001“ viel, viel besser (ich bin Sci-Fi-Anhänger). Dann gibt es noch einige Filme, die insgesamt nicht so berauschend sind, aber in denen einzelnen Szenen sich einprägen wie der rollende Kinderwagen auf den Treppenstufen oder die Schüler auf den Tischen, die ihren gefeuerten Lehrer mit Walt Whitman ehren. In diesem Sommer läuft „The Legend of Tarzan“ an; in der Sonntagszeitung lese ich, daß vermutet wird, dieser Film würde sein Geld nicht einspielen. Um an den gestrigen Eintrag anzuknüpfen: wenn Tarzan ein Afrikaner wäre (was ja sowieso logischer wäre als der verlorene Sohn von Lord Greystoke), der die blonde Jane aus den Fängen osmanischer Sklavenhändler raubt (ich Tarzan Du Jane), dann, ja dann würde jeder Tarzan-Film ein Erfolg (nicht bei AfD-Anhängern, aber sonst schon). In der Sonntagszeitung wird auch auf „Ben-Hur“ nach dem Schinken von Lew Wallace verwiesen. Der Held des Films war ja zeitweise Galeerensklave, und im Film blickt man anlässlich einer Seeschlacht auf die Ruderer dieser Galeere. Dabei sollte man nicht vergessen: erstens lebte man als Galeerensklave nur selten länger als ein halbes Jahr im Amt (die Arbeit am Ruder war Schwerstarbeit) und zweitens waren die Galeerensklaven immer, immer angekettet (Die Frage „Effendi, kann ich mal auf Toilette gehen?“ wurde nie mit „evet“ beantwortet). (28.8.2016)

Schaut auf diese Plakate.

Wir hatten hier neulich ein Strandfest, und ich aß an einem Stehtisch meine Curry-Wurst mit fritten rot-weiß. Am selben Stand unterhielten sich zwei Männer. „Die rauben uns die blonden Frauen und besten Fußball spielen die auch.“ „Na ja“ sagt der Gesprächspartner, „die Afrikaner nehmen auch die dunkelhaarigen und in der Bundesliga spielen ja auch noch andere wie zum Beispiel Polen.“ „Ja, aber die blonde Olympia-Königin ist jetzt auch weggedrückt worden durch eine, die ein ganz anderes Ansehen hat.“ „Ist ja kein Wunder, daß so viel Afrikaner nach Deutschland kommen: wenn die vom Zebrastreifen hören, glauben die doch, sie sind in ihrer Pampas.“ „Entschuldige: Pampas ist doch in Argentinien. Zu den Ochsen will doch keiner hin.“ „Jetzt bei den Kommunalwahlen werde ich die Rote Karte gegen die hervorholen, die dies alles verursacht haben. Dann werden die schwarz-weißen Zebrastreifen aber blau-braun gestrichen. Nix mehr mit Pampas. Guck Dich doch ‘mal um, nur noch Döner-Buden, keine deutsche Curry-Wurst weit und breit.“ „Ja, aber das hat doch ganz andere Gründe: Das war doch Hillu, die ihrem Gerd die Currywurst verboten hatte, und deshalb ging der dann immer zum Dönerstand. Was sollte denn der arme Kerl machen, wenn er nicht immer Grünzeug essen wollte?“ „Kann ja alles sein. Ich wähle diesmal die Partei, die in unserem Gemeinderat für Putin, gegen den Euro, gegen Brüssel, gegen die Altparteien, gegen die Asylpolitik, gegen die Einwanderer, gegen Frauenfußball und gegen alles stimmen wird. Weil sowas vor Ort entschieden wird. Oder nicht? Und die für die blau-schwarzen Straßenquerungen ist. Dann kommen auch keine Flüchtlinge mehr.“ Ein wenig schlecht wurde mir schon, wenn man soviel Dummheit zur Currywurst hört. Schaut auf die plakatierten Forderungen der AfD. Aber nur, falls und wenn ihr noch lachen könnt. Und dabei nie vergessen: Es war der ehemalige BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel und der Professor für Makroökonomie Bernd Lucke, die diese Partei gründeten und die Körner für die Entwicklung dieser Partei säten – so wie diese Partei jetzt ist, ist sie nicht unerwartet vom Himmel gefallen. (27.8.2016)

Polen ist kein ehrenwertes EU-Mitglied.

In Polen wird man bestraft, wenn man das Konzentrationslager Auschwitz als polnisches Lager bezeichnet. Richtig ist, daß dieses Verbrechenszentrum in Polen liegt und von Deutschen in einer ehemaligen polnischen Kaserne seinen Ausgang nahm. Es war nie ein polnisches Lager im Sinne von „von Polen errichtet oder betrieben“. Punktum. Es würde nicht schaden (ganz im Gegenteil), wenn in Polen seitens der jetzigen und zukünftigen Regierung zugestanden werden würde, daß Jedwabne in Polen lag und liegt und dort im Juli 1941 die polnischen Dorfbewohner katholischen Glaubens die polnischen Dorfbewohner jüdischen Glaubens, also ihre Nachbarn, in eine Scheune trieben und diese dann in Brand gesteckt wurde. Auch wäre es sicherlich hilfreich für die Beziehungen von Polen zu anderen Ländern und Menschen, wenn über das Pogrom im polnischen Kielce 1946 nicht behauptet werden würde, man wisse nicht, wer die Täter waren. Ein guter, geschweige kluger Umgang mit der eigenen Geschichte ist das seitens der polnischen Regierung nicht. Ich denke, daß auch das zu einem Rechtsstaat gehört. Aber gilt die Bezeichnung Rechtsstaat als Bezeichnung eines Staates, in dem das Recht beachtet wird, für Polen noch? Ist das nicht eher ein Staat, der die Bezeichnung Rechtsradikalstaat verdient? Darf ich noch einmal auf die Möglichkeit des Poles hinweisen? (

Echo des Urknalls.

Wer im Ruhrgebiet als Auswärtiger schon einmal genächtigt hat, wird dort eine Art Grundrauschen gehört haben. Die Vielzahl der Autobahnen und ähnlicher Straßen ergibt ein dumpfes dunkles Geräusch, daß Tag und Nacht nicht endet. Es ist wie ein Echo des Urknalls – immer da. Es wird wohl von der indigenen Bevölkerung nicht mehr registriert. Das ist verständlich – man würde ja sonst irre werden. Das Wohlbefinden wird vermutlich trotzdem beeinträchtigt. Ein ähnliches Grundrauschen geht im Moment durch die Republik: Insbesondere die Lindner-Partei ist wie Nessie im Sommerloch aufgetaucht und fordert Steuerermäßigung: die Ein-Punkt-Partei kehrt wieder. 30 Milliarden stehen im Raum. Ich will die Argumente für oder dagegen nicht aufführen. Ich habe nur eine Frage: Wäre es nicht ganz toll, wenn der „Staat“ vulgo Bundesregierung – also wir Bürger – die Steuerüberschüsse zur Schuldentilgung nutzen würde? Damit wir später Leistungen ohne neue Schuldenaufnahmen bezahlen können? Zugegeben: Schuldentilgung bedeutet, daß der „Staat“ seine Kredite mindert, an denen Banken verdienen. Das ist mißlich. Für die Boni in den Banken. (25.8.2016)

Kein Kommentar.

Ich lebe mit meiner Frau allein in einer Wohnung. Heute morgen sagt sie zu mir: „Männer sind eigenartige Wesen. Die passen überhaupt nicht zu uns.“ Wer ist „zu uns“? (24.8.2016)

Letzte Bemerkung zu Olympia.

Mit (falschem) Stolz berichten die öffentlich-rechtlichen Sender ARD und ZDF, daß rund 54 Millionen Zuschauer mindestens einmal eine ihrer Olympiasendungen eingeschaltet hätten. 2,9 Millionen Zuschauer hätten durchschnittlich die Live-Berichte gesehen; das waren weniger als bei Olympia in London (was auch – fairerweise hier erwähnt – an den Übertragungszeiten liegen kann). Die Senderverantwortlichen verweisen darauf, daß die Durchschnitts-Zahl auch dadurch zustande gekommen ist, weil die Fußball-Nationalteams Zuschauer angezogen hätten und – man staune – die Beachvolleyball-Kämpfe; das Finale beim Beachvolley hätten 8,25 Millionen Zuschauer gesehen. Verschwiegen wird hierbei, daß das Finale überhaupt nicht vollständig gezeigt wurde. Die Übertragung wurde nämlich unterbrochen, um die Siegerehrung des fabelhaften Fabian zu zeigen. Selbst im sog. Livestream im Internet wurde das Finale von ZDF/ARD nicht vollständig gezeigt. Und mit dieser tollen „Leistung“ will man sich nun von „Discovery“ die Subrechte für Deutschland kaufen. Zwischen Tokio und Berlin liegen ein paar Stunden Differenz, was bedeutet, daß viele Sportkämpfe nachts gezeigt werden. Dafür kann man schon ein paar Millionen Euro ausgeben und mit einer halben Tausenderschaft nach Tokio fahren (so was ist Gehaltsbestandteil der Sportredaktionen). (22.8.2016)

Prognosen sind schwierig, besonders ...

... wenn sie die Zukunft betreffen Hat Mark Twain behauptet, aber der kannte nicht die Wirtschaftsforschungsinstitute der Bundesrepublik. Besonders schwierig ist es, wenn es um Lebenserwartung und Renten geht. Es wird gesagt, daß wegen der steigenden Lebenserwartung das Renteneintrittsalter auf 69 Jahre erhöht werden muß. Begründung: die erwerbstätige Bevölkerung müßte wegen des Umlageverfahrens der Renten sonst zu hohe Beiträge zahlen. Sigmar Gabriel meinte zu einer entsprechenden Forderung, daß dies „bekloppt“ sei. Da mag er recht haben, denn es liegen ja gesicherte Erkenntnisse über die Alters- und Bevölkerungsstruktur in Deutschland vor – oder sind Prognosen nicht mehr schwierig? Als ich vor mehr als zwei Jahrzehnten meine erste Rentenzahlung erhielt, reichten die eingezahlten Rentenbeiträge, um mir (und jedem anderen Rentner) zehn Jahre daraus eine monatliche Rente zu zahlen. Nach diesen zehn Jahren wäre das eingezahlte „Vermögen“ aufgebraucht. Dummerweise war die Lebenserwartung schon damals höher als die „zulässigen“ zehn

Jahre. Also konnte die ganze Rentenberechnung nicht so funktionieren, wie Adenauer sie sich gedacht hatte („Kinder kriegen die Leute immer.“). Ist denn eigentlich sicher, daß eine Erhöhung des Renteneintrittsalters nicht die Lebenserwartung reduziert, so daß dann eine ganze andere Diskussion erforderlich ist? Müßte eine Rentenreform sich nicht an Bismarck und seiner Rente von 1891 orientieren: Rente ab einem Alter, in dem die Lebenserwartung ganz knapp darüber liegt? Dann könnte man den Rentenbeitrag auf wieder 1,7 Prozent senken – hätte doch was, besonders wenn dies nur die Arbeitnehmer zahlen! Eine Schlußbemerkung: Als Moses mit den Gesetzestafeln zu seinem Volk zurückkam, hatte er Tafeln bei sich, auf denen 10 Gebote verzeichnet waren. Die Tafel, auf der steht, der Rentenversicherungsbeitrag in Deutschland darf nicht über 20 Prozent liegen, die hatte er, ein älterer Herr und nicht mehr rüstiger Mann, nicht mitgebracht. (23.8.2016)

Olympia. Schluß. Aus.

Das sollte man sich merken, was die FAZ während der Olympischen Kämpfe (Spiele ist ja wohl falsch!) unter dem sog. Medaillenspiegel („Zerrspiegel“) setzte: „Aufgrund der Doping-Manipulation, einem in manchen Ländern nicht oder nur unzureichend existierenden Kontroll-System und der teilweise bisher nicht nachweisbaren, verbotenen Substanzen übernimmt die Redaktion keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Eingefrorene Proben dürfen zehn Jahre lang nach kontrolliert werden. Mit einem endgültigen Ergebnis ist erst nach Ablauf der Verjährungsfrist 2026 zu rechnen.“ Deshalb ist die Überschrift nicht richtig: Schluß ist erst, wenn die Verjährung von Doping in zehn Jahren eintritt. Ich rechne fest damit, daß wir dann auf Platz 4 vorrücken, denn nur zwei Goldmedaillen trennen uns von Rußland. Stimmen Sie mir zu? Obwohl: Unter dem derzeitigen IOC-Präsidenten (aus unserem Deutschland!!!) könnte es auch geschehen, daß die Verjährung schon nächstes Jahr (oder übernächstes) eintritt. Bis dahin werden die neuen Mittelchen nicht entdeckt. Dann bleiben die deutschen Sportler da wo sie sind. Shit happens. Dabeisein ist doch alles? Sportler ärgere dich nicht. Wegen der möglichen Gefahren nach Doping-Kontrollen: Herr Thomas Bach könnte ja ein sogenanntes Schlußstrich-Komitee einberufen – mit dem irischen IOC-Präsidenten als Vorsitzenden (zum Beispiel). Damit die Olympische Grabesruhe eintritt. (22.8.2016)

Leute. Kauft Waffeln. Kauft Waffeln.

Die AfD-Vorsitzende Frauke Petry hat Verständnis dafür, daß sich immer mehr Deutsche Schreckschusswaffen und Reizgassprays kaufen. „Jeder Gesetzestreue sollte in der Lage sein, sich selbst, seine Familie und seine Freunde zu schützen.“ Die Verschärfung des Waffenrechts würde „die anständigen Bürger treffen.“ Wahrscheinlich hat sie noch mehr gesagt, aber es wird auch nicht besser, wenn sie auf die mögliche Waffenbeschaffung im sog. Darknet verweist. Das wird spannend, wenn sich die anständigen Deutschen Waffen besorgen: Zu den anständigen Deutschen zählen schließlich auch etliche, die erst nach der Gründung der Bundesrepublik einwanderten. Ich denke da auch an die Deutschrussen, die für Putin schwärmen („unsere Lisa“) oder an die in einigen Städten wohnenden Vorderasiaten aus dem Libanon. Alle, alles anständige Leute, heil Frau Petry? Da verschätzt sich Frau Petry aber in dem bio-deutschen Bürger, die auch nicht immer „sauber“ sind. Die NSU-Verbrecher haben sich doch die Waffen bei ihren Kumpels besorgt und diese in der Schweiz. Oder habe ich das falsch verstanden? Gehören solche Leute auch zu den anständigen Bürgern? Wäre es nicht besser, wenn infantile Deutsche lieber Waffeln kaufen würden, meinetwegen mit Lakritzgeschmack (schwarz wie Dummheit) oder mit Schokolade, was auch paßt? Es gilt Fontane: „Gott, wie ist die Gegend heruntergekommen!“ (22.8.2016)

Pippi beim Hockeyspiel.

Hockey-Damen. Spiel ums Goldene Kalb in Rio de Janeiro. Deutschland gegen Neuseeland. Am Ende gewinnt Deutschland 2:1. Hockey hat mich nie interessiert. Aber weil es „unsere“ Damen bei Olympia waren, habe ich mir deren Spiele angesehen. Ich habe dabei einige Regeln gelernt. Zum Beispiel mit dem Fuß irgendwie den Ball berühren geht gar nicht. Der Schuß ins Tor muß von einem Spieler sein, der sich im Halbkreis vor dem Tor befindet. Mit dem Schläger in die Füße hakeln oder gar dem Gegner auf den Rücken schlagen, ist auch nicht erlaubt. Eine Ecke erfolgt mitnichten vom Eckrand des Spielfelds, sondern von der Torlinie (immer rechts vom Tor?) im Halbkreis. Dann gibt es noch eine sogenannte lange Ecke; die wird auch nicht von der Ecke gespielt, sondern von einer Linie quer über das Feld, die ein Viertelfeld markiert. Bei einem Eckstoß von dieser Linie postieren sich neben dem Torwart weitere „maskierte“ Spieler seiner Mannschaft, und die Gegner müssen alle hinter dieser Viertellinie stehen und dürfen erst losrennen, wenn der Ball geschlagen wurde. Ziel ist der Halbkreis. Zurück zum Spiel um die Bronzemedaille. Da gibt es eine lange Ecke gegen Deutschland, die Neuseeländerinnen rennen los, dann, erst dann, wird der Ball geschlagen, es kommt zum ersten und einzigen Tor gegen Deutschland. Deutschland verlangt einen Videobeweis, der bestätigt, daß die Neuseeländerinnen zu früh gestartet waren, aber die Video-Schiedsrichterin entscheidet, daß das keine Rolle spielt und das Tor gilt. Was sagt man dazu? Antwort von Pippi Langstrumpf: „Widdewiddewitt und Drei macht Neune !! :: Ich mach‘ mir die Welt :: Widdewidde wie sie mir gefällt. :: Hey – Pippi Langstrumpf :: trallari trallahey tralla hoppersasa :: Hey – Schiedsrichterin, die macht, was ihr gefällt.“ Wenn die „Blacksticks“ gewonnen hätten, oh weh, oh weh: Die Maoris haben ihre unterlegenen Feinde immer gegessen. Eine kleine Anmerkung fällt mir gerade noch ein: Wenn beim Damenfußball die Spielerinnen auch Röckchen tragen würden, dann würde der Frauenfußball deutlich attraktiver werden. Denken Sie nur an den Geifer bei karnevalistischen Prunksitzungen, wenn die Funkenmariechen auftreten. (20.8.2016)

Opt-in.Opt-out. Zeitungsabos.

Heute habe ich wieder ein Vorzugsangebot für ein Abonnement einer Zeitschrift erhalten. Vielleicht würde ich ein Probeabo bestellen, weil die Zeitung ansprechend ist. Aber, dann lese ich das Kleingedruckte des Angebots. So oder so ähnlich heißt es bei diesen Angeboten immer: „Senden Sie mir drei Ausgaben ... (der Zeitschrift) für Euro xx,xx. Wenn ich mich spätestens nach Erhalt der ersten Ausgabe nicht bei ... (Verlag) melde, erhalte ich ... (die Zeitschrift) auch weiterhin ...“ Als Lockangebot bekommt man häufig noch irgend ein Geschenk – psychologisch geschickt erhält man dieses nur nach einer Zuzahlung. Ich finde das sehr listig. Denn es ist bekannt, daß die meistens Abos länger laufen, so daß das „Geschenk“ sich für den Schenkenden mehrfach bezahlt macht (ich habe ein Zeitungsabo, das seit mehr als 20 Jahre läuft). Danach darf ich das Abonnement jederzeit kündigen; es gibt auch Formulierungen bei Zeitungsprobeabonnements, daß man nur zu einem späteren Zeitpunkt kündigen kann – und bis dahin das Abo auch zahlen muß. Logisch. Nie habe ich die Möglichkeit, zu sagen, JA ich will NUR das Probeabonnement. Im Internet ist bei vielen Angeboten ein sog. Opt-in inzwischen Vorschrift – das heißt, man muß ausdrücklich sagen, ja ich will (weiterhin irgendwelche elektronische Post erhalten). Nur Ja heißt Ja. Warum gilt das Opt-in nicht auch für Zeitungsabonnements, die auf Papier ins Haus kommen? (19.8.2016)

Olympia. Am Gerät. Und Chauvinismus.

Endlich hat der fabelhafte Fab das Goldene errungen. Nun kann er sich im bürgerlichen Leben aufschwingen. Glückwunsch und Erfolg dabei. Und was machen Papa und Onkel nun? Wo jetzt das Objekt der Begierde nach rund 25 Jahren Kampf in der guten Stuben hängt. Eine kleine Anmerkung dazu kann ich mir aber nicht verkneifen. Natürlich war es richtig, die Siegerehrung dieses fabelhaften Turners im Fernsehen zu übertragen. Doch mußte dazu die Liveübertragung des Frauenfußballs unterbrochen werden? Ja, mußte sein, denn es waren ja nur (Fußball-) Weiber, die das Runde in das eckige Gehäuse schaffen wollten. Das hätten sich die Redakteure des deutschen Fernsehens bei einem gleichzeitig laufenden Männerfußball nie nicht gewagt. Da hätten diese die Siegerehrung von Hambüchen aufgezeichnet und anschließend gezeigt. Achten Sie einmal darauf. Immer dann, wenn es darum geht, Kerle zu zeigen (egal welche Belanglosigkeit), werden Live-Übertragungen von Frausportlern unterbrochen. Chauvinismus pur im deutschen Fernsehen. Und dazu im von uns Sehern schon bezahlten Fernsehen: Vita Malz, kein Alkohol, aber Zucker, gut für Kinder. Oder? (18.8.2016)

Olympia. Das Rennen.

Da haben die Zwillinge Lisa und Anna Hahner doch die olympische Unzumutbarkeit begangen, „Hand in Hand“ das Zielband zu durchqueren. Schon werden sie vom Deutschen Leichtathletik-Verband gerügt, weil der Marathonlauf kein Spaziergang sei. Ei, gucke mal. Das hatten die beiden Sportlerinnen wohl vergessen, nachdem sie runde 42 Kilometer rannten und Platz 81 und 82 erreichten. Hatte ich nicht einmal gelernt: Dabei sein ist alles. Ich möchte den Herrn Sportdirektor, der diese Art des Einlaufs herb kritisierte, auf ein 1988 erschienenes Buch aufmerksam machen: Tom McNab: „Das Rennen“. Wie ich seinem Lebenslauf entnehmen kann, ist er diese Strecke noch nicht gelaufen, aber unter sportliche Erfolge nennt er „8 Medaillen bei den Olympischen Spielen in London 2012“; im ersten Moment dachte ich, mein Gott, der hat ja alle Rechte, diese jungen Frauen zu kritisieren: 8 Medaillen und die Hahners haben nichts! Ein zweiter Blick zeigt: Das sind gar nicht seine persönlichen Medaillen, sondern die von Sportlern des Verbands, die er à la Hahner-Methode motiviert hat. Ich hab‘ ja immer gedacht, daß die Sportler das wichtigste sind und im Mittelpunkt stehen und auch einmal Spaß haben dürfen für ihre jahrelange Quälerei und nicht die Funktionäre. Kann ich mich so irren? (17.8.2016)

Noch ist man geschützt: § 103 StGB.

Bei dem Niveau der US-Wähler ist nicht ganz auszuschließen, daß es doch viele Wähler gibt, die Wahlmänner wählen, die anschließend den Kandidaten der Republikaner Donald Trump zum Präsidenten bestimmen. Dann wäre er Staatsoberhaupt und bekommt den Schutz des § 103 Strafgesetzbuch. Trump ist zuzutrauen, daß er wie der türkische Präsident Erdogan dann alle verfolgen läßt, die sich über das lustig machen, was unter dem blonden Haar ist: Nichts. Es soll eine Fatwa geben, welche Kandidaten für das Präsidentenamt der USA in drei Kategorien einteilt: sehr klug, mittelmäßig klug und nicht klug. Ganz sicher scheint mir zu sein, daß Donald Trump nicht in die ersten beiden Kategorien fällt. Wir Europäer können über einen solchen Kandidaten nur lachen und den Kopf schütteln. Die Intellektuellen am Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre haben auch gelacht über diesen österreichischen Typen mit dem Bärtchen und der merkartigen Rhetorik und waren sich sicher, daß da nur hohle Luft war – doch es kam bekanntlich anders. Man sollte die Wähler in den USA nicht überschätzen. Was ist, wenn die Rhetorik von Trump Erfolg hat? (17.8.2016)

Wie ein Ohr im Wind.

Nein, nein, Hannes Wader sang: „Wie ein Rohr im Wind.“ Und das sang er, als von Sigmar Gabriel noch keine Rede war. Aber dieses leicht melancholische Lied könnte die Hymne des SPD-Vorsitzenden werden. Aber „Ohr im Wind“ könnte für Gabriel auch passen, springt er doch auf jedes Kamel, das bei ihm vorbei galoppiert, wenn's denn nur die sogenannte Volkes Stimme hört. „Da will ich hin, da will ich auch hin“. Beispiel gefällig? Denken Sie doch, bitte, selber nach! Na ja, ein Beispiel gebe ich: TTIP! Da ist er erst dafür, dann dagegen, dann gar nix. Dann sieht er plötzlich Probleme, die schon immer da waren, die er aber nicht gesehen hat. Da meint er anfänglich, TTIP sei eine Chance für den Mittelstand. Ja, da hat er recht: Ich sehe richtig deutlich vor mir, wie der hiesige Bäcker mit seinen Filialen nach USA geht und dort Tellerwäscher wird (die bekannten Folgen kennen wir). Auch der hiesige Gerüstbauer, auch der zum Mittelstand gehörend, wird sich nun im Mittleren Westen an den öffentlichen Ausschreibungen beteiligen. Ja, das kann dieser Mittelständler. Doch, gibt es da leider eine kleine Einschränkung: in vielen US-Bundesstaaten wird TTIP nicht gelten. Jedenfalls nicht für Ausschreibungen der öffentlichen Hand. Da hat der Mittelständler mit seinen etwa 100 Beschäftigten eben Pech gehabt. Aber wir anderen, wir bekommen das Chlorchühnchen. Was auf jeden Fall gesünder sein wird als ein Antibiotika und Wachstumshormonen aufgepöppeltes Hähnchen. TTIP hat also doch Vorteile. Das Papphuhn meinte Gabriel aber nicht oder doch? (16.8.2016)

Der Nachbar ist Sportler des Jahres.

Oh, wie werden sich Herr Gauland und seine Kumpane braun ärgern. Gerade jetzt, gerade jetzt, wo sich die rechten Demagogen zu einem Konvent treffen. Da hätten die Sportjournalisten von der Lügenpresse doch ein wenig Anstand bewahren können. Man vergilt doch nicht Gleiches mit Gleichem und auch nicht Selbes mit Selbigem. Jetzt fehlt nur noch, daß Jelena Petrowna Fischer, die ja im engeren auch nicht bio-deutsch ist, sondern in Sibirien geboren wurde, von der Lügenpresse zur beliebtesten Entertainerin Deutschlands gewählt wird. Ja zugegeben, die Eltern sind – anders als die Eltern von Boateng – deutsch, rußlanddeutsch oder deutschrussisch, hatten aber seit Katharina die Große vermutlich keinen engen Kontakt zu den diversen Deutschlands. War der Lügenpresse soviel Gemeinheit zuzutrauen? Und was ist mit dem „wunderbaren Neger“, dem Freund aller CSU-Granden? Der ist auch nicht biodeutsch. (15.8.2016)

Jubel! Jubel! Jubel?

Herr Paul sagte heute zu Müller: „Die meisten unserer Sportler haben versagt.“ Ja. irgendwie stimmt das. Natürlich haben wir einige Medaillen gewonnen – gegen härteste Konkurrenz –, und es werden wohl von den deutschen Sportlern noch einige errungen werden. Gemessen an 442 Athleten, sind dann etwa 20 Medaillen eine besonders tolle Leistung? Wieviel Betreuer und sonstige Nichtsportler sind aus Deutschland dabei, um diese Medaillen zu feiern? (15.8.2016)

2 Prozent Inflation. 30 Stundenkilometer.

Als die europäischen Regierenden verabredeten, daß die Inflationsrate 2 Prozent betragen solle, konnte man sich nicht vorstellen, daß diese Rate jemals erreicht werden könnte. Denn über lange Jahre lag die Inflationsrate mehr in der Richtung 4 Prozent und so richtig vorstellen konnte man sich nicht, daß man 2 Prozent von oben kommend erreichen konnte. Und deshalb waren 2 Prozent ein stolzes Ziel. Hatte jemand gemeint, daß man bei etwa Null Prozent Inflation, die Preise hochtreiben müßte? Warum denn das? Dabei fällt mir ein: überall breiten sich die 30-km-Zonen aus. Da haben die Stadtväter vergessen, daß die Idee der 30er-Zone aus Großbritannien kam. Doch haben die Brexit-Briten nicht in Meilen gemessen, was ungefähr den damals üblichen 50 Kilometer in der Stunde entspricht? Es ärgert mich, daß die Leute so vergeßlich sind. (15.8.2016)

Schön. Reich. Berühmt.

Als mein Enkel noch etwas jünger war – so um die 17 Jahre alt – antwortete er auf die Fragen, was er denn mal werden oder machen wolle, prompt: „Schön, reich und berühmt.“ Ich mußte dazu leider einige Zähne ziehen: um dem geltenden Schönheitsideal zu entsprechen, hätte er sich einen anderen Großvater aussuchen müssen. Daß er reich sein wolle – wer will das nicht? – könne ich verstehen, aber dazu müßte er wohl einen reichmachenden Beruf erlernen; falls er das nicht wolle oder könne, dann sollte er wenigstens darauf achten, daß seine zukünftige Frau reiche Eltern habe und Alleinerbin sei. Der Wunsch, berühmt zu sein, das sei einfach zu erreichen. Zwar könnte er nicht singen (auf eine Probe hatte ich verzichtet), in die Stammmannschaft von Bayern München aufgenommen zu werden, würde wohl auch nicht klappen, denn seine Fertigkeiten im Fußball erschöpfe sich auf den Kauf auf Fanutensilien. Und für Machenschaften, die auch zu gewisser Berühmtheit führen können, z.B. Steuerhinterziehung, müsse er erst reich werden. Nun soll man als Großvater seinen Enkeln nicht den guten Glauben rauben, deshalb empfahl ich ihm, eine Idee zu propagieren, die so albern ist, daß sie sicherlich international diskutiert werden würde, er sei ja kreativ, meinte ich noch. Da fragt er doch, was das denn sein könne. Ha, das mit dem „Appell“ an seine Kreativität hatte nicht geklappt. Nach kurzem Nachdenken: „Da gibt es einen sogenannten Starökonom Namen Kenneth Rogoff, Professor in Harvard. Der schlägt vor, das Geld abzuschaffen. Seine Argumente sind so albern, daß ich sie dir nicht wiederholen will. Also, sein Vorschlag heißt: Geld abschaffen. Dein Vorschlag heißt: jeder der mit Photoshop arbeiten kann und einen Farbdrucker hat, darf sich sein Geld selbst herstellen, das natürlich jeder akzeptieren muß.“ Er kenne doch, sagte ich zu meinem Enkel, den Spruch, ich zahle mit meinem guten Namen. Problem sei natürlich, daß er vorher Volkswirtschaft studieren müsse, aber dann könne er seine Habilitationsschrift auf die Idee des selbstdruckenden Geldes stützen und schon ist er berühmt, und alle Bundestagsabgeordneten würden ihm zu Füßen liegen. „Oder glaubst du, die verstehen wirklich was von volkswirtschaftlichen Themen? Die werden dir aus der Hand fressen und gutdotierte Beraterposten geben?“ (14.8.2016)

Doppelpaß. Pawlow.

Das ist schon wie ein automatisierter Reflex: Wenn das Wort „Doppelpaß“ im Zusammenhang mit „Abschaffen“ genannt wird, fangen einige, immer dieselben Verdächtigen, mit dem Sabbern an. Ähnlich ist es bei dem Ausdruck „Sichere Herkunftsländer“. Auch dann müßte man hinterher den Fußboden vom Geifer reinigen. Na sicher ist Marokko nicht für alle ein sicheres Land, na ganz sicher ist der Libanon kein sicheres Land. Und ich könnte noch etliche andere nennen. Das berechtigt doch Menschen, die aus diesen Ländern nach Westeuropa gekommen sind, nicht dazu, sich an deutschen Gesetzen vorbei zu mogeln. Warum dürfen die das? Mehr oder weniger ungestraft? Marokko will seine kriminell gewordenen Bürger nicht zurück? Sieh an, sieh an. Kann man dem nicht durch Streichung von Unterstützungsgeldern aller Art entgegen treten? Wegfall von Bürgschaften für Investitionen ist nicht möglich? Komisch. (11.8.2016)

Die armen Kinder.

Jedes Kind ist einzigartig. Einmalig. Das muß man nicht besonders betonen. Warum tue ich es trotzdem? Weil die Einmaligkeit sich seit einigen Jahren auch durch besonders ungewöhnliche Namenskombinationen ausdrückt. Hier an der Küste muß das mit Flut und Ebbe zu tun haben. Würden Sie Ihr Kind als Jarou-Joel mit dem Nachnamen Schrippelmann bezeichnen? Oder Maddox Noel Müller, was auf gut Deutsch heißt: Glückliches Weihnachten Müller? Die armen Kinder! Schon kurz nach der Geburt fürs ganze weitere Leben bestraft. (11.8.2016)

Der Professor hat einen Standpunkt.

Heute, 11. August 2016, lese ich in der Zeitung mit dem klugen Kopf dahinter einen Artikel von einem Professor für Volkswirtschaftslehre (Universität Münster). Interessant, was ein deutscher Professor im Zusammenhang mit der Freizügigkeit schreibt. Er hat recht, wenn er schreibt, daß freier Güterverkehr und freier Kapitalverkehr innerhalb der EU nichts mit Freizügigkeit der Bürger zwangsweise gekoppelt ist. Schließlich hat „Brüssel“ auch ohne Freizügigkeit funktioniert. Zu Goethes Zeiten konnten die Reisenden in der Kutsche auch ohne Grenzkontrollen durch Europa reisen, für Fußgänger war das nicht so. Der Herr Professor aus Münster kennt natürlich seinen Adam Smith und erzählt uns in seinem Aufsatz, in dem er das „Faktorausgleichstheorem“ heranzieht, daß die „Intensivierung des Güterhandels zwischen dem kapitalreichen Deutschland und einem arbeitsreichen Land wie Bangladesch zur tendenziellen Angleichung des Lohnniveaus in beiden Ländern“ führt. Na, das wollen wir doch nicht hoffen, Der beamtete Professor kann sich dies ja vorstellen, denn sein Lebensunterhalt wird nach althergebrachtem Brauch (der erst Anfang des 20. Jahrhunderts eingeführt wurde) alimentiert, wogegen die die Bangladeschis nach Alimenten immer hungern müssen. Das wird aber nicht mehr als so schlimm empfunden, wenn auch das kapitalreiche Deutschland seine Armen auf das Lohnniveau von Hinterindien angeglichen hat. Ist es das, was der Professor aus Münster wünscht? Er ist übrigens stellvertretender Bundesvorsitzenden der Partei Alfa, der ich hiermit wünsche, alsbald, unverzüglich, sofort in die Versenkung zu verschwinden. (11.8.2016)

Profiteure und Gegner.

Heute in der FAZ eine Tabelle über die größten Nettozahler und -empfänger von EU-Geldern gesehen. Daraus ergibt sich (u.a.), daß Polen mit 9,5 Milliarden Euro der größte Nettoempfänger in der EU ist. Das paßt. Weigert sich die polnische Regierung deshalb, sich neben einer EU-Fahne zu plazieren und rechtsstaatliche Normen zu beachten? Wäre auch zu peinlich, wenn es allgemein bekannt werden würde, daß die Wähler der derzeitigen polnischen Regierung, zumeist in der Landwirtschaft, nur durch Gelder aus Westeuropa überleben. Wenn es der Regierung in Warschau nicht genehm ist, was in Westeuropa Rechtsstandard ist, dann gibt es doch eine schlichte Lösung: Poles. Es muß nicht jeder in der EU sein, gell? Obwohl dann wahrscheinlich wieder der Autospruch (...morgen in Polen) gelten würde. (9.8.2016)

Herr Maas ist auf dem richtigen Weg.

Anfang August erklärt unser Justizminister, daß er noch in diesem Jahr (2016) einen Gesetzentwurf auf den Weg bringen will, wonach für bestimmte Fehlhandlungen neben Geldstrafen auch ein Führerscheinentzug richterlich angeordnet werden kann. Auch dann, wenn die Fehlhandlung nicht mit der Fahrerlaubnis zusammenhängt. Maas sagt, daß es Fälle gäbe, bei denen eine Geldstrafe bei wohlhabenden Straftätern keine Wirkung erzielt. Natürlich gibt es nunmehr ein Großgeschrei. Unter den Journalisten, die, wenn sie in Lohn und Arbeit stehen, nicht zu den Geringverdienern gehören und „locker“ eine Geldstrafe zahlen können. Ich denke, die Kritik an der Maas-Idee müßte vielmehr heißen: Warum, Herr Justizminister, bleiben Sie auf „halben“ Weg stehen? Neben dem Führerscheinentzug müßte es doch auch nach richterlicher Entscheidung in mindestens zwei Instanzen möglich sein, den Schniepelwurz abzuschneiden? Ähnlich der Verletzung der Spielregeln bei den Yakuza's? Zusätzlich zum Führerscheinentzug und evtl. Einzug des Kraftfahrzeugs. Da wären Strafen, die nicht abschrecken (Verbrecher werden nie abgeschreckt), aber wirksam sind? (8.8.2016)

Olympia. Fußball die Dritte.

Gestern, 7. August 2016, wurde im Fernsehen wieder einmal ein Spiel übertragen, bei dem in mehr oder weniger bunten Trachten zwei Gruppen von Männern hinter einem Ball herjagen, der ins Eckige muß. Wie immer bei solchen „Spielen“ geht es hier nicht um Spielen im Sandkasten, sondern auf einem gepflegten Rasen. Wie immer kann man sehen, wie erwachsene Männer sich wechselseitig in einer Art und Weise berühren, die außerhalb eines Stadions als Körperverletzung geahndet werden würde; innerhalb eines Stadions gibt es für solche Raufbolde nur eine sogenannte Gelbe Karte. Ich habe dazu zwei Fragen: Warum schickt eine der größten Fußballnationen eine Kneipenmannschaft nach Rio de Janeiro? Sind die Raufbolde auf dem Stadionplatz Vorbilder für die immer gewalttätigeren Prügeleien vor dem Stadion? Nicht die sogenannten Ballerspiele sind das Problem, sondern die Idole vieler Männer. (8.8.2016)

Fußball in Rio de Janeiro.

Am Donnerstag spielten die Fußballfrauen (das sind nicht die Frauen von Schweinsteiger, Matthäus und Co.) gegen Simbabwe und gewannen 6:1. Übertragen wurde das Spiel am sehr späten Abend, so daß vermutlich viele Werktätige sich das Spiel nicht ansehen konnten (mal abgesehen, daß für viele Männer Frauen und Fußball sowieso nicht zusammen passen). Was mich in diesem Zusammenhang ärgert, war, daß am Freitagvormittag der Hamburger ARD-Rundfunksender bis mindestens 11 Uhr über das Spielergebnis nicht berichteten. Das hätten sich die Redakteure nicht gewagt, wenn es sich um Männerfußball gehandelt hätte: da wäre jede Verkehrswarnung erst mit dem Torergebnis eingeleitet worden. Am Freitagabend spielten dann die deutschen Fußballmänner gegen Mexiko und beendeten das Spiel mit 2:2, was ja nun wirklich kein tolles Ergebnis ist. Aber: jetzt kommt meine Frage: Wurde in den Frühnachrichten des ARD-Senders darüber berichtet? Ja oder nein? (7.8.2016)

Fußball in Rio. Zweiter Teil.

Die aus geschätzt 50.000 deutscher Fußballprofis „ausgewählten“ Männer spielten am Freitag gegen Mexiko 2:2. Kein tolles Ergebnis – wie ich meine. Auswahl heißt ja nicht – jedenfalls beim Deutschen Fußballbund – Elite oder die Besten. Auswahl heißt in diesem Fall: wir müssen da mitmachen als sogenannte Große Fußballnation, ab er wenn wir die „Besten“ hinschicken, dann haben die Bundesliga-Vereine ein Problem – nicht mit den Spielen, sondern mit dem Geldverdienen. Wer geht schon in die Fußball-Arena, wenn Boateng sich in der Januar-Bucht rumtreibt? Beim Zuschauen im Fernsehsessel (ich bin kein echter Fußball-Fan und habe auch keine Fanutensilien) ist hin und wieder ein ältlicher und wohlgerundeter Mann am Spielfeldrand hüpfend gezeigt worden. Mit roter Trainingsjacke, halb aufgezo-gen, so daß man das Netzhemd und die behaarte Brust erkennen konnte. Wer – zum heiligen Blatter – war das denn? (7.8.2016)

Das gibt ein falsches Bild.

Da wird Frau Merkel in türkischen Zeitungen mit Damenbart abgebildet. Ich vermute, daß auch das Heben des rechten Arms (in türkischen Zeitungen) irgendeine Bedeutung hat, die mir bisher verborgen geblieben ist. Wir kennen diese Bilder auch aus griechischen Zeitungen, wobei ich erinnern möchte, daß Griechenland mehrere Jahrhunderte unter osmanischer Herrschaft stand. Das merkt man. Da Griechenland seit 1830 dem sogenannten Abendland zugerechnet wird, wenn man den aus Bayern zugereisten König Otto als Vertreter des Abendlands betrachtet, muß es sich bei Damenbart und Armhochreißen (nichts für Rheumatiker) um einen indigenen Ritus auf dem Balkan handeln. Warum wird die deutsche Bundeskanzlerin häufig so dargestellt? Schon wieder muß ich vermuten: Es muß sich um eine Beleidigung handeln, die im Vorderen Orient, beispielsweise im Osten der Türkei, jedermann versteht; jedermann dort kennt die Frau. Bilder sagen mehr als Worte. Übrigens soll man nicht vergessen. In großbritannischen Zeitungen wird ein solches Bild auch häufig gezeigt, zusätzlich verschönt mit dem Swastika-Kreuz. Naja, das erledigt sich nach dem endgültigen Brexit. Aber muß deshalb ein anderes Land in die EU aufgenommen werden, nur weil auch solche Bilder zeigt? (8.8.2016)

Vermögenssteuer: Ja, warum nicht?

Nicht nur im Sommerloch taucht immer wieder die extreme Gefährlichkeit einer Vermögenssteuer auf. Also will ich mich nicht scheuen, auch das Sommerloch zu füllen – nicht mit einer Nessie-Variante (ich war in Inverness – ich hab's gesehen). Stets verbunden, daß mit dem Sommerloch das Abendland unterginge, zumindest aber die Bundesrepublik. Alle, wirklich alle, würden ins Ausland flüchten, um dieser Gefahr zu entgehen. Wir wissen's ja von dem alten Herrn K., der in die Schweiz zog und zwar nicht der Berge wegen. Also: Gefahr ist im Smoking. Ein Grüner, der noch etwas Links gestrickt ist, erinnert regelmäßig-unregelmäßig an die alte Forderung nach einer Vermögenssteuer. Dagegen hilft nur der heilige Gottseibeius oder die versammelte Grüne Vorstandsfront. Wenn man bedenkt: Nehmen wir an, eine Steuer auf leicht erfaßbares Geldvermögen aller Art (also nicht auf Haushaltsgegenstände wie Töpfe und Pfannen und von mir aus auch „normale“ Bilder und die Hausfrau zierenden Schmuck) in Höhe von 1 Prozent würde erhoben. Das wäre doch machbar, Herr Nachbar! Bekanntlich regen sich die wenigsten reichen Leute auf, daß Aktienvermögen über einen längeren Zeitraum etliche prozentuale und effektive Steigerungen erfährt (ich verzichte hier auf die Nennung eines Prozentsatzes, weil es auf den Zeitpunkt der Anlage ankommt – Volker Looman fragen!). Wenn sich also das Gesamtvermögen nun um x minus 1 Prozent erhöht, dann bricht doch nicht die Welt zusammen. Denn wenn der DAX um 1 Prozent fällt und man sein ganzes Vermögen in DAX-Werte zu stecken hätte, dann hätte man sein Vermögen auch gemindert oder mindern lassen. Das würde man hinnehmen. Das heißt dann Marktwirtschaft, gell? Aber Vermögenssteuer? Iiiigitt. Doch wo ist das Problem einer Vermögenssteuer mit vernünftigen Freibeträgen (wie Omas klein Häuschen)? (2.8.2016)

Haie sind schwimmende Zähne.

Es ist schon erstaunlich, daß Haie noch nicht gerochen haben, wieviel Nahrung im östlichen Mittelmeer zu finden ist. Haie können so Blut in milliardenfacher Verdünnung wahrnehmen. Sie hören im Bereich der niederfrequenten Töne und reagieren hochempfindlich auf pulsierende Schwingungen wie sie von singenden Walen, grunzenden Seehunden, zappelnden Fischen und ... strampelnden Menschen ausgehen. Selbst ein blinder Hai findet zielsicher sein Futter. Erst beim Beißen entscheidet ein Hai, ob eine Beute genießbar ist oder wieder ausgespuckt wird. Bekannt ist, daß er Menschen nicht wieder ausspuckt. Die sind genießbar. Die Beute muß nicht unbedingt zappeln. Über die gesamte Haut des Hais sind Geschmacksknospen verteilt; durch Anstupfen und Reiben an einer Beute kann daher ebenfalls der Geschmack wahrgenommen werden. Seit etwa 400 Millionen Jahre schwimmen die Haie durch die Ozeane. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß sie auch eine gewisse raubtierhafte Intelligenz entwickelten. Wenn der erste Hai entdeckt hat, was vor Libyens Küste und vor Lampedusa zu entdecken ist, können wir nur noch hoffen, daß Haie untereinander keine so gute Kommunikation wie Wale besitzen. Wenn, dann: dann ist's auch aus mit dem Tourismus an der Küste der Türkei. Dann muß das Auswärtige Amt wohl eine Urlaubswarnung aussprechen. Wie kommt es, daß sich immer mehr Weiße Haie vor Kaliforniens Küsten versammeln? (1.8.2016)

Die Ultramontanisten und der Ultrabosporismus.

Nach der Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871 eskalierten die Auseinandersetzungen zwischen der Reichsregierung und der Katholischen Kirche. Diese Auseinandersetzungen gingen als „Kulturkampf“ in die Geschichte ein. Es ging darum, wer das „Sagen“ hat – wie man so schön sagt. Im 19. Jahrhundert setzte sich unter der katholischen Bevölkerung (oder deren Vertretern) die Auffassung durch, daß man in allererster Linie papsttreu zu sein habe. Die Anhänger dieser Auffassung wurden als Ultramontanisten bezeichnet und beschimpft. Man darf sich das nicht so vorstellen, daß der Vatikan einmal wöchentlich einen Brief an seine „ultramontanen“ Anhänger schickt, worinnen die am Folgesonntag unbedingt zu haltende Predigt vorgeschrieben ist. Das hätten unsere Vorväter als einen Eingriff in die Reichspolitik unterbunden. Ahnen Sie, worauf ich hinauswill? Ein großer Teil der Moscheen in Deutschland wird von der Ditib (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.) finanziert; der Ditib untersteht der Kontrolle, Leitung und Aufsicht des staatlichen Präsidiums für Religiöse Angelegenheiten der Türkei, welches wiederum dem türkischen Ministerpräsidentenamt zugeordnet ist. Wie das alles funktioniert, können Sie bei wikipedia nachlesen. Man kann sich das so vorstellen, daß die Ditib eine Rolle einnimmt, wie vor etwa 150 Jahren der Vatikan. Es gibt natürlich einige Unterschiede, so war der Vatikan nie sunnitisch, aber er vertrat innerhalb der Christenheit nur eine Richtung. Ein anderer Unterschied ist, daß die Ditib den von ihnen bezahlten Imamen häufig wortwörtlich vorschreibt, welche Freitag-Predigt sie zu halten (abzulesen) hätten. Und die ist natürlich türkisch-sunnitisch geprägt. Meine Frage: haben wir es hier mit „Ultrabosporismus“ zu tun? (31.7.2016)

Ich mag es nimmer hören.

Wenn meine Bundeskanzlerin eine Stellungnahme wozu auch immer abgibt, dann ist es – wie Wohlmeinenden meinen – ausgewogen. Ich finde es nur noch unzureichend und im Selbstverständlichen schwafelnd. Da meint der türkische Außenminister am 28. Juli 2016, daß die Auslieferung von tatsächlichen oder vermeintlichen Gülen-Anhänger, die sich in Deutschland aufhalten, „notwendig“ ist. Wie reagiert die Bundeskanzlerin: Deutschland sei „an die rechtsstaatlichen Verfahren gebunden.“ Nee, nich? Noch ein Beispiel für kanzlerinisches Schwafel? Ja, gerne. Zu den Attentätern von Würzburg und Ansbach sagte sie, diese hätten das Land (Deutschland) „verhöhnt“ und die Helfer und Ehrenamtlichen seien auch „verhöhnt“ worden. Da hat sie aber ein wirklich starkes Wort verwendet. Donnerwetter. Das beeindruckt uns. Dazu fällt mir keine Frage ein. Sprachlos in Cuxhaven. (29.7.2016)

Ein Weißes Haus für eine Frau.

Das hätte ich noch vor zwei Jahren nicht erwartet: Nun wird im November 2016 eine Frau für die Präsidentschaft der USA kandidieren und das Oval Office erobern. Ich bin da optimistisch, denn wenn auch das allgemeine Niveau der amerikanischen Bevölkerung nach meiner Einschätzung nicht mit dem westdeutschen Bildungsstand zu vergleichen ist: Sooo blöd können sie doch nicht sein, daß sie wie die Engländer beim Brexit auf einen Blondschof hereinfallen (denken Sie doch nur an die vielen Blondinenwitze, sind ja nicht alle schlecht gewesen). Ich vermute, daß jetzt deutsche Feministen fordern, mit Bezug auf Hillary Clinton eine Frau zum (Bundes-)Präsidenten zu machen. Was natürlich diverser Quatsch ist, aber Frau Kühnast ist Vieles zuzutrauen – Hauptsache Publicity. Zurück zu Amerika. Hoffentlich wird im November TTIP in der derzeitigen Form beerdigt; wenn man Handel und Wandel und Freihandel fördern will, reicht’s doch, Zölle zu streichen und einige Normen anzupassen (auch die US-Bürger warten auf die grade Gurke, haha). Meine Frage zum Konkurrenten der Hillary Clinton: Wo bleiben die Blonderkerl-Witze? (28.7.2016)

Matsch am Strand in Cuxhaven.

Gestern wären (beinahe) zwei Landsleute (aus Berlin) im Cuxhavener Strandmatsch steckengeblieben; da hätten unsere Nachfahren (sagen wir in 2310 Jahren) Moorleichen entdecken und staunen können. Zur Sache: In Cuxhaven gibt es einen sog. Bauhafen, in dem aber nie gebaut wird. Da ist trotz Ebbe und Flut immer Wasser drin. Also dachten sich die beiden Leichtbekleideten: rein und schwimmen. Ich kann das verstehen, denn bei Ebbe ist sonst ein Schwimmen in Duhnen mangels Wassertiefe unmöglich. Bei Flut ist’s übrigens nicht wesentlich besser. Bemerkenswert ist: ein Schild untersagt das Baden in dem nicht besonders scharf durch Zäune oder Zähne (von Laufhunden) abgetrennten Hafenbecken (wenn das die Amerikaner wüßten, daß von hier aus ungehindert und ungeprüft Dampfschiffe nach New York starten könnten). Für mich stellt sich als geborener und in Berlin vor langer Zeit aufgewachsener eine einfache Frage: Ist das Berliner Schulsystem so daniedergegangen, daß die heutigen deutschblütigen Jungbürger Berlins des Lesens unkundig sind? Oder: wieviel Rind muß man eigentlich sein, daß man sich mit dem Lasso aus dem Matsch ziehen lassen muß? PS Das Thema Matsch und Cuxhaven werde ich vermutlich häufiger ansprechen. (27.7.2016)

Ehrenamt.

Seit Jahren arbeitet eine gute Bekannte ehrenamtlich für einen und in einem Verein. Sehr zur Zufriedenheit aller Beteiligten. Heute erfahre ich, daß sie wegen und für ihre Tätigkeit eine Einladung des Herrn Bundespräsidenten zum Sommerfest erhalten hat. Das freut mich für sie (etwas Glanz fällt ja auch auf mich ab, daß ich eine solche Person kenne). Dummerweise wohnt sie nicht in Berlin, sondern am Rande der bewohnten Welt. Da tauchen die Fragen auf (wir sind am Meer): wie kommt sie nach Berlin? Wer zahlt die Fahrt? Wer zahlt die Übernachtung? Heißt Ehrung durch Einladung, daß man dafür weitere Kosten hat? (26.7.2016)

Die Blog-Beiträge gehen weiter hinter Seite 135:

Von hier bis dahin sind (nach)lesenswerte Dokumente

Veröffentlicht am 14.10.2016

Bei einem Wahlkampfauftritt in New Hampshire nach den Enthüllungen über Donald Trumps Bekenntnis zu sexuellen Übergriffen hat Präsidentengattin Michelle Obama eine ungewöhnliche Wahlkampfredе gehalten. Sie ist nicht nur bemerkenswert, weil sie sich besonders scharf gegen den Kandidaten Trump richtet, sondern auch, weil sie – in sehr persönlicher Weise – thematisiert, wie Frauen mit ihrer eigenen Verwundbarkeit umgehen. Hier Auszüge des Wortlauts.

„In diesem Wahlkampf gibt es einen Kandidaten für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten, der im Laufe seines Lebens und seiner Kampagne Dinge über Frauen gesagt hat, die so schockierend sind, so herabsetzend, dass ich nichts davon wiederholen möchte. Vergangene Woche haben wir gehört, wie sich dieser Kandidat mit sexuellen Übergriffen gegen Frauen gebrüstet hat. Und ich kann einfach nicht glauben, dass ich jetzt sagen muss, dass es einen Präsidentschaftskandidaten gibt, der sich mit sexuellen Übergriffen gegen Frauen brüstet.

Ich kann nicht aufhören, daran zu denken. Es hat mich im Innersten erschüttert, in einer Weise, die ich nicht für möglich gehalten hätte. Auch wenn ich am liebsten so tun würde, als wäre nichts passiert, und meine normale Wahlkampfredе halten würde, wäre es einfach unaufrichtig und unangemessen, einfach weiterzumachen, als sei all das nur ein schlechter Traum.

Das können wir nicht ignorieren. Das können wir nicht einfach unter den Teppich kehren, als wäre es einfach nur eine weitere verstörende Fußnote in einem traurigen Wahlkampf. Das war nicht nur eine „vulgäre Unterhaltung“. Das war nicht nur Umkleidekabinengeschwätz. Da hat ein mächtiger Mann frei und offen über sexuell aggressives Verhalten gesprochen, hat tatsächlich damit angegeben, Frauen anzugrapschen und zu küssen, in einer so obszönen Sprache, dass viele von uns Angst hatten, die Kinder könnten sie hören, wenn sie den Fernseher einschalten.

Und zu allem Überfluss scheint das kein Einzelfall zu sein, sondern eines von zahllosen Beispielen dafür, wie er Frauen sein ganzes Leben lang behandelt hat. Ich höre all das, und es trifft mich so persönlich. Ich glaube, das geht vielen von euch so, vor allem den Frauen. Diese beschämenden Kommentare über unseren Körper. Die Verachtung für unsere Hoffnungen und unseren Geist. Der Glaube, alles mit Frauen machen zu können.

Das ist grausam. Das ist beängstigend. Und um die Wahrheit zu sagen: Es tut weh. Es tut weh. Das ist wie dieses kranke, erdrückende Gefühl, wenn du in Gedanken die Straße runtergehst und irgendein Typ ruft dir Obszönitäten über deinen Körper hinterher. Oder wenn ein Typ auf der Arbeit ein bisschen zu nah dransteht oder ein bisschen zu lange hinstarrt, und du dich unwohl fühlst in deiner Haut. Das gehört nicht in die Politik. Das ist eine Schande

Das ist das Gefühl von Angst, das zu viele Frauen erlebt haben, wenn jemand sie angetatscht hat, sich ihnen aufgedrängt hat, während sie Nein sagten, und er einfach nicht darauf hörte – Dinge, die an Colleges und zahllosen anderen Orten jeden Tag passieren, wie wir alle wissen. Das erinnert an die Erzählungen unserer Mütter und Großmütter, wie früher der Chef alles zu den Frauen in seinem Büro sagen und alles mit ihnen machen konnte und wie hart sie arbeiten mussten und jedes Hindernis überwinden mussten, um sich zu beweisen, und dass es nie genug war.

Wir dachten, all das wäre Geschichte, oder? Unzählige Frauen haben über Jahre hinweg dafür gekämpft, dass diese Gewalt, dieser Missbrauch aufhören, dass diese Respektlosigkeiten ein Ende finden. Aber nun schreiben wir das Jahr 2016 und hören genau diese Sachen Tag für Tag im Wahlkampf. Wir ertrinken geradezu darin. Also tun wir, was wir Frauen schon immer getan haben: Wir versuchen, den Kopf über Wasser zu halten, es durchzustehen, uns nicht anmerken zu lassen, wie sehr es uns quält. Wir wollen nicht zeigen, was es bei uns anrichtet, wollen nicht schwach sein.

Vielleicht haben wir Angst davor, verletzlich zu wirken. Vielleicht haben wir uns einfach daran ge-

wöhnt, unsere Gefühle herunterzuschlucken, stillzuhalten, so zu tun, als ob es uns nichts ausmacht. Vielleicht wollen wir es aber auch einfach nicht wahrhaben, dass es auch heute noch Menschen gibt, die Frauen so gering schätzen. Viel zu viele gehen damit um, als wäre es eine Schlagzeile von vielen, als wäre unsere Empörung nicht berechtigt, als wäre all das normal – als gehöre all das zur Politik. Das ist nicht normal, das gehört nicht in die Politik. Das ist eine Schande. Und es darf nicht toleriert werden. Völlig unabhängig davon, welcher Partei man angehört. Keine Frau verdient, so behandelt zu werden. Niemand von uns darf so misshandelt werden.

...

Die Männer, die Sie und ich kennen, gehen mit Frauen nicht so um. Die Männer, die Sie und ich kennen, sind Väter, die ihre Töchter lieben, Männer, die allein beim Gedanken daran, dass jemand auf diese abscheuliche Art und Weise mit ihren Töchtern redet, angewidert sind. Es sind Ehemänner, Brüder und Söhne, die nicht akzeptieren, dass Frauen respektlos behandelt, erniedrigt werden. Und ebenso wie wir, haben diese Männer Angst davor, was diese Präsidentschaftswahl mit unseren Jungs macht.“

Aus dem Englischen von Daniel-Dylan Böhmer und Felix Sommerfeld

Rede von Meryl Streep anlässlich der Entgegennahme des „Cecille B. DeMille Award“ am 8. Januar 2017

Thank you very much. Thank you very much. Thank you. This town, thank you. I love you all, but you'll have to forgive me. I've lost my voice in screaming and lamentation this weekend, and I have lost my mind sometime earlier this year. So I have to read. Thank you, Hollywood Foreign Press, just to pick up on what Hugh Laurie said. You and all of us in this room really belong to the most vilified segments in American society right now. Think about it: Hollywood, foreigners and the press.

But who are we? And what is Hollywood anyway? It's just a bunch of people from other places. I was born and raised and educated in the public schools of New Jersey. Viola was born in a sharecropper's cabin in South Carolina, came up in Central Falls, Rhode Island. Sarah Paulson was born in Florida, raised by a single mom in Brooklyn. Sarah Jessica Parker was one of seven or eight kids from Ohio. Amy Adams was born in Vicenza, Veneto, Italy. And Natalie Portman was born in Jerusalem. Where are their birth certificates? And the beautiful Ruth Negga was born in Addis Ababa, Ethiopia, raised in – no – in Ireland, I do believe, and she's here nominated for playing a small-town girl from Virginia. Ryan Gosling, like all the nicest people, is Canadian. And Dev Patel was born in Kenya, raised in London, is here for playing an Indian raised in Tasmania. So Hollywood is crawling with outsiders and foreigners, and if we kick them all out, you'll have nothing to watch but football and mixed martial arts, which are not the arts.

They gave me three seconds to say this. So an actor's only job is to enter the lives of people who are different from us and let you feel what that feels like, and there were many, many, many powerful performances this year that did exactly that, breathtaking, compassionate work. But there was one performance this year that stunned me. It sank its hook in my heart not because it was good. It was — there was nothing good about it, but it was effective, and it did its job. It made its intended audience laugh and show their teeth. It was that moment when the person asking to sit in the most respected seat in our country imitated a disabled reporter, someone he outranked in privilege, power, and the capacity to fight back. It kind of broke my heart, and I saw it, and I still can't get it out of my head because it wasn't in a movie. It was real life. And this instinct to humiliate when it's modeled by someone in the public platform by someone powerful, it filters down into everybody's life because it kind of gives permission for other people to do the same thing.

Disrespect invites disrespect. Violence invites violence. When the powerful use their position to bully others, we all lose. Go on with that thing. OK. This brings me to the press. We need the principled press to hold power to account to call them on the carpet for every outrage.

That's why our founders enshrined the press and its freedom in our Constitution. So I only ask the famously well-heeled Hollywood Foreign Press and all of us in our community to join me in supporting the Committee to Protect Journalists because we are going to need them going forward and they'll need us to safeguard the truth.

One more thing. Once when I was standing around on the set one day, whining about something, you know, we were going to work through supper or the long hours or whatever, Tommy Lee Jones said to me, „Isn't it such a privilege, Meryl, just to be an actor?“ Yeah, it is, and we have to remind each other of the privilege and the responsibility of the act of empathy. We should all be very proud of the work Hollywood honors here tonight. As my friend, the dear departed Princess Leia said to me once, „Take your broken heart. Make it into art.“ Thank you, friend.

The text of Meryl Streep's speech at the Golden Globes after accepting the Cecille B. DeMille Award, according to a transcript provided by Hollywood Foreign Press Association:

Rede von Bundespräsident Gauck am 19. Januar 2017 in der Evangelischen Akademie Tutzing

Natürlich bin ich heute nicht zum ersten Mal in Tutzing. Und ich freue mich, dass ich bei Ihnen sein kann und Ihnen zum 70. Jubiläum gratulieren kann. Ich bin glücklich, hier zu sein, zumal als Staatsoberhaupt.

Ich bin froh, dass wir mit einer Institution wie dieser über so ein sichtbares Zeichen deutscher Lernerfahrung in der politischen und kulturellen Landschaft des Landes verfügen. Es gibt eben Gründe dafür, dass man diesem Land vertrauen kann. Und das war anfangs, als Einrichtungen wie diese gegründet wurden, überhaupt nicht evident. Dass es irgendwann einmal wieder Gründe geben würde für ein tiefes Zutrauen zu diesem Gemeinwesen und dass Sie daran mitgewirkt haben, natürlich zusammen mit vielen anderen – das ist doch ein Ensemble von Mitwirkenden bei der Demokratisierung eines Landes. Ich denke nur an unsere politischen Stiftungen und ihre segensreiche Wirkung. Dass Sie daran so kräftig mitgewirkt haben, dass Sie im ganzen Land einen Namen haben, eine Marke sind, das ist wirklich Grund zu großer Freude und tiefer Dankbarkeit.

Frage man nach dem Beitrag des Protestantismus zur Entwicklung einer stabilen und weltoffenen, einer menschenfreundlichen Demokratie, so kommen wir also nicht zuletzt auf die 18 Evangelischen Akademien. Ich habe gelesen, der Philosoph Hans-Georg Gadamer und der Publizist Rudolf Augstein – zwei, wie wir wissen, sehr unterschiedliche Menschen – hätten ganz unabhängig voneinander formuliert: Die Akademien seien das Beste, was den Kirchen der Bundesrepublik nach 1945 eingefallen sei. Auch wenn ich diesem Urteil nicht vollständig zu folgen vermag – ich freue mich immer, wenn ich hierher komme.

Dies ist ein Haus der politischen und der kulturellen Bildung, und ein Haus des offenen Meinungsaustausches. Und aus diesem Geist heraus ist Tutzing, und ich denke auch ganz besonders an die Tagungen des Politischen Clubs der Akademie, Ausgangspunkt großer, bewegender bundesdeutscher Debatten geworden:

Die Bundesrepublik hat viele Debatten erlebt, und die Akademien der christlichen Kirchen gehörten eben oftmals zu den Arenen, in denen sie öffentlich ausgefochten wurden, und zwar nicht selten mit einiger Härte. Im Ganzen betrachtet haben diese Auseinandersetzungen unsere Republik vorangebracht. Das Ringen verschiedener gesellschaftlicher Strömungen um Einfluss hatte einen zivilisierten Rahmen gefunden und größere Teile der Bevölkerung konnten teilnehmen, oftmals überdies vermittelt durch die Medien.

Häufig entzündeten sich diese Debatten am Umgang mit der deutschen Vergangenheit. Ich denke etwa an den Historikerstreit der 1980er Jahre. Er wurde von Anfang an nicht nur in Fachjournalen, sondern in der überregionalen Presse ausgetragen.

Oder nehmen wir die Debatte um die Wehrmachtsausstellung, die – fünfzig Jahre nach Kriegsende – in allen Ecken der Republik und in allen Schichten der Gesellschaft geführt wurde und die unsere Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus um eine weitere Facette erweiterte. Und die übrigens in ihrem Verlauf auch dazu führte, dass Fehler der Ausstellung erkannt wurden und dass sie neugestaltet wurde. Das zeigt schon die aufklärerische Wirkung ernsthafter Debatten.

Es ist immer eine der wichtigen Quellen politischer Stabilität in der Bundesrepublik gewesen, durch Gespräch Verständigung und Interessensausgleich zu erreichen. Diese Diskursgesellschaft, auf dem Prinzip der Vernunft und der Überzeugungskraft des sachlichen Arguments gründend, erlebt in unseren Tagen offenkundig Veränderungen, die manche von uns als Krise wahrnehmen, wie so vieles uns neuerdings krisenhaft erscheint. Auch wenn man bezweifeln mag, ob das immer angemessen ist. Nicht nur erleben wir, wie in manchen politischen Milieus das Vertrauen in die demokratischen Institutionen und die politischen Eliten schwindet; nicht nur erleben wir eine zunehmende innenpoli-

tische Polarisierung mit stärker werdenden populistischen Kräften. Wir sind auch immer wieder konfrontiert mit der Verrohung von Sprache und der Erosion von Diskussionskultur. Und damit einher geht eine zunehmende Fragmentierung des gesellschaftlichen Diskurses.

Jürgen Habermas, der Theoretiker der demokratischen Öffentlichkeit, hat diese Krise schon vor einigen Jahren vorhergesehen. Im virtuellen Raum zerfalle das Publikum „in eine riesige Anzahl von zersplitterten, durch Spezialinteressen zusammengehaltenen Zufallsgruppen“.

Zwar ist die Annahme, wir befänden uns alle stets im selben Diskurs, schon immer so etwas wie ein aufklärerischer Trugschluss gewesen. Denn natürlich kann es uns nicht völlig neu sein, dass es verschiedene Kommunikationsmilieus gab und gibt und dass wir uns, ganz natürlicherweise, bevorzugt mit Menschen umgeben und austauschen, die eine ähnliche Weltsicht oder politische Einstellung haben wie wir selbst. Neu ist jedoch, dass dieser Effekt um ein Vielfaches verstärkt und politisch wirksam wird – vor allem mit Hilfe der Echokammern sozialer Netzwerke im Internet. Die Nutzer solcher Diskurskavernen werden fortwährend in dem bestätigt, was sie ohnehin schon zu wissen glauben.

Wenn aber die Sicht auf die Welt nicht mehr von den unabhängigen Medien beeinflusst wird, die einem mitteilen, was geschieht, sondern vom Newsfeed, der verstärkt, was man zu lesen wünscht, dann wird es sehr einfach, zum Beispiel Verschwörungstheorien zu verbreiten. Dann wird es auch sehr einfach, Horrorszenerien an die Wände und virtuellen Echokammern zu malen, um Menschen gegeneinander aufzubringen.

Und wenn dann noch autoritär gelenkte Staaten durch Cyberangriffe in die Wahlen demokratischer Länder eingreifen, wenn es zum Geschäftsmodell für Menschen in Regionen weit weg vom eigentlichen Geschehen wird, politische Falschmeldungen zu streuen, dann kann sogar irgendwann die liberale Gesellschaft und ihre politische Kultur in Gefahr geraten. Wahlen sind das zentrale Instrument der repräsentativen Demokratie. Die Demokratie muss deshalb abwehrbereit bleiben und zwar auch im virtuellen Raum.

Wie rasant der digitale Wandel unserer Kommunikation verläuft, das zeigen schon die Zahlen: Heute gibt es weltweit mehr Telefone als Menschen, und fast die Hälfte der Menschheit hat inzwischen Zugang zum Internet. Das ist ja eigentlich gut, denn Zugang zu Daten bedeutet Teilhabe. Aber zugleich sind soziale Netzwerke für hunderte Millionen Menschen inzwischen zur wichtigsten Informationsquelle geworden. Welche komplexen Fragen dieser Wandel aufwirft, das lässt sich auch daran ersehen, dass selbst der Gründer des weltweit größten sozialen Netzwerks Schwierigkeiten damit hat, das Wesen seiner eigenen Firma zu definieren. Er fragt sich, ob er ein Technik- oder ein Medienunternehmen führt. Jedenfalls gilt auch hier: Mit großer Macht geht große Verantwortung einher.

Der Aufstieg sozialer Netzwerke als Informationsquellen wird von einem relativen Bedeutungsverlust der traditionellen Medien begleitet. Die scharfe Ablehnung, die ihnen an den Rändern des politischen Spektrums entgegenschlägt, sie ist besorgniserregend.

Qualitätsjournalismus ist aber wichtiger denn je in einer schnelllebigen Zeit, in der oft nicht der Inhalt einer Meldung entscheidend ist, sondern wichtiger ist, wie zügig sie verbreitet wird. Natürlich wissen wir auch: Es hat Fehlentwicklungen und Versäumnisse gegeben. In manchen Fällen schien zu gelten, das was nicht sein darf, auch nicht sein kann. Die Erkenntnis hat eine selbstkritische Debatte innerhalb der Medien erzeugt. Die muss auch sein. Daraus aber abzuleiten, die traditionellen Medien seien eine „Lügenpresse“, das ist doch nun wirklich eine groteske Überzeichnung und in sich selbst schon infame politische Propaganda. Glauben Sie mir: Ich weiß, was Lügenpresse ist. Ich habe sie erlebt, jahrzehntlang, in der DDR, und die Älteren zuvor in der Zeit des Nationalsozialismus.

Und gerade deshalb glaube ich fest daran, dass seriöser Journalismus offensiv und selbstbewusst mit seinen Vorzügen werben kann, mit gründlicher Recherche und mit politischer Unabhängigkeit.

Es gibt nun auch einige Erkenntnisse, die optimistisch stimmen. Auch wenn es uns Deutschen manchmal schwerfällt, optimistische Botschaften anzunehmen – da hören wir einmal ganz genau hin: Die Befunde Ihrer Forschung, verehrter Professor Reinemann, habe ich mit Interesse zur Kenntnis ge-

nommen. Besonders die Beobachtung, dass das Vertrauen in die etablierten Medien in der Mitte der Gesellschaft gar nicht so stark abgenommen hat, wie wir es im Sog der aktuellen Berichte oft denken. Tatsächlich hat sich aber der Ton der heutigen Medienkritik erheblich verschärft. Auch stellen Sie fest, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen Fundamentalkritik an den Medien und politischer Unzufriedenheit. Wer seine Meinung eben nicht in den Medien repräsentiert sieht, findet oftmals, die Medien seien Büttel der Mächtigen. Das heißt dann im Umkehrschluss: Wenn die Politik Vertrauen zurückgewinnen kann, dann können das auch die Medien.

Wer Vertrauen wiedergewinnen will, darf vor allem eins nicht tun: den Anspruch aufgeben, nach der Wahrheit zu suchen. Natürlich ist mir bewusst, wie schwer es ist, sich zu verständigen, wenn sich keine Einigkeit mehr darüber erzielen lässt, was wahr sei. Ich denke an Hannah Arendt, die damals folgendes formuliert hat:

„Wo Tatsachen konsequent durch Lügen und Totalfiktionen ersetzt werden, stellt sich heraus, dass es einen Ersatz für die Wahrheit nicht gibt. Denn das Resultat ist keineswegs, dass die Lüge nun als wahr akzeptiert und die Wahrheit als Lüge diffamiert wird, sondern dass der menschliche Orientierungssinn im Bereich des Wirklichen, der ohne die Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit nicht funktionieren kann, vernichtet wird.“

Arendt hat übrigens schon sehr früh, in dem kleinen Band „Besuch in Deutschland“, festgestellt, dass es nach der Diktatur ganz markante Verluste, Verluste an Wirklichkeit in Deutschland gebe. Und einer dieser Verluste an Wirklichkeit war der Verlust der Fakten, der Realität. Weil so viele nicht begreifen konnten, wie es sich mit der Schuld verhielt und was die Fakten der Diktatur waren. So setzte eine psychische Kompensation ein, die die wirkliche Wirklichkeit durch Meinungen über die Wirklichkeit ersetzte. Und wenn man dann etwas dagegen sagte, dann hieß es: Aber wir sind jetzt doch Demokraten, wir haben doch Meinungsfreiheit. Das war wenige Jahre nach Kriegsende.

Was also – so fragen wir uns nach so einer Überlegung – können wir tun, damit uns die Wahrheit nicht verloren geht?

Gegenwärtig leiden wir am „Google-Knowing“ – einem Halbwissen, das daraus entsteht, dass wir die Herkunft einer Information beim Wissenserwerb im Netz gar nicht mehr hinterfragen. Wir brauchen aber eine gewisse Methodik – der Historiker würde sagen: Quellenkritik. Ohne das geht es nun einmal nicht in der historischen Forschung. Wir brauchen intellektuelles Rüstzeug, um Informationen zu reflektieren, sie einzuordnen und aus ihnen Schlüsse zu ziehen. Und das alles muss wieder stärker in den Mittelpunkt unserer Schulbildung rücken. Wir müssen uns einmal vorstellen, welche Bedeutung der Umgang mit der neuen Technik in unseren Schulen hat. Und ausgerechnet bei einer Bevölkerungsgruppe, die so intensiv verbunden ist mit diesen neuen Kommunikationstechnologien, ausgerechnet dort entlassen wir sie ohne pädagogische Leitung in das Leben?

Bildung muss in jedem jungen Menschen einen kritischen Zugang zur Welt fördern, nicht im Sinne des „Dagegenseins“, sondern der Förderung des eigenständigen Denkens. Wir brauchen eben eine Medienkompetenz, die einen emanzipierten Umgang mit neuen Technologien erlaubt. Diese Kompetenz brauchen ja nun keineswegs nur Schüler und Studierende, sondern auch alle erwachsenen Bürgerinnen und Bürger. Denn sie ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine Demokratieerziehung, die das Individuum stark macht und ihm verantwortungsvolle politische Teilhabe erst ermöglicht.

Zum Streben nach Wahrheit gehört immer auch eine selbstkritische Haltung. Damit ist hier die Einsicht gemeint, dass unsere offene Debattenkultur keineswegs nur unter Hassrhetorik leidet. Diese Einsicht ist nicht neu, und sie hat vor allem im vergangenen Jahr zu nachdenklicher Selbstreflexion in den Medien geführt. Eine der Leitfragen der Diskussion lautet – und muss lauten: Besteht nicht die Gefahr, dass eine bisweilen aufscheinende Tabuisierung und Normierung von Sprache – auch politischer Sprache – auf immer mehr Widerstand bei denen stößt, die sie als verbrämend empfinden? Es gilt, Offenheit in klugen Einklang mit Sensibilität und Differenzierung zu bringen. Wer aber offen

sein möchte, sollte zugleich Klarheit anstreben. Das bedeutet auch, fähig zu sein, komplexe Sachverhalte in einer Sprache abzubilden, die eben von mehr Menschen, möglichst von allen, verstanden wird. Das einfache Wort dürfen wir doch nicht jenen überlassen, die vom Rand des politischen und gesellschaftlichen Spektrums her Einfluss nehmen wollen auf uns alle. Eine positiv verstandene und erhellende Vereinfachung würde beitragen zu einer Kommunikation der Vielen – statt einer Kommunikation der Wenigen und besonders Gebildeten.

Viele einzubeziehen heißt, viele Meinungen anzuhören, auch solche, die einem nicht gefallen, die auch mir nicht gefallen. Offene Gesellschaft heißt: bereit sein zum Gespräch, ja, sagen wir alle, aber es heißt eigentlich doch auch, bereit sein zum Streit, zum Streitgespräch. Und dieser Streit darf – zumal in rauen Zeiten – gelegentlich durchaus heftig ausfallen. Aber Streit braucht auch Regeln, wie im Sport. Solange er mit Respekt geführt wird, kann er eben auch am Ende, mögen wir ihn fürchten oder nicht, bei der Verständigung helfen. Es ist wichtig, dass wir uns gerade in solchen gepflegten Diskursarenen darüber verständigen, dass nicht alles, was da draußen herumtobt, schon der Anfang vom Ende der Demokratie ist. Ich habe gestern in Anlehnung an Timothy Garton Ash das Wort von der „robusten Zivilität“ gebraucht. Und deshalb glaube ich: Unsere Demokratie ist stark und erwachsen genug, um nicht bei jedem Wort gleich in Ohnmacht zu fallen – sondern dann halten wir dagegen. Und wir eröffnen dann einen Streit, hoffentlich nach unseren Regeln und immer auf dem Boden unseres Grundgesetzes.

Bei aller Beschäftigung mit den Kritikern von Staat und Medien sollten wir also nicht vergessen, wie stabil unsere gesellschaftliche Mitte ist – es ist diese, unsere Zivilgesellschaft. Dieses Deutschland ist nicht die Weimarer Republik. Wir haben nicht nur Institutionen, sondern wir haben uns, unser Miteinander. Und wir werden niemals erlauben, dass von den Rändern her dieses kostbare Gut unserer Demokratie eingerückt oder gar zerquetscht wird. Niemals. Denn machen wir uns doch bewusst, dieses Land bietet seinen Bürgern so große Lebens- und Entfaltungschancen wie nie zuvor in der deutschen Geschichte. Bei meinen Reisen durch Deutschland habe ich in den vergangenen fünf Jahren die Fülle dieser Möglichkeiten und die vielfältigen Stärken der Menschen selbst erlebt. Und ich habe unser Land noch dazu im Gespräch mit internationalen Partnern erlebt und damit auf eine ganz neue Weise kennengelernt. Der Blick von außen hilft gelegentlich, wie wir wissen. Zum Beispiel dabei zu erkennen, welchen Respekt sich Deutschland durch sein festes und glaubwürdiges Bekenntnis zur Menschenwürde und den anderen universellen Werten erworben hat und wie sehr man andernorts unseren selbst erarbeiteten Wohlstand, unseren gesellschaftlichen Frieden und die Fähigkeit zu Ausgleich und Kompromiss schätzt.

Der Rechtsstaat schützt vor Machtmissbrauch und Willkür. In der sozialen Marktwirtschaft verbinden sich unternehmerische Initiative und innovative Ideen mit Arbeitnehmerinteressen und fairem Interessenausgleich. Und in unserer Bürgerschaft übernehmen Menschen – statt auf das sogenannte System zu schimpfen oder in einer Opferrolle zu verharren – ganz freiwillig Verantwortung für andere und füreinander. Viele Millionen Deutsche engagieren sich ehrenamtlich. Sie tun es überall, in den Schulen und Vereinen, in den Kirchen, in der Flüchtlingshilfe, Sport und Kultur. Nicht immer ist die Arbeit sichtbar. Oft erfolgt sie still und leise. Aber sie schafft einen ungeheuren gesellschaftlichen Zusammenhang. Unser Medienkonsum leitet uns manchmal dazu an, die Gesellschaft von ihren Konfliktzonen her zu definieren. Aber das Wissen um dieses Netzwerk könnte in uns die tiefe Überzeugung stärken, dass dies ein gesegnetes Land mit starken Kräften und starken Bürgern ist. Wir könnten zu einer Haltung gelangen, dass wir wirklich eine beständige Antithese gegen diese so verbreitete Kultur des mürrischen Unzufriedenseins und der Empörung darstellen können.

Die Offenheit, die unsere Gesellschaft prägt, wird von ihren Feinden gerne als Schwäche ausgelegt. Dabei vermag es gerade die Demokratie, mit Veränderungen und sogar mit Angriffen umzugehen. Neue Anliegen und Positionen finden Berücksichtigung, jedenfalls solange sie nicht den Boden des Grundgesetzes verlassen.

Unsere Demokratie hat viel Erfahrung auch mit Transformationen und mit Anpassung. Sie hat sich auch schon früher gegen innere und äußere Bedrohungen behauptet. Denken wir mal an vergangene Jahrzehnte, als die bundesdeutsche Demokratie den Terrorismus überstehen musste, ohne dabei ihre Prinzipien zu verraten. Unser Land hat es trotz einiger Probleme vermocht, 16 Millionen Landsleute aus dem Osten, die, in einer Diktatur aufgewachsen, zu großen Teilen auch diktaturtypische Haltungen angenommen hatten, in die Bundesrepublik zu integrieren. Was für gewaltige Anstrengungen. Und nicht zuletzt ist das doch gelungen durch die Macht des freien Wortes, des Arguments und der Debatte.

So liegt in den gegenwärtigen Verwerfungen und Diskussionen auch eine Chance. Denn wir sind gezwungen, uns aufs Neue bewusst zu machen, was wir an unserer Demokratie haben. Einmal mehr kann die Demokratie ihre Stärke, ihre Lernfähigkeit und ihre Anpassungskraft unter Beweis stellen. Zweifellos braucht unsere Gesellschaft auch weiterhin Foren für menschliche Begegnung, auch Rückzugsräume von der alltäglichen Schnelllebigkeit, Orte der Reflektion, auch Orte der Einkehr. Und da komme ich nun noch einmal zurück auf Ihr Haus, verehrter Herr Direktor, ja auf den eigentlichen Ursprung der Akademie. Ich denke daran, wie Plato sie sah – als Ort der Erkenntnis. Ein solcher Raum will diese Evangelische Akademie sein. Bitte geben Sie diesen Anspruch nicht auf. Tragen Sie ihn weiter in die Zukunft.

Es hat sich gefügt, dass Ihr Präsident ein Christenmensch ist. Und deshalb möchte ich mit einer christlichen Anmerkung meine Rede heute beschließen. Wir befinden uns hier, das ist uns ja bewusst, in einer Evangelischen Akademie. Und ich will mich von hier nicht verabschieden, ohne darauf hinzuweisen, dass es da doch wohl ein Proprium geben müsse – also etwas, das sie von anderen, säkularen Bildungsträgern zu unterscheiden vermag. Ich wünschte mir jedenfalls, dass eine solche Akademie all den Diskursen, die unsere Gesellschaft jeweils prägen, etwas hinzufügt – nämlich das, was der christliche Glaube dem Leben hinzufügen kann. Es wäre eindimensional und auch lebensfremd, würden wir die Potenziale all der Menschen, die vom christlichen Glauben geprägt worden sind, nicht einbeziehen in die Lebensprozesse einer Gesellschaft. Wir wissen um die größere Hoffnung und die größere Hingabe, die glaubende Menschen in die Welt gebracht haben. Darum sollten zentrale Themen des Glaubens auch auf der Agenda bleiben. Die Akademie kann ja trotzdem ein Forum bieten, auf dem die Themen der Zeit mit den unterschiedlichsten Debattenteilnehmern verhandelt werden. Aber sie soll „die Sache mit Gott“ nicht preisgeben. Denn im Vertrauen auf Gott haben Menschen ihre Potenziale erweitern können. Sagen wir es einmal in ganz traditioneller Sprache: Mag der Schöpfergott sich auch unserem Verstehen entziehen, so bleiben doch die, die auf ihn bezogen sind, Gesegnete, Bestärkte, Ermächtigte.

Freilich sind diese Worte nur Annäherungen an das Geheimnis, dem wir uns nähern, wenn wir „Gott“ sagen. Aber es gibt Geheimnisse, die wirkmächtig sind – und deshalb soll eben in einer Evangelischen Akademie Raum für die Geheimnisse des Glaubens sein.

Und nun mein Abschiedswunsch: Bleiben Sie ein Segen für alle, die hier einkehren. Bleiben Sie denen treu, die sich um die Zukunft unseres Gemeinwesens und der Welt Sorgen machen. Begegnen Sie der Kultur der Ängstlichkeit und des Verdrusses mit einem glaubensgestärkten Ja zur Zukunft.

„Präsident des obersten Gerichtshofes Roberts, Präsident Carter, Präsident Clinton, Präsident Bush, Präsident Obama, meine amerikanischen Mitbürger und Menschen aller Welt, ich danke euch.

Wir, die Bürger Amerikas, sind nun in einer großen nationalen Anstrengung geeint, unser Land wieder aufzubauen und seine Hoffnung für unser ganzes Volk wiederherzustellen.

Gemeinsam werden wir den Kurs Amerikas und der Welt für viele, viele Jahre lang bestimmen. Es wird Herausforderungen und schwierige Situationen geben, aber wir werden es schaffen.

Alle vier Jahre kommen wir auf diesen Stufen für die geordnete und friedliche Machtübergabe zusammen. Und wir sind Präsident Obama und der First Lady Michelle Obama für ihre freundliche Hilfe in dieser Übergangszeit dankbar. Sie waren großartig. Danke.

Die heutige Zeremonie, jedoch, hat eine ganz besondere Bedeutung. Denn heute übergeben wir die Macht nicht nur von einer Regierung an die andere oder von einer Partei an die andere, sondern wir nehmen die Macht von Washington D.C. und geben sie an euch, das Volk, zurück.

Zu lange hat eine kleine Gruppe in der Hauptstadt unseres Landes von der Regierung profitiert, und das Volk hat die Kosten getragen. Washington blühte, aber das Volk hat nichts von dem Reichtum gehabt.

Politikern ging es gut, aber die Arbeitsplätze wanderten ab und die Fabriken schlossen. Das Establishment schützte sich selbst, aber nicht die Bürger unseres Landes. Ihre Siege waren nicht eure Siege, ihre Triumphe waren nicht eure Triumphe. Und während sie in der Hauptstadt unseres Landes feierten, gab es für Familien am Existenzminimum in unserem ganzen Land wenig zu feiern.

All das ändert sich hier und jetzt. Denn dieser Augenblick ist euer Augenblick. Er gehört euch. Er gehört allen, die heute hier versammelt sind, und allen, die in ganz Amerika zuschauen. Dies ist euer Tag, dies ist eure Feier, und dies, die Vereinigten Staaten von Amerika, ist euer Land.

Worauf es wirklich ankommt, ist nicht, welche Partei unsere Regierung führt, sondern ob unsere Regierung vom Volk geführt wird. Der 20. Januar 2017 wird als der Tag in der Erinnerung bleiben, an dem das Volk wieder zu den Herrschern dieser Nation wurde.

Die vergessenen Männer und Frauen unseres Landes werden nicht mehr vergessen sein. Alle hören jetzt auf euch. Ihr seid zu Millionen gekommen, um Teil einer historischen Bewegung zu werden, wie sie die Welt noch nie zuvor gesehen hat.

Im Zentrum dieser Bewegung steht die entscheidende Überzeugung, dass die Nation da ist, um ihren Bürgern zu dienen. Amerikaner wollen tolle Schulen für ihre Kinder, sichere Wohngegenden für ihre Familien und gute Jobs für sich selbst. Dies sind gerechtfertigte und vernünftige Forderungen von rechtschaffenen Menschen und einer rechtschaffenen Öffentlichkeit.

Doch für zu viele unserer Bürger gibt es eine andere Realität: Mütter und Kinder, die in unseren innerstädtischen Problemvierteln in Armut gefangen sind; verrostete Fabriken, die wie Grabsteine über die Landschaft unserer Nation verstreut liegen; ein Bildungssystem, das genug Geld hat, das aber unsere jungen und schönen Schüler jeglichen Wissens beraubt; und das Verbrechen und die Banden und die Drogen, die zu viele Leben gestohlen und unserem Land so viel unerfülltes Potenzial genommen haben.

Dieses Massaker Amerikas endet hier und jetzt.

Wir sind eine Nation, und ihr Schmerz ist unser Schmerz. Ihre Träume sind unsere Träume. Und ihr Erfolg wird unser Erfolg sein. Wir teilen ein Herz, eine Heimat und ein ruhmreiches Schicksal. Der Amtseid, den ich heute schwöre, ist ein Treueeid an alle Amerikaner.

Viele Jahrzehnte lang haben wir ausländische Industrien auf Kosten der amerikanischen Industrie reicher gemacht; die Armeen anderer Länder finanziell unterstützt, während wir unsere eigene Armee ausgehungert haben. Wir haben die Grenzen anderer Länder verteidigt, aber uns geweigert, unsere eigene zu verteidigen.

Wir haben Billionen und Aberbillionen von Dollar im Ausland ausgegeben, während die amerikanische Infrastruktur zerfallen ist. Wir haben andere Länder bereichert, während sich der Reichtum, die Stärke und das Selbstbewusstsein unseres eigenen Landes sich über dem Horizont aufgelöst hat. Eine Fabrik nach der anderen schloss und verließ das Land, ohne auch nur einen Gedanken an die Millionen und Abermillionen amerikanischer Arbeiter zu verschwenden, die zurückgelassen wurden. Der Reichtum unsere Mittelklasse ist von ihr gerissen und in der ganzen Welt verteilt worden.

Aber das ist Vergangenheit. Jetzt blicken wir nur in die Zukunft.

Wir sind heute hier zusammengekommen, um ein neues Dekret zu erlassen, das man in jeder Stadt, in jeder ausländischen Hauptstadt und in jedem Machtzentrum hören soll. Vom heutigen Tag an wird eine neue Vision unser Land regieren. Vom heutigen Tag an wird es nur noch Amerika zuerst heißen, Amerika zuerst.

Jede Entscheidung zum Handel, zur Besteuerung, zur Einwanderung, zur Außenpolitik wird zum Wohl der amerikanischen Arbeiter und amerikanischen Familien gemacht. Wir müssen unsere Grenzen vor der Verwüstung schützen, die andere Länder anrichten, die unsere Produkte herstellen, unsere Unternehmen stehlen und unsere Arbeitsplätze zerstören.

Schutzmaßnahmen werden zu großem Wohlstand und Stärke führen. Ich werde mit jedem Atemzug meines Körpers für euch kämpfen, und ich werde euch nie hängenlassen.

Amerika wird wieder anfangen, zu gewinnen – gewinnen, wie nie zuvor.

Wir werden unsere Arbeitsplätze zurückbringen. Wir werden unsere Grenzen zurückholen. Wir werden unseren Wohlstand zurückbringen. Und wir werden unsere Träume zurückbringen.

Wir werden neue Straßen und Autobahnen und Brücken und Flughäfen und Tunnel und Bahnstrecken quer durch unser wunderbares Land bauen. Wir werden unsere Leute aus der Sozialhilfe holen und wieder zur Arbeit bringen, unsere Nation mit amerikanischen Händen und amerikanischer Arbeit wieder aufbauen.

Wir werden zwei einfachen Regeln folgen – amerikanisch kaufen und Amerikaner anheuern.

Wir werden uns bei den Nationen der Welt um Freundschaft und Wohlwollen bemühen, aber wir tun dies in dem Verständnis, dass es das Recht aller Nationen ist, ihre eigenen Interessen voranzustellen. Wir streben nicht danach, jemandem unsere Lebensweise aufzuzwingen, sondern, sie als Beispiel leuchten zu lassen. Wir werden leuchten, damit uns alle folgen.

Wir werden unsere alten Allianzen verstärken und neue bilden und die zivilisierte Welt gegen radikal-islamischen Terrorismus vereinen, den wir vom Erdboden auslöschen werden.

Die Grundlage unserer Politik wird eine absolute Loyalität zu den Vereinigten Staaten von Amerika sein, und durch unsere Loyalität zu unserem Land werden wir die Loyalität zueinander wiederentdecken. Wenn ihr euer Herz dem Patriotismus öffnet, dann gibt es keinen Platz für Vorurteile.

Die Bibel sagt uns wie gut und angenehm es ist, wenn die Völker Gottes zusammen in Einheit leben. Wir müssen unsere Gedanken offen aussprechen, unsere Meinungsverschiedenheiten offen diskutieren, aber immer Solidarität anstreben. Wenn Amerika geeint ist, dann ist Amerika absolut unaufhaltsam.

Es sollte keine Angst geben. Wir sind geschützt und wir werden immer geschützt sein. Wir werden von den großartigen Männern und Frauen unseres Militärs und der Sicherheitskräfte geschützt werden. Und, was am wichtigsten ist, wir werden von Gott geschützt werden.

Zu guter Letzt müssen wir groß denken und noch größer träumen. In Amerika verstehen wir, dass eine Nation nur so lange lebendig ist, wie sie etwas anstrebt. Wir werden keine Politiker mehr akzeptieren, die nur reden und keine Taten setzen, die sich ständig beschweren, aber nie etwas dagegen tun. Die Zeit für leeres Gerede ist vorbei. Nun kommt die Stunde des Handelns.

Erlaubt niemandem, euch zu sagen, dass es nicht zu schaffen ist. Keine Herausforderung kann sich mit dem Herz und dem Kampfeswillen und dem Geist Amerikas messen. Wir werden nicht scheitern. Unser Land wird wieder blühen und gedeihen.

Wir stehen an der Geburt eines neuen Jahrtausends, bereit, die Geheimnisse des Weltraums zu entschlüsseln, die Welt von den Qualen von Krankheiten zu befreien und die Energien, Industrien und Technologien von Morgen zu nutzen. Eine neuer Nationalstolz wird uns bewegen, unseren Blick erheben und unsere Gräben schließen.

Es ist Zeit, sich an die alte Weisheit zu erinnern, die unsere Soldaten niemals vergessen werden – dass, egal ob wir schwarz, oder braun oder weiß sind, in unseren Adern dasselbe, rote Blut von Patrioten fließt.

Wir alle genießen dieselben glorreichen Freiheiten und wir alle salutieren der gleichen, großartigen amerikanischen Flagge.

Und egal, ob ein Kind um Großraum von Detroit geboren wird oder auf den windgepeitschten Ebenen von Nebraska, sie blicken auf zum gleichen Nachthimmel, sie haben dieselben Träume im Herzen und sie werden vom gleichen allmächtigen Schöpfer mit dem Hauch des Lebens durchdrungen. Alle Amerikaner in jeder Stadt, nah und fern, groß und klein, von Berg zu Berg, von Ozean zu Ozean, hört diese Worte. Ihr werdet niemals mehr ignoriert werden.

Eure Stimme, eure Hoffnungen und eure Träume werden unser amerikanisches Schicksal bestimmen. Und euer Mut und eure Tugend und Liebe wird uns für immer auf diesem Weg leiten.

Gemeinsam werden wir Amerika wieder stark machen. Wir werden Amerika wieder wohlhabend machen. Wir werden Amerika wieder stolz machen. Wir werden Amerika wieder sicher machen. Und ja, gemeinsam werden wir Amerika wieder großartig machen.

Danke. Gott segne euch. Und Gott segne Amerika. Danke. Gott segne Amerika.“

[. de/politik/ausland/donald-trumps-rede-zum-amtsantritt-im-wortlaut-a-1131038.html](https://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-trumps-rede-zum-amtsantritt-im-wortlaut-a-1131038.html)

Rede von Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert zur Eröffnung der 16. Bundesversammlung am 12. Februar 2017 in Berlin

107

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Exzellenzen! Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle, die Mitglieder und Gäste, herzlich zur 16. Bundesversammlung im Reichstagsgebäude in Berlin, dem Sitz des Deutschen Bundestages. Ich freue mich über die Anwesenheit unseres früheren Bundespräsidenten Christian Wulff und des langjährigen österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer. Seien Sie uns herzlich willkommen!

Meine Damen und Herren, der 12. Februar ist in der Demokratiegeschichte unseres Landes kein auffälliger, aber eben auch kein beliebiger Tag. Heute vor genau 150 Jahren, am 12. Februar 1867, wurde ein Reichstag gewählt, nach einem in Deutschland nördlich der Mainlinie damals in jeder Hinsicht revolutionären, nämlich dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht. Der Urnengang zum konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes stützte sich auf Vorarbeiten der deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche. Bei deren Wahl 1848 war das Stimmrecht in den Einzelstaaten noch an die berufliche Selbstständigkeit des Wählers geknüpft gewesen. Arbeiter und Dienstboten blieben wie Bedürftige deshalb weitgehend ausgeschlossen. Die Entscheidung ausgerechnet Otto von Bismarcks für ein allgemeines Wahlrecht, nur für Männer freilich – ich habe jetzt keine Empfehlung vorgetragen, sondern auf historische Entwicklungen aufmerksam machen wollen –, folgte im Ringen um die nationale Einheit unter preußischer Führung rein taktischen Erwägungen, wie Bismarck rückblickend bekannte. Öffentlich tat er allerdings 1867 kund, „kein besseres Wahlgesetz“ zu kennen, und würdigte dieses allgemeine Wahlrecht als „Erbeil der Entwicklung der deutschen Einheitsbestrebungen“. Mit der Einschätzung, dass das allgemeine Wahlrecht ein unaufgebbarer Erbeil der deutschen Einheitsbestrebungen sei, behielt Bismarck ungewollt mehr recht als mit seiner persönlichen Erwartung, das Volk würde schon selbst einmal einsichtig genug werden, sich vom allgemeinen Wahlrecht wieder frei zu machen. Das hat sich glücklicherweise nicht bestätigt.

Bis heute wählen wir – inzwischen selbstverständlich auch die Frauen – nach diesem Prinzip unsere Repräsentanten: in die Stadt- und Gemeinderäte, in die Landtage und in den Bundestag. Und weil unsere Demokratie aus noch immer überzeugenden Gründen im Kern repräsentativ verfasst ist, haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes im klug austarierten Zusammenwirken der Verfassungsorgane die Wahl des Bundespräsidenten ganz bewusst der Bundesversammlung anvertraut, einem Gremium, in dem Sie, meine Damen und Herren, beauftragt sind, die Gesellschaft im Ganzen zu repräsentieren.

Diese 16. Bundesversammlung ist mit 1 260 Mitgliedern die drittgrößte seit Gründung der Republik; größer waren nur noch zwei in den 1990er-Jahren, nach der Wiedervereinigung und der ihr folgenden Vergrößerung des Bundestages, die aus guten Gründen mit Wirkung zur 15. Legislaturperiode 2002 auf 598 Abgeordnete zurückgeführt wurde. Ich hoffe, dass auch die nächste Bundesversammlung wieder im Reichstagsgebäude stattfinden kann, jedenfalls dann, wenn der Gesetzgeber das jetzt geltende Wahlrecht so verändert, dass sich die Anzahl der Sitze im Deutschen Bundestag und die damit korrespondierende doppelte Gesamtzahl der Wahlmänner und Wahlfrauen der Bundesversammlung nicht in beliebigen, unabsehbaren Größenordnungen bewegen kann.

Meine Damen und Herren, die Bundesversammlung macht schon durch ihre Zusammensetzung die herausragende Bedeutung der Wahl des Staatsoberhauptes deutlich: Sie tritt nur zu diesem Zweck und nie wieder in der gleichen Besetzung zusammen. So wenig alltäglich also das Zusammenkommen von Bundestag und den Vertretern der Länder in der Bundesversammlung ist, so außergewöhnlich sind auch die Erwartungen an den Bundespräsidenten. Nicht selten sind es übertrieben hohe Ansprüche. Richard von Weizsäcker, von dem wir – wie auch von Walter Scheel und Roman Herzog – in den vergangenen zwei Jahren Abschied nehmen mussten, hat in seiner Antrittsrede als Bundespräsident 1984 festgestellt:

Unsere Verfassung spricht ausführlich von unseren Rechten als Bürger. Pflichten dagegen werden kaum erwähnt. In umgekehrter Weise behandelt das Grundgesetz das Amt des Bundespräsidenten ... 2014 hat das Bundesverfassungsgericht aus gegebenem Anlass diese Rechte und Pflichten präzisiert. Der Bundespräsident hat demnach insbesondere den Auftrag, „im Sinne der Integration des Gemeinwesens zu wirken“. Wie er diese Aufgabe wahrnimmt, entscheide er dabei grundsätzlich autonom und – dem knappen Amtsverständnis Richard von Weizsäckers folgend – „überparteilich, aber nicht neutral und nicht meinungslos“.

Wir entscheiden heute in dieser Bundesversammlung über die Neubesetzung dieses Amtes, das aus Sicht der Hüter des Grundgesetzes die Einheit des Staates verkörpert und das, wie es die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts formuliert haben, auf „vor allem geistig-moralische Wirkung angelegt“ ist. Ihnen, sehr geehrter Herr Bundespräsident Gauck, ist das in den vergangenen fünf Jahren auf überzeugende Weise gelungen.

(Langanhaltender Beifall und die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhebt sich)

Ich wollte noch in zwei folgenden Sätzen das zum Ausdruck bringen, was Sie nun in demonstrativer Weise bereits getan haben.

Ihnen, Herr Bundespräsident, lag das solidarische Miteinander der Bürgerinnen und Bürger ganz besonders am Herzen, und Sie haben die Gesellschaft auch immer wieder nachdrücklich in die Pflicht genommen, sich weder verängstigen noch spalten zu lassen, auch nicht in Zeiten terroristischer Gefahren. Dabei haben Sie selbst einen bedeutenden Beitrag zum demokratischen Zusammenhalt geleistet, indem Sie entschieden das Recht und die Notwendigkeit zur politischen Auseinandersetzung, auch zum heftigen Streit, betonten und zugleich Respekt vor dem politischen Gegner und Augenmaß einforderten. In den verbleibenden Tagen Ihrer Amtszeit, Herr Bundespräsident, wird es noch mehrfach Gelegenheit geben, Ihre großen Verdienste um unser Land zu würdigen. Aber im Namen der Bundesversammlung möchte ich Ihnen in aller Form unseren Dank und unseren Respekt aussprechen.

Meine Damen und Herren, den demokratischen Grundkonsens zu artikulieren, ist schwieriger geworden in einer Gesellschaft, die immer mehr Einzelinteressen kennt, und in einer Öffentlichkeit, die gern das Trennende gegenüber dem Einigenden betont, das Besondere gegenüber dem Allgemeinen. Das macht die Aufgabe des Bundespräsidenten gewiss nicht einfacher, aber seine Bedeutung im Verfassungsgefüge umso größer, erst recht in einem Moment, der von manchen Beobachtern bereits zur beunruhigenden Zeitenwende dramatisiert wird.

Dabei ist die Zukunft heute keineswegs offener als früher. Sie war immer ungewiss und forderte ordnende Gestaltung, schon gar in den vergangenen 25 Jahren seit Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands, die wir rückblickend als eine Epoche der besonderen Herausforderungen, der besonderen Hoffnungen und Chancen begreifen. Die Zukunft scheint derzeit allenfalls unberechenbarer, weil vermeintliche Selbstverständlichkeiten, gewachsene Einsichten und Überzeugungen sowie seit Jahrzehnten gültige Regeln infrage gestellt oder auch mutwillig gebrochen werden.

Meine Damen und Herren, vor 100 Jahren, zum Ende des Ersten Weltkriegs, konstituierte sich mit dem Kriegseintritt der USA aufseiten der liberalen Demokratien in Europa das, was wir heute wie selbstverständlich „den Westen“ nennen: eine weltumspannende Wertegemeinschaft. Folgen wir dem Historiker Heinrich August Winkler, so ist die Geschichte dieses normativen Prozesses, dem sich unser Land erst nach entsetzlichen Verirrungen mit Gründung der Bundesrepublik angeschlossen hat, immer auch eine Geschichte von Verstößen gegen die eigenen Werte gewesen und zugleich eine Geschichte der produktiven Selbstkritik und Selbstkorrektur. Beides braucht es auch heute mehr denn je, Selbstkritik und Selbstkorrektur, innerhalb der westlichen Staatengemeinschaft und innerhalb unserer liberalen Gesellschaften. Nicht etwa die Werte des Westens stehen infrage – sie haben nichts von ihrer Gültigkeit verloren -, aber unsere Haltung zu Menschenrechten, Gewaltenteilung,

Rechtsstaatlichkeit und den Prinzipien der repräsentativen Demokratie.

Wer Abschottung anstelle von Weltoffenheit fordert, wer sich sprichwörtlich einmauert, wer statt auf Freihandel auf Protektionismus setzt und gegenüber der Zusammenarbeit der Staaten Isolationismus predigt, wer zum Programm erklärt „Wir zuerst!“, darf sich nicht wundern, wenn es ihm andere Gleichheit – mit allen fatalen Nebenwirkungen für die internationalen Beziehungen, die uns aus dem 20. Jahrhundert hinreichend bekannt sein sollten.

Noch schöner wäre, wenn wir dieser Botschaft selber auch gerecht würden.

Die wirklich großen Herausforderungen können unter den Bedingungen der Globalisierung allesamt nicht mehr von den Nationalstaaten allein bewältigt werden, nicht in der Finanzwelt, nicht im Umgang mit den weltweiten Migrationsbewegungen, nicht im Kampf gegen den Terror oder gegen den Klimawandel. Das gilt gewiss für jedes einzelne Land in Europa, aber auch für unser großes Partnerland jenseits des Atlantiks, in dem vor wenigen Wochen ein vom Volk direkt gewähltes Staatsoberhaupt zugleich die Regierungsverantwortung übernommen hat. Jeder Versuch, diese Herausforderungen je einzeln zu bewältigen, schafft mindestens so viele neue Probleme, wie damit angeblich gelöst würden.

Wir Europäer werden nur durch das Teilen von Souveränität einen möglichst großen Rest von dem bewahren können, was früher die Nationalstaaten mit Erfolg reklamierten und heute allenfalls rückwärtsgewandte Zeitgenossen irrig für sich beanspruchen, nämlich unabhängig von anderen die eigenen Angelegenheiten selbstständig regeln zu können. Deshalb brauchen wir die Union der europäischen Staaten.

Und wenn, meine Damen und Herren, weder der russische Staatspräsident noch der amerikanische Präsident ein Interesse an einem starken Europa erkennen lassen, ist dies ein zusätzliches Indiz dafür, dass wir selbst dieses Interesse an einem starken Europa haben müssen.

Meine Damen und Herren, demokratische Haltung erwächst in Deutschland mehr noch als irgendwo sonst aus dem Wissen um die Geschichte mit ihren Abgründen, aus dem verantwortungsvollen Umgang mit der eigenen Vergangenheit. Dazu haben unsere Bundespräsidenten, von Theodor Heuss angefangen, wichtige Beiträge geleistet als Seismografen des gesellschaftlichen Geschichtsbewusstseins und als Impulsgeber: Richard von Weizsäcker mit seiner denkwürdigen Rede zum 8. Mai, Roman Herzog mit der Proklamation des 27. Januar zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, Horst Köhler und Christian Wulff mit ihren nachdrücklichen Hinweisen auf die Bedeutung Afrikas und des Islam für die Zukunftsperspektiven auch und gerade Europas und zuletzt Sie, Herr Bundespräsident, mit Ihrer Mahnung, historische Schuld nicht dazu zu benutzen, um dahinter – wie Sie es formuliert haben – „Weltabgewandtheit oder Bequemlichkeit zu verstecken“.

Bequem ist die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit nie, aber sie ist eine demokratische Tugend. „Nur wer mit sich selbst im Reinen ist, kann mit Sinn gestalten. Ähnlich sehe ich das bei einem Staat.“ Das schrieb mir nach der diesjährigen Gedenkstunde des Bundestages am 27. Januar, dem Tag der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus, ein 24-jähriger Student, berührt und „auch stolz“, wie er schreibt, angesichts des Willens zur Aufarbeitung unserer Geschichte. Keine Schwäche, wie manche behaupteten, sei das für ihn, betonte er, sondern „das exakte Gegenteil: Eine unserer größten Stärken.“

Und tatsächlich hat das erstaunliche Ansehen, das Deutschland heute in der Welt genießt, wesentlich mit unserem verantwortungsvollen Umgang mit der eigenen Gewaltgeschichte zu tun. Wer daran aus welchen Motiven auch immer rüttelt, muss wissen: Er gefährdet die internationale Reputation unseres Landes und hat die überwältigende Mehrheit der Deutschen gegen sich.

Zum historischen Werden Deutschlands gehört im Übrigen auch seine zwar wechselvolle, aber beachtliche Freiheits- und Demokratieggeschichte. Ihr angemessen und würdig zu gedenken, ist ebenso unverzichtbar wie konstitutiv für das Selbstverständnis unserer Nation. Ein Freiheits- und Einheitsdenkmal an einem zentralen Ort unserer Republik bleibt darum die noch immer ausstehende notwen-

dige Ergänzung unserer vielfältigen Gedenklandschaft in Berlin, so wie es der Deutsche Bundestag übrigens längst beschlossen hat, symbolträchtig an einem 9. November, vor inzwischen fast zehn Jahren.

Meine Damen und Herren, ich habe noch eine Bemerkung zum Datum für die historisch Interessierten unter Ihnen, denen ich schon bei der letzten Bundesversammlung mit meinen Hinweisen zum 18. März und seiner Bedeutung – von der Mainzer Republik über die Aufstände in Berlin bis zur Volkskammerwahl im März 1990 – eine besondere Freude gemacht habe. Der 12. Februar ist in der deutschen Geschichte immer wieder ein Tag der Inthronisation gewesen, an dem bereits früher Staatsoberhäupter in Amt und Würden gekommen sind: 881, heute vor 1 135 Jahren – kein Mensch kann sich mehr daran erinnern -

wurde in Rom Karl der Dicke zum Kaiser gekrönt, der über große Teile eines Territoriums herrschte, aus dem sich sehr viel später Deutschland entwickeln sollte. 861 Jahre später, am 12. Februar 1742, wurde dem Wittelsbacher Karl Albrecht von Bayern in einer prunkvollen Zeremonie – wieder nicht in Aachen – in Frankfurt die römisch-deutsche Kaiserwürde verliehen. Als Karl VII. unterbrach er nicht nur die Serie habsburgischer Kaiser, sondern er war auch der letzte Bayer an der Spitze – bis Roman Herzog kam. Dann war die Welt wieder in Ordnung.

Dass im Jahre 1111 die bereits begonnene Kaiserkrönung Heinrichs V. wegen Protesten der versammelten Bischöfe und Tumulten unter der römischen Stadtbevölkerung im Chaos abgebrochen werden musste, sollte uns heute und wird dieser Bundesversammlung gewiss nicht als Vorbild dienen.

Ein einiges, freiheitliches und rechtsstaatliches, ein demokratisches Deutschland gab es in keiner dieser Epochen unserer wechselvollen deutschen Geschichte, genauso wenig wie heute einen gesalbten Monarchen an der Spitze unseres wiedervereinten Landes. Wir haben uns versammelt, um jetzt für fünf Jahre unser Staatsoberhaupt zu wählen – nicht von Gottes Gnaden, sondern als Repräsentanten des deutschen Volkes.

Dazu habe ich noch einige formelle Hinweise vorzutragen. Ich bitte Sie dafür um die gleiche Aufmerksamkeit und Geduld, mit der Sie meiner Begrüßungsansprache lebenswürdigerweise gefolgt sind.

Rede des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier anlässlich des Besuchs des Europäischen Parlaments am 4. April 2017

111

Es ist mir eine Freude und Ehre, heute bei Ihnen zu sein – an diesem Ort der freien Rede und der offenen Debatte!

Aber meine Freude ist nicht ungetrübt. Es ist bitter, zum ersten Mal vor diesem Plenum zu sprechen, kurz nachdem ein Mitgliedsland seinen Austritt aus der Europäischen Union eingeleitet hat. Morgen werden Sie hier in diesem Parlament dazu Stellung nehmen.

Ich finde das bitter – nicht nur als Politiker, sondern zuallererst als Bürger Europas.

Sie müssen wissen: Ich bin etwa so alt wie die Europäische Union.

Als ich geboren wurde, im Jahr 1956, waren in ganz Europa die Wunden in unseren Städten noch zu sehen, die der von Hitler-Deutschland entfesselte Krieg geschlagen hatte. Noch viel größer waren die Wunden in den Herzen unserer Nachbarn. Und doch reichten sie – in eben dieser Zeit – meinem Land die Hand zum Frieden, und gemeinsam – in Rom vor 60 Jahren – setzten sie das Fundament für das neue Europa.

Als ich zur Schule kam, sägten junge Menschen symbolisch an den Schlagbäumen der europäischen Grenzen, um zu zeigen: Wir wollen mehr Europa! Das Erreichte ist nicht genug! 1968 fielen die Zollschranken innerhalb Europas, die langen LKW-Schlangen vor den Schlagbäumen war Geschichte.

Als ich an die Universität kam, war der Sog Europas schon so groß, dass die Menschen im Süden Europas – in Griechenland, Portugal, Spanien – nicht nur Diktaturen beiseite fegten, sondern sich den Weg in Freiheit und Demokratie im gemeinsamen Europa bahnten.

1989, ich lag gerade in den letzten Zügen meiner Doktorarbeit, fiel die Berliner Mauer – zu Fall gebracht von den Mutigen im Osten Europas, die auf friedlichem Weg Freiheit und Demokratie erungen hatten. Sie waren es, die nicht nur die Einheit meines Landes, sondern die Wiedervereinigung Europas möglich gemacht haben.

All das und noch viel mehr ist gemeint, wenn es in der Erklärung von Rom heißt: „Wir sind zu unserem Glück vereint!“ All das ist das große Erbe, das uns die Mütter und Väter Europas anvertraut haben und auf das unsere Kinder bauen. Dieses kostbare Erbe, das dürfen wir nicht preisgeben und nicht den Gegnern Europas überlassen. Wir müssen es bewahren, pflegen und verbessern – das ist unser historischer Auftrag!

Wenn ich zurückschaue auf die gut 60 Jahre meines Lebens und dieselbe Zeitspanne der Europäischen Union, dann ist mein Blick geprägt vom Wachsen, Werden und Gelingen des neuen Europas – der Weg von der Organisation der Mangelwirtschaft im Nachkriegseuropa bis hin zu einem Hoffnungsträger für eine gerechtere und friedlichere Welt.

Manchen schien es so – und ich schließe mich nicht aus –, als sei das Erreichte auf ewig garantiert. Aber – ich habe in meiner Biographie auch die Mühen Europas erlebt: die Krisen, die Widersprüche und Rückschläge. Ich habe lernen müssen: Mein Glaube und der Glaube vieler in meiner Generation, dass der Weg der europäischen Einigung unumkehrbar sei, war ein Irrtum. Nein, Europas Zukunft ist keine Gewissheit – das war sie nie, und das wissen wir nicht erst seit dem Brexit.

Ich erinnere mich an 2005. Ich war Außenminister meines Landes geworden, da war der Traum von einer Europäischen Verfassung gerade zerplatzt. Ich weiß noch genau, wie enttäuscht wir damals waren. Aber ich weiß noch ebenso gut, wie wir – viele von uns in diesem Saal – uns wieder aufrafften und das taten, was Europa besonders gut kann: wieder aufstehen und weitermachen. Wir nahmen die Telefonhörer in die Hand, hörten einander zu, saßen nächtelang am Verhandlungstisch – und schmiedeten, Stück für Stück, den Vertrag von Lissabon.

Was ich sagen will: Europa war nie ein Spaziergang! Europa ist ein kompliziertes, ja, ein anstrengendes Projekt. Aber: Alle Mühe lohnt sich! Den Schlehtrednern dürfen und müssen wir entgegen-

halten: Zusammenarbeit, wachsender Wohlstand und vor allem 70 Jahre Frieden – das ist das Versprechen Europas an seine Bürger. Aber nie in seiner Geschichte hat sich das Versprechen von selbst erfüllt. Es hat sich nur dann erfüllt, wenn nicht nationaler Kleingeist, sondern europäische Vernunft das Handeln der Akteure bestimmte. Das ist der Maßstab – und vor dem müssen wir bestehen!

Deshalb bin ich heute zu Ihnen gekommen. Ich möchte meine erste Rede, die ich als Bundespräsident außerhalb Deutschlands halte, nirgendwo anders halten als hier – in diesem Parlament. In Zeiten von wachsenden Fliehkräften und von lärmenden Untergangspropheten werde ich Partei ergreifen für Europa. Als Bürger bekenne ich, so wie viele Bürger in diesen Wochen neu bekennen: Ja, ich will Europa! Und als Bundespräsident kann ich sagen: Ja, die übergroße Mehrheit der Deutschen will Europa! Nicht den Rückweg in eine ungute Vergangenheit wollen wir, sondern den gemeinsamen Weg in eine bessere europäische Zukunft!

Wenn wir Ja sagen zu Europa, dann müssen wir es uns nicht schönreden, und wir müssen auch Widerspruch nicht scheuen. Wer Ja sagt zu Europa, der sagt auch Ja zum Komplizierten und Anstrengenden, zum Unfertigen an Europa.

Wie kompliziert politische Lösungen sind, wie mühsam der Prozess – wer wüsste das besser als Sie hier im Europäischen Parlament? Hier begegnen sich nicht nur widerstreitende Interessen, sondern auch unterschiedliche Kulturen, Sprachen, Traditionen. Europas Vielfalt ist ein Abenteuer, aber sie ist auch anstrengend.

Aber gerade das braucht es doch heute in Europa: dass wir uns nicht in Meinungsmilieus verschanzen. Dass wir uns über die Gräben, die sich in Europa aufgetan haben, nicht nur beklagen oder uns in die nationale Schmollecke zurückziehen, sondern dass wir auf allen Seiten ernsthaft nach Wegen suchen, Brücken über diese Gräben zu bauen.

Dazu gehört – und dazu gehörte in Europa immer – die Annahme, dass andere Recht haben könnten. Europa wurde gegründet auf der Annahme, dass andere Recht haben könnten. Europas Erfolge waren immer Kompromisse. Europas Erfolge waren der mühsame, aber eben der friedliche Ausgleich von Interessen.

Dafür steht dieses Parlament. Dafür stehen Sie in 28 Nationen. Wer würde denn überhaupt Parlamentarier werden – ohne den Willen, zu überzeugen, und zugleich die Bereitschaft, sich überzeugen zu lassen – ohne die Leidenschaft fürs Komplizierte, für die Mühen der Demokratie! Alle in diesem Saal, die diese Leidenschaft – gerade jetzt, in schweren Zeiten – aufbringen, haben meinen großen Respekt und meine Unterstützung.

Es gibt ja genügend andere Kräfte, die immer mit den ganz einfachen Antworten zur Stelle sind – der starken Hand, den klaren Feindbildern. Eine neue Faszination des Autoritären greift um sich – nicht nur weit westlich und östlich der europäischen Grenzen, sondern leider auch hier bei uns, mitten in Europa. Populisten malen die Welt in Schwarz und Weiß und schlagen aus Ängsten politisches Kapital.

Ich neige nicht zu Alarmismus. Dieses Parlament verträgt den Streit – es braucht ihn sogar. Aber: Wer demokratische Institutionen und Parlamente als Zeitverschwendung abtut, wer Kompromissbereitschaft zur Schwäche erklärt und vor allem, wer nicht mehr festhält am Unterschied von Fakt und Lüge – der rührt am Grundgerüst der Demokratie, der wird und der muss unseren entschiedenen, unseren gemeinsamen Widerspruch als Demokraten hören!

Die Welt, in der wir leben, ist unsicherer und unübersichtlicher geworden. Vielen Menschen macht das Sorgen um die Zukunft; Angst, die Kontrolle zu verlieren. Sie werden empfänglich für die Lockrufe jener, die sagen: „Kommt zurück hinter die vertrauten Butzenscheiben der Nation! Grenzen zu, Schotten dicht – nur so gewinnen wir unsere Souveränität zurück!“

Aber es ist nicht nur naiv, es ist unverantwortlich, den Menschen vorzugaukeln, dass man Gefahren wie Terrorismus oder Klimawandel, die keine Grenzen kennen, mit Mauern und Schlagbäumen bannt. Es ist unverantwortlich, den Menschen vorzumachen, dass in einer Welt, die komplizierter

wird, die Antworten einfacher werden. Es ist falsch zu sagen, in dieser Welt könne ein europäisches Land allein und ohne die EU seine Stimme hörbarer machen oder seine wirtschaftlichen Interessen besser durchsetzen.

Im Gegenteil: Wenn wir Europa nicht zum vollwertigen Mitspieler auf der Weltbühne machen, dann werden wir alle einzeln zum Spielball anderer Mächte. Vermutlich hatte Michael Heseltine, ausge-rechnet ein Brite, genau das vor Augen, als er kürzlich in einem Interview sagte, der Brexit sei „der größte britische Souveränitätsverlust“, an den er sich erinnern könne. Und er könnte recht behalten mit seiner Prognose.

„Take back control“ – das ist ein starker Slogan, ja. Aber ich sage voraus: Nationalisten werden ihn nicht einlösen! Wenn überhaupt, können wir ihn gemeinsam wahr machen!

- Wenn wir uns die Dinge nicht zu einfach machen;
- wenn wir Verantwortung nicht nach Brüssel abschieben, sondern sie gemeinsam ausüben;
- wenn wir den Binnenmarkt stärken und zugleich diejenigen schützen und unterstützen, die in den letzten Jahren die Härten der Globalisierung besonders zu spüren bekamen;
- wenn wir unsere Innovationskraft und Kreativität so stärken, dass Europa selbst Gestalter der Veränderung ist und wir sie nicht nur passiv erleiden – nur dann können wir den Populisten den Nährboden entziehen und sagen: Wir verlieren keine Souveränität an Europa, sondern im Gegenteil. Erst gemeinsam gewinnen wir Kraft und Gewicht in der Welt!

Die Krise gibt uns die Chance, Europa endlich einmal so zu sehen, wie es ist – ohne Illusionen, ohne falschen Optimismus, mit allen seinen Stärken und auch Schwächen. Und sie zwingt uns zur Antwort auf die Frage: Welche und wie viel europäische Einheit wollen wir? Das Weißbuch der Kommission hat unsere Optionen aufgezeigt. Das ist noch nicht die Lösung, nur eines ist klar: Eine dauerhafte Selbstblockade in der Europäischen Union ist die denkbar schlechteste!

Wenn wir gemeinsam vorankommen wollen, kann sich am Ende nicht jeder zu hundert Prozent durchsetzen – dafür sind unsere Probleme zu komplex und die Erwartungen zu unterschiedlich:

Ja, wir wollen ein stärkeres Europa und mehr europäische Lösungen, aber wir müssen auch Raum lassen für diejenigen Mitglieder, die weitere Integrations-schritte noch nicht mitgehen können oder wollen.

Ja, wir wollen solidarisch sein mit Staaten, die unter den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrisen leiden und harte Reformen auf den Weg bringen müssen. Aber europäische Solidarität kann nationale Anstrengungen nur unterstützen, nicht ersetzen.

Ja, wir wollen Menschen helfen, die vor Kriegen und Verfolgung fliehen. Aber weil auch unsere gemeinsamen Möglichkeiten endlich sind, müssen wir entscheiden, wie und wie viel Verantwortung jeder tragen muss.

Ja, wir wollen die Europäische Union im Inneren zusammenhalten. Aber wir wissen auch: Europa ist größer als die Europäische Union, und ohne die Einbindung unserer Nachbarn im Osten und im Süden wird es keine dauerhafte Friedensordnung auf diesem Kontinent geben.

Keines dieser Probleme ist einfach, und die Sorgen der Menschen dürfen wir nicht ignorieren. Aber diejenigen, die Europa gebaut haben, hatten mit noch schwierigeren Problemen zu kämpfen. Sie haben das Schlachtfeld durch den Verhandlungstisch ersetzt; die Konfrontation durch den friedlichen Ausgleich von Interessen. Sie sind klug gewesen; sie haben Vernunft bewiesen. Die Welt von heute, voll von neuen Ungewissheiten, erlaubt uns nicht, weniger klug zu sein. Es fehlt nicht an Klarheit über die Fragen, die zu lösen sind – sie liegen auf dem Tisch. Was fehlt ist der Mut – und zuweilen schon die Bereitschaft, sie europäisch zu lösen. Das müssen wir ändern!

Zum Interessenausgleich gehört der Streit. Wir streiten in Europa, und das ist kein Zeichen von Verfall. Auch ich habe in über 25 Jahren in Europas Politik gestritten, recht häufig sogar, und dem einen oder anderen von Ihnen saß ich dabei schon gegenüber.

Aber: Wenn wir in Europa streiten, dann tun wir das auf einem festen normativen Fundament. Viele Fragen sind kompliziert, aber das darf unseren Blick für das Elementare, für das Wichtigste nicht trüben: Freiheit und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte stehen nicht zur Disposition. So ist es in Artikel 2 des Vertrags über die Union verankert und dem sind alle Mitgliedstaaten verpflichtet. Es ist der Wesenskern Europas, es ist das, was Europa ausmacht in den Augen der Welt, worum uns viele sogar beneiden. Wenn wir dazu stehen, wenn wir ein Leuchtturm sein wollen für Rechtsstaat und Menschenrechte in der Welt, dann darf es uns nicht egal sein, wenn dieses Fundament im Inneren Europas wackelt. Und dann darf Europa nicht schweigen, wenn der Zivilgesellschaft, selbst der Wissenschaft – wie jetzt an der Central European University in Budapest – die Luft zum Atmen genommen werden soll.

Kontrovers diskutiert wird immer wieder auch die Rolle meines Landes. Manche fordern von Deutschland mehr Führung in Europa. Andere warnen vor deutscher Dominanz. Und der frisch gewählte Präsident unseres wichtigsten Verbündeten sagte kürzlich, die Europäische Union sei nichts anderes als „ein Mittel zum Zweck für Deutschland“.

Das ist mindestens ein Missverständnis! Europas Stärke kann nicht gegründet werden auf die Führung einzelner, sondern nur auf die Verantwortung aller. Natürlich trägt Deutschland als größter und bevölkerungsreichster Staat eine besondere Verantwortung. Aber wir wissen um unsere Möglichkeiten, aber auch ihre Grenzen. Und wir werden nicht vergessen, dass andere in Europa Recht haben können, wenn wir über Lösungen streiten. Wir wissen, was wir Europa zu verdanken haben. Das geeinte Europa ist die gelungene Antwort auf unsere Geschichte und unsere Geographie – für uns selbst wie für unsere Nachbarn. Und wir spüren, dass ein starkes Europa nicht nur in unserem eigenen Interesse liegt, sondern dass es Teil unserer Identität geworden ist.

Deshalb sollen Sie wissen: Wir Deutsche wollen die Europäische Union zusammenhalten. Wir wollen an der gemeinsamen Zukunft in Europa bauen, gemeinsam mit unseren Partnern, den großen wie den kleinen, gleichberechtigt und gleichverpflichtet.

Am Ende aber liegt jenseits aller Staatsraison noch etwas ganz anderes und vielleicht etwas viel Wichtigeres: Nicht für alle, aber für die allermeisten Menschen in Deutschland ist Europa eine Herzenssache.

Deshalb habe ich Ihnen meine eigene Geschichte von Europa erzählt. Und deshalb haben mir in den vergangenen Wochen viele Menschen, ganz besonders junge Menschen in Deutschland ihre Geschichten von Europa erzählt. Diese Jungen, die haben es satt, dass über Europa nur noch die reden, die es schlechtreden. Die wollen nicht, dass ihnen ihre Hoffnung, ihre Zukunft von Populisten geraubt wird oder durch Lethargie abhanden kommt. Deshalb sind sie rausgegangen und haben gezeigt: Der Puls Europas schlägt nicht nur hier in diesem Parlament, sondern auch auf den Straßen und Plätzen!

Auch wenn wir in unserer Generation das nicht so nennen – für viele unserer Kinder und Enkel ist Europa längst ein zweites Vaterland geworden. Diese Jungen, die wissen längst, dass es kein Widerspruch ist, das eigene Vaterland zu lieben und gleichzeitig ein guter Europäer zu sein. Und ich finde, die Jungen haben Recht!

Letztes Jahr bin ich privat mit meiner Familie nach Breslau gereist. Ich wollte die Geburtsstadt meiner Mutter erkunden, die ich vor allem aus ihren dunklen Erinnerungen kannte. Sie hat mir ihre Erlebnisse erzählt: von Krieg und Verwüstung, von der Flucht nach Westen mit Mutter, Tante, Schwester und deren Kindern – sieben Frauen insgesamt. Der entfesselte Nationalismus und seine Folgen hatten ihr junges Leben überschattet und so auch mein Bild von dieser Stadt geprägt. Doch vergangenes Jahr, 2016, kamen wir in eine andere Stadt: eine Stadt, die als europäische Kulturhauptstadt erstrahlte, mit lebhaften Diskussionen und Musik auf allen Plätzen – wo junge Menschen aus Vilnius, Wuppertal und Verona ihr gemeinsames Europa gefeiert haben.

Da war nichts von Kleinmut. Da lebte er, der Traum von einer europäischen Zukunft!

Es liegt jetzt an uns, dass der europäische Traum auch in der nächsten Generation nicht ausgeträumt ist. That's the message that I bring from my country: Yes, we want Europe! We want to build a better Europe, and we want to be a European Germany!

<de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2017/04/170404-Strassburg.html?nn=9042446#Start>

Ansprache von AfD-Parteisprecher Jörg Meuthen auf dem Bundesparteitag in Köln (27. April 2017)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hochverehrte anwesende Gäste ausländischer Vertretungen, geschätzte anwesende Pressevertreter, liebe weitere Gäste, liebe Parteifreunde!

In den Tagen vor diesem Bundesparteitag habe ich in allerlei Dingen ein Déjà-vu-Erlebnis gehabt: Wieder einmal schlagen die Wogen in unserer Partei hoch. Wieder einmal ist viel von Streit und Zerwürfnis die Rede gewesen. Wieder einmal hat es sehr viele Gespräche und allerlei Hektik im Vorfeld des Parteitages gegeben.

Wieder einmal bemühten sich unsere zahlreichen politischen Gegner und Feinde, uns das Totenglöcklein zu läuten. Wieder einmal konfrontiert man uns mit echt oder vorgeblich sinkenden Umfragewerten. Und wieder einmal erlebe ich, wie sich viele Parteimitglieder in durchaus nachvollziehbarer Sorge um unsere Partei und unser politisches Projekt befinden, einige in fast schon panikartigen Reaktionen.

Wieder einmal, das sage ich Ihnen aber auch, habe ich mich – mit Erfolg! – bemüht, mich selbst von alledem nicht anstecken zu lassen und mir meine Gelassenheit zu bewahren.

Und ich bin mir jetzt im Moment, zu Beginn dieses in der Tat sehr wichtigen Parteitages, sehr sicher, dass ich in den nächsten Stunden und Tagen noch ein paar weitere Déjà-vu's haben werde. Wenn man sich nämlich die noch recht junge und gar nicht so zahlreiche Geschichte unserer Bundesparteitage anschaut, dann waren sie zwar erstens nahezu alle von mehr oder minder großen Aufgeregtheiten insbesondere vor deren Beginn, manche auch noch im frühen Verlauf gekennzeichnet.

Vor allem aber waren sie zweitens – allen vorangehenden Aufgeregtheiten und Befindlichkeiten zum Trotz – in ihrem schließlichen Ergebnis praktisch immer zielführend und erfolgreich. Und ich gehe felsenfest davon aus, dass das auch bei diesem Kölner Parteitag der Fall sein wird. Ich wage die Prognose Am Sonntagabend werden wir ein hochkompetentes Spitzenkandidatenteam haben, das den Kopf und die Gesichter unseres Bundestagswahlkampfes bilden wird.

Am Sonntagabend werden wir ausgezeichnete neue Richter und Ersatzrichter für das Bundesschiedsgericht haben.

Und vor allem: Am Sonntagabend werden wir in großer Eintracht ein überzeugendes Programm zur Bundestagswahl verabschiedet haben, in dem sich unsere Parteimitglieder wiederfinden und mit dem wir Bürger mit gesundem Menschenverstand in sehr großer Zahl werden überzeugen können, uns, der Alternative für Deutschland, am 24. September ihre Stimme zu geben!

Liebe Freunde, dafür sind wir hier – unter zum Teil nicht ganz einfachen Bedingungen, da draußen sind viele unterwegs, die haben es nicht so mit der Demokratie und dem Pluralismus der Meinungen – nach Köln gekommen, dafür haben sich Hunderte von Parteimitgliedern in oft aufopferungsvoller Arbeit über viele Monate in den zahlreichen Ausschüssen engagiert, dafür haben wir alle beträchtliche Kosten an Zeit und oft auch Geld auf uns genommen.

Und ich bin bereit, mit jedem im Saal zu wetten: Am Sonntagabend werden wir es wieder einmal geschafft haben. Ich muss dazu nicht einmal den dem hiesigen Rheinländer eigenen Optimismus bemühen, aber vielleicht ist der ja auch ganz hilfreich. Das Rheinland rund um Köln hat nämlich ein ganz eigenes Grundgesetz, eben das Rheinische Grundgesetz, das aus sage und schreibe nur 11 Artikeln besteht. Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang, Artikel 3 zu zitieren. Der lautet so knapp wie klar: „Et hätt noch immer joot jejang.“ Und so, liebe Freunde, ist es und wird es am Ende dieses Parteitages sein.

Liebe Parteifreunde, da schreibt die Journalistin Melanie Amann nach langer Recherche ein ganzes Buch über uns, die *Alternative für Deutschland*, das unlängst erschienen ist, und betitelt es allen Ernstes mit „Angst für Deutschland“. Es wird darin wortreich insinuiert, wir, die AfDler, seien

Angstbürger. Angst sei quasi die uns einende Klammer, die uns zur Partei zusammenschweiße. Doch diese Analyse ist, bei aller bei mir durchaus vorhandener Wertschätzung für Frau Amann, ich sage es klar und deutlich, schlicht falsch.

Meine Damen und Herren, wer sich in diesem Land zur AfD bekennt, wer für sie kämpft und im Kreisverband am Straßenstand oder wo auch immer Politik macht, darf eines ganz gewiss nicht sein, und ist es auch nicht: ängstlich. Sondern dazu braucht es Mut, manchmal sogar ziemlich viel davon, und den haben wir auch. Ohne Mut geht das nicht, was wir machen. Gute Politik, liebe Freunde, wird aus Mut gemacht, nicht aus Angst! Und gute Politik machen wir bereits in elf Landtagen unseres Vaterlandes, und in wenigen Wochen werden es dreizehn Landtage sein und im September dann auch der Bundestag!

Ja, ich weiß, auch in unseren Reihen gibt es einige notorische Nörgler und Pessimisten, die über den ja tatsächlich bestehenden innerparteilichen Streit fast in Panik geraten und in jedem kleinen Rückgang von Umfragewerten unserer Partei deren bevorstehenden Niedergang beklagen. Das sind die Zaghaften, denen eine gewisse Angst womöglich tatsächlich nicht ganz fremd ist. Die aber frage ich: Vor was habt Ihr denn eigentlich Angst?

Vor Streit? Im Ernst? Wo würden wir denn angekommen sein, wenn wir jeden Streit vermeiden und womöglich minutenlangen vorbestellten Dauerapplaus wie die Duracell-Klatschhäschen für in der Sache erbärmlich dünne Ausführungen abliefern, wie man es von etlichen CDU-Parteitag nach Reden dieser Kanzlerdarstellerin Merkel kennt?

Was für eine Partei würden wir denn sein, wenn wir uns Kandidaten oder Vorsitzende mit einer Zustimmung von 100% wählen, wie man es außer bei der SPD – für einen Martin Schulz noch dazu, man stelle sich das einmal vor! – sonst nur noch in Nordkorea kennt (nicht einmal in der DDR war das üblich). Wollt Ihr womöglich dahin? Ich nicht, um das ganz deutlich zu sagen.

Offener Diskurs, ja auch Streit, gehört in einer jungen und vitalen politischen Partei, die noch nicht in Apparatschiktum erstarrt ist, dazu, darf sein, ja, muss sogar sein. Kein Grund zur Panik, übrigens auch dann nicht, wenn dabei einmal dies oder das öffentlich wird. Geschadet hat uns das noch nie, wenn es darauf ankam. Erst wenn es Richtung Wahlen geht, dann muss der Streit ruhen, dann müssen die Reihen geschlossen sein, dann muss man gemeinsam in den politischen Kampf gegen die Gegner ziehen. Das aber haben wir noch immer geschafft, erfolgreicher übrigens als jede andere neue Partei in Deutschland vor uns. Und das wird auch in diesem Wahlkampf wieder so sein. Kein Grund zur Angst, wahrlich nicht.

Angst vor sinkenden Umfragewerten? Noch verrückter! Haben denn die Meinungsumfragen zum Wahlverhalten unsere Partei betreffend bislang je gestimmt? Nahezu nie. Fast immer lagen unsere tatsächlichen Wahlergebnisse zum Teil sehr deutlich über den Umfragewerten. Warum sollten wir darauf schauen wie das Kaninchen auf die Schlange? Umfragen sind keine Wahlergebnisse, und es ist auch gar nicht so wichtig, wo man wenige Monate vor einer Wahl steht. Wollen wir am Ende womöglich Manfred Güllner von Forsa etwa Glauben schenken? Ja geht's denn noch? (...)

Erstens weiß ich, dass wir ein sehr solides Wählerpotential haben, das bundesweit mit starken regionalen Differenzierungen bei mindestens 10 Prozent liegt. Zweitens kenne ich den Unterschied zwischen Umfragen und Wahlergebnissen nur zu gut. Nicht einmal den in diesen Wochen vielzitierten Wählerpotentialumfragen schenke ich Vertrauen, und ich wüsste zu benennen, warum nicht. Hochbezahlte Kaffeesatzleserei mit viel Wunschpotential ist das, kaum mehr.

Nein, ich habe keine Angst. Ich sehe auch keinen Grund dazu. Im Gegenteil: Ich habe große Zuversicht, insbesondere im Hinblick auf die Bundestagswahl. Liebe Freunde, es gibt auch allen Grund dazu, und hier in Köln fügen wir mit unserem Wahlprogramm einen weiteren guten Grund hinzu. Die Sehnsucht der Menschen nach einer echten, einer lebendigen und vitalen Opposition im Parlament ist so riesengroß, und das Bewusstsein dafür, dass nur wir diese Opposition liefern können, ist inzwischen so ausgeprägt. Allein das wird uns schon absolut sicher in den Bundestag transportieren.

Also AfD als Kürzel für Angst für Deutschland? Aber ganz sicher nicht. Es bleibt dabei: Wir sind die Alternative für Deutschland, und zwar derzeit ganz sicher die einzige.

Und weil wir alle das wissen und dieses Wissen uns schließlich allen Differenzen zum Trotz doch immer eint, werden wir gemeinsam einen fulminanten und erfolgreichen Bundestagswahlkampf veranstalten, zu dem dieser Parteitag den Startschuss liefert. Ein jeder von uns ist gehalten, das ihm je mögliche dazu beizusteuern. Da dürfen keine eigenen Karriereambitionen irgendeine Rolle spielen, ebenso wenig wie persönliche Sym- oder Antipathien. Wir werden nur dann richtig erfolgreich sein, wenn ein jeder sich selbst und sein Ego zurückzunehmen und sich in den Dienst der gemeinsamen Sache zu stellen bereit ist.

Ich selbst zum Beispiel, daraus mache ich ja gar kein Geheimnis, hätte durchaus gerne auch für den Bundestag kandidiert. Ich konnte das aber für diese Bundestagswahl nicht tun, weil ich gegenüber meinem Landesverband und meiner Landtagsfraktion im Wort stand und weiter stehe. Das bricht man nicht einfach. Familiäre Gründe kamen dazu.

Aber so wird es mir nun Verpflichtung und Ehre zugleich sein, meinen Einsatz für die Partei und die auf die Landeslisten gewählten Kandidaten zu erbringen und intensiv und deutschlandweit im Wahlkampf für ein optimales Ergebnis unserer AfD zu arbeiten. Wie Tausende andere engagierte Parteimitglieder auch. Die sind unser Kapital und unsere Stärke. Wir sind eben keine Partei von Karteileichen, sondern eine echte Graswurzelbewegung mit Mitgliedern, die für ihre Sache glühen und dafür eigene Opfer zu erbringen bereit sind. Darum fürchten uns unsere so müden politischen Gegner so sehr, und sie fürchten uns aus gutem Grund.

Angst also, um darauf zurückzukommen, haben wir nicht, weder in dem, was wir da tun, noch gar als Leitmotiv unserer politischen Arbeit. Was wir aber sehr wohl haben, meine Damen und Herren, ist Sorge um unser Vaterland Deutschland. Die geht tief und ist nur zu begründet.

Diese Sorge ist unsere zentrale Motivation. Es ist ganz sicher kein Zufall, dass es in unseren Reihen eine besonders hohe Zahl an Menschen mit in der Regel mehreren Kindern gibt (anders als etwa bei den Grünen). Wir haben das, was Wissenschaftler eine hohe Zukunftspräferenz nennen. Einfacher ausgedrückt: Wir wollen unser Land in einem guten, einem lebenswerten, einem unserer Kultur gerecht werdenden Zustand an die kommenden Generationen, das sind die unserer Kinder und Enkel, übergeben. Eine Angela Merkel braucht das nicht, eine Claudia Roth ebenfalls nicht. Und das merkt man. Anders gewendet: Man kann Leuten wie Merkel oder Schulz vieles vorwerfen, aber ganz sicher nicht, dass sie keine nachhaltige Politik betreiben. Doch, das tun sie, liebe Freunde, das tun sie seit vielen Jahren. Sie betreiben seit vielen Jahren, Merkel von Berlin aus, Schulz bis vor kurzem aus Brüssel, eine Politik zum sogar sehr nachhaltigen Schaden des deutschen Volkes.

In Form einer absurden Migrationspolitik, die letztlich gar keine aktive und gestaltende Politik ist, wie es ihre Aufgabe wäre, sondern sogar das Gegenteil dessen. In Gestalt einer kopf- und hirnlosen Umwelt- und Energiepolitik. In Form einer vermeintlichen Euro-Rettungspolitik, die de facto eine gigantische und völlig ungerechtfertigte, erzwungene Umverteilungspolitik von verantwortungsbewusst wirtschaftenden Menschen zu verantwortungslos agierenden Menschen ist. In Gestalt multipler Rechtsbrüche, die sie nicht weiter bekümmern. Ich brauche das unter uns nicht weiter auszuführen. Sie alle kennen das zur Genüge. So also sieht Nachhaltigkeit Marke Merkel und Schulz aus. Liebe Freunde, da sind unsere Gegner, deren Agieren wir so entschlossen bekämpfen müssen, wie mir mancher Kampf in den eigenen Reihen zuweilen geführt zu werden scheint. Wissen Sie, ich sage es einmal ganz ehrlich: Ich habe es selbst erst lernen und verstehen müssen, in welcher ungeheuren Gefahr diese komplett verantwortungslosen Deutschland-Abschaffer unser Land bringen bzw. bereits gebracht haben. Ich habe das, ich gebe es zu, lange Zeit gar nicht gesehen.

Gerade in jüngster Zeit aber gehe ich aber sehr bewusst durch die Straßen meines Landes, meiner Stadt. Und wenn ich an einem Samstagmittag im Zentrum meiner Stadt unterwegs bin, mit offenen

Augen, wissen Sie, was ich dann sehe? Ich sage das wirklich ohne jede Übertreibung:

Ich sehe noch vereinzelt Deutsche. Und wenn ich darüber erschrecke, nicht aus irgendeiner Ausländerfeindlichkeit, die mir völlig fremd ist, sondern weil dieses ungeheure Maß an wie auch immer in unser Land gekommenen Migranten, offensichtlich mehrheitlich aus anderen Kulturkreisen stammend, mein Land zwangsläufig und unwiderrufflich in ein ganz anderes verwandelt, das kaum mehr etwas mit dem Land zu tun hat, in dem ich groß geworden bin, und wenn einer meiner Söhne inzwischen fest in Melbourne lebend mir sagt, dass und warum er trotz seines ausgeprägten Familiensinns ganz sicher nie mehr nach Deutschland zurückkommt, weil er dieses Land aus Gründen, denen ich nichts mehr entgegenzusetzen habe, am Abgrund sieht, dann bin ich für die Leute da draußen, und für unsere ganzen politischen Gegner, die die Augen vor alldem entweder verschließen oder wie Linke, Grüne und weite Teile der SPD das sogar gezielt und aktiv betreiben, dann bin ich für diese Leute also ein Ausländerfeind, ein Rassist gar? Nein, meine Freunde, das bin ich ganz sicher nicht, nicht einmal ansatzweise, das bin ich nie gewesen und werde ich aufgrund all meiner Überzeugungen niemals sein, ebenso wenig wie irgendjemand in diesem Saal. Ich bin nur elementar vernünftig, und ich sehe, was hier geschieht. Und weiß meine tiefe Sorge, nicht etwa plumpe Angst, sehr präzise zu begründen.

Wir wollen nicht zur Minderheit im eigenen Land werden, und sind es doch zu Teilen bereits. Und dass die eindeutige Mehrheit etwa der hier lebenden Türken (nicht etwa alle, nein keineswegs) keine Freunde der freiheitlichen Gesellschaft sind, deren Privilegien sie gleichwohl nur zu gerne für sich in Anspruch nehmen, das haben wir spätestens seit dem vergangenen Sonntag sogar schriftlich: Zwei Drittel der hier lebenden Türken mit Wahlberechtigung haben bei dem türkischen Verfassungsreferendum mit Ja gestimmt. Gehen wir davon aus, dass wohl alle Aleviten und Kurden unter ihnen ganz sicher mit Nein gestimmt haben dürften, sind es sogar deutlich über 80 %.

Es steht nicht weniger auf dem Spiel als unsere freiheitliche Gesellschaft. Wenn wir den Hebel nicht jetzt und sehr entschlossen umlegen, dann ist die unwiderruffliche Veränderung unserer Heimat in ein in gar nicht vielen Jahren muslimisch geprägtes Land eine mathematische Gewissheit. Manchmal drängt sich mir der Vergleich zum Untergang der Titanic auf: Alle sind noch froh gelaunt, es ist eine entspannte Partystimmung auf wie unter Deck, aber die zwingend notwendige Kurskorrektur auf dem riesigen Schiff ist schon kaum mehr machbar, die Kollision mit einem Eisberg ist nichts, was man sich vorstellen kann oder will, dabei ist sie bereits unvermeidbar.

Wem das zu düster ist: Ich weiß nicht sicher, ob die Entwicklung bereits unumkehrbar ist. Wir wissen alle nicht exakt, wo der „point of no return“ exakt liegt. Gerade deshalb aber sage ich, ach was, rufe ich esso laut ich kann:

Dieses Land Deutschland ist unser Land. Es ist das Land unserer Großeltern und Eltern, und es ist unsere Bürgerpflicht, es auch noch das Land unserer Kinder und Enkel sein zu lassen. Dazu müssen wir es uns inzwischen schon zurückerobern. Wild entschlossen, aber friedlich. Kämpferisch, aber mit demokratischen und rechtsstaatlichen Mitteln. Mit ganzem Herzen, aber auch mit Klugheit und klarem Verstand.

Die Menschen sollen es spüren und wissen: Wir sind die, die Deutschland nicht abschaffen wollen. Und unsere politischen Konkurrenten sollen das bitter zu spüren bekommen. Wir sind die, die Deutschland nicht preisgeben werden! Liebe Freunde: Wir können und werden nicht sehenden Auges akzeptieren, wie wir mit jedem Monat mehr zur Minderheit im eigenen Land werden. Es reicht. Das Maß ist voll!

Zu diesen Überzeugungen müssen wir gemeinsam stehen, egal wie stark der Widerstand ist. Wir dürfen da nicht weichen. Und diese kleine, ganz gewiss nicht spalterisch gemeinte Nebenbemerkung gestatten Sie mir bitte auch: Wir müssen da restlos geschlossen stehen. Debatten über einen vermeintlichen realpolitischen und einen vermeintlichen fundamentaloppositionellen Flügel, aus meiner Sicht sowieso eine komplett trügerische Wahrnehmung, helfen uns da keinen Jota weiter, ganz im Gegenteil. Lassen wir das, ich bitte Sie alle!

Unsere Gegner stehen draußen, und sie richten unser geliebtes Vaterland (jawohl, denn wir sind Patrioten) Schritt für Schritt auf eine perfide Weise zugrunde. Sie heißen, Merkel, Schulz, Maas, Stegner, Roth, Göring-Eckardt usw. Sie öffnen die Grenzen wiederrechtlich für jedermann – wie Frau Merkel -, oder sie reden uns ein, die vermeintlichen Flüchtlinge seien für unser Land „wertvoller als Gold“ – so Herr Schulz, der zugleich unser Gold auf europäischem Altar verschleudert – oder wir bräuchten auch Zuwanderer, die sich in unseren Sozialsystemen wohl und zuhause fühlen – so Frau Göring-Eckardt – oder sie laufen wie die amtierende Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Claudia Roth, man stelle sich diese Schande für unser Land einmal vor, in einem Demonstrationzug mit, der „Deutschland verrecke“ skandiert.

Es wird wirklich allerhöchste Zeit, dass die „schon länger hier Lebenden“ die schon länger hier Regierenden aus ihren Ämtern im Dienste des deutschen Volkes verabschieden, und das nachhaltig, liebe Freunde!

Ja, wir können diese Gestalten nicht mehr ertragen. Und nein, das ist keineswegs Fundamentalopposition. Sondern ja, das ist die Liebe zu unsrer Heimat und zu unserem Vaterland. Und nein, um daran keinen Zweifel zu lassen, mit diesen Figuren werden wir keine Koalitionen eingehen. Nicht heute, nicht morgen, *niemals!* Und ja, wir werden auf diese Weise der Verantwortung für unser Land sehr wohl gerecht werden. Und zwar als *bärenstarke Oppositionspartei*, im Bund wie bereits in den Ländern.

Und schließlich nein, das ist keineswegs mangelnde Realpolitik. Sondern es ist das kluge und notwendige Zuwarten, bis unsere Positionen endgültig mehrheitsfähig sein werden. Ja, liebe Freunde, SO machen wir das. SO und nicht anders! Und auf diesem Parteitag hier in Köln fällt der Startschuss dazu.

Glückauf Deutschland, Glückauf AfD!

Gefunden auf der Internet-Seite: „Christliches Forum“ KULTUR – POLITIK – RELIGION – AKTUELLES
– AUFKLÄRUNG über Esoterik / Charismatik / Falschmystik

Rede von US-Vizepräsident Mike Pence am 1. Juni 2017

121

unmittelbar vor Rede Trumps zur Kündigung des Klimaschutzabkommens am 1. Juni 2017

PENCE: Good afternoon. Secretary Mnuchin, Secretary Ross, EPA Administrator Scott Pruitt, members of congress, distinguished guests, on behalf of the first family, welcome to the White House.

(APPLAUSE)

You know it's the greatest privilege of my life to serve as vice president to a president who is fighting every day to make America great again.

Since the first day of this administration President Donald Trump has been working tirelessly to keep the promises that he made to the American people.

President Trump has been reforming healthcare, enforcing our laws, ending illegal immigration, rebuilding our military and this president has been rolling back excessive regulations and unfair trade practices that were stifling American jobs.

Thanks to President Trump's leadership, American businesses are growing again, investing in America again, and they're creating jobs in this country instead of shipping jobs overseas. Thanks to President Donald Trump, America is back.

(APPLAUSE)

And just last week, we all witnessed the bold leadership of an American president on the world stage putting America first. From the Middle East to Europe as leader of the free world, President Trump reaffirmed historic alliances, forged new relationships, and called on the wider world to confront the threat of terrorism in new and renewed ways.

And by the action the president will announce today, the American people and the wider world will see once again our president is choosing to put American jobs and American consumers first. Our president is choosing to put American energy and American industry first. And by his action today, President Donald Trump is choosing to put the forgotten men and women of America first.

So with gratitude for his leadership...

(APPLAUSE)

... and admiration for his unwavering commitment to the American people, it is now my high honor and distinct privilege to introduce to all of you the president of the United States of America, President Donald Trump.

(APPLAUSE)

[com/news/the-fix/wp/2017/06/01/transcript-president-trumps-remarks-on-leaving-the-paris-climate-deal-annotated/?utm_term=.d2b94ed3d6c9](https://www.washingtonpost.com/news/the-fix/wp/2017/06/01/transcript-president-trumps-remarks-on-leaving-the-paris-climate-deal-annotated/?utm_term=.d2b94ed3d6c9)

Ein Anmerkung meinerseits zum „Applause“ zur Rede von Mike Pence. In den Regelungen über die Protokollierung von Beifall im Deutschen Bundestag heißt es: Beifall, lebhafter Beifall, starker Beifall, allgemein starker Beifalls, stürmischer Beifall, langanhaltender Beifall. Ich habe den Vortrag gesehen/gehört: im Protokoll würde es heißen „stürmischer Beifall“.

Rede von Donald Trump am 1. Juni 2017 zur Kündigung des Klimaschutz-Abkommens von Paris

122

THE WHITE HOUSE

Office of the Press Secretary

For Immediate Release June 1, 2017

STATEMENT BY PRESIDENT TRUMP ON THE PARIS CLIMATE ACCORD

Rose Garden

3:32 P.M. EDT

THE PRESIDENT: Thank you very much. (Applause.) Thank you. I would like to begin by addressing the terrorist attack in Manila. We're closely monitoring the situation, and I will continue to give updates if anything happens during this period of time. But it is really very sad as to what's going on throughout the world with terror. Our thoughts and our prayers are with all of those affected. Before we discuss the Paris Accord, I'd like to begin with an update on our tremendous — absolutely tremendous — economic progress since Election Day on November 8th. The economy is starting to come back, and very, very rapidly. We've added \$3.3 trillion in stock market value to our economy, and more than a million private sector jobs.

I have just returned from a trip overseas where we concluded nearly \$350 billion of military and economic development for the United States, creating hundreds of thousands of jobs. It was a very, very successful trip, believe me. (Applause.) Thank you. Thank you.

In my meetings at the G7, we have taken historic steps to demand fair and reciprocal trade that gives Americans a level playing field against other nations. We're also working very hard for peace in the Middle East, and perhaps even peace between the Israelis and the Palestinians. Our attacks on terrorism are greatly stepped up — and you see that, you see it all over — from the previous administration, including getting many other countries to make major contributions to the fight against terror. Big, big contributions are being made by countries that weren't doing so much in the form of contribution. One by one, we are keeping the promises I made to the American people during my campaign for President — whether it's cutting job-killing regulations; appointing and confirming a tremendous Supreme Court justice; putting in place tough new ethics rules; achieving a record reduction in illegal immigration on our southern border; or bringing jobs, plants, and factories back into the United States at numbers which no one until this point thought even possible. And believe me, we've just begun. The fruits of our labor will be seen very shortly even more so.

On these issues and so many more, we're following through on our commitments. And I don't want anything to get in our way. I am fighting every day for the great people of this country. Therefore, in order to fulfill my solemn duty to protect America and its citizens, the United States will withdraw from the Paris Climate Accord — (applause) — thank you, thank you — but begin negotiations to reenter either the Paris Accord or a really entirely new transaction on terms that are fair to the United States, its businesses, its workers, its people, its taxpayers. So we're getting out. But we will start to negotiate, and we will see if we can make a deal that's fair. And if we can, that's great. And if we can't, that's fine. (Applause.)

As President, I can put no other consideration before the wellbeing of American citizens. The Paris Climate Accord is simply the latest example of Washington entering into an agreement that disadvantages the United States to the exclusive benefit of other countries, leaving American workers — who I love — and taxpayers to absorb the cost in terms of lost jobs, lower wages, shuttered factories, and vastly diminished economic production.

Thus, as of today, the United States will cease all implementation of the non-binding Paris Accord

and the draconian financial and economic burdens the agreement imposes on our country. This includes ending the implementation of the nationally determined contribution and, very importantly, the Green Climate Fund which is costing the United States a vast fortune.

Compliance with the terms of the Paris Accord and the onerous energy restrictions it has placed on the United States could cost America as much as 2.7 million lost jobs by 2025 according to the National Economic Research Associates. This includes 440,000 fewer manufacturing jobs — not what we need — believe me, this is not what we need — including automobile jobs, and the further decimation of vital American industries on which countless communities rely. They rely for so much, and we would be giving them so little.

According to this same study, by 2040, compliance with the commitments put into place by the previous administration would cut production for the following sectors: paper down 12 percent; cement down 23 percent; iron and steel down 38 percent; coal — and I happen to love the coal miners — down 86 percent; natural gas down 31 percent. The cost to the economy at this time would be close to \$3 trillion in lost GDP and 6.5 million industrial jobs, while households would have \$7,000 less income and, in many cases, much worse than that.

Not only does this deal subject our citizens to harsh economic restrictions, it fails to live up to our environmental ideals. As someone who cares deeply about the environment, which I do, I cannot in good conscience support a deal that punishes the United States — which is what it does — the world's leader in environmental protection, while imposing no meaningful obligations on the world's leading polluters.

For example, under the agreement, China will be able to increase these emissions by a staggering number of years — 13. They can do whatever they want for 13 years. Not us. India makes its participation contingent on receiving billions and billions and billions of dollars in foreign aid from developed countries. There are many other examples. But the bottom line is that the Paris Accord is very unfair, at the highest level, to the United States.

Further, while the current agreement effectively blocks the development of clean coal in America — which it does, and the mines are starting to open up. We're having a big opening in two weeks. Pennsylvania, Ohio, West Virginia, so many places. A big opening of a brand-new mine. It's unheard of. For many, many years, that hasn't happened. They asked me if I'd go. I'm going to try.

China will be allowed to build hundreds of additional coal plants. So we can't build the plants, but they can, according to this agreement. India will be allowed to double its coal production by 2020. Think of it: India can double their coal production. We're supposed to get rid of ours. Even Europe is allowed to continue construction of coal plants.

In short, the agreement doesn't eliminate coal jobs, it just transfers those jobs out of America and the United States, and ships them to foreign countries.

This agreement is less about the climate and more about other countries gaining a financial advantage over the United States. The rest of the world applauded when we signed the Paris Agreement — they went wild; they were so happy — for the simple reason that it put our country, the United States of America, which we all love, at a very, very big economic disadvantage. A cynic would say the obvious reason for economic competitors and their wish to see us remain in the agreement is so that we continue to suffer this self-inflicted major economic wound. We would find it very hard to compete with other countries from other parts of the world.

We have among the most abundant energy reserves on the planet, sufficient to lift millions of America's poorest workers out of poverty. Yet, under this agreement, we are effectively putting these reserves under lock and key, taking away the great wealth of our nation — it's great wealth, it's phenomenal wealth; not so long ago, we had no idea we had such wealth — and leaving millions and millions of families trapped in poverty and joblessness.

The agreement is a massive redistribution of United States wealth to other countries. At 1 percent

growth, renewable sources of energy can meet some of our domestic demand, but at 3 or 4 percent growth, which I expect, we need all forms of available American energy, or our country — (applause) — will be at grave risk of brownouts and blackouts, our businesses will come to a halt in many cases, and the American family will suffer the consequences in the form of lost jobs and a very diminished quality of life.

Even if the Paris Agreement were implemented in full, with total compliance from all nations, it is estimated it would only produce a two-tenths of one degree — think of that; this much — Celsius reduction in global temperature by the year 2100. Tiny, tiny amount. In fact, 14 days of carbon emissions from China alone would wipe out the gains from America — and this is an incredible statistic — would totally wipe out the gains from America’s expected reductions in the year 2030, after we have had to spend billions and billions of dollars, lost jobs, closed factories, and suffered much higher energy costs for our businesses and for our homes.

As the Wall Street Journal wrote this morning: “The reality is that withdrawing is in America’s economic interest and won’t matter much to the climate.” The United States, under the Trump administration, will continue to be the cleanest and most environmentally friendly country on Earth. We’ll be the cleanest. We’re going to have the cleanest air. We’re going to have the cleanest water. We will be environmentally friendly, but we’re not going to put our businesses out of work and we’re not going to lose our jobs. We’re going to grow; we’re going to grow rapidly. (Applause.)

And I think you just read — it just came out minutes ago, the small business report — small businesses as of just now are booming, hiring people. One of the best reports they’ve seen in many years. I’m willing to immediately work with Democratic leaders to either negotiate our way back into Paris, under the terms that are fair to the United States and its workers, or to negotiate a new deal that protects our country and its taxpayers. (Applause.)

So if the obstructionists want to get together with me, let’s make them non-obstructionists. We will all sit down, and we will get back into the deal. And we’ll make it good, and we won’t be closing up our factories, and we won’t be losing our jobs. And we’ll sit down with the Democrats and all of the people that represent either the Paris Accord or something that we can do that’s much better than the Paris Accord. And I think the people of our country will be thrilled, and I think then the people of the world will be thrilled. But until we do that, we’re out of the agreement.

I will work to ensure that America remains the world’s leader on environmental issues, but under a framework that is fair and where the burdens and responsibilities are equally shared among the many nations all around the world.

No responsible leader can put the workers — and the people — of their country at this debilitating and tremendous disadvantage. The fact that the Paris deal hamstringing the United States, while empowering some of the world’s top polluting countries, should dispel any doubt as to the real reason why foreign lobbyists wish to keep our magnificent country tied up and bound down by this agreement: It’s to give their country an economic edge over the United States. That’s not going to happen while I’m President. I’m sorry. (Applause.)

My job as President is to do everything within my power to give America a level playing field and to create the economic, regulatory and tax structures that make America the most prosperous and productive country on Earth, and with the highest standard of living and the highest standard of environmental protection.

Our tax bill is moving along in Congress, and I believe it’s doing very well. I think a lot of people will be very pleasantly surprised. The Republicans are working very, very hard. We’d love to have support from the Democrats, but we may have to go it alone. But it’s going very well.

The Paris Agreement handicaps the United States economy in order to win praise from the very foreign capitals and global activists that have long sought to gain wealth at our country’s expense. They don’t put America first. I do, and I always will. (Applause.)

The same nations asking us to stay in the agreement are the countries that have collectively cost America trillions of dollars through tough trade practices and, in many cases, lax contributions to our critical military alliance. You see what's happening. It's pretty obvious to those that want to keep an open mind.

At what point does America get demeaned? At what point do they start laughing at us as a country? We want fair treatment for its citizens, and we want fair treatment for our taxpayers. We don't want other leaders and other countries laughing at us anymore. And they won't be. They won't be.

I was elected to represent the citizens of Pittsburgh, not Paris. (Applause.) I promised I would exit or renegotiate any deal which fails to serve America's interests. Many trade deals will soon be under renegotiation. Very rarely do we have a deal that works for this country, but they'll soon be under renegotiation. The process has begun from day one. But now we're down to business.

Beyond the severe energy restrictions inflicted by the Paris Accord, it includes yet another scheme to redistribute wealth out of the United States through the so-called Green Climate Fund — nice name — which calls for developed countries to send \$100 billion to developing countries all on top of America's existing and massive foreign aid payments. So we're going to be paying billions and billions and billions of dollars, and we're already way ahead of anybody else. Many of the other countries haven't spent anything, and many of them will never pay one dime.

The Green Fund would likely obligate the United States to commit potentially tens of billions of dollars of which the United States has already handed over \$1 billion — nobody else is even close; most of them haven't even paid anything — including funds raided out of America's budget for the war against terrorism. That's where they came. Believe me, they didn't come from me. They came just before I came into office. Not good. And not good the way they took the money.

In 2015, the United Nation's departing top climate officials reportedly described the \$100 billion per year as "peanuts," and stated that "the \$100 billion is the tail that wags the dog." In 2015, the Green Climate Fund's executive director reportedly stated that estimated funding needed would increase to \$450 billion per year after 2020. And nobody even knows where the money is going to. Nobody has been able to say, where is it going to?

Of course, the world's top polluters have no affirmative obligations under the Green Fund, which we terminated. America is \$20 trillion in debt. Cash-strapped cities cannot hire enough police officers or fix vital infrastructure. Millions of our citizens are out of work. And yet, under the Paris Accord, billions of dollars that ought to be invested right here in America will be sent to the very countries that have taken our factories and our jobs away from us. So think of that.

There are serious legal and constitutional issues as well. Foreign leaders in Europe, Asia, and across the world should not have more to say with respect to the U.S. economy than our own citizens and their elected representatives. Thus, our withdrawal from the agreement represents a reassertion of America's sovereignty. (Applause.) Our Constitution is unique among all the nations of the world, and it is my highest obligation and greatest honor to protect it. And I will.

Staying in the agreement could also pose serious obstacles for the United States as we begin the process of unlocking the restrictions on America's abundant energy reserves, which we have started very strongly. It would once have been unthinkable that an international agreement could prevent the United States from conducting its own domestic economic affairs, but this is the new reality we face if we do not leave the agreement or if we do not negotiate a far better deal.

The risks grow as historically these agreements only tend to become more and more ambitious over time. In other words, the Paris framework is a starting point — as bad as it is — not an end point. And exiting the agreement protects the United States from future intrusions on the United States' sovereignty and massive future legal liability. Believe me, we have massive legal liability if we stay in. As President, I have one obligation, and that obligation is to the American people. The Paris Accord

would undermine our economy, hamstring our workers, weaken our sovereignty, impose unacceptable legal risks, and put us at a permanent disadvantage to the other countries of the world. It is time to exit the Paris Accord — (applause) — and time to pursue a new deal that protects the environment, our companies, our citizens, and our country.

It is time to put Youngstown, Ohio, Detroit, Michigan, and Pittsburgh, Pennsylvania — along with many, many other locations within our great country — before Paris, France. It is time to make America great again. (Applause.) Thank you. Thank you. Thank you very much.

Thank you very much. Very important. I'd like to ask Scott Pruitt, who most of you know and respect, as I do, just to say a few words.

Scott, please.

(Applause.)

</politics/transcript-trump-paris-climate-agreement-exit-speech/>

Eine kleine Anmerkung meinerseits, die Rede Präsident Trumps betreffend. In den Protokollen über Parteitage der KPdSU oder der SED heißt es nach solchen tollen und wegweisenden Reden des Generalsekretärs: „Es braust stürmischer, in Ovationen übergehender Applaus auf.“ Der Applaus endete dann, wenn der Geehrte nach etwa 10 Minuten (oder auch mehr) nicht mehr stehen konnte (es waren ja zumeist alte Männer) oder wollte.

Rede von Scott Pruitt im Anschluß an die Rede von Trump am 1. Juni 2017

127

zur Kündigung des Klimaschutzabkommens (1. Juni 2017)

Thank you, Mr. President. Your decision today to exit the Paris Accord reflects your unflinching commitment to put America first.

And by exiting, you're fulfilling yet one more campaign promise to the American people. Please know that I am thankful for your fortitude, your courage, and your steadfastness as you serve and lead our country.

America finally has a leader who answers only to the people — not to the special interests who have had their way for way too long. In everything you do, Mr. President, you're fighting for the forgotten men and women across this country. You're a champion for the hardworking citizens all across this land who just want a government that listens to them and represents their interest.

You have promised to put America First in all that you do, and you've done that in any number of ways — from trade, to national security, to protecting our border, to rightsizing Washington, D.C. And today you've put America first with regard to international agreements and the environment.

This is an historic restoration of American economic independence — one that will benefit the working class, the working poor, and working people of all stripes. With this action, you have declared that the people are rulers of this country once again. And it should be noted that we as a nation do it better than anyone in the world in striking the balance between growing our economy, growing jobs while also being a good steward of our environment.

We owe no apologies to other nations for our environmental stewardship. After all, before the Paris Accord was ever signed, America had reduced its CO2 footprint to levels from the early 1990s. In fact, between the years 2000 and 2014, the United States reduced its carbon emissions by 18-plus percent. And this was accomplished not through government mandate, but accomplished through innovation and technology of the American private sector.

For that reason, Mr. President, you have corrected a view that was paramount in Paris that somehow the United States should penalize its own economy, be apologetic, lead with our chin, while the rest of world does little. Other nations talk a good game; we lead with action — not words. (Applause.) Our efforts, Mr. President, as you know, should be on exporting our technology, our innovation to nations who seek to reduce their CO2 footprint to learn from us. That should be our focus versus agreeing to unachievable targets that harm our economy and the American people.

Mr. President, it takes courage, it takes commitment to say no to the plaudits of men while doing what's right by the American people. You have that courage, and the American people can take comfort because you have their backs.

Thank you, Mr. President.

Scott Pruitt ist Leiter der Umweltschutzbehörde der USA (Administrator of the Environmental Protection Agency EPA)

The first meeting of President Donald Trump's full Cabinet evolved into an unusual tribute session Monday as heads of his executive branch agencies hailed the opening five months of Trump's administration while the President himself listened on closely.

POTUS: "I think we've been about as active as you can possibly be and at a just about record-setting pace."

Vice President Mike Pence spoke first: "This is the greatest privilege of my life is to serve as vice president to a president who's keeping his word to the American people."

Attorney General Jeff Sessions: "It's an honor to be able to serve you in that regard and to send the exact right message, and the response is fabulous around the country."

Elaine Chao, the secretary of Transportation: "I want to thank you for getting this country moving again, and working again," said

Nikki Haley, the US ambassador to the UN: "It's a new day at the United Nations. We now have a very strong voice. People know what the United States is for. They know what we're against. They see us leading across the board."

Secretary of State Rex Tillerson: "Thank you for the honor to serve the country. It's a great privilege you've given me."

Small Business Administrator Linda McMahon: "I've been traveling around the country, and what I'm continuing to hear is this renewed optimism from small businesses."

Department of Homeland Security Secretary John Kelly: "In the five months that I've been at the job, we have gone a long way to facilitate the -- improve the legal movement of people and commerce across our borders, yet at the same time, we have gone a long way to safeguarding our borders, particularly the southern border, working with all of our partners to the south."

Director of National Intelligence Dan Coats: "It's a joy to be working with the people that I have inherited, and we are going to provide -- continue to provide you with the very best intelligence we can, so you can formulate policies to deal with these issues."

Defense Secretary James Mattis: "Mr. President, it's an honor to represent the men and women of the Department of Defense. And we are grateful for the sacrifices our people are making in order to strengthen our military so our diplomats always negotiate from a position of strength. Thank you."

Tom Price, Head of Department of Health and Human Services: "Mr. President, what an incredible honor it is to lead the Department of Health and Human Services at this time under your leadership."
Chief of staff Reince Priebus: "On behalf of the entire senior staff around you, Mr. President, we thank you for the opportunity and the blessing that you've given us to serve your agenda and the

American people.”

POTUS: “If we had the greatest bill in the history of the world on health care, we wouldn’t get one vote from the Democrats, because they’re obstructionists. That’s what they want to do, that’s the game, they think that’s their best political gain. They’re looking to ‘18.”

Quelle: Washington (CNN); 25.8.2016

Artikel 1

- (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
- (3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2

- (1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
- (2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3

- (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4

- (1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
- (2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
- (3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5

- (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
- (2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
- (3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6

- (1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
- (2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
- (3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von

der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.

(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.

(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.

(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.

(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.

(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.

(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.

(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.

(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10

(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.

(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
 (2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
 (2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
 (3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a

(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
 (2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
 (3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfall durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
 (4) Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
 (5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfall können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3,

für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.

(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13

(1) Die Wohnung ist unverletzlich.

(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.

(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.

(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.

(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.

(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.

(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädi-

gung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16

(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.

(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.

(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.

(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.

(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17

Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a

(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.

(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19

(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.

(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.

(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.

(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 19 Grundgesetz ist eines der entscheidenden Bestimmungen unserer Verfassung: Die Grundrechte dürfen (im Prinzip) nicht angetastet werden. Ein Beispiel dazu gefällig? Also, die NPD ist bedeutungslos, deshalb wird sie nicht verboten. Wenn die NPD jedoch nicht mehr bedeutungslos ist, weil die Blöden ja nicht abnehmen, sondern zu (Schreiben nach Hören sage ich nur), dann wird die sich über diese Bestimmung hinwegsetzen (was ich auch der AfD zutraue). Dann kann die NPD und ihre Tarnorganisation auch nicht mehr verboten werden. Die ersten 19 Artikel des Grundgesetzes sind also Schön-Wetter-Regelungen. Tut mir leid, das so zu sagen, ist aber so.